This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

**Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

**About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

**Über dieses Buch**

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

**Nutzungsrichtlinien**

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

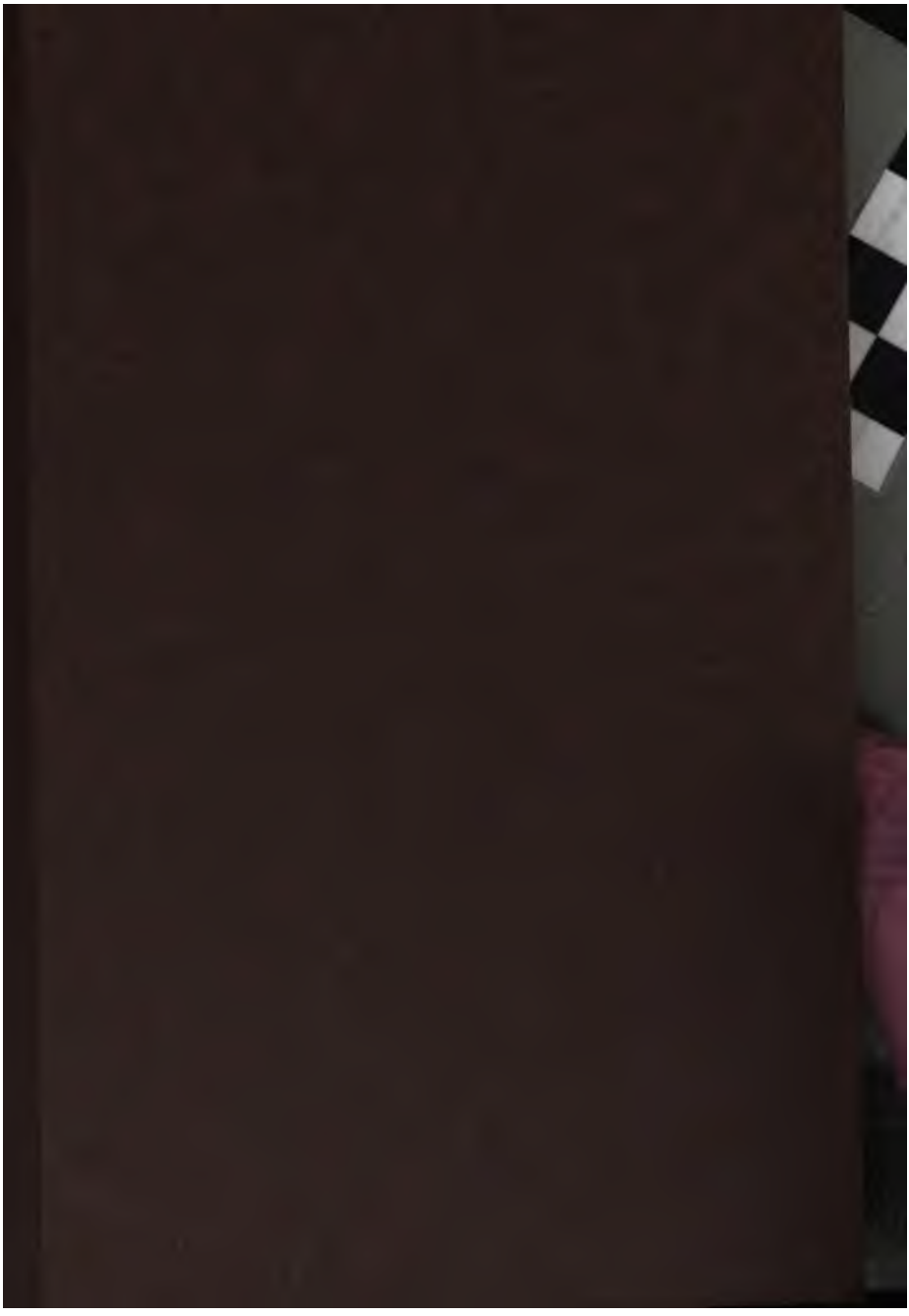
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

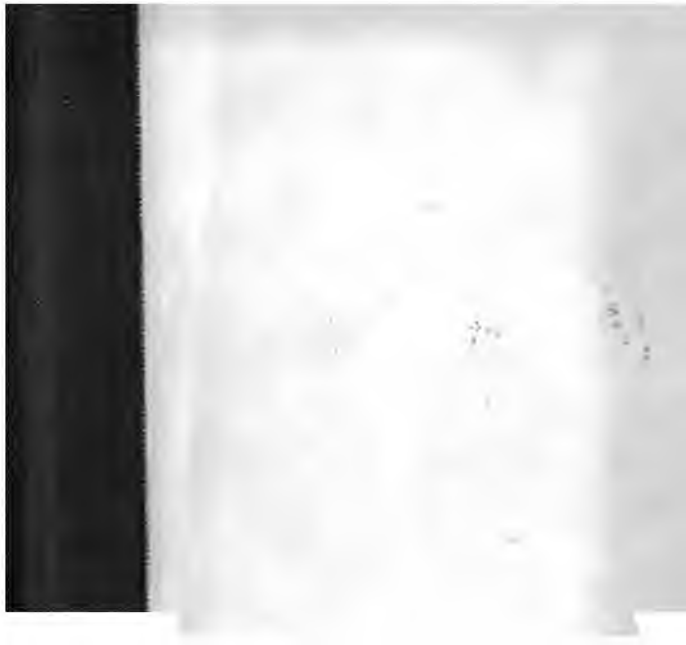
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

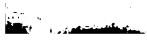
**Über Google Buchsuche**

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.



STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
1969





# Teutſche Staatskanzley.

Von

D. Johann Auguſt Reuß,

Herzogl. Würtemberg. Regierungsrath und Lehrer des teutſchen Staatsrechts an der Karlshohenſchule zu Stuttgardt.

XXXIII. Theil.

Ulm, 1795.
auf Koſten der Stettiniſchen Handlung.

E 39339

JX 691
R 48
V. 33

# Innhalt

## des drey und dreyßigſten Theils der teutſchen Staatskanzley.

### Erſter Abſchnitt.

Von dem Finanzzuſtand der Reichsſtadt Nürnberg. Seite 1.

I. Documentirte Darſtellung der Reichsſtadt Nürnbergiſchen Cauſalium. Seite 5.

II. Befund des Reichsſtadt Nürnbergiſchen Vermögensſtandes, wie ſich derſelbe bey der durch die zu der Nürnbergiſchen Matrikular-Unterſuchung angeordnete Fränkiſche Kraißdeputation genommenen kurſoriſchen Ueberſicht ergeben hat. Im Monat Julii 1792. S. 13.

### Zweyter Abſchnitt.

Actenſtücke, die Landvogtey im Elſaß und den Re-

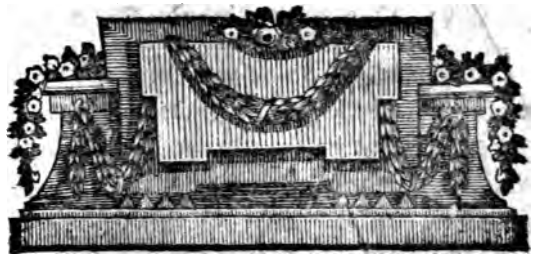
# Innhalt.

Recurs des Fürſten von St. Mauris-Monbarey an den Kaiſer und das Reich betreffend. S. 48.

I. Mémoire pour M. de Saint MAURIS-MONTBAREY en Qualité de Grand Préfet des dix Villes imperiales d'Alſace avec les Piéces Juſtificatives. 1790. S. 51.

II. Conſultation de la Faculté de droit en l'Univerſité Electorale Palatine de Heidelberg ſur la Nature de la grand Préfecture des dix villes imperiales confederées de la Province d'Alſace. S. 116.

Pièces Juſtificatives mit Beylagen von Num. I. bis XXXVIII.



# Erſter Abſchnitt.

## Von dem Finanzzuſtand der Reichsſtadt Nürnberg.

In was für einem traurigen Zuſtande ſich die Finanzen der Reichsſtadt Nürnberg befinden, iſt zwar dem Publicum längſt bekannt, und auch die ſeit einigen Jahren erſchienene Schriften, welche durch den von dem größern Rath daſelbſt gegen den kleinern oder innern Rath erhobenen Proceß veranlaßt wurden, haben ſchon ziemlich Licht darüber verbreitet. Eine von dem Fränkiſchen Krais angeordnete vorläufige Unterſuchung des Finanzzuſtandes dieſer anſehnlichen Reichsſtadt aber, wozu die Beſchwerde derſelben über ihren allzu hohen Matricularanſchlag Anlaß gab, ſetzt die Sache nun — zum Erſtaunen des Publicums — erſt ins rechte Licht.

Den nächſten Anlaß zu dieſer Unterſuchung, welcher ſich die Reichsſtadt Nürnberg bis dahin immer widerſetzt hatte, gab endlich eine von der Kraisverſammlung, wider dieſelbe beſchloſſene Execution. Nürnberg iſt nämlich noch beträchtliche ältere Rückſtände in die Kraiskaſſe ſchuldig. a) Zu deren Bezahlung war dieſelbe ſogar nicht zu vermögen, daß ſie vielmehr längſt über ihren allzu hohen Matricularanſchlag bittere Klagen führte. Und doch wollte ſie ſich niemal einer von Kraiſes wegen anzuordnenden Unterſuchung ihrer Kräfte unterwerfen. Diß veranlaßte endlich die Kraisverſammlung, ſich zu ernſtlichern Maasregeln zu entſchließen. Es wurde nämlich am 18. Febr. 1791. der Schluß gefaßt, das Kraisausſchreibamt „um wirkliche „Hilfsvollſtreckung der binnen 4. Wochen „von dem löblichen Mitſtande Nürnberg nicht „beygezahlt werden wollenden ältern Rück„ſtände einsweilen ad 16369 fl. 7 1/4 kr. „ zu erſuchen. Dieſe

a) Nach den auf den lezten Dec. 1791. geſtellten Reſtanten Liſten war Nürnberg ſchuldig:
an den bis auf das Jahr 1790. incl. angeſezten ordinären Römermonaten 70701 fl. 7 1/4 kr.
und an den monatlich mit 3 kr. pro Cto von den Römermonatlichen Reſten bis 1790. incl. angerechneten Zinſen 52984 fl. 57 1/3 kr.

Dieſe Entſchlieſſung hatte die Wirkung, daß die Reichsſtadt Nürnberg nun ihre Bereitwilligkeit erklärte, ſich die bisher verweigerte Unterſuchung des Kraiſes in die mitſtändiſchen Kräfte gefallen zu laſſen. Von Kraiſes wegen wurde hierauf den Kraisgeſandten von Bamberg, Brandenburg, Löwenſtein-Wertheim und der Reichsſtadt Rotenburg der Auftrag gemacht, den Weg dieſer Unterſuchung durch ein ſtandhaftes Gutachten vorzubereiten, und zu gleicher Zeit an das Kraisausſchreibamt das Erſuchen geſtellt, „die Vollziehung der Hülfe bis auf weitern Ehrfurchtsvollen Antrag um ſo mehr zu „hinterſtellen, als das= auf die obige Reichsſtadt „Nürnbergiſche Erklärung vom Krais gefaßte „und von den Reichsſtadt Nürnbergl. Bevollmächtigten purè angenommene Concluſum „hinreichende Sicherheit verbürge.„ Uebrigens wurde in dieſem an das Kraisausſchreibamt erlaſſenen Schreiben der Kraisverſammlung zugleich der Wunſch geäuſert, „daß zur vorbereitlichen „Benehmung mit der Reichsſtadt Nürnberg der „Zuſammentritt von den Hochfürſtl. Bambergiſchen, Brandenburgiſchen und Löwenſtein-Wertheimiſchen Geſandtſchaften mit dem Reichsſtadt „Rotenburgiſchen Bevollmächtigten noch von „Einberufung zum nächſten Kraisconvent der

„Fürſtmildeſte Anlaß gegeben werden möchte.„ Es wurde auch hierauf ſchon am 16. Merz 1792. nämlich in der 112. Sizung von dem Directorio der Verſammlung die Anzeige gemacht, daß die von Kraiſes wegen ernannten Herren Inquiſitoren in der Reichsſtadt Nürnbergiſchen Matricularſache das ihnen aufgetragene Geſchäft den 14. Merz 1792. auf dem Rathhaus zu Nürnberg wirklich, und ſo, wie es die geſezliche Ordnung erfordere, angegangen hätten.

Das traurige Reſultat dieſer Unterſuchung ſtellen die darüber an die Kraisverſammlung erſtatteten Berichte dar, welche hier mitgetheilt werden. Der Befund des Reichsſtadt Nürnbergiſchen Vermögenszuſtandes iſt die Relation des Herrn Geſandten von Zwanziger. Der unter Z. III. abgedruckte Aufſatz aber iſt von dem Herrn Grafen von Soden entworfen, welcher ſchon in dem Straßburger politiſchen Journal erſchien, aus welchem er hier mitgetheilt wird.

Da übrigens die Reichsſtadt Nürnberg ſchon vor dieſer kurſoriſchen Unterſuchung nämlich am 23. Febr. 1792. der Fränkiſchen Kraisverſammlung ſogenannte Cauſales übergeben hat, welche die unglücklichen Schickſale darſtellen ſollen, wodurch dieſe weiland blühendſte und mächtigſte

tigste Reichsstadt an den Rand des Verderbens gestürzt wurde, so ist es billig auch diese dem Publicum hier vorzulegen, um so mehr, als auch die Aufsätze der erwähnten Kraisdeputirten sich darauf beziehen. Ob aber diese Gründe dem Leser Genüge thun, und ob solche die Nürnbergische Finanzverwaltung wider den sich von selbst aufdringenden Verdacht einer unbegreiflichen Vernachläßigung schüzen werden, das ist eine andere Frage.

## I.

## Documentirte Darstellung der Reichsstadt Nürnbergischen Causalium.

Nürnberg könnte, schon vom 17. Jahrhundert an, so viele Unglücksfälle angeben, und einen = in denen aufeinander gefolgten Kriegen nach dem prägravirlichen Matrikul-Anschlag an Geld und Mannschafft zu prästiren gezwungen gewesenen enormen Kosten-Aufwand darthun, daß sich wohl ehe zu vermuthen seyn möchte, daß das gemeine Wesen hiesiger Reichsstadt so lange aufrecht erhalten worden, als daß solches nun erst in den traurigsten Verfall gerathen ist.

Man darf indessen dermalen die ältere Veranlassungen zu der dasselbe drückenden Schuldenlast, mithin neben dem durch den geänderten Zug der gesamten teutschen Hand-

lung und dadurch hieſiger Stadt entgangenen Hauptniederlage der venezianiſchen Handlung erlittenen unſäglichen Verluſt, den 30. jährl. Krieg und die Franzöſiſche Kriege von 1674. 1688. und 1733. den ſpanniſchen Succeſſions-Krieg zu Anfang des jezigen Sekuli, nebſt dem mehrmals anno 1683. 1716. 1738. und 1740. Kaiſerl. Majeſtät geleiſteten Türkenhülfe nur den Namen nach anführen, und ſich auf die verſchiedenen in der Nürnbergl. Matrikular-Prägravations-Sache im Druck erſchienenen und anderer Vorſtellungen beziehen, ſo wird ſich dem hochlöbl. Fränkl. Kraiſe und jedem Kenner der Verfaſſung derſelben der unerſchwingl. Koſten-Aufwand von ſelbſt darſtellen, und beurtheilen laſſen, welche hieſige Stadt aus eigenen Mitteln, auch mit deren äuſſerſten Anſtrengung unmöglich hat beyſchaffen können, ſondern ſich, ohne durch innere Verfaſſung und eigne Bedürfniſſe dazu veranlaßt zu ſeyn, mit ſchweren Schulden hat belaſten müſſen. Um aber nur auf die neuern Zeiten ſich einzuſchränken, eröfnete der 1740. erfolgte Todesfall Kaiſer Karl des VI. für Nürnberg eine Scene der unglücklichen Vorfallenheiten. Nicht genug, daß ihre Kriegs-Mannſchafft bis auf einen Churfürſten gleichen Fuß her- und in marſchfertigen Stand geſtellt, und bis 1747. mit ſehr koſtbarem Aufwand unterhalten worden, nicht genug, daß ſie während der Kriegszeit hindurch bis 1750. 247. Römer-Monathe bezahlen mußte, ſo mußte

ſie

ſie auch das unglaubl. harte Mißgeſchick erfahren, daß, da ſie von 1739. an, wo die Kraiß-Convention noch bis dahin gutwillig eingegangenen Fortſezung ihr volles Ende erreicht hatte, die Präſtanten nicht mehr nach dieſen, ſondern nach dem 7ten Theil bezahlte, ihr ein Rückſtand von 80000. fl. angefordert und eine unerträgliche Execution von 2. Kompagnien in die Landſchafft gelegt, auch nicht eher als nach erfolgter zweymaliger Kaiſerl. geſchärfter Verordnung und einen Koſten-Aufwand von 1400 fl. und nach baarer Anticipations-Zahlung von 40000 fl. wieder aufgehoben wurde. Aber noch war das Maas ihres Unglücks nicht voll.

Der lezte in ſeinen Folgen ihr ewig unverſchmerzlich bleibende, ſiebenjährige Reichskrieg, machte auch diejenige ſchwache Hofnung zunichte, die ſie auf eine dreyjährige kleine Erholung bauen wollte, welche von der gemachten ökonomiſchen Sorgfalt unterſtüzt ward. Derſelbe und die in den ſiebenziger Jahren eingefallene ſchwere Theurung mit der damit verbundenen Getraidſperr, waren gleichſam die Klippen, woran auch die noch übrige Hofnung einiger Erholung zu ſcheitern ſchiene.

Was erſagte Kriegszeit anbetrifft, ſo mußte nun in der erſten Hälfte derſelben, nämlich pro 1757. bis 1759. allein an Reichs- und Krais-Præſtandis 244384 fl. an Koſten für hieſiges Militär 840922 fl. wegen der Defenſions-Anſtalten, Herſtellung des Land-Ausſchuſ-

ſes gegen die Königl. Preußiſche erſte Invaſion, ingleichem wegen der mit fortgeführten Geiſeln und Gefangenen gegen 60000 fl. An Winter-Douceurs an die Generalität und zweymalige Hauptquartiers-Koſten bey 130000 fl. an Durchmarſch-Winterverpflegungs- und andere bey der Landſchafft vorgekommene Koſten 450000 fl. zu Dienſt des allerhöchſt-Kaiſerl. Hofs, theils durch Rekruten-Stellung, theils auch baare Bezahlung 50000 fl. mithin bey 12 Tonnen Goldes herbeygeſchafft und meiſtens verzinnßlich aufgenommen worden.

Die zweyte Hälfte des Kriegs war noch verderblicher, da nämlich an Reichs- und Krais-Præſtandis zur Unterhaltung des Militärs wegen des bey der zweyten Preuß. Invaſion weggenommenen Geſchüzes und Gewöhrs, auch aufgelegten Brandſchazung, für Winter-Douceurs und Haupt-Quartier, zur Franzöſiſchen Fourage-Lieferung ꝛc. ꝛc. über 1½ Millionen, es mochte auch koſten, was es wollte, herbeygeſchafft, bey dem mindeſten Verzug ſogar Execution eingelegt, und da man an allen Orten und Enden um verzinßliche Vorlehen ſich bewerben mußte, auch der noch übrige Credit der Stadt auf die Spize geſtellt, anbey eine neue Verzinnſung, als eine neue Ausgabs-Laſt dem Ærario zugezogen worden iſt, ſo gab endlich die mit dem Jahre 1770. eingetretene Fruchtheurung dem Ærario noch den lezten empfindlichſten Stoß, welcher nicht von einer höhern Hand, ſondern

von

von Menſchen vorzüglich ſeine Schwere erhielt.

Des Mißwachſes ungeachtet würde keine Theurung entſtanden ſeyn, wenn nicht die unglückſelige Sperr ſolche erſt geſchaffen hätte. Nürnberg würde nach ſeinen alten innerlichen Anſtalten, wo immer ein erkleklicher Vorrath gehalten werden muß, davon frey geblieben ſeyn, wenn ihr nicht alle diejenigen Zuflüſſe abgeſchnitten worden wären, durch welche ſie ihren Vorrath einigermaſſen hätte erhalten können, nachdem dieſer aufgezehrt, alle Zufuhr gehemmt, ja ſogar die eigenen Gülten und Zehenden der Stadt verkümmert, abgepfändet und weggenommen waren, blieb ihr nichts übrig, als von entfernten Landen mit koſtbarer Auslöſung der Päſſe, vieler Gefahr und darüber noch anhängiger Prozeſſe nur ſo viel Getraid hervorzubringen, als die Bürgerſchafft von der äuſſerſten Hungersnoth, ja ſogar bereits daraus entſtandenen Krankheiten erretten konnte.

Die Schulden der Stadt wurden dadurch leider um viele hundert tauſend Gulden vermehrt.

Woferne aber auch der Stand Nürnberg alle dieſe über ihn unaufhörlich eingebrochene äuſſerſt kalamitoſe Schickſale nicht zu erfahren gehabt hätte, ſo würde ſchon ein einziger harter Umſtand hinlänglich geweſen ſeyn, denſelben in den betrübten Zuſtand zu verſezen, unter welchem ſelbiger nunmehro ſeufzt, dieſer nemlich:

daß ſelber aller vielmals geſchehener gegründeten und flehentlichſten Vorſtellungen, den ſelbſt eigenen Interceſſionalien des hochlöbl. Kraiſes, ſo wie der allerhöchſten Kaiſerl. Verordnungen auch notoriſchen Ungleichheit gegen deſſen hohe Kraiß-Mitſtände, dann ſeines erlittenen Abgangs vieler Hundert durch Ausſterben hieſiger adel. Familien und ſonſt von hieſiger Stadt weg- und heimgefallener Unterthanen ungeachtet, nicht einmal zu dem Genuß der ſeine Kräfte ſchon zu jeder Zeit und bey ſeinen noch weit beſſern und noch lange nicht ſo tief herabgeſunkenen Umſtänden, doch noch weit überſtiegenen nunmehro ohnehin ganz ohnmöglichen Proportion eines Siebentheils zu dem toto matriculari gerechnet, hat gelangen können, ſondern über ſolches Siebtel in ſo enormen Quantis zu contribuiren gezwungen worden iſt, daß laut der Anlage lit. A. blos allein der Unterſchied desjenigen, was Nürnberg würklich bezahlt, und ſowohl an Geld und Mannſchafft contribuiret hat, gegen den Betrag desjenigen, wenn ſelbige mit $\frac{1}{7}$tel beygetragen hätte, eine Summe von 5 — 6 Millionen, und die jährl. Zinnſen blos allein von dieſer Uebermas oder nur von denjenigen jährl. Quantis, welche über das $\frac{1}{7}$tel bezahlt und beygetragen werden müßte, bezeug der Anfug lit. B. den allergröſten Theil aller hieſiger Stadt jährl. zur Laſt liegenden Zinnſen beträgt.

Woraus

Woraus alſo abzunehmen iſt, daß der Stadt alle oben angeführte erſchreckliche Unglücksfälle gleichwohl noch zu überſtehen möglich geweſen wäre, woferne dieſelbe nicht zugleich ihre Kraiß-Præſtanda in ſo unerträglichem Uebermaas an Geld und Mannſchafft, beſonders ſeit ſo vielen bey den lezt abgelaufenen hundert Jahren immer aufeinander gefolgten kriegeriſchen Zeiten, zu tragen gehabt hätte.

Ohngeachtet nun alle bisher ſpecifice und mit den Berechnungen auch mit würkl. aus den Original-Rechnungen zu beſtärkenden Summen und Quantis angeführte hoffentl. ſchon hinlängl. und unverwerfliche Cauſales zu der von der Gerechtigkeits- und Billigkeitsliebe ihrer höchſten und hohen Herrrn Kraiß-Mitſtände zuverſichtlich anhoffenden in den Pflichten einer aufrichtigen Societät gegründeten Beherzigung in ſich enthalten, ſo hat man jedoch zu allem Ueberfluß keinen Anſtand genommen, noch beſonders von demjenigen Zeitpunct an, wo ſich der eigentliche Ruin diſſeitiger Mitleidenswürdiger Reichsſtadt herleitet, nemlich von dem Jahre 1755. an, wo kurz vorher Nürnberg eine ſchwere Kraiß-Execution zu erdulden hatte, und, als ſie kaum ſich zu erholen hoffte, der leidige 7jährige, auch inſonderheit noch bey ſeinem Ende ſo unglückl. Krieg ſich erhub, von Jahr zu Jahren die jährl. Einnahmen und Ausgaben aus den Stadtrechnungen zu extrahiren, und dieſen Extract hier in der Beylage Lit. C. beyzu-

beyzulegen, künfftig aber mit den Original-Rechnungen ſelbſt zu beſtärken ſich erbötig machen.

Da nun aber aus ſolchen ſich bewähren wird, daß die ordentliche Einkünffte, zu dem unerſchwingl. Quanto Matriculari keineswegs zureichen, vielmehr die Stadt in eine übergroße Schuldenlaſt verſenkt worden iſt, auſſerdem aber ſeit der erſten ſchon ſehr überläſtig und unproportionirt geweſenen Reichs-Matrikel, viele von den liquideſten Einkünfften in andere Hände, jedoch ohne Uebernehmung der darauf gehaffteten Matricular-Quota gerathen ſind, folglich die Einkünffte von den Ausgaben weit übertroffen worden, bey der dem im Abfall gerathenen Stand competirenden Wohlthat der Mäßigung hingegen, die natürliche Billigkeit erfordert, daß zwiſchen Einnahme und den Präſtanten eine Gleichheit beobachtet werde, ſo rechtfertigt ſich der Antrag und die Bitte der Stadt, daß dieſer ſich für das Beſte des hochlöbl. Kraiſes über ſeine Kräffte aufgeopferte Mitſtand, durch Societätsmäßige Rückſicht, Unterſtüzung, und gönnenden Reſpiro, in den Stand geſezt werden möge, auch künfftig ein nüzliches Mitglied des Kraiſes abzugeben, und ſomit den Endzweck der Inquiſition gedeihlich zu genieſſen.

Wohin alſo an ſämtl. Höchſt- und hohe Herren Kraiß-Mitſtände ihr unterthänigſt unterthänig- und gehorſamſtes Bitten zu gnädigſt

und

und hochgeneigteſter Erhörung und Willfahrung ſubmiſſeſt und angelegentlichſt ſtellet, zugleich aber auch denen zu dieſer Unterſuchung angeſtellten und ernannten Hochanſehnl. Herren Inquiſitoribus ſich devoteſt empfiehlt

den 23. Febr. 1792. die Reichsſtadt Nürnberg.

## II.

## Befund des Reichsſtadt Nürnbergiſchen Vermögensſtandes, wie ſich derſelbe bey der durch die zu der Nürnbergiſchen Matricular-Unterſuchung angeordnete Fränkiſche Kraiß-Deputation genommenen kurſoriſchen Ueberſicht ergeben hat. Im Monat Julii 1792.

### §. 1.

### Quellen, woraus gegenwärtiger Befund geſchöpft worden iſt.

Die Kraiß-Deputation hat ſich bey der kurſoriſchen Ueberſicht blos an die Nachrichten und Kenntniſſe gehalten, die ihr von Seiten des löbl. Mitſtandes ſelbſt vorgeleget worden ſind.

Sie beſtunden in folgenden Actenſtücken:

I.) Documentirte Darſtellung der Nürnbergiſchen Cauſſalium ſub dato 23. Febr. 1792. Beilagen hiezu.

A.) Zuſammenſtellung der ſeit dem Jahre 1679. ausgeſchlagenen Römer-Monate.

a.) nach

a.) nach ihrer Zahl

b.) nach ihrem total Betrag

c.) nach der nürnbergiſchen würklichen Beyzahlung dazu, und

d.) wie viel leztere über das Nürnbergiſcher Seits behauptete $\frac{1}{7}$tel zu dem toto matriculari betragen habe.

A. 2.) Zuſammenſtellung der Koſten auf die Unterhaltung der Mannſchafft.

a.) nach dem würklichen Aufwand

b.) nach dem Betrag des $\frac{1}{7}$tel

c.) nach der in Vergleichung der erſtern mit dem leztern herausfallenden Prägravation.

B.) Berechnung des nach und nach erwachſenen jährl. Zinns-Betrags von der über das $\frac{1}{7}$tel hinausgegangenen Prägravation.

C.) Tabelle über Einnahme und Ausgabe bey dem Nürnbergiſchen Loſungs-Amte von 1755. bis 1790. einſchlüßig.
nach den Haupt-Summen.

II.) Renner über Einnahm und Ausgab von 1755. bis 1790.
nach den Specialrubriken.

III.) Status activus et paſſivus der Reichsſtadt Nürnberg vom Jahr 1791. und 1792. mit einer angehängten Note über die Mittel zur Wiederaufhülfe.

§. 2.

## §. 2.

### Verwaltungs-Art im Allgemeinen.

Bey der bloßen kurſoriſchen Ueberſicht konnte das Augenmerk nur auf den Zuſtand der Nürnbergiſchen Finanzen ſelbſt, nicht aber auf die innere Einrichtung der ganzen Staats-Haushaltung gerichtet ſeyn. In wiefern hingegen der Zuſtand auf die Staatshaushaltung zurückweiſet, wird ſich unten ergeben.

## §. 3.

### Rechnungsweſen.

Eine Haupt-Finanz- und Rechnungsbehörde iſt in dem Nürnbergiſchen Loſung-Amte vorhanden.

Gleichwohl fehlet es an einer Haupt-Rechnung, worinnen alle Einnahmen und Ausgaben im Ganzen zu überſehen wären. Die einzelnen Aemter und Rechnungs Stellen, welche der Regel nach, insgeſammt der Haupt-Finanz-Behörde untergeordnet ſeyn, oder wenigſtens in ihr den Mittelpunct haben ſollten, ſcheinen lauter abgeſonderte Status in Statu auszumachen, wovon jeder ſein eigenes Syſtem, ſein eigenes Rechnungsweſen und auch ſeine eigene Schuldenlaſt hat.

Zu den auf dem Loſung Amt liegenden allgemeinen Staatslaſten tragen dieſe abgeſonderte Aemter theils eine jährliche beſtimmte Abgabe, theils ihren jährlichen Ueberſchuß, theils auch nur in Geſtalt von Vorſchüſſen bey.

Durch

Durch eine Folge dieſes Gebrechens hat man bey der kurſoriſchen Ueberſicht von dem Oekonomie-Zuſtand der einzelnen Aemter keine andere Kenntniß erlanget, als was gelegenheitlich aus dem oben ſub No. III. erwähnten Statu activo et paſſivo entnommen werden konnte.

## §. 4.

### Aelterer Zuſtand überhaupt.

Von dem ältern Nürnbergiſchen Finanz-Zuſtand kommt in der Documentirten Darſtellung bloß eine Aufzählung der manchfaltigen Urſachen vor, wodurch die Stadt nach und nach an den Rand des Verderbens gebracht worden ſeye.

Namentlich werden angeführet:

a.) Der prägravirliche Matricular-Anſchlag im allgemeinen.
b.) Der geänderte Zug der deutſchen Handlung.
c.) Der dreyßigjährige Krieg.
d.) Die Franzöſiſche Kriege von 1674. 1688. und 1733.
e.) Der ſpanniſche Succeſſions-Krieg.
f.) Die noch in den Jahren 1683. 1716. 1738. und 1740. zu leiſten geweſene Türkenhülfe.
g.) Der Oeſterreichiſche Succeſſions-Krieg.
h.) Die der Stadt auch noch nach 1739. abgedrungene Fortzahlung zum Kraiſe nach Masgab der 1720er Temporal-Convention.

i.) Die

i.) Die deßhalb gegen sie verhängte Execution.

k.) Der unmittelbar nachgefolgte siebenjährige Krieg.

l.) Die Theurung und Getraid-Sperre in den 1770ger Jahren.

m.) Der Abgang vieler hundert durch Aussterben adel. Familien und sonst weg- und heimgefallener Unterthanen.

Im Hauptwerke ist diese ganze Reihe von Ursachen bekannt, und sie verdient auch überall gerechte und societätsmäßige Rücksicht.

Nur drängt sich auch überall wieder die große Einwendung auf, daß man von Seiten Nürnberg die unverkennbaren Würkungen gedachter Ursachen zu rechter Zeit in dem gesezlichen Weg der Untersuchung hätte sichtbar machen, und eben dadurch den Würkungen selbst hätte Einhalt thun sollen und können.

Und eben diese grosse Einwendung scheint zugleich alle sonstige Beymessung schlechterdings auf Nürnberg selbst zurückzuweisen. In Absicht auf den effectiven Zustand gilt nunmehro das factum infectum fieri nequit.

Eine Ausnahme macht jedoch die zulezt angeführte Ursache, worüber die Deputation schon wiederholt nähere Anzeige verlangt, solche aber bis jezt noch nicht erhalten hat.

§. 5.

## §. 5.

### Zuſtand vom Jahr 1755. her:

Das Jahr 1755. wo kurz vorher die in dem nächſt vorhergehenden Abſaz ſub i. erwähnte Kraiß-Execution über Nürnberg ergangen war, und gleich darauf der 7. jährige Krieg eintrat, wird von Nürnberg als der Zeitpunct angegeben, wo ſich der eigentliche Ruin der Stadt herleite.

Von dieſem Zeitpunct an iſt daher auch die jährliche Einnahm und Ausgab des Loſung-Amtes, mittelſt der oben §. 1. bemerkten Tabellen, dann der Stadt-Rechnung Renner vorgeleget worden.

Zum Behuf einer genauen Ueberſicht und richtigen Vergleichung des damaligen mit dem jezigen effectiven Zuſtand hätten aber zwey Haupterforderniſſe gehört, nämlich

1.) der geſamte Stand der Einkünfte bey dem Loſung-Amte ſowohl, als auch bey den beſondern Rechnungs-Balleyen, wie er im Jahr 1755. beſchaffen war, und was davon nach Wegrichtung der ordentlichen und fortgehenden Staats-Ausgaben und reſp. der Amts-Nothdurfft, noch zu Beſtreitung der Zinnſen und Kapital-Zahlungen übrig bleiben könnte, welches ſonach den wahren ſtatum activum dargeſtellt haben würde.

2.) Der geſammte damalige Schuldenſtand, und zwar ebenfalls nicht nur von dem

Loſung-

Loſung-Amte, ſondern auch von den Neben-Balleyen, mit Bemerkung des verſchiedenen Zinnßfuſſes und der ſonſtigen individuellen Beſchaffenheit der einzelnen Schulden, ſoweit ſolche auf Herſtellung der Bilanz zwiſchen dem Statu activo et paſſivo Einfluß haben konnte.

Weder die eine noch die andere von dieſen Erforderniſſen hat bis jezt ihr Recht erhalten.

So viel ſiehet man indeß aus dem Renner der Stadtrechnung vom Jahr 1755.

a.) daß die Einnahme gedachten Jahrs bey dem Loſung-Amte mit Einrechnung einer Poſt von 9000 fl. von den Geiſtlichen Stiftungen, dann 12600 fl. für Zinnſen von Activ-Capitalien, und gegenüber mit Ausſchluß der neuerlichen Kapital-Aufnahmen zu 153045 fl. abgeworfen habe,

499377 fl. 17 ß. 9 hl.

b.) daß dagegen die Ausgabe ausſchlüßig den Kapital-Zahlungen zu 112969 fl. 3 ß. 4 hl. und einſchlüßig der Zinnß-Zahlungen zu 292068 fl. 6 ß. 9 hl. hingeſtiegen ſeye auf

566410 fl. 8 ß. 9 hl.

dem zu Folge war alſo ſchon im Jahr 1755. eine Mehrausgabe von

67032 fl. 11 ß. 3 hl.

vorhanden.

Mithin muß wohl auch der Termin, wo der Ruin der Stadt herzuleiten wäre, viel weiter rückwärts angenommen werden.

Vergleicht man die Einnahm des Loſung-Amts vom Jahr 1755. mit der Einnahm von den unmittelbar nachgefolgten Jahren, nach den vorhandenen Rechnungs-Rennern; ſo kann ſelbige für die damalige Zeit überhaupt im Durchſchnitt immerzu auf

500 fl. m bis 525 fl. m

berechnet werden.

Schwerer hält es, einen richtigen Durchſchnitt der Ausgaben bey dem Loſung-Amte von jener Zeit herauszufinden, indem nicht nur die Rubriken in den jährlichen Summen gar zu ſehr von einander abweichen, ſondern auch mehrere derſelben, z. B. die oft mit gewaltig groſſen dann wieder mit ſehr kleinen Summen erſcheinende Rubriken: gemeine Ausgaben ganz unbeſtimmt ſind.

Immer ſcheint die von Seiten Nürnberg ſelbſt in dem ſo überſchriebenen Statu activo et paſſivo (§. Nr. III.) angegebene Summe von

250000 fl.

die zu den ordentlichen Ausgaben der Stadt, auſſer den Kapital-Zinſen, erforderlich ſeyen, auch ſchon für den Zeitpunct 1755. gelten zu können.

Nach deren Abzug wären alſo zu den Kapital-Zinſen noch übrig geblieben

250 fl. m bis höchſtens 275 fl. m

Wie

Wie hoch nun aber die Schuldenlaſt in dem Zeitpuncte des Jahrs 1755, ſich belaufen habe, und wie viel alſo genau zu Entrichtung der Kapital-Zinnßen erforderlich geweſen ſeye, dann wie es bey den Special-Aemtern zu jener Zeit tam active quam paſſive ausgeſehen habe, von allem dieſem iſt in den vorgelegten Acten-Stücken nichts zu finden.

Wenn man indeß die unten vorkommende jezige Schuldenlaſt zu fl. 12,483251.— zum Grunde legt, und von ihr den ebenfalls unten bemerkten zu machenden Total-Betrag der Mehrausgabe von 1755. bis 1790. mit fl. 4,388,952.— abzieht, weil dieſe Mehrausgabe nothwendig der Schuldenlaſt in dieſem Zeitraume zugewachſen ſeyn muß, ſo ergiebt ſich der Betrag der im Jahr 1755. vorhanden geweſenen Schuldenlaſt auf fl. 8,094299.—

wovon die Zinßen im Durchſchnitt zu 4. v. H. gerechnet, jährlich ungefähr

320,000 fl.—

erfordert haben müſſen, und wobey es nur auf die Frage ankäme, wie viel die Special-Aemter zu dieſem Zinnßen-Quanto damals beyzutragen im Stande geweſen ſind, eine Frage, die noch zur Zeit ganz im Dunkeln bleibt.

## §. 6.

### Veränderungen in der Periode von 1755. bis 1790.

Zur Erleichterung der kurſoriſchen Ueberſicht im Ganzen ſowohl, als der Verhältniſſe in den verſchiedenen Perioden, hat die Deputation aus den ihr vorgelegten Stadtrechnungs-Rennern, die einzelnen Rubriken wieder nach dem ganzen Zeitverlauf von 1755. bis 1790. zuſammenſtellen, aus dem Total-Betrag einer jeden den Hauptquotienten auf ein Jahr in das andere, zugleich aber auch die beſondere Quotienten nach den dreyen Decenniis von 1760. bis 1770. von 1770. bis 1780. und von 1780. bis 1790. herausziehen laſſen.

Dadurch iſt man nun auf die traurige Wahrnehmung gekommen, daß in Vergleichung des erſtern Decennii von 1760. bis 1770. mit den leztern von 1780. bis 1790. die Einnahm des Loſung-Amts, hauptſächlich in den Rubriken vom Waldſtromer-Amte an Wein- und Bier-Umgeld, Getränk-Aufſchlag, Kriegs-Aufſchlag, Nachſteuer, vom Ochſen- und Unſchlitt-Amte, nach Gutrechnung deſſen, was ſie wieder in einigen andern Rubriken, vorzüglich in der Getraide-Einnahme, dem Getraide-Aufſchlag und den Einlaß-Geldern geſtiegen iſt, gleichwohl noch im Durchſchnitt einen Abfall von jährl. 73,430 fl. erlitten habe. In Anſehung der Ausgabe excl. der Kapital-Zinnßen, mußte man wegen der ſchon oben angeführten Unbeſtimmtheiten, bey der allgemeinen

Be-

Bemerkung stehen bleiben, daß sie neuerer Zeit wenigstens nicht ver[illegible]ert worden seye.

Zugleich aber [illegible] sich aus der noch besonders bearbeiteten Haupttabelle, zwischen den Total-Summen aller Ein[illegible]hme und aller Ausgabe von 1755. bis 1790. wobey auf der einen Seite alle neu aufgenommene Kapitalien und auf der andern Seite alle abgetragene Schulden, ausser Ansaz gelassen worden sind, daß die Einnahme dieses Zeitraums von der Ausgabe desselben um

4388,952 fl.

überwogen worden seye. Im Jahr 1755. war also der Zustand, wie man oben gesehen hat, schon äusserst schlimm. In der Folgezeit ist er, wie man hier siehet, unheilbar geworden.

## §. 7.

### Effectiver Zustand, nach der Nürnbergischen Angabe.

Die Deputation bekam in der ihr zuerst vorgelegten documentirten Darstellung und deren Beylagen nichts als Ursachen des vorhandenen Verfalls zu Gesicht. Die Größe und Beschaffenheit des Verfalls selbst, als der nächste Erkänntniß-Grund des ganzen Geschäffts, blieb ihr ein Geheimniß, oder konnte nur nach Wahrscheinlichkeiten gemuthmaset werden.

Auf wiederholtes Andringen kam endlich der oben §. 1. sub III. angeführte sogenannte Status activus et passivus zum Vorschein.

Mittelſt deſſen wird

A.) Der Status activus [redacted] ndermaſſen berechnet:

1.) Die Revenüen de[redacted]abt-Aerarii oder der Loſung [redacted] angenommen auf [redacted] fl. 525000.

abgezogen die ordinairen Ausgaben, incl. der Abgaben für Reich und Kreiß, nach dem bisherigen Fuß, und exol. der Capital-Zinßen mit 250000.

bleibt 275000.

welche von 4. auf Hundert ins Kapital erhöhet werden mit 6,875000 fl.

2.) Die Activa in der Stadt an Gebäuden, Artillerie-Vorrath, der metallenen Fontaine, Eigenſchaften und ſonſtigen Rechten, werden angeſchlagen auf 500000.

3.) Die beiden Reichs-Wälder auf 1,000000.

4.) Die ſämtliche Pfleg-Aemter auf dem Land, auf 2,500000.

5.) Das Waizenbräuen-Amt an Gebäuden, Schiff und Geſchirr, Kaſſenreſt und Vorrath 60000. Verzinnſet noch auſſer der gewöhnlichen Abgabe an das Loſung-Amt eine beſondere Schuldenlaſt von 423,075 fl.

483,075.

Latus — 11,358,075 fl.

Uebertrag

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag | | fl. 11,358,075. |
| 6.) Das Land-Allmos-Amt hat | | |
| Caßen-Rest | 40000 fl. | |
| Vorrath an Naturalien | 27000. | |
| Reste der Unterthanen | 92000. | |
| Revenüen = Ueberschuß deductis deducendis 20000 fl. | | |
| in Kapital | 500000. | |
| Vogteyliche und andere Gerechtsame | 100000. | |
| | | 759,000. |
| 7.) Das Klara-Amt | | |
| Kassenrest | 5000. | |
| Naturalien-Vorrath | 3000. | |
| Reste | 9000. | |
| Revenüen-Ueberschus 8000 fl. in Capital | 200000. | |
| Gerechtsame | 50000. | |
| | | 267000. |
| 8.) Das Spital-Amt | | |
| Kassenrest | 6000. | |
| Naturalien | 16000. | |
| Reste | 8000. | |
| Revenüen-Ueberschuß 8000 fl. in Capit. | 200000. | |
| Gerechtsame | 60000. | |
| | | 290,000. |
| Latus | | 12,674,075. |

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag | | fl. 12,074075. |
| 9.) Das Katharinen-Kloſter-Amt | | |
| Kaſſenreſt | 1500. | |
| Naturalien-Vorräthe | 400. | |
| Reſte | 3500. | |
| Revenüen-Ueberſchuß 5800 fl. in Capital | 145000. | |
| Gerechtſame | 30000. | |
| | | 180,400. |
| 10.) Das Zinnßmeiſter-Amt | | |
| Kaſſenreſt | 100. | |
| Reſte | 6000. | |
| Gerechtſame | 12000. | |
| | | 18,100. |
| 11.) Das Leih-Hauß-Amt an Pfändern nebſt Kaſſen-Reſt | 112500. | |
| Activ-Capitalien | 40500. | |
| Andere Activ-Schulden | 9800. | |
| | | 162800. |
| Latus | | 13,035375. |

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag | | fl. 13035375. |
| 12.) Die Mendliſche 12. Brüder-stifftung Kaſſenreſt | 200. | |
| Naturalien | 600. | |
| Reſte | 6000. | |
| Revenüen-Ueberſchuß 2500 fl. in Capital | 62500. | |
| Gerechtſame | 10000. | |
| | | 79300. |
| 13.) Das Kaſten-Amt, Kaſſen-Reſt | 5000. | |
| Naturalien | 40000. | |
| Reſte | 1500. | |
| Revenüen-Ueberſchuß 2000 fl. | 50000. | |
| | | 96500. |
| 14.) Das Ochſen- und Unſchlitt-Amt, Gebäude, Schiff und Geſchirr und Caſſenreſt | 40000. | |
| Vorrath an Unſchlitt | 24000. | |
| | | 64000. |
| Latus | | 13,275175. |

Uebertrag

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag | | fl. 13275175. |
| 15.) Das Getraid- und Malz-Aufſchlag-Amt, Kaſſen-reſt, | 8000. | |
| Revenüen-Ueberſchuß 6000 fl. in Capital | 150000. | |
| | | 158000. |
| 16.) Das Vormund-Amt Activ-Capitalien | 368391. | |
| Activa der Univerſität Altdorf | 200000. | |
| | | 568391. |
| 17.) Die heil. Creuz-Stifftungs-Pflege, Kaſſen-Reſt, Naturalien und Reſte | 600. | |
| Revenüen-Ueberſchuß 120 fl. in Capital | 3000. | |
| Gerechtſame | 6000. | |
| Gebäude und andere liegende Gründe | 12000. | |
| | | 21600. |
| 18.) Die Leonharder Siechkobel-Pflege, Kaſſen-Reſt | 300. | |
| Revenüen-Ueberſchuß 200 fl. in Capital | 5000. | |
| Latus | 5300. | 14023166. |

Ueber-

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag | 5300. | fl. 14,023166. |
| Gebäude | 5000. | |
| | | 10,300 |

19.) Die Peter Siechkobelpflege,
Vorräthe, Kassenrest und
Reste der Unterthanen 800.
Revenüen-Ueberschuß 200 fl.
in Capital 5000.
Gerechtsame 6000.
Gebäude und liegende
Gründe 8000.
19,800.

20.) Die Jobster Siechkobel-
Pflege, Gebäude und lie-
gende Gründe 5000.
Kassenrest und Vorrä-
the 27000.
Gerechtsame 6000.
38000.

Latus 14,091266.

Uebertrag

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag. | | fl. 14,091266. |
| 21.) Die Johannis Siechkobelpflege, Gebäude und liegende Gründe | 3000. | |
| Kaſſenreſt, Vorräthe und Reſte | 4000. | |
| Revenüen-Ueberſchuß, höchſtens zur Verzinnßung | 1225. | |
| Gerechtſame | 6000. | |
| | | 14225. |
| 22.) Die Martha Spitalpflege, Gebäude, Betten ꝛc. | 3000. | |
| Kaſſenreſt und Uſſenſtände | 400. | |
| Revenüen-Ueberſchuß 320 fl. in Capital | 8000. | |
| Gerechtſame | 4000. | |
| | | 15400. |
| | Summa | 14,120891 fl. |
| Hierzu an ausſtehenden, jedoch groſſentheils zweifelhafften Activ-Poſten | | 3,414,502. |
| Total-Betrag des Activ-Stands | | 17,535,393 fl. |

Gegenüber wird

B.) der Status passivus auf nachstehende Art angegeben:

| | | |
|---|---|---|
| a.) | Beym Losung-Amte | fl. 9,554,041. 51 ¼. |
| b.) | — Landpfleg-Amt | 258,515. — |
| c.) | — Waizenbrau-Amte | 423,075. — |
| d.) | — Land-Allmos Amte | 508,825. — |
| e.) | — Klaren-Amte | 208,400. — |
| f.) | — Spital-Amte | 268,670. — |
| g.) | — Catharinen Closter Amte | 164,725. — |
| h.) | — Zinnßmeister-Amte | 61,725. — |
| i.) | — Leih-Haus-Amte | 147,100. — |
| k.) | — Mendlische 12. Brüder-stifftung | 63,775. — |
| l.) | — Kasten-Amte | 43,150. — |
| m.) | — Ochsen- und Unschlitt-Amte | 89,300. — |
| n.) | — Getraid- und Malz-Aufschlag-Amte | 157,800. — |
| o.) | — Vormund-Amte | 519,075. — |
| p.) | Heil. Creuz Stifftungs Pflege | 1000. — |
| q.) | Leonharder Siechkobelpfleg | 5150. — |
| r.) | Peter Siechkobelpfleg | 1750. — |
| s.) | Johannis Siechkobelpfleg | 1225. — |
| t.) | Martha Spitalpfleg | 5050. — |
| | Summa des Schuldenstandes | 12,483,251. 51 ¼. |

Gegeneinander gehalten, soll demnach der Status activus den Statum passivum noch übersteigen mit

5,052,141 fl. 8 ½ kr.

Eine

Eine einzige Bemerkung wirft nun aber gleich den ganzen Statum activum, ſo wie er hier geliefert worden iſt, über den Haufen.

Die Stadt Nürnberg muß doch auf jeden Fall ihr politiſches Daſeyn behalten. Sie kann alſo ſich ſelbſt, oder was in der Würkung eben ſo viel iſt, ihr geſamtes Staats-Eigenthum nicht verkaufen, noch ſonſt zu Gelde machen.

Vergeblich und ganz zweckwidrig werden demnach in obigem Statu activo die Revenüen des Stadt-Aerarii, die vorhandenen Gebäude, die Reichswälder, die Pfleg-Aemter, das Waizen Brau-Hauß, die verſchiedenen Stiftungs-Aemter, nach ihren Gebäuden, liegenden Gründen, vogteylichen und andern Gerechtſamen, kurz, alles was Nürnberg iſt und hat, ſogar bis auf die Betten im Martha-Spital zu Kapital angeſchlagen, gerade, als wenn von einer öffentlichen Feilbietung die Rede wäre. —

Auf was Art das Gebäude eines richtigen und ſtandhaltenden Status activi anzulegen ſeye, wird im nächſten Abſatze vorkommen. Hier aber müſſen nachfolgende kurzgefaßte Erinnerungen über den von Nürnberg hervorgegebenen Statum activum Plaz finden.

1.) Die jezige Einkünffte des Stadt-Aerarii oder der Loſung, werden dabey wenigſtens um jährl. 25 fl. zu hoch angeſezet.

Das Maximum, worauf ſie ſich dermalen berechnen laſſen, gehet nicht über $\frac{500}{m}$ fl. und dabey muß ſchon aller Zufluß vom Waizenbrau-Amte, von den Wald-Aemtern und dem Landpfleg-Amt mit eingerechnet werden.

2.) Weil nun aber der Ueberſchuß, den nurgedachte Aemter, nach Beſtreitung ihrer eigenen Nothdurft, noch abliefern können, bereits unter den Einkünften des Loſung-Amts mit begriffen iſt; ſo kan der Werth dieſer Aemter nicht noch einmal in beſondern Anſatz kommen, welches gleichwohl bey den Reichswäldern mit einer Million, und bey den Landpflegen mit $2\frac{1}{2}$ Million geſchehen iſt.

3.) Wie iſt es ferner möglich, bey dem Waizenbrauhauſe und ſo auch bey den mehreſten übrigen Aemtern die vorhandenen Gebäude, das Schiff und Geſchirr, dann die liegende Gründe, lauter Gegenſtände, ohne welche die Oeconomie-Anſtalten dieſer Aemter gar nicht beſtehen können, und ſodann auch wieder den Revenüen-Ueberſchuß, der ſich ohne jene Inventarien-Stücke gar nicht gedenken läßt, beſonders in Anſchlag zu bringen?

4.) Die Ausſtände bey den Unterthanen und die Naturalien-Vorräthe gehen gewöhnlich mittelſt der Liquidation in eben denſelben oder doch in nicht ſehr verſchiedenen Quantis von einem Jahr in das andere über. Sie können

alſo ebenfalls keinen Gegenſtand ausmachen, worauf bey einem wahren Statu activo Rechnung zu machen wäre.

5.) Auffallend in mehrern Rückſichten ſind die überaus ſtarken Kaſſen Reſte, die bey den mehreſten Aemtern, noch neben den Ausſtänden und Naturalien-Vorräthen aufgeführt werden. Als baarer Geld-Vorrath können ſie unmöglich zu einer Zeit vorhanden ſeyn, wo nicht nur das Stadt-Aerarium, ſondern auch die einzelnen Aemter, jedes für ſich von Schulden niedergedrückt ſind. Sind ſie aber blos auf dem Papier zu finden, ſo geben ſie auch in der Waagſchale des Status activi nichts aus.

6.) Blos zum Ausfüllen ſcheinen endlich die mit 3,414502. fl. aufgeführte Activ-Poſten angehängt zu ſeyn.

Dieſes giebt ſchon der eigene Beyſatz: jedoch großentheils zweifelhaft zu erkennen.

Mehr als dies hat die Deputation bis jezt nicht davon erfahren, wohl aber aus den Stadtrechnungs-Rennern wahrgenommen, daß die Einnahme an Kapital-Zinnſen, in dem erſten Decennio von 1760. bis 1770. im Durchſchnitt mehr nicht, als 3083. fl. 2. ß. in dem lezten Decennio von 1780. bis 1790. hingegen vollends nur 2491. fl. 19. ß. 4. hlr. betragen habe.

Alle

Alle dieſe Bemerkungen treffen in der ſehr traurigen Wahrnehmung zuſammen, daß man von Seiten Nürnberg, dem wahren Zuſtand eine Geſtalt zu geben ſucht, die kein Licht vertragen kan.

Blos auf Nürnbergiſche Treue und Glauben muß indeß die Deputation den Statum paſſivum, worüber noch gar keine nähere Unterſuchung möglich war, ſtehen laſſen, wie er von Nürnberg ſelbſt obenangeführtermaßen hingeſtellt worden iſt.

## §. 8.

### Effectiver Zuſtand nach dem wahren Befund.

Da der Status paſſivus einſtweilen blos auf Treue und Glauben für richtig gelten muß, ſo können die Berichtigungen nur den Statum activum treffen.

Der wahre Status activus, den man bey Reichsſtänden und andern Reichs-Unmittelbaren, die immer ſich ſelbſt conſerviren müſſen, aufzuſuchen, und der vorhandenen Schuldenlaſt gegenüber zu ſtellen hat, kan der Regel nach blos in dem reinen Betrag der Einkünfte beſtehen, der nach Beſtreitung der ordentlichen und unentbehrlichen Staatsbedürfniſſe, noch zum Behuf der Zinnſen, und Capital-Zahlungen übrig bleibt.

Was nebenher von der Subſtanz des Vermögens angreiflich und entbehrlich iſt, und was ſonach mit Vortheil zu Gelde gemacht

werden kan, gehört zu den aufferordent Hülfsmitteln, womit man dem auf den nüen ruhenden Zahlungsplan, noch m Erleichterung zu geben im Stande iſt.

Nach dieſem Grundſatze läßt ſich aus Bruchſtücken, die man nun ſchon aus vorhergehenden Abſaze kennt, nachfolg Status activus, der, wenn er auch die V heit noch nicht erreicht, ihr doch ſchon näher kommt, zuſammentragen.

1.) Die dermaligen Revenüen des Stadt-Aerarii, oder des Loſung-Amts können angenommen werden höchſtens auf . . 500000.
wovon die ordinairen Ausgaben abzuziehen wären mit 250,000.
Und alſo noch übrig bleiben 25000

2.) Die Revenüen des Landpfleg-Amts ſteken dem Ueberſchuße nach ſchon unter den Revenüen des Loſung-Amts. Man nimmt indeſſen an, daß das Landpfleg-Amt, nach Beſtreitung ſeiner Amts-Nothdurft,

| | |
|---|---|
| Uebertrag | 250000. fl. |
| und neben Ablieferung gedachten Ueberschusses, auch noch die Zinnßen der demselben besonders aufliegenden Schuldenlast von 258515. fl. unmangelbar zu entrichten im Stande ist, zu 4. v. H. mit | 10340. fl. |
| 3.) Das Land-Allmos-Amt hat Ueberschuß an Revenüen | 20000. |
| 4.) Das Klaren-Amt | 8000. |
| 5.) Das Spital-Amt | 8000. |
| 9.) Das Catharinen Kloster-Amt | 5800. |
| 10.) Das Zinßmeister-Amt wegen der abzuliefern habenden Raths-Sparteln | —— |
| Latus | 302140. fl. |

| | |
|---|---|
| Uebertrag | 302140. fl. |
| 11.) Das Leihhaus-Amt, in ſo ferne man von deſſen ganzen Activ-Stand zu 4. v. H. Nuzung rechnen darf | 6512. |
| 12.) Die Mendeliſche 12. Brüderſtiftung | 2500. |
| 13.) Das Kaſſen-Amt | 2000. |
| 14.) Das Ochſen- und Unſchlitt-Amt, wenn die Nuzung des Vorraths zu 4. von 100. fl. berechnet wird | 960. |
| 15.) Das Getraid- und Malz-Aufſchlag-Amt | 6000. |
| 16.) Das Vormund-Amt nach den Zinnßen von 368391. fl. zu 4. v. H. wiewohl dieſe ſchwerlich als reines Activum gelten können. | 14736. |
| Latus | 334848. |

Ueber

| | | |
|---|---|---|
| | Uebertrag | 334848. |
| 17.) | Die heil. Creuz-Stiftung. | 120. |
| 18.) | Die Leonhardter Siechkobel-pflege. | 200. |
| 19.) | Die Peter Siechkobelpflege. | 200. |
| 20.) | Die Jobſter Siechkobel-pflege ſcheint weder active noch paſſive einen Zuſammenhang mit dem Aerario zu haben. | — |
| 21.) | Die Johanniſſer Siech-kobelpflege, mittelſt Verzinnſung ihrer Paſſivorum ad 1225. fl. zu 4. v. H. | 49. |
| 22.) | Die Martha Spitalpflege. | 320. |
| | Summa des Status activi | fl. 335737. |

Es fällt in die Augen, daß dieſer Ueberſchlag immer ſub clauſula, getreulich und ungefehr zu verſtehen ſeye.

Sehr gewiß iſt es aber auch, daß die Summe deſſen, was zu Beſtreitung der Zinſen und Capital-Zahlungen übrig bleibt, im ganzen für jezt nicht höher angenommen werden darf. Dazu kommet aber auch noch jezt die Haupt-Betrachtung, daß von der mit $\frac{500}{m}$ fl. angeſezten unmittelbaren Einnahme des Stadt-Aerarii mehr als die Helfte auf der Loſung, mithin auf einem Gefälle beruht, welches ſchon ſeiner urſprünglichen Einrichtung nach, einestheils von dem würklichen Vermögen und andertheils von der Treue und dem Glauben der Bürger abhängt, welches ſchon von jeher, und noch jezt mehr als jemals den heftigſten Reclamationen ausgeſezet iſt, und welches in allen dieſen Hinſichten durchaus keinen feſten Grund und Boden hat. Und nun auf der andern Seite eine Schuldenlaſt von

℔ 12,483,251. fl. 51¾. kr.

die mit obigen 335,737. fl. nicht nur verzinnſet, ſondern auch in Anſehung der Aufkündigungen und Heimzahlungen gedeckt werden ſoll, eine Schuldenlaſt, die wieder dem gröſſern Theil nach, das bey derſelben mit angelegte eigene Vermögen der Bürger und folglich auch die hauptſächlichſte Quelle aller Staats-Einkünffte in ſich faßt, die alſo die beſten Mittel zu ihrer Bedeckung bereits verſchlungen hat, und in der man ſolchemnach ſowohl das Verderben des Staats als das Verderben des Staatsbürgers

bürgers in dem traurigsten Zirkel von wechselseitigen Ursachen und Würkungen vor Augen sehen muß.

Diese bloße Verzinnßung obiger Schuldenlast im Durchschnitt zu 4. v. H. gerechnet, fordert eine jährliche Summe von 499328. fl. Verglichen mit obigem Zahlungs-Verlag von 335737. fl. zeigt sich das ungeheure Deficit von

163591. fl. —

um welches man blos in der jährlichen Verzinnsung zu kurz schiesset, von irgend einer Kapital-Zahlung noch gar nichts zu gedenken. Wo soll es mit einem so schröcklichen Mißverhältnisse hinaus? Diese schwere Frage führt nun auf die

## §. 9.

### Mittel zur Wiederaufhülfe nach der Nürnbergischen Angabe.

Alles, was man von Seiten Nürnberg selbst in Absicht auf eine Wiederaufhülfe für den ganz zu Boden liegenden Finanz-Zustand actenmäßig zu erkennen gegeben hat, findet sich in der am Schluß des hervorgegebenen Status activi et passivi angehängten Note mit einer Kürze vorgetragen, die bey einem solchen Gegenstand keinen Anspruch auf Beyfall haben kan.

Aber auch in dem Wenigen, was zu erkennen gegeben worden ist, hat die Deputation überall den bedauerlichsten Mangel eines richti-

gen und vollſtändigen Ueberblicks und zugleich das leidige Beſtreben, immer nur für den Augenblick zu ſorgen, wahrnehmen müſſen.

Statt das Augenmerk auf den Finanz-Zuſtand in allen ſeinen Theilen, und folglich auch auf den Zuſtand der Special-Aemter zu richten, wird ſolches hier wieder blos auf das Loſung-Amt allein eingeſchränkt.

Statt des in dem ganzen Finanz-Zuſtand vorliegenden jährlichen Deficit von $\frac{160.}{m}$ fl. will man ſonach nur für $\frac{75.}{m}$ fl. die bey dem Loſung-Amt jährl. fehlen könnten, zu ſorgen haben.

Geſorgt ſoll werden durch eine der Stadt zu verſchaffende offene Kaſſe von $1\frac{1}{2}$. bis 2. Millionen, womit die Zinßen ſämtl. Capitalien auch 3. oder $3\frac{1}{2}$. v. H. heruntergeſezt werden könnten.

Die dabey zu machende jährliche Erſparung an den Zinnſen wird im erſten Falle auf 84465. fl. im lezten Falle aber berechnet auf . . . 49269. 30.

helfen ſoll alsdann noch

a.) die Herabſezung der Craiß-Matrikel auf 250. fl. mit einem jährl. Betrag von . 11700. —

b.) der

| | |
|---|---|
| b) der Verkauf des Artillerie-Vorraths und der Zeughaus-Gebäude, mit dem Erlöß von 250. fl. und in den Zinnsen mit | 8250. — |
| c) Andere Verbesserungen und Ersparungen bey den Bau- Kriegs- und Landpfleg-Aemtern, die aber nicht specifice angegeben, sondern nur überhaupt zum voll machen der 75. fl. angesezt werden mit | 5780. 30. |
| thut, wie soll | 75000. |

Ausserdeme soll ein Zahlungs-Fond von wenigstens 30000. fl. durch Einziehung der Universität Altdorf, bessere Benuzung der beyden Waldämter, Rectification der Losung-Umgeld- und Steuer-Gefälle, dann andere Ersparnisse und Verbesserungen zu erzielen, und so der vorige Flor und Wohlstand, wenigstens nach einigen Decenniis, wieder herzustellen seyn. Das erste, beste und wichtigste Hülfsmittel wäre demnach die Anschaffung einer offenen Kasse von $1\frac{1}{2}$. oder 2. Millionen.

Wie und woher nun aber die Anschaffung geschehen, und auf was Art die $1\frac{1}{2}$. oder 2. Millionen, unter allen vorliegenden Verhältnissen fundirt

fundirt und bedeckt werden können und ſollen, davon findet ſich nicht die mindeſte Erwähnung.

In Fällen, wo die Hypothek auf bloſſe Revenüen geſtellt werden muß, die der Subſtanz nach nicht angegriffen und zu Hauptſtuhl gemacht werden können, fordert man der Regel nach immer in den zur Hypothek beſtimmten Revenüen wenigſtens den doppelten Betrag der jährl. Zinnſen, damit der Glaubiger, der ſein Capital nicht gegen die bloſſen Zinnſen à fond perdu geben will, neben der Sicherheit wegen der Zinnſen, auch wegen einer allmähligen Rückzahlung des Capitals ſelbſt gedeckt ſeyn kann. Ueberdieß müſſen die Revenüen, worauf man ein dergleichen Capital fundiren will, rein, ſolid und auſſer allem Streit ſeyn.

Dem zu Folge würde ein Capital von 2. Millionen, womit die offene Kaſſe für Nürnberg verlegt werden ſoll, zu $3\frac{1}{2}$. v. H. Zinnſen immer ſchon vornen weg 140000. fl. reine, ſolide und unwiderſprechliche Einkünffte erfordern. Man ſehe auf den effectiven Zuſtand zurück, und urtheile.

Aber geſetzt ſogar, die Anſchaffung lieſſe ſich ſogar durch zuſammen genommene Kräffte und durch einen gut angelegten Mechanismus in der Operation ſelbſt durchſetzen; ſo würde der ganze Erfolg davon im beßten Fall immer nur dabey ſtehen bleiben, daß man ſtatt 2. Mil.

Millionen, alter Schulden, 2. Millionen neue hätte. Denn da man bey einer ſolchen Operation doch jederzeit gerade offen und redlich zu Werke gehen müßte, und da auch der Gläubiger ſich nicht ſo blind mit ſeinen 2. Millionen hineinbegeben würde, ſo könnte der wahre Zuſtand des Nürnbergiſchen Finanzweſens unmöglich ein Geheimnis bleiben.

Weit gefehlt, daß ſodann mit den 12. Millionen die Zinnſen der ganzen vorhandenen Schuldenlaſt durchaus auf $3\frac{1}{2}$. v. H. heruntergedrückt werden könnten, was ſchon wieder einen auf alle Fälle unerſchütterl. feſtſtehenden Credit vorausſezet, würden vielmehr die alten Gläubiger nichts angelegeners haben, als von den 2. Millionen nur recht geſchwind bezahlt zu werden.

Die Erſparung an den geringen Zinnſen von den 2. Millionen würde kaum die Anſchaffungs-Koſten, und was ſonſt noch daran hängt, aufwiegen, und am Ende würde man ſich ſehr Glück wünſchen müſſen, das Uebel doch nicht ärger gemacht zu haben.

Alle andere obenangeregte auſſerordentliche Hülfsmittel, die angetragene Heruntersezung der Craismatrikel mit eingerechnet, könnte den Umſturz, wenn das Glück recht gut iſt, höchſtens noch auf eine kurze Friſt hinhalten, nach deren Verlauf aber das Uebel nur würklich ärger ſeyn muß.

§. 10.

## §. 10.

### Schluß-Säze.

I.) Keine menſchliche Kraft noch Weisheit kan den hereinbrechenden Umſturz und alles das unermesliche Elend, was die Folge davon ſeyn muß, abhalten, es ſey dann, daß eine ganz neue Schöpfung in der geſammten Nürnbergl. Staatshaushaltung eintritt.

II.) Eine ganz neue Schöpfung muß es ſeyn, welche die todten Kräfte beleben, die ſchlummernden wecken, eine richtige und ungehinderte Zuſammenwirkung herſtellen, und alles auf den Mittelpunct des öffentlichen und gemeinen Wohls vereinigen kan.

III.) Nirgends iſt das öffentliche und gemeine Wohl mit dem Wohl der einzelnen Staatsbürger inniger und unzertrennlicher verbunden als hier.

IV.) Nirgends kan alſo auch mehr Antrieb ſowohl für den Staat, als für den einzelnen Staatsbürger ſeyn, einander die Hand zu bieten, als hier.

V.) Soll diß geſchehen, ſo müſſen alle particular-Abſichten, alle Partheyſucht, alle Perſönlichkeiten, alle Rachſucht, für beſtändig verbannt, und es muß überall nur ein Zweck ſeyn, der Zweck das gemeine und beſondere Wohl, mittelſt einer neuen und gut eingerich-

gerichteten Staats-Oekonomie wieder herzustellen.

VI.) Die Unabhängigkeit des Standes Nürnberg schließt jede Vorschrifft aus, die ihm der Krais hierunter geben könnte.

VII.) Das gesellschafftliche Verband giebt aber doch dem Kraise das Recht, eine dergleichen neue Schöpfung von dem Stand zu fordern, so wie zugleich die Pflicht, den Stand dabey, so viel immer am Kraise seyn kann, zu unterstützen.

VIII.) Eingedenk der Schranken, worinn sich der Kraiß selbst halten muß, eingedenk der Verbindlichkeiten, wozu die Deputation noch insbesondere sich zu verpflichten gehabt hat, kan leztere den vorliegenden Befund vor der Hand nur wieder dem Stande Nürnberg zu erkennen geben, bey dem Kraise hingegen unter allgemeiner Beziehung auf die dem Stande wiederholt gethanen Eröffnungen, blos die Unmöglichkeit zur Anzeige bringen, daß man über das Verhätniß der Nürnbergischen Crais-Matrikel allen vorliegenden Umständen nach, irgend ein standhaftes Arbitrium schöpfen könnte. Tantum. Nürnberg, den 30ten Julii 1792.

v. Zwanziger.

Zweyter

## Zweyter Abschnitt.

### Actenstücke, die Landvogtey im Elsaß und den Recurs des Fürsten von St. Mauris-Montbarrey an den Kaiser und das Reich betreffend.

Da ich nunmehr die sämtlichen Verhandlungen der teutschen Reichsversammlung sowohl über die Beschwerden der im Elsaß und in einigen andern Provinzen Frankreichs begüterten Reichsstände und anderer Reichsglieder, als über den durch die französische Revolution veranlaßten Reichskrieg vollständig mitzutheilen gedenke: so muß ich vorher noch dasjenige nachholen, was von den einzelen besondern Beschwerden, welche auf dem Reichstag angebracht worden sind, noch zurück ist. Unter diese gehören dann auch diejenigen Actenstücke, mittelst deren der Prinz und Reichsfürst von St. Mauris-Montbarrey a) als Landvogt

a) Erst im Jahr 1774. am 9. April wurde derselbe unter dem Namen Alexander Maria Eleonora de St. Maurice, Comte de Montbarrey et de Savigny von Kaiser Joseph II. in den Reichsfürstenstand erhoben, und ihm zugleich die Prädicate Illustrissimus, Consanguineus carissimus auch dilectio beygelegt, auch das Wappen verbessert. Das Diplom ist unter den Beilagen Nr. XXXIII. abgedruckt, und die königliche Lettres patentes über dasselbe Num. XXXIV.

vogt der zehen Verein-Städte im Elſaß zu Teutſchlands Oberhaupt und Stände-Verſammlung ſeine Zuflucht genommen hat. Denn daß nicht nur ſolche, die wirklich als Glieder dieſes Reichs anzuſehen ſind, ſich an die allgemeine Reichs-Verſammlung gewendet, ſondern auch ſolche, welche ſich nicht in dieſer Eigenſchaft betrachten laſſen, ſich in ihrem aus gleicher Quelle herflieſſenden Gedränge ſich jenen ebenfalls angeſchloſſen haben, davon ſind ſchon in den vorhergehenden Bänden Beyſpiele enthalten.

Der Prince de St. Mauris-Montbarrey hatte kaum noch vor dem Umſturz aller Privilegien und der Aufhebung der Feudal-Rechte die Belehnung mit der Landvogtey über die 10. Reichsſtädte im Elſaß erhalten. Es wurde ihm noch bey Lebzeiten des lezten Beſizers, des Maréchal de Stainville-Choiſeul, und zwar ſchon am 24ten May 1777. die Zuſicherung der Anwartſchaft auf dieſelbe ertheilt. Im März 1781. wurden auch die königlichen Briefe darüber ausgefertigt [h], wodurch

b) Dieſe Lettres patentes, denen auch das Brevet von 1777. eingerückt, nimmt unter den Beilagen die Stelle XXXV. ein.

durch ihm die Anwartſchaft auf die Oberlandvogtey als ein Mannlehen für ſich und ſeine männliche Nachkommen und zwar dieſe nach dem Erſtgeburtsrecht verliehen wurde. Erſt am 5. Jul. 1789. aber legte er nach dem Tode ſeines Vorfahrers in die Hände des Großſigelbewahrers den gewöhnlichen Leheneid ab, und am 24. Oct. darauf wurden die Lettres patentes darüber ausgefertigt. Die bekannten Nationalſchlüſſe vernichteten aber wie die beſondere Freyheiten und Privilegien der Provinz Elſaß überhaupt, ſo auch das Eigenthümliche der Verfaſſung und Verbindung der zehen Vereinſtädte, und theils eben damit, theils durch Aufhebung aller Lehenrechte und andere neue Einrichtungen, auch zugleich das einträgliche Lehen dieſer Familie, ehe ſie daſſelbe recht zu genieſen anfieng.

Das Memoire, womit dieſer Fürſt ſeinen Recurs an den Kaiſer und das Reich unterſtützte, iſt ſchon im J. 1790. im Druck erſchienen. Es iſt zunächſt noch an den König, ſeinen Souverain und Lehenherrn gerichtet. Zugleich aber wird der Kaiſer und das geſammte Reich um ihren Schutz und Verwendung angerufen. Auf der Reichsverſammlung kam es, nebſt einem Gutachten

der Juriſten-Facultät zu Heidelbrrg und mehrern zur Beleuchtung der Geſchichte dieſer Landvogtey, wohl in ältern Zeiten, als unter franzöſiſchem Beſiz des Elſaſſes, am 1. Jun. 1791. zur Dictatur, und im Jahr 1792. folgte ein Nachtrag dazu nach. So ſehr es übrigens hier Nebenſache iſt, ſo iſt es doch immer ein angenehmer litterariſcher Gewinn, daß hierdurch die Beſchaffenheit dieſer uralten Landvogtey und ihre neuere Geſchichte ſeit dem franzöſiſchen Beſiz des Elſaſſes in ein näheres Licht geſezt wird.

I.

## Mémoire pour M. de Saint MAURIS-MONTBAREY en Qualité de Grand Préfet des dix Villes imperiales d'Alſace avec les Piéces Juſtificatives.

1790.

### MEMOIRE.

Le ſilence, que le grand préfet des dix villes imperiales d'alſace tiendroit dans cette époque celébre, ſeroit a juſte titre condamné par la génération préſente et future. La deſtruction d'un des anciens monumens de l'Empire d'allemagne, d'une des plus belles acquiſitions de la Couronne de france, enviſagée avec indifférence et conſentie ſans réclamation

par le gardien et le protecteur de ce monument, ſeroit digne du plus grand étonnement. M. le Prince de Montbarey eſt donc non ſeulement en droit et en qualité, il eſt dans l'obligation la plus étroite de défendre la grande préfecture qu'il porte en fief. Il le doit a l'Empire de qui elle vient; il le doit a la Couronne a qui elle appartient; il le doit aux villes pour les quelles elle exiſte; il le doit aux peuples qui doivent en jouir, aux droits qui en ſont inſéparables, aux connexions intimes entre elle et la Conſtitution générale de l'alſace; il le doit a l'honneur et aux devoirs les plus ſacrés.

Pour remplir une telle tâche, il faut voir 1o L'origine et la Conſtitution de la préfecture provinciale d'alſace. 2o Son incorporation a la Couronne de france et 3o ſon inextinguibilité politique ſans le Concours légal de toutes les parties intéreſſées.

## Origine et Conſtitution de la préfecture provinciale d'Alſace.

L'hiſtoire nous apprend, qu'avant la naiſſance de la Monarchie des frances, l'alſace fut conquiſe par le peuple de Germanie, appellé les allemans (allemanni) qui firent par la ſuite le duché —

et

et qui ſont aujourd'hui le Cercle de ſouabe. L'alſace appartenoit donc avant l'exiſtence de la Monarchie françoiſe a la Germanie, et elle n'en fut plus jamais détachée, ni par charlemagne dans la diſtribution politique de ſes vaſtes etats, ni par ſes deſcendans dans les différens partages de leurs royaumes, ni par les deux nations dans la diviſion finale de toute la Monarchie en deux empires par le traité de 870.

Dans cette derniere Conſtitution elle conſerva ſes ducs et ſes Comtes jusqu'a l'extinction de la Maiſon de Souabe dans la perſonne de Conradin de Hohenſtauffen, ou elle reçut ſucceſſivement dans la haute et dans la baſſe partie des Landgraves, qui rempliſſoient en même tems le fonctions des Ducs pour la partie militaire et la ſureté publique, et celles des Comtes pour la partie ſuperieure de la juſtice. Nous ſavons que les Comtes d'Oettingen et de Werd, les Dynaſtes de Lichtenberg, les évêques de Strasbourg, les Comtes palatins du Rhin et les archiducs d'autriche poſſederent ſucceſſivement le Landgraviat d'alſace.

L'organiſation politique de la province fut bornée a cette inſtitution jusqu'au Commencement du douzieme ſiècle, qu'il commença a ſe former plus de vil-

les enalsace qu'il n'y en eut jusques là. Quoi qu'elles furent dans leur origine soumises aux ducs et a la jurisdiction des Landgraves, comme exerçans la justice imperiale superieure dans le district du Landgraviat, elles commencerent toutes fois, chacune, a se donner un avocat, *protecteur ou préfet*, pour le soutien de leurs domaines et droits patrimoniaux.

Cependant les villes se multiplierent et s'aggrandirent, elles furent utiles et importantes pour la chose publique; elles devinrent membres et etats d'Empire; elles acquirent l'exemtion de la jurisdiction landgraviale; elles obtinrent voix et séance dans les diétes, et parvinrent a la liberté, a l'immédiateté, a la superiorité territoriale parfaite.

Comme elles furent l'objet de la jalousie des etats puissans, parcequ'elles firent un des plus forts appuis de l'autorité imperiale, et que cependant elles furent, chacune séparément, trop foibles pour se maintenir contre les efforts de la rivalité; les Empereurs les engagerent a former entre elles Confédérations respectables et imposantes. La premiere se fit en 1328. ou les villes d'alsace, a la réserve de Wissembourg, se liguerent avec les etats du Brisgau. La seconde

se

ſe fit en 1342. par les villes de Collmar, Slettſtadt, Ebenheim, Mülnhuſen, Keyſersperg, Münſter et Thuringheim. Elle fut renouvellée en 1346.

Mais ce fut en 1354. que Charles IV. mit la derniere main a la Confédération des dix villes imperiales d'alſace, telle que nous la voyons encore. Il n'y a d'autre différence, ſi non, que la ville de Mühlhouſen, qui s'eſt depuis lors unie à la Confédération helvetique, a été remplacée par la ville de Landau.

Pour conſolider éternellement ſon ouvrage, Charles IV. avoit deja en 1347. accordé aux villes confédérées le privilége de ne jamais pouvoir être engagées ni aliénées par l'Empire. Il y ajouta en 1348. — La prérogative mémorable, que, ſi jamais il lui arrivoit d'accorder des priviléges contraires a ceux des villes, ils devoient être nuls et comme non avenus. Sigismond confirma en 1414. le privilége de Charles IV. de 1347. et l'étendit aux ſubſides (*Steur*) que les villes acquittoient a l'Empereur. Ce fut dans cette ſituation des choſes qu'en 1418. les dix villes imperiales d'alſace jurerent en Corps de Confédération une fidelité eternelle a l'Empereur et a l'Empire.

Mais une telle inſtitution n'auroit pas pu ſe ſoutenir, malgré la protection imperiale, ſi les empereurs n'euſſent pas donné a la ligue un protecteur immédiat et local. Les malheureux tems anarchiques d'alors exigeoient d'autant plus un pareil défenſeur, que tous les etats foibles avoient deja leurs avocats ou avoués. Les chefs de l'Empire ne ſe contenterent donc pas de l'avocat ou protecteur que chaque ville ſ'etoit choiſi, ils donnerent a toute la Confédération un préfet commun, appellé *Oberlandvogt, grand préfet;* et, comme les circonſtances publiques exigeoient des préfets puiſſans, ce fut ſous Charles IV. la Maiſon de Luxembourg, sous Sigismond la maiſon palatine, et depuis Ferdinand I. jusqu'a la paix de Weſtphalie la Maiſon d'autriche, qui remplirent cette importante place. Elle devint dans cette derniere maiſon héréditaire comme tous les grands offices de l'Empire le ſont devenus, il y eut cependant des intervalles, ou les Empereurs, pour des raiſons d'etat, retinrent la grande préfecture pardevers eux et l'exercerent par eux mêmes.

Mais l'éloignement et même l'elevation de ces Princes ou des grands préfets euſſent encor affoibli l'activité et l'efficacité de leur protection, ſ'ils n'euſſent pas établi

établi des Lieutenans ou Souspréfets pour les repréſenter ſur les lieux. Les Empereurs ont donc nommé les grand préfets, ceux ci ont nommé des ſous-préfets, et ces derniers ont rempli les fonctions de la protection imperiale et préfectoriale.

Par ce centre de réunion les dix villes imperiales de Haguenau, Colmar, Schletſtatt, Landau, Wiſſembourg, Rosheim, Oberehnheim, Kayſersberg, Thüringheim et Münſter, ont formé une Maſſe de puiſſance dans l'Empire, qui eſt devenue conſtitutionelle, comme toutes les Confédérations du Corps germanique, et comme il vient de l'enformer en france ſous la protection même des decrets de l'aſſemblée nàtionale.

Il falloit en conſéquence donner a cette Confédération une police intérieure, une conſtitution particuliere conformément aux principes de la conſtitution générale de l'Empire. Il falloit fixer les droits fédératifs et réciproques des villes entre elles, et réſerver a chacune ſes droits particuliers et indépendans de la Confédération. Il falloit déterminer les obligations mutuelles en tems de paix et de guerre publique, tant rélativement a tout l'Empire qu'en égard a la province

d'alsace. Il falloit régler la partie judiciaire en cas de contestations, soit entre aucunes des villes, soit entre elles et le grand préfet. Il falloit enfin fixer et déterminer les devoirs, les droits et les revenus du grand préfet tant vis a vis la Confédération en général, que vis a vis chaque ville en particulier.

Pour se faire une idée nette de cette organisation, il faut savoir préalablement, que chaque ville a un territoire clos, dans le quel elle possede quelques villages qui font une Commune avec elle, et sont soumis a sa jurisdiction administrative et judicielle. Chaque ville, divisée en sections appellées tribus, élit ses Magistrats, la plupart, a vie. Ceuxci rendent la iustice tant dans la ville que dans les villages en dépendans; ils administrent les biens et revenus patrimoniaux avec les regaliens et droits territoriaux — féodaux y attachés; ils exercent toutes les prérogatives immédiates de la seigneurie et de la superiorité territoriale; et toute cette constitution a été conservée a chaque ville avec une pleine indépendance de la Confédération.

La ville de Haguenau possedoit, outre ses domaines patrimoniaux, quarante et quelque villages, qui, par l'effet de la Con-

Confédération, tombérent a l'adminiſtration immédiate et a la jouiſſance exclusive du grand préfet par le Canal du ſouspréfet; ce qui leur fit donner la dénomination de *Reichs - ou Landvogtey-Dörffer, villages de l'Empire ou de la grande préfecture;* le ſouspréfet avoit pour cet effet ſa réſidence dans un hôtel a Haguenau; (in caſtro Hagenowenſi) delà la grande préfecture prit elle même dans le langage vulgaire la dénomination de préfecture provinciale de Haguenau. On appelle aujourdhui en francois les villages en queſtion *baillage royal de Haguenau.*

L'exercice de l'immédiateté et de la ſuperiorité territoriale, c'eſt a dire de l'exemtion de la juriſdiction Landgraviale; de la ſéance et voix aux diétes et aux cercles; de la contribution matriculaire; de la tenue du Contingent; de l'appel immédiat aux tribunaux ſuprêmes de l'Empire; tout cet exercice etoit également pour chacune des villes indépendant de la Conféderation.

Mais les liens de celleci exigeoient un concours de ſentimens, une union de forces, une aſſiſtence mutuelle pour une quadruple fin commune, ſavoir: pour le maintien de la conſtitution de l'Em-

l'Empire ; pour le ſoutien de l'autorité de l'Empereur ; pour l'entretien de la paix et de la tranquilité publique en alſace ; pour la défenſe des droits et priviléges particuliers de chacune des villes, et des droits communs et réciproques de la Conféderation. Les conteſtations, qui pouvoient naitre de ces differens buts entre aucunes des villes, devoient être décidées par le jugement auſtregal ou arbitral des autres villes confédérées, et non intéréſſées a l'objet en litige. Celles entre le grand préfet ou ſon lieutenant, et chacune, ou aucunes des villes en particulier, devoient être jugées de la même maniere ; mais les différens entre le grand ou le ſouspréfet et toutes les villes enſemble, ou toute la Conféderation priſe collectivement, devoient être portées directement et immédiatement a l'Empereur.

Il réſultoit de tout ceci des devoirs et des droits pour le grand préfet. Les voici. Il étoit chargé, excluſivement a tout etat ou membre de l'Empire, de la protection et du maintien tant de Confédération en général que de chaque ville en particulier. Cette charge le conſtituoit Commandant général dans les expeditions militaires ; inſpecteur ſur l'économie

nomie politique; chef de la police générale ; gardien des Loix ; Conſervateur des droits et priviléges ; ſoutien de la juſtice : défenſeur des opprimés &c.

Mais l'enſemble de ces obligations lui donnoit la prérogative éminente de l'avocatie majeſtatique au nom de l'Empereur, et cette dignité emportoit tous les droits de prééminence et d'utilité qui y furent attachés.

Le premier droit conſiſtoit dans l'honneur de repréſenter immédiatement le chef du Corps germanique. Ce droit du premier grade faiſoit de la préfecture un grand office, parconſéquent un grand fief de l'Empire qui donnoit rang de Prince. Auſſi les porteurs en prirent ils le titre parmi les qualifications princieres, *et ce fut a ce même titre que la france en fit la demande au Congrés de Weſtphalie.*

L'autre droit fut celui de recevoir des villes le ſerment de fidélité et d'obéiſance c'eſt a dire de clientéle, vu la protection (non de ſujettion, attendu leur immédiateté.) Ce Serment etoit prété par toutes les villes tant au grand- qu'au ſousprefet, a la réſerve de Wiſſembourg a l'égard des deux; et de Landau a l'égard du dernier. Il fut répondu par les réverſales que le grand- et le ſous-

préfet

préfet délivroient aux villes, et par lesquelles ils s'engageoient par ſerment de maintenir la liberté, les priviléges et les droits des dites villes.

Le troiſieme droit etoit celui de préſider au renouvellement annuel du Magiſtrat de chaque ville. Cette operation conſtitutionnelle conſiſtoit ordinairement dans trois actes politiques, ſavoir dans le renouvellement du ſerment de fidelité a l'Empereur et a l'Empire; dans le remplacement par élection des membres de la Magiſtrature, décédés ou retirés dans le Cours de l'année; dans le recollement et renouvellement des loix et des objets de l'adminiſtration fédérative. Il faut cependant obſerver, que ſi, ſur la notification qui fut faite au ſouspréfet du jour fixé pour le renouvellement, il ne s'y préſentoit point, ou pouvoit paſſer outre, et que, préſent même, le préfet n'avoit pas de voix délibérative.

Le quatrieme droit du grand préfet fut celui de nommer, outre le ſouspréfet, le prévot ſuperieur ou grand baillif de Haguenau, pour la judicature et l'adminiſtration des quarante villages de l'Empire (*Reichsdörffer*) unis et incorporés a la grande préfecture. Il pouvoit auſſi réunir ces deux places dans la même per-

perſonne. Ce droit n'eut d'autres bornes ſinon, que la ville de Haguenau fut chargée par les Empereurs de veiller; a ce que ce patrimoine de l'Empire ne fut jamais engagé ou aliéné.

Les troits utiles du grand préfet conſiſtoient 1ment dans les deniers de protection (*Statſteuer*) 2ment dans la moitié d'un certain revenu annuel qui ſe léve dans la ville de Colmar, 3ment dans les droits de protection des juifs et des étrangers, 4ment dans les rentes cenſitiques — foncieres et droits de bannalité, 5ment dans les régaliens et droits féodaux p. E. Corvées, Ohmgeld &c. en revanche le grand préfet etoit chargé des appointemens des officiers du grand baillage et des frais tant de juſtice que d'adminiſtration.

Telle eſt l'origine et la conſtitution de la grande préfecture des dix villes imperiales d'alſace. L'on peut verifier la fidelité et l'exactitude de cet expoſé dans Bernard Herzog, dans Obrecht, dans Schoepflin, dans les actes publics de la paix de Weſtphalie, dans le manifeſte même des villes de 1707. toutes ſources au deſſus de toute critique, mais dont les bornes d'un mémoire n'ont pas permiſes de fournir de longs extraits.

Or

Or quels sont les avantages réels de cette Constitution — pour les villes — pour les peuples, — pour le grand préfet ?

La Confédération des dix villes imperiales d'alsace, objet de la grande préfecture, a donné en premier lieu a chacune de ces villes le patrimoine considérable, qu'elles possedent en biens fonds et forêts. Elle leur a procuré en second lieu les régaliens et droits territoriaux, féodaux, et fertiles, dont elles jouissent. Elle leur a assuré en troisieme lieu la liberté, l'immédiateté et la supériorité territoriale. Elle est la source de leur existence et de leurs richesses. L'histoire prouve, et tous les publicistes attesteront, que, sans les forces de la Confédération et la protection de la grande préfecture, toutes ces villes, ou ne seroient pas parvenues a leur etat de splendeur, ou auroient été englouties par les etats puissans. L'alsace fournit deux exemples frappans de cette verité dans les petites villes de Selz et de Hagenbach, qui incessamment après leur sortie de cette Confédération, dont elles faisoient originairement partie, furent réduites a l'état de villes municipales des etats qui s'en emparerent, dépouillées successivement de leurs domaines et droits, enfin mises

dans

dans l'obſcurité et l'anéantiſſement ou nous les voyons. C'eſt a la Confédération et a ſa préfecture que les villes imperiales d'alſace doivent et les grandes proprietés de l'Empire qu'elles poſſedent, et les bienfaits qu'elles tiennent de la munificence des Empereurs.

Ce ſont ces bienfaits ſurtout, c'eſt a dire les droits et les privilégcs, dont on trouvera le détail dans les piéces juſtificatives diplomâtiques, ci-aprés. qui ont fait la proſpérité, et, l'on peut dire, l'abondance générale et partielle de ces antiques cités.

Les peuples participoient cumulativement et individuellement a cette maſſe de felicité commune. — A l'abri du Deſpotisme dont ils ne connoiſſoient pas même le nom, leurs magiſtratures étoient les barrières et la préfecture le bouclier, contre les quels toutes atteintes arbitraires ſe feroient briſées. — A l'abri de la tyrannie ariſtocratique, la juſtice de l'Empereur, premier grand préfet, étoit le ſanctuaire ou les tentatives de l'ariſtocratie préfectoriale ou magiſtrale auroient été foudroyées. — A l'abri de l'anarchie démocratique, l'autorité territoriale des Magiſtrats et le pouvoir imperial du grand préfet étoient enſemble

la digue impénetrable, qui arrêtoit invinciblement tout torrent populaire, tout abus de la liberté, toute efferveſcence contre la Subordination légale. Dans cet heureux équilibre des pouvoirs les peuples goutoient les douceurs de la vie paiſible, il jouiſſoient dans une juſte diſtribution, et avec une économie proportionelle, de riches communaux en forêts, en prairies, en champs, en parturages. Ils ſe livroient avec une liberté entiere a l'agriculture et a l'induſtrie; la terre les enrichiſſoit a l'envie des arts.

Mais ce qui faiſoit le fond de leur bonheur, étoit la modicité des charges et Contributions publiques. Elles ſe réduiſoint aux deniers modérés de protection, a des cens et droits féodaux très foibles, et aux petites quotes-parts matriculaires. Sous un ſi leger fardeau, ils travailloient pour eux, et le fruit de leurs travaux devint l'héritage libre et propre de leurs enfans.

La grande préfecture étoit par ſes effets un pilier de l'etat, un ſoutien de la Conſtitution, un appui de la puiſſance imperiale, le rempart en alſace contre les ennemis du dehors, et le ſûr garant de la tranquilité au dedans. Toujours

jours elle défendoit les villes contre la jalouſie politique; toujours elle protégoit les peuples contre l'oppreſſion de l'avarice; toujours elle ſoutenoit la proſpérité fondée ſur la juſte balance entre l'autorité et la liberté conſtitutionelle.

Le tribut, qu'elle reçut pour récompenſe de la protection, etoit trop imperceptible pour peſer, et pour faire une Compenſation ſenſible avec les bienfaits de tout genre qu'elle repandoit.

Voila les avantages réels et inappréciables de la Conſtitution fédérative dont il ſ'agit. L'hiſtoire nous les a transmiſe, et nous pouvons presque les toucher encor du doigt. C'eſt donc dans l'etat le plus floriſſant que la grande préfecture d'alſace a été unie a la couronne de france. Vojons a quelles conditions cette incorporation a été faite.

## Incorporation de la prèfecture provinciale d'alſace a la Couronne de France.

La Conſtitution, qu'on vient de développer, préſente une diſtinction politique, eſſentielle et fondamentale, qu'il ne faut pas perdre de vue. Elle diſtingue les villes Confédérées d'avec la préfecture de la Confédération: l'objet de la protection

ction d'avec le droit de la protection; la clientéle d'avec l'avocatie.

En vertu de cette diſtinction les deux obiets deviennent deux êtres moraux - politiques, ſéparés ſous certains aſpects, et independans l'un de l'autre. Les villes ſont libres et immédiates, elles jouiſſent de toute la Supériorité territoriale ſous l'Empire, comme etats ſubſiſtans par eux mêmes, et dans ce point de vue elle ne reconnoiſſent point la préfecture. Celleci eſt également immédiate ſous l'Empereur et l'Empire, et ſubſiſtante par elle même vis a vis les villes, de maniére, qu'elles ne peuvent pas ſe ſouſtraire aus Loix de la protection. Sans la Confédération la préfecture n'etoit rien pour les villes, elle n'eut pas exiſté. Par la Confédération la préfecture devint conſtitutionelle - irrévocable, comme la Confédération elle même eſt devenue conſtitutionelle - indiſſoluble.

Il n'y eut que cette différence, que les villes étoient inſéparables du Corps germanique, et inaliénables pour l'Empire ſans un Conſentement mutuel; au lieu que la préfecture pouvoit paſſer dans d'autres mains ſans l'aſſentement des villes, ſauf leurs droits, privilèges, liberté et immédiateté; parceque dans le Syſtême

de

de la Confédération la préfecture n'appartenoit pas aux villes, cellesci appartenoient a la préfecture.

C'eſt dans ces principes, que, par les §. 73. et 74. de la paix de Münſter, *l'Empereur, l'Empire et la maiſon d'autriche cédent la préfecture provinciale des dix villes imperiales ſituées en alſace, ſavoir Haguenau, Colmar, Schlettſtadt, Wiſſembourg &c. et tous les villages et autres droits qui dépendent de la dite préfecture, et les transportent tous et un chacun d'iceux au Roi très chrétien et au Rojaume de france, enſorte . . . que la préfecture provinciale Sur les dites dix villes et les lieux en dépendans . . . appartiendront dorénavant et a perpetuité au Roi très chrétien et a la Couronne de france, et ſeront incorporés a la dite couronne avec toute ſorte de jurisdiction et Souveraineté, ſans que l'Empereur, l'Empire, la maiſon d'autriche, ni aucun autre y puiſſent apporter aucune contradiction.* *)



*) Tertio, imperator pro ſe totaque ſereniſſima Domo Auſtriaca, itemque imperium cedunt omnibus juribus, proprietatibus, dominiis, poſſeſſionibus ac jurisdictionibus, quæ hactenus ſibi, imperio et familiæ auſtriacæ competebant in oppidum Briſacum, Landgraviatum ſuperioris et inferioris Alſatiæ, Suntgoviam, *Præfecturamque Provincialem decem* civi-

Voila la Couronne de france proprietaire et ſouverain *de la grande préfecture d'alſace.* Voila le Roi aux droits de l'Empire pour *la ſouveraineté* ſur la préfecture, ſur les droits, et les villages en dépendans; et aux droits de la Maiſon d'autriche pour *l'Exercice* de la préfecture.

Or l'on ſait les difficultés que les *droits illimités* de cette ſouveraineté, et les *bornes* de cet exercice de la Souveraineté ont occaſionné par la ſuite.

Louis

*civitatum imperialium in Alſatia ſitarum*, ſcilicet Haguenau, Colmar, Schlettſtadt, Weiſſenburg, Landau, Oberehnheim, Rosheim, Münſter in valle St. Georgii, Kaiſersberg, Türingheim, *omnesque pagos et alia quæcunque jura, quæ a dicta Præfectura dependent, eaque omnia et ſingula in Regem Chriſtianiſſimum Regnumque Galliarum transferunt.* . . . . §. 73. pac. Mon.

Itemque dictus Landgraviatus utriusque Alſatiæ et Suntgoviæ, *tum etiam Præfectura Provincialis in dictas decem civitates et loca dependentia.* . . . . Cum omnimoda jurisdictione et ſuperioritate ſupremoque Dominio a modo in perpetuum ad Regem Chriſtianiſſimum coronamque Galliæ pertineant, et dictæ coronæ incorporatæ intelligantur, absque cæſaris, imperii, domusque Auſtriacæ, vel cujuscunque alterius contradictione. . . . . §. 74. pac. Mon.

Louis XIV. reconnut encor *l'immédiateté* des villes imperiales en vers l'Empire Romain aprés la paix de Münſter, en leur envoyant le duc d'harrcourt, premier grandpréfet françois ; et celuici l'a reconnu par les réverſales qu'il a delivré au nom de la Couronne.

La france l'a encor reconnu deux fois a la diète par Mr. de gravel. Lorsque ce miniſtre ſur le différend mû entre le Duc de Mazarin, ſecond grand préfet, et les villes pour raiſon du Serment, déclara expreſſément pour le Roi: *Que ce ſerment ne devoit pas être expliqué contre l'immédiateté des villes, mais uniquement appliqué aux droits préfectoriaux de la Couronne ;* et lorsqu'aprés avoir demandé a la diéte, quel étoit l'objet réel de la Souveraineté cédée, et qu'on lui eut répondu cathécoriquement, *que c'étoit la préfecture elle même avec les droits y attachés*, ce miniſtre a par un ſilence profond reconnu la juſteſſe de cette déclaration.

Elle étoit fondée, dans les principes de l'Empire, ſur le §. 87. du même traité de Münſter, par lequel *le Roi très chrétien eſt tenu de laiſſer . . . les dix villes imperiales qui reconnoiſſent la préfecture de Haguenau dans cette liberté et poſſeſſion d'immediateté a l'égard de l'Empire Romain dont elles ont joui*

*jusqu'ici : de maniere qu'il ne puiſſe ci-après prétendre ſur elles aucune Souveraineté royale ; mais qu'il demeure content des droits quelconques qui appartenoient a la maiſon d'autriche et qui par ce traité de pacification ſont cédés a la Couronne de france* *).

Cette même déclaration étoit encor fondée, dans les principes de l'Empire, ſur ce que la france, conformément a ſon alliance avec les etats et a ſes engagemens officiels, n'a rien conquiſe en alſace

*) Teneatur Rex Chriſtianiſſimus non ſolum epiſcopos, Argentinenſem et Baſileenſem, cum civitate argentinenſi, ſed etiam reliquos per utramque Alſatiam romano imperio immediate ſubjectos ordines, abbates, Murbacenſem et Luderenſem, abbatiſſam Andlavienſem, Monaſterium in valle S. Gregorii Benedictini ordinis, Palatinos de Lützelſtein, Comites et Barones de Hanaw Fleckenſtein, Oberſtein, totiusque inferioris Alſatiæ Nobilitatem, *item prædictas decem civitates imperiales, quæ Præfecturam Hagenoenſem agnoſcunt, in ea libertate et poſſeſſione immedietatis erga imperium Romanum, qua hactenus gaviſæ ſunt, relinquere, ita ut nullam ulterius in eas regiam ſuperioritatem prætendere poſſit, ſed iis juribus contentus maneat, quæcunque ad domum Auſtriacam ſpectabant, et per hunc Pacificationis Tractatum Coronæ Galliæ ceduntur.* Ita tamen, ut præſenti hac declaratione nihil detractum intelligatur de eo omni ſupremi dominii jure, quod ſupra conceſſum eſt. §. 87. pac. Mon.

ſace, et n'y pouvoit pas faire de Conquête. „Qu'en conſéquence les ceſſions „de la Paix de Weſtphalie n'ont eu lieu „qu'a l'égard des parties et des ſeigneu„ries, pour lesquelles ont a fait une „Compenſation a leurs premiers ſeigneurs; c'eſt a dire a la maiſon d'autriche pour ſes poſſeſſions phyſiques dans la haute alſace, et pour ſes poſſeſſions morales du Landgraviat et de la préfecture, réunies dans la branche d'Inſpruck, avec une ſomme de trois millions comptans et de deux millions de dettes payées. „Mais „que pour ce qui regarde la Condition, „les droits et les Seigneuries appartenan„tes aux Etats de l'Empire, a la Com„penſation des quels on n'a point pourvu, „et qui ont proteſté contre la ceſſion „et le Changement de leur Condition, de „leurs droits et de leurs Seigneuries, on „n'a rien changé, ôté, aliéné, ni cédé „a cet égard; et que la france n'a fait „aucune Convention avec l'Empire pour „leur ôter ou diminuer leur droits.*).

La france parut cependant adopter avec peine cette diſtinction, et on crut devoir toujours ſoutenir de ſa part, que,



*) Vojés Obrecht dans ſon précurſeur de l'etat d'alſace. t. I. chap. 8.

par la ceſſion de la préfecture en Souveraineté, on avoit obtenu la Souveraineté ſur les villes. On provoqua pour cet effet a un arbitrage, qui étoit encor in décis a l'époque de la paix de Nimégue.

Ici l'Empire voulut réſerver ou vuider cet arbitrage, mais l'ambaſſade de france déclina l'un et l'autre, par la raiſon du défaut d'inſtruction, et avec la déclaration expreſſe, *qu'elle ne formoit point de prétention ſur les lieux qui faiſoient l'objet de l'arbitrage.* Dans cette poſition les plénipotentiaires imperiaux ſe contenterent de confirmer au §. 3. la paix de Münſter pour tout ce en quoi il n'y eſt pas expreſſément dérogé par celle de Nimégue, *et de proteſter que le défaut de Mention expreſſe de l'arbitrage ne pourroit en aucune façon préjudicier aux droits de l'Empire.*

Les occupations faites en vertu des arrêts, rendus dans l'interprétation, que le Miniſtére de france a donné au traité de Nimégue, furent réſtituées a Ryſwick et a Baden, ſans que les dix villes imperiales, quoique ſoumiſes, comme les autres etats, par les dits arrêts, aient été exceptées de la reſtitution, parcequ'elle eut pouſer baſe la caſſation des mêmes arrêts.

Telle

Telle eſt, ſelon l'hiſtoire des actes publics et dans les principes de l'Empire d'allemagne, l'incorporation de la grande préfecture d'alſace a la Couronne de france. Le grand préfet d'alſace la préſente avec cette droiture et cette prudence que des vérités de cette importance exigent. Si d'un coté il a des titres qui devroient lui faire déſirer l'inconteſtabilité de la ſouveraineté françoiſe ſur les dix villes imperiales, peut il de l'autre coté ſe refuſer a des lumieres qui lui permettent au moins de ſuſpendre ſon jugement?

Il le peut, il le doit même d'autant plus, que ſes devoirs préfectoriaux le diſpenſent abſolument de prendre parti. La Nature de la Conſtitution préfectoriale, comme nous l'avons vu cidevant, ſe borne a la protection, indépendamment de la ſouveraineté, que le grand préfet n'a point a déterminer, mais a reconnoitre et a Suivre quand elle eſt déterminée. Dans l'une et l'autre Suppoſition de l'alternative en queſtion, le grand préfet à a protéger et a défendre les droits et les priviléges tant généraux que particuliers des villes confiées a ſa garde. Toute délicate donc que cette queſtion puiſſe paroitre pour un grand préfet françois

eu

eu égard a ſes rélations perſonnelles, elle devient toute ſimple par la nature de la choſe, et le noble Principe du ſiècle pour la pûre vérité, ſans détour craintif, allége ici abſolument la probité.

Auſſi dans les lettres royaux, qui lui conférent, a lui et a ſes enfans et deſcendans mâles, la grande préfecture en fief, il n'eſt fait aucune mention, ni de l'immédiateté des villes envers l'empire Romain, ni de la ſouveraineté de laCouronne de france ſur les mêmes villes. Il n'y eſt parlé que de la grande préfecture que le Roi tient inconteſtablement en ſouveraineté, et que ſa Majeſté a bien voulu lui donner eu fief a ſes prédéceſſeurs, et ainſi que les empereurs l'avoient conféré a leurs vaſſaux.

Si jusqu'a préſent il n'a ni reçu le ſerment accoutumé des villes, ni délivré les réverſales de protection, ni fait aucun autre exercice immédiat ou médiat d'avocatie, il eſt notoire, que les troubles, dont l'alſace eſt affligée depuis que ce grand fief lui eſt dévolu, l'en ont malheureuſement, mais légitimement, empêché. Il lui ſuffit, pour la qualification vaſſalitique et l'irrevocabilité des droits y attachés, d'avoir prété ſes ſoi et hommage tant au Roi entre les mains de M.

le

le garde des ſceaux de france, qu'au conſeil ſouverain d'alſace. Lengagement de ces foi et hommage le met en droit et en obligation de défendre la grande préfecture, ſans entrer dans le queſtion de la ſouveraineté ſur les villes.

Mais quand il y entreroit, il ne feroit en cela rien pour les villes contre les ennemis quelconques de leurs droits et priviléges; il ne feroit rien pour la france contre les prétentions quelconques du corps germanique. Les réclamations, que les membres de ce corps, fondés ſur les mêmes moyens que les villes imperiales d'alſace, ont faites, ſont auſſi notoires que les pertes qu'ils éprouvent dans leurs droits et poſſeſſions *). Il eſt également public que ces réclamations ſeront appuyées de toute la puiſſance de l'Empereur et de l'Empire **). Il eſt donc dans ce moment deja hors de doute, que le corps germanique, provoqué par les altérations fondamentales arrivées en alſace, réclamera, ſi les circonſtances l'exigent, la ſouveraineté ſur toutes les parties qui n'ont pas été cédées

*) Vojés tous les mémoires des etats préſentés a la diéte, et leurs proteſtations contre les décrets.

**) Vojés les rémontrances du collége electoral a ſa Majeſté imperiale du 12. Octobre dernier.

dées clairement, ou qui ont été réservées expressément, parconséquent sur les dix villes confédérées d'alsace *).

Ce corps soutiendra, que les villes sont inséparables de l'Empire **) comme elles sont inaliénables par l'Empire ***). Il soutiendra, que les villes n'ont jamais été cédés et qu'elles ont été exceptées des cessions faites. Il soutiendra que l'occupation et la détention quelconque des villes et transgression des traités de paix. Il soutiendra que la Somission volontaire, générale ou partielle, des villes a la souveraineté francoise est radicalement nulle, qu'il n'étoit pas en leur pouvoir de se détacher de l'Empire, comme il n'étoit au pouvoir de qui que ce soit de rendre un pareil démembrement valable ****). Il soutiendra que la conservation du lien féodal avec l'Empire, par les lettres patentes, des autres etats d'alsace forme une disparité totale entre la condescendance conventionelle de

*) Vojés les §. 73. 74. 87. de la paix de Münster ci-devant.

**) Vojés la Capitulation imperiale de Leopold II. art. X. §. 1. 2. 3. 5. et art. XII. §. 1.

***) Vojés tous les diplômes des Empereurs parmi les pieces justificatives ci-après.

****) Vojés le rapport de M. Merlin a l'assemblée nationale du 28. Octobre dernier.

de ces etats et la ſujettion abſolue des villes. Il ſoutiendra enfin tout ce que les ouvrages de droit public, qui viennent de paroitre ſucceſſivement ſur la province d'alſace, ont développé et démontré *).

Mais eſt ce au grand préfet d'alſace a ſoutenir le contraire de ces aſſertions, lui, qui par la nature des obligations préfectoriales eſt tenu a défendre la liberté des villes et les droits, inſoutenables ſans cette liberte? eſt ce a M. le Prince de Montbarey a avouer l'inconteſtabilité de ces aſſertions, lui, dont le coeur ne connoit pas de voeu plus ardent que l'aggrandiſſement de la puiſſance du Sceptre françois? — Il prendra le ſage milieu, celui que ſon devoir lui préſcrit, ſans bleſſer ſon patriotisme, et celui que les évenemens lui impoſent, ſans en offenſer les auteurs. Il ſoutiendra l'inextinguibilité de la préfecture, *ſous l'une ou l'autre ſouveraineté*, ſans le concours légal et actif de toutes les parties intereſſées.

In-

* *Conſidérations - queſtions d'etat déciſives- archives d'alſace*, ouvrages, dont la lecture peut ſeule fixer un jugement ſolide ſur la province d'alſace dans la ſituation actuelle des choſes publiques.

## Inextinguibilité politique de la préfecture provinciale d'alſace ſans le concours légal de toutes les parties intéreſſées.

Il eſt notoire, que, par l'effet des décrets de l'aſſemblée nationale, les dix villes imperiales d'alſace ſe trouvent dépouillées 1mo de tous les droits, priviléges et prérogatives, dont elles ont été munies par les empereurs romains. 2do de toute la ſupériorité territoriale ſur les villages et lieux en dépendans qu'elles ont formé ou acquiſes ſous la Conſtitution de l'Empire, et qui leur appartiennent, 3tio du droit de dominat et de ſeigneurie excluſive ſur leurs territoires propres. 4to de leur jurisdiction patrimoniale tant judiciaire qu'adminiſtrative. 5to de leurs régaliens et droits territoriaux-féodaux. 6to de leur régime et gouvernement civil tant pour la formation des magiſtratures que pour l'organiſation des tribus. 7mo des avantages réciproques que le traité d'Osnabruck leur a aſſuré dans l'ordre *politique* de la religion. 8vo de toute l'eſſence de villes ſubſiſtantes par elles mêmes en vertu de la Confédération et a l'ombre de la protection ſouveraine, 9no enfin de tous les titres d'honneur, et même des armoiries dont elles

elles ont été décorées, en ſigne du rang qu'elles tenoient parmi les etats et corps politiques.

Mais il ſuit de ce dépouillement total, que par le même effet la grande préfecture ſur les villes ſe trouve éteinte et anèantie. Cette conſéquence eſt evidente par elle même. L'objet de la protection n'eſt plus, la protection a donc expiré avec la cauſe et le but. Comment défendre des droits et des priviléges, des territoires et des domaines, des libertés et des conſtitutions, des choſes et des formes, qui n'exiſtent plus?

Or cette extinction eſt elle valable?— oui, elle l'eſt, ſi le dépouillement des villes eſt légal. L'effet ceſſe avec la cauſe. Mais, dans la ſuppoſition contraire, l'anéantiſſement de la préfecture eſt auſſi peu poſſible que la privation des villes de leur exiſtence politique. Il faut donc examiner ſi cette privation eſt légale, pour juger ſi la préfecture eſt extinguible par le même effet, c'eſt a dire par les décrets de l'aſſemblée nationale.

Pour cette fin poſons ſucceſſivement les deux cas alternatifs, ſavoir *l'immédiateté encor ſubſiſtante des villes envers l'Empire Romain*, et enſuite *la Sujettion des*

*villes a la ſouveraineté de la Couronne de france;* et voyons ſi dans l'un et l'autre cas la deſtruction politique des villes imperiales d'alſace eſt valide par les ſeules diſpoſitions de l'aſſemblée nationale.

Le grand préfet d'alſace, qui n'a point de parti a prendre, mais qui dans l'une et l'autre ſuppoſitions doit préſenter toute la vérité, parlera dans la premiere le langage de l'Empire, et dans l'autre celui de la france. Il parlera dans l'un et l'autre cas en vaſſal, obligé par ſerment de défendre ſon fief, parconſéquent d'implorer principalement l'aſſiſtance de ſon ſeigneur direct, et d'invoquer ſubſidiairement les bons offices des puiſſances garantes du fief.

Et dabord dans la premiere ſuppoſition il eſt indubitable dans le fait, que les villes ſe trouvent encor en plein ſous la ſouveraineté de l'Empereur et de l'Empire, qu'elles ſont encor membres et etats du corps germanique, qu'elles n'appartiennent par aucun endroit a la france, que parconſéquent elles ſont pays, elles ſont puiſſance étrangere pour la Couronne, parceque nous avons vu, que, par la Conſtitution des villes, leur immédiateté eſt independante de l'avocatie, et que la protection préfectoriale

riale n'emporte pas le droit de ſuprématie *).

De ce fait démontré il ſuit inconteſtablement en droit public, que le pouvoir législatif de france n'a aucune influence, aucune activité ſur les villes, et qu'il eſt pouvoir étranger pour elles; que parconſéquent les décrets de l'aſſemblée nationale ſont, ou dans leur intention étrangers et non applicables aux villes, ou de droit incompétens et nuls.

Il ſ'en ſuit même dans les principes de l'Empire, que le pouvoir exécutif de la Couronne n'a aucun droit ſur ces etats d'Empire, et qu'il eſt également étranger pour eux; parceque la grande préfecture acquiſe par la Couronne de france, n'a pas été cédée a ſon pouvoir exécutif dans la royaume, *comme tel*; elle a été cédée a une partie ſubrogée a la maiſon d'autriche, et, quoique cédée en ſouveraineté, elle l'a été ſans ſouveraineté ſur les villes, attendu que la maiſon d'autriche n'en avoit pas; que parconſéquent la ſanction royale des décrets de l'aſſemblée nationale, ou ne doit pas regarder les villes, ou elle ſeroit une



*) Vojés les actes des négociations de la paix de Weſtphalie dans l'archive d'alſace.

transgreſſion du traité de Münſter, qui engage le Roi *a ne prétendre ſur les villes aucune ſouveraineté royale, et a demeurer contents des droits quelconques qui appartenoient a la maiſon d'autriche.*

Dans cette premiere Suppoſition les villes imperiales de la province d'alſace ſont donc encor de droit en pleine poſſeſſion de toute leur Conſtitution, non obſtant les décrets de l'aſſemblée nationale et la ſanction royale. La mutation générale, arrivée par ces décrets, eſt pour elles *res inter alios acta*, et la participation, qu'on leur en a fait éprouver eſt ſpoliation en droit public.

Mais dira t'on, les villes ont adopté les nouvelles formes, elles ont renoncé a leurs priviléges, elles ſe ſont incorporé par une fédération ſolennelle a la nation françoiſe, elles ont abandonné un régime féodal particulier, pour jouir de la félicité commune d'une grande ſociété libre et égale.

Sans entrer dans les queſtions, ſi cette réſolution eſt bien réelle; ſi elle a été priſe en connoiſſance de cauſe; ſi elle eſt le réſultat d'une délibération légale; ſi elle eſt durable par l'accompliſſement des eſpérances qui en font la baſe; en un mot ſi elle eſt valable vis

a vis les villes, elles mêmes; voyons ſeulement, ſi, dans notre ſuppoſition, elle eſt valide vis a vis l'Empereur et l'Empire.

Or il eſt conſtant, qu'aucun vaſſal ne peut ſe ſouſtraire a la ſuzeraineté de ſon ſeigneur direct, ſans ſon conſentement, ou ſans cauſe de détérioration de ſon fort. Il eſt bien plus conſtant, qu'aucun ſujet, corps au individu d'un etat, ne peut ſ'en détacher, ſans le conſentement du ſouverain quelqu'il ſoit, ou ſans la violation du contract ſocial. Le droit primitif de la nature et la liberté originaire ſont devenus des engagemens hypothétiques et conditionnels par le pacte ſocial, engagemens conciliés par les liens modifiés de la conſtitution avec les droits inaliénables de l'homme; mais engagemens indiſſolubles ſans la léſion de ces droits, et le renverſement des Lois conſtitutionelles.

Voila les principes, ſacrés pour tous les peuples, que l'Empire fera valoir contre les villes imperiales d'alſace, qui, dans notre ſuppoſition de la non-ceſſion, ſe feront, ſans ſon aveu, détaché du corps germanique. Il les traitera avec d'autant plus de juſtice en réfractaires, qu'il peut leur reprocher avec plus de

fondement, que jamais il n'a violé vi
à vis d'elles le pacte fondamental de l
conſtitution germanique ; que jamais i
n'a bleſſé leurs droits et priviléges ; qu'a
près les avoir créé, élevé, comblé d
bienfaits et de richeſſes, il les a ſi for
protégé dans cet état de proſpérité, qu
non ſeulement il a aſſuré par cinq traité
de paix leur immédiateté germanique
ſource et baſe de cette proſpérité, mais
qu'en cédant la grande préfecture a l
Couronne de france, il a engagé la fo
et la gloire de cette Couronne, a proté
ger et défendre efficacement leurs droit
et priviléges, même, ſi les cas exiſtoit
contre l'Empereur et l'Empire, leu
légitime ſouverain.

La france pourroit elle, dans la ſup
poſition que nous pourſuivons, contre
dire ces grandes maximes du droit ſocia
des etats ; elle, qui les a conſacré e
Amerique, en mettant pour baſe de ſo
aliance avec les cidevant ſujets britanni
ques la rupture du contract ſocial pa
leur ſouverain ; elle, qui les a conſacr
dans l'Isle de Corſe, en juſtifiant ſa con
quête par la ceſſion de gênes ! elle, qu
les a conſacré vis a vis le Comtat ve
naiſſin, en rejettant la ſoumiſſion volon
taire des Avignonois, parceque leur ſou
verain

verain n'a pas violé ſocial ; elle qui vient de les conſacrer, en refuſant l'oreille aux brabançons et aux Liégeois, parceque leurs griefs étoient encor a redreſſer ?

La france ſouffriroit elle, qu'aucunes de ſes villes ſe détachaſſent ſans aucune raiſon légitime du Royaume, et ſe donnaſſent a une autre puiſſance, ſans ſon conſentement ou une ceſſion formelle de ſa part ? ne feroit elle pas des reproches auſſi juſtes qu'amérés a la puiſſance qui auroit agréé l'hommage criminel d'une pareille infidelité ? n'enviſageroit elle pas telle acceptation comme un acte hoſtile, comme une déclaration de guerre offenſive, et ne vengeroit elle pas une telle injure ? *)

La france, toujours dans la même ſuppoſition, pourroit elle après avoir ainſi conſacré les principes de droit, méconnoitre dans le fait la vérité des reproches de l'Empire vis a vis les villes imperiales ; et en les reconnoiſſant, pourroit elle, comme puiſſance étrangere pour elles, ne pas condamner leur ingratitude



*) Voyés le rapport de M. Merlin a l'aſſemblée nationale du 28. Octobre dernier. p. 34 - 35.

et leur infidélité ? Mais pourroit elle, comme poſſédant la grande préfecture en ſouveraineté, ne pas employer ſes droits et remplir ſes devoirs préfectoriaux, pour opérer le retour de ces villes a leur ſouverain, et maintenir leur Confédération dans ſon eſſence conſtitutionnelle ? pourroit elle ſous cet aſpect, en acceptant l'aſſujettiſſement des villes comme ſouverain, éviter la ſuſpicion, d'avoir profité des facilités préfectoriales pour attirer les droits de ſouveraineté, et cette ſuſpicion, au deſſous de la dignité de la Couronne, n'anulleroit elle pas ſon effet ?

Si donc la loyauté permet et exige de conclure d'après les principes et les faits, il faut convenir, que, du moment que la ſouveraineté ſur les villes imperiales d'alſace n'a pas été cédée a la france par l'Empereur et l'Empire, la Couronne n'a pas pu, ſans bleſſer le droit des gens, la recevoir des villes, elles mêmes. Du moment donc que nous ſuppoſons ici la Conſervation autentique et formelle de l'immediateté des villes envers l'Empire Romain, nous adoptons le principe invariable, que cette immédiateté n'a pu être eteinte par aucun pouvoir ſans le conſentement

de

de l'Empire Romain *). Mais du moment que nous ſuppoſons que ce conſentement n'eſt pas intervenu; qu'il n'exiſte aucune raiſon pour qu'il intervienne; qu'il exiſte même dans la Conſtitution germanique des obſtacles a ce qu'il intervienne jamais, nous ne pouvons nous refuſer a reconnoitre, que les villes imperiales d'alſace ſont encor ſous la ſouveraineté de l'Empereur et de l'Empire malgré la ſuppoſition de leur défection, et que, ſans des motifs qui ne paroiſſent pas encor, elles y reſteront.

Concluons donc dans cette premiere ſuppoſition, que les décrets de l'aſſemblée nationale, avec tout ce qui ſ'en eſt enſuivi, ſont au moins incompétens et nuls pour les dix villes imperiales confédérées d'alſace, que parconſéquent cette Confédération n'a pas reçu d'atteinte, non plus que la grande Préfecture, ſon ſoutien conſtitutionnel.

Mais ſuppoſons maintenant tout le contraire, et poſons, contre les propres aveux et reconnoiſſances de la france, que nous avons vu ci devant, que la Couronne eſt en poſſeſſion légitime de la ſouveraineté ſur les dix villes en queſtion.



*) Voyés le même rapport p. 37. et 38.

Dans cette ſeconde ſuppoſition il faut commencer par déterminer le titre public, au quel la france peut poſſéder cette ſouveraineté. Eſtce conquête ou ceſſion forcée? ou bien eſt ce ſimple acquiſition et ceſſion volontaire? L'hiſtoire, encor trop récente, de ces événemens nous défend de ſuppoſer le premier cas. Jamais la maiſon d'Inſpruck, poſſeſſeur de la préfecture, n'a été en guerre avec la france; jamais les dix villes imperiales, objet de la préfecture, ne l'ont été. Il n'y avoit donc aucun lieu a conquête, et on ne pourroit ici la ſuppoſer qu'en accuſant la france d'uſurpation.

Mais on eſt convaincu du contraire par tous les actes publics ſur cette affaire; par les déclarations des parties contractantes au Congrés de Weſtphalie; par le payement de cinq millions de la part de la france pour la grande Préfecture jointe au Landgraviat et aux poſſeſſions territoriales d'autriche: par les déclarations françoiſes dans l'arbitrage qui a ſuivi la paix; par toutes les négociations a Nimégue, a Ryſwick et a Baden. Il feroit bien trop long pour les limites de ce mémoire, dans le quel on ſ'eſt d'ailleurs pour la bréviété interdit toute citation, de rapporter ici tous ces actes qui ſe trou-

trouvent aujourd'hui *) dans les mains de tout le monde. Il ſuffit de provoquer a ces preuves pour pouvoir aſſurer en toute confiance, que la france ne peut poſſéder ni les dix villes confédérées d'alſace ni la préfecture ſur ces villes a titre de conquête.

De cette prémiere vérité il ſuit préalablement dans les principes triviaux du droit public univerſel, que la france ne peut pas uſer vis a vis les villes, ni eu égard a elles mêmes, ni eu égard a leur ci-devant ſouverain, des droits de conquérant, quelqu'étendus qu'on les ſuppoſe dans le droit des gens. Elle ne peut donc pas a ce titre les dépouiller de leurs anciens droits et priviléges, elle ne peut pas changer leur Conſtitution; elle ne peut pas leur impoſer des loix contraires a leur pacte ſocial originaire.

S' il faut enſuite établir pour fait démontré, que la Couronne ne peut poſſéder la ſouveraineté ſur les villes qu'a titre d'acquiſition et de ceſſion volontaire, il faut en ce cas adopter deux principes univerſels et inconteſtables. Le premier eſt, que la partie cédante ne peut pas détériorer par la ceſſion le ſort de

*) Dans l'ouvrage intitulé *archives d'alſace, ou recueil des actes publics de cette province.*

de l'objet cédé ; l'autre eſt, que le ceſſionaire ne peut jamais poſſéder que conformément aux conditions de la ceſſion. Auſſitot que le droit rigoureux des armes ne peut pas avoir lieu, la juſtice lie les puiſſances envers leurs ſujets comme ceuxci envers les puiſſances, et les conventions deviennent loix pour les ſouverains comme pour les particuliers.

Or, en continuant cette ſuppoſition, nous ne trouvons d'autre titre, au quel la france puiſſe poſſéder la Souveraineté ſur les villes, que les §. 73. et 74. de la paix de Münſter, et la ceſſion, faite par ces paragraphes, ne peut abſolument être appliquée aux villes en queſtion que par conjonction et connexion avec la ville de Briſac et les autres poſſeſſions territoriales de la maiſon d'autriche. Mais cette ceſſion a été trois fois chargée de la Condition expreſſe, que les villes et pays cédés conſerveroient leurs anciens droits et priviléges ; que le Roy ne pourroit pas y exercer plus de droits que n'en avoit la maiſon d'autriche, et qui étoient les ſeuls et uniques droits qui lui étoient cédés; que ſurtout il ne pourroit faire aucun changement en matiere de religion. *Salvis tamen ejusdem civitatis (Briſaci) privilegiis et immunitatibus antehac a domo auſtriaca*

*ſtriaca obtentis et impetratis.* Sans préjudice néanmoins des priviléges et immunités accordés autre fois a la dite ville (*Briſac*) par la maiſon d'autriche. — *Iis juribus* (Rex) *contentus maneat, quæcunque ad domum auſtriacam ſpectabant, et per hunc pacificationis tractatum Coronæ galliæ ceduntur.* Que le Roi demeure content des droits quelconques qui appartenoient a la maiſon d'autriche, et qui par ce traité de pacification ſont cédés a la Couronne de france. — *Sit tamen Rex obligatus, in eis omnibus et ſingulis locis catholicam conſervare religionem, quemadmodum ſub auſtriacis principibus conſervata fuit, omnesque, quæ durante hoc bello novitates irrepſerunt, removere.* Le Roi très chrètien ſera toutefois obligé de conſerver en tous et chacun de ces pays la religion catholique, comme elle y a été maintenue ſous les princes d'autriche, et d'en bannir toutes les nouveautés qui ſ'y ſont gliſſées pendant la guerre.

Il faut, pour ſoutenir cette ſuppoſition, abſolument déduire la ſouveraineté françoiſe des ceſſions revêtues de ces clauſes, parcequ'il n'exiſte pas d'autres ceſſions dans la paix de Weſtphalie pour l'Alſace, il faut donc néceſſairement adopter les clauſes, parcequ'elles ſont in-

inſéparables des ceſſions, ſans cette déduction rélative et conjonctive il eſt tout a fait impoſſible de ſuppoſer a la france un titre de ſouveraineté ſur les villes de la préfecture; mais en ſuppoſant ce titre il eſt impoſſible de le ſuppoſer ſans ſes clauſes conventionelles et réſolutoires, parceque, ſans elles, la ceſſion eſt nulle, et parcequ'en mettant les villes au niveau des autres pays cédés, il ne peut y avoir aucune diſparité pour les conditions, attendu qu'il n'y a pas plus de raiſon pour conſerver aux autres villes et pays leurs droits et priviléges, qu'il y en auroit pour les enléver aux villes de la préfecture.

Dira ton encor que les villes peuvent renoncer a leurs privilèges? mais on ſera toujours force de répondre négativement avec le droit public. Il eſt libre a la puiſſance cédante de mettre a la ceſſion telles conditions qu'il lui plait, ſans qu'elle puiſſe être tenue a dévoiler les motifs politiques, qu'elle peut avoir, pourvu que les conditions ne ſoient pas détériorantes pour la partie cédée. Mais, du moment qu'elles ſont acceptées, elles font loi pour la partie cédée, comme pour la puiſſance ceſſionaire, parceque les motifs déterminaux regardent l'une comme

comme l'autre, et qu'il peut être d'une auſſi grande importance pour la puiſſance cédante, qu'elles ſoient gardées par la partie cédée, comme il eſt important pour elle, qu'elles ſoient obſervées par la puiſſance acceptante.

Combien de pareilles conditions la france a t'elle inſeré dans les traités, et avec qu'elle rigueur n'en a t'elle pas exigé l'exécution. L'art. IV. de la paix de Ryſswick en eſt un exemple mémorable, et l'aſſemblée nationale vient de décreter elle même les fonds pour l'execution de cette clauſe dans l'étranger. La Couronne n'auroit elle pas prétendu la réſolution des rétroceſſions contenues dans cet article, ſi les puiſſances contractantes en euſſent agréé ou opéré la rupture par les parties cédées? mais eſt il poſſible dans le fait, que la partie cédée viole des conditions, ſans que la puiſſance ceſſionnaire n'y participe ou n'en profite? La rénonciation des villes a leur conſtitution ſeroit donc dans le cas particulier une transgreſſion de la part de la france des Conditions de la ceſſion ſuppoſée.

Cette ſeconde ſuppoſition nous force donc encor a conclure, d'après les principes et les faits démontrés, que la Couronne ne

ne peut pas dépouiller les dix villes de la grande préfecture d'alſace de leurs droits, priviléges et Conſtitution ; que même elle ne peut pas accepter leur rénonciation a leur etat politique ; que parconſéquent les décrets de l'aſſemblée nationale qui les mettent hors cet etat, quoique ſuppoſes competens, ſont dans ce ſecond point de vue léſionnaires des Conditions de la ceſſion, délors attentoires au traité de paix.

De quel coté donc qu'on enviſage cette grande affaire, le dépouillement des villes eſt une violation réelle du droit des gens vis a vis l'Empereur et l'Empire, en ſuppoſant leur immédiateté ſubſiſtante envers le corps germanique, il eſt évident que les décrets de l'aſſemblée nationale ſont un exercice des droits de ſouveraineté ſur une puiſſance étrangere, en ſuppoſant la ſuiettion des villes a la ſouvéraineté de la Couronne, il eſt évident que les mêmes décrets ſont une rupture formelle et autentique des conditions de la ceſſion ; bref, dans le premier cas les villes n'appartiennent point a la france ; dans l'autre cas elles ne lui appartiennent qu'avec leurs droits, priviléges et conſtitution.

Mais

Mais dans l'un et l'autre cas elles appartiennent a la préfecture, et celleci appartient dans les deux cas a la Couronne. Obſervation déciſive qui préſente un nouveau point de vue; celui vis a vis la Couronne, elle même.

Qu'eſt ce qu'eſt la préfecture pour la Couronne? elle eſt, dans la premiere ſuppoſition que nous venons de voir, un droit de ſervitude ſur autrui, *Servitus in alieno.* Elle eſt, dans l'autre ſuppoſition, un domaine ſuprême utile, *dominium ſupremum utile;* elle eſt dans les deux ſuppoſitions une acquiſition réelle par la diſpoſition des parties contractantes, *acqueſtum reale ex providentia majorum.* Elle ſera donc dans tous ces cas inaliénable et inextinguible.

Si les villes imperiales d'alſace appartiennent encor en toute ſouveraineté a l'Empereur et a l'Empire, en ce cas la Couronne a, par l'acquiſition de la préfecture en toute ſouveraineté, acquiſe le droit independant et ſouverain de proteger des villes d'Empire, d'exercer ſur elles d'avocatie majeſtatique, de les régir et gouverner préfectorialement; et qui ne connoit les avantages politiques infinis qui ſont renfermés dans un pareil droit ſur autrui? De quel avantage eſt Gibraltar

pour l'angleterre ? de quel avantage eſt Ceuta pour l'eſpagne ? et ici la france a cet avantage ſur l'Empire, au ſeul nom de ſouveraineté près, par dix villes d'Empire.

Elle connoiſſoit bien cet avantage et ſes ſuites lorsqu'elle fit tant d'efforts au congrés de Weſtphalie pour l'obtenir, et qu'elle ſe détermina a le payer ſi cher. L'entrée libre et légal dans un Empire rival ; le pied ferme et aſſuré ſur le territoire ennemi en cas du rupture ; le bouclier et le rempart de dix villes en cas d' invaſion ; la connoiſſance parfaite de la ſituation politique et économique de ces villes étrangeres ; la facilité de gagner leur confiance ; les moyens de profiter de leurs forces, le droit de jouir de leurs ſubſides ; tous ces avantages ſont ineſtimables pour des eſprits dont la réflexion eſt calme et profonde.

Il eſt vrai que tous ces avantages obligent la Couronne a protéger et maintenir la conſtitution des villes. Mais quel mal cette conſtitution fait elle a la france ſi les villes ne lui appartiennent pas ? — Il eſt vrai auſſi que la france ſeroit dans le cas de défendre cette conſtitution envers et contre tous ceux qui l'attaqueroient, mais cette ſuppoſition n'eſt

n'eſt elle pas une chimére pour l'allemagne ; n'en eſt elle pas une eu égard a la puiſſance françoiſe ; et, ſi elle n'en étoit pas une, la france ne défenderoit elle pas ſes propres avantages? — Il eſt encor vrai que la Couronne ne peut pas employer les forces des villes contre l'Empereur et l'Empire en cas de guerre, étrangere a la conſtitution en queſtion. Mais la neutralité forcée des villes en pareil cas et la poſſeſſion de leurs territoires, ne ſont ce pas des avantages inappréciables? — D'ailleurs la préfecture, bien vue, n'eſt elle pas un lieu entre les deux empires qui doit empêcher toute rupture? et l'allemagne, ou tout eſt ſi dévoué a la france, en provoquera telle jamais? ne fera telle pas même l'impoſſible pour l'empêcher, en détournant des intérêts fictices et mal entendus?

Il eſt donc tout a fait inconcevable, que, dans la ſuppoſition de l'immédiateté des villes envers l'Empire Romain, on puiſſe, pour et au nom de la Couronne, fomer le projet ſérieux, d'eteindre la préfecture ſur ces villes étrangeres. Non, il n'eſt pas poſſible, qu'aprés la Conviction, on ſe détermine a réaliſer l'idée de dépouiller la france de gaieté de

Coeur de tant d'avantages, et de les rendré a la puiſſance, pour qui elles ont été un ſi grand ſacrifice.

Mais il ſeroit bien plus incompréhenſible, qu'on voulut anéantir la préfecture, ſi les villes en queſtion ſont de la ſouveraineté françoiſe. Dans cette ſuppoſition la préfecture n'eſt pas un ſimple droit de ſuprématie, un *merum imperium*, qui ne donne que le droit du Commandement ſans celui de la proprieté; le pouvoir ſans domaine; le titre ſans revenus fonciers, comme la Couronne poſſéde la ſouveraineté ſur bien de pays et des villes ſans aucun droit utile que les impoſitions.

La préfecture donne a la Couronne a titre de proprieté, 1ment les quarante communautés, appellées les *Reichs* - ou *Landvogteidörffer*, qui forment le baillage royal de Haguenau, 2ment des droits utiles immenſes dans la forêt de Haguenau, 3ment les ſubſides que les villes acquittent ſous le nom de *Stattſteur*, 4ment de cens et rentes foncières en argent, grains, avoines, volailles &c., 5ment les droits de protection et de bannalité, 6ment tous les droits régaliens, territoriaux et féodaux.

La Couronne ne poſſéde donc pas ſimplement en ſouverain dans cette ſuppoſition

poſition, elle poſſéde en ſeigneur, en proprietaire. La préfecture eſt donc dans cette conſidération un domaine réel et utile de la Couronne.

Or de quels ſentimens faudroit il être animé vis a vis d'elle, pour ſonger a lui ravir des poſſeſſions ſi importantes?— penſeroit on a les vendre et aliéner avec les autres biens dominaux? Mais les clauſes de la paix de Weſtphalie ſ'y oppoſent. Mais les villes et les peuples en ſouffriroient. Mais une grande partie en eſt inféodée avec la préfecture, par conſéquent engagée. Que d'heureux obſtacles a un deſſein qui dans ce ſecond cas ſeroit autant détérioration de la Couronne que dans le précedent.

Quelle ſeroit au ſurplus la validité de cette aliénation vis a vis la Couronne elle même? Les principes fondamentaux et inaltérables de la Monarchie declarent les droits de la Couronne inalienables. Ils ſont tels *ex providentia majorum.* Ils doivent paſſer intacts, par les mains de toute la ſérie des Rois uſufruitiers, depuis le premier jusqu'au dernier des monarques françois. Si le ſceptre eſt patrimonial pour la ſucceſſion, il ne l'eſt pas pour la diſpoſition. Toute la france l'a ainſi décidé dans l'èpoque fameuſe de

Charles VI. le derniere des Rois tient la Couronne avec ſes droits du premier, *ex providentia majorum.* Cette Loi primitive fondamentalle, et eſſentiellement conſtitutionnelle annulle radicalement toute aliénation intermédiaire, parcequ'elle porte préjudice aux Rois a venir, dont les droits ſont acquis par anticipation avant leur exiſtence.

Si nous abandonnons le principe de la ſtabilité des diſpoſitions de nos ancêtres, reconnues juſtes et ſalutaires (*ex providentia Majorum*) de quel droit exigerons nous, que nos deſcendans reſpectent les notres? ne créérons nous pas un pyrrhonisme de Loix, mille fois plus dangereux que celui d'opinions? tout ne ſera til pas vacillant? exiſtera t'il des droits? le pacte ſocial ne ſera til pas une chimère? et y aura til jamais une Conſtitution? non, les Loix de nos peres, ſurtout celles qui conſacrent les droits de la Couronne, ſont auſſi inaltérables que la Monarchie.

Mais comment après de telles loix, qui ſont l'inébranlable ſoutien comme la gloire de la maiſon regnanté, un pouvoir, élevé en 1789. peut il anéantir une proprieté acquiſe pour la Couronne en 1648? Comment Louis XVI. peut il ôter

a Louis

a Louis XXX. ce qui lui a été aſſure par Louis XIV? — heureuſe impuiſſance, que chaque ſucceſſeur au trône ſera a même de faire valoir, et que chaqu'agnat de la maiſon regnante peut dés ce moment réclamer.

Le grand préfet d'alſace ne peut donc pas mieux commencer a remplir ſes devoirs préfectoriaux, qu'en défendant la préfecture pour la Couronne elle même, et pour les précieux rejetons de le tige royale; et quand eſt ce que l'activité de la protection et de l'avocatie, dont il eſt chargé, pourra devenir plus neceſſaire, que préciſément dans ce moment; ou il ne ſ'agit de rien moins que de l'anéantiſſement de l'objet a protéger?

Doit il craindre des adverſaires quand il ſoutient les droits de la Couronne? doit il craindre d'offenſer les auteurs des décrets qui, ſans connoître toute la nature de ces droits, les ont enveloppé dans une abolition indéfinie? doit il craindre de bleſſer le reſpect ſans bornes qu'il porte a ſon ſeigneur direct et a ſon Roi, ſi le Monarque n'eſt pas duemant inſtruit? devroit il même craindre de tomber dans un excès de fidélité vaſſalitique, en entreprenant de ſuppléer, autant qu'il eſt en lui, a la puiſſance royale, ſi

des entraves en arrêtoient l'activité? n'auroit il pas au contraire a craindre que la posterité n'accuseroit son silence de foiblesse coupable, avec autant de justice que les Rois, seigneurs directs de ses descendans, lui tiendront Compte de son respectueux courage, éclairer en réclamant, réclamer en supplliant, supplier en agissant, est le triple devoir du vassal.

Le grand préfet d'alsace distingue bien le cas de contrainte ou de necessité, d'avec celui de la disposition volontaire. Il n'ignore pas que le premier n'a pas de loi, mais existe til? qu'elle est la force hoitile ou légitime qui contraint la Couronne a renoncer a sa propriété? quelle est en alsace la necessité publique qui éxige invinciblement ce sacrifice, mal, gré les traités et les droits les plus sacrés? Mais du moment que ni l'une ni l'autre n'existent, quel motif peut justifier une pareille disposition destructivé?

Seroit ce peut être le bien des villeset le salut de leurs habitans? pour décider cette question importante, il faut comparer leur etat politique passé avec la situation publique qu'elles doivent acquerir.

Nous avons vu par le détail de l'origine et de la constitution des villes, qu'el-

qu'elles ſont des états libres, ſubſiſtans par eux mêmes ſous l'Empereur et l'Empire, et participans activement, comme membres territoriaux, au gouvernement de l'Empire; qu'elles ſont proprietaires excluſifs de leurs districts et domaines, ainſi que des villages et Communautés qui y appartiennent; qu'elles ſont également proprietaires d'une juriſdiction patrimoniale, et de tous les droits ſeigneuriaux, territoriaux et féodaux qui en dépendent. Nous avons vu que les peuples heureux de ces villes ont joui cumulativement et individuellement de tous les droits, priviléges, libertés et utilités, inſéparables de tant d'avantages communs et généraux; qu'ils ont aſſuré cette proſpérité a leurs deſcendans par la modicité des charges et contributions publiques; et que, pour preuve infaillible de toutes ces vérités, les peuples de ces villes étoient dans un etat d'aiſance et même d'abondance ſous leur conſtitution originaire.

Or quel doit être leur ſort par l'effet des décrets de l'aſſemblée nationale? Il ſeroit bien impoſſible de diſſimuler ce qui eſt notoire? Dépouillées de la proprieté de leurs territoires excluſifs et des villages qui en font partie intégrante;

de leur jurisdiction patrimoniale et de ſes apanages ; de leurs droits fertiles, ſeigneuriaux et féodaux, les villes doivent paſſer du luſtre a l'obſcurité, de la diſtinction a la confuſion, du dominat au plébéisme, du pouvoir a l'impuiſſance, des richeſſer au dépouillement de tout. Les peuples, dont le ſort eſt inſéparable de la maſſe politique a la quelle ils tiennent, doivent inévitablement participer a la deſaſtreuſe diſſolution de cette maſſe, comme ils avoient profité de ſon opulente conſiſtance. Ils doivent échanger les droits, libertés et priviléges, réels, excluſifs, contre des noms communs; les jouiſſances particulieres et privées contre un partage de toutes leurs propriétés; la diſtinction d'etat contre l'égalité populaire ; l'imperceptibilité des charges publiques contre un fardeau peſant d'impoſitions, l'exiſtence contre le néant.

Mais encor une fois ; ſi les villes y conſentent, ſi les peuples deſirent ces changemens, qui eſtce qui a qualité, qui eſtce qui eſt en droit de les tirer de force du précipice? qui? — leur préfet, leur avocat, leur tuteur conſtitutionnel. C'eſt ici que le devoir préfectorial ſe montre dans toute ſon étendue; c'eſt ici que les grands principes, les Loix ir-

ré-

réfragables du ſalut public réclament leur application et exécution.

Auſſitot que la perdition eſt a l'évidence, ſon vœu eſt erreur, égarement, aveuglement; auſſitot que l'égarement détermine, la volonté n'eſt plus réflechie, libre; il n'y a plus de volonté; c'eſt au clairvoyant a vouloir pour l'aveuglé, au ſage pour l'égaré, au tuteur pour le pupille, au conſtitué légal pour l'interdit. Et que deviendroit le genre humain, ſi les Loix n'avoient pas attaché l'impuiſſance et la nullité a l'erreur et a l'égarement; ſi elles n'avoient pas muni la conviction de la force, et chargé cette force légale de l'obligation ſacrée d'arracher l'aveugle de l'abime malgré lui.

Le grand préfet des dix villes imperiales d'Alſace eſt chargé de protéger, de défendre et de maintenir leur Confédération, leurs domaines, droits et privileges quelconques, envers et contre tous ceux qui les attaqueroient. Cette obligation n'excepte perſonne, pas même le ſeigneur direct, pas même le ſouverain, ſi le cas étoit préſumable, elle renferme donc les villes, elles mêmes, ſi elles peuvent devenir leurs propres ennemis, — obligation ſalutaire et glorieuſe, qui met le grand préfet, a l'entrée de la carriére,

dans

dans le cas méritoire d'être véritable *Oberlandvogt* (tuteur ſuperieur du pays) et d'en remplir, pour le ſalut de ſes pupilles égarées, les grandes fonctions pour toute le durée des tems. Quelle flatteuſe approbation n'a til pas a attendre pour l'avenir du plus juſte et du meilleur des Rois! quelle conſolanté reconnoiſſance n'a til pas a ſe promettre des villes, elles mêmes, de ces précieux objets de ſes ſollicitudes tutélaires, quand le ſéduiſant enthouſiasme aura rendu ſes droits a la ſaine raiſon! quel appui ſubſidiaire n'a til pas a eſpérer pour ſes vues ſalutaires du Corps germanique par ſon ancienne affection pour les villes!

La connexion intime de la conſtitution préfectoriale avec la conſtitution générale d'Alſace fonde immanquablement ces eſpérances; parceque cette conſtitution générale eſt dans toutes les parties de la province la même, — là, ou dans les principes du corps germanique l'immédiateté envers l'Empire romain ſubſiſte encor, la conſtitution allemande ſubſiſte par la réſerve des traités, — la, ou par les aveux du corps germanique l'immédiateté envers l'Empire ne ſubſiſte plus, la conſtitution allemande ſubſiſte, pour la conſervation des anciens droits et priviléges,

viléges, par les conditions réſolutoires de la ceſſion — c'eſt ſur ces principes de fait et de droit, que tous les princes et etats poſſeſſionnés en Alſace fondent leurs réclamations publiques, dont la juſtice et la ſagéſſe françoiſe reconnoîtront la ſolidité! les diſpoſitions de l'aſſemblée nationale pour opérer une indemniſation proportionnée aux objets réclamés, ſont aux yeux du diſcernement des augures non équivoques de cette juſtice *).

Le grand préfet d'Alſace ne relevera pas l'inconciliabilité apparente de cette ouverture de négociation avec l'éxécution des décrets en Alſace. Il obſervera ſeulement pour ſon objet, que les princes et etats ne peuvent pas être conſervés dans leur conſtitution, ſansque les villes imperiales et la grande préfecture ne ſoient conſervées avec eux. Il y a unité de titres, idendité de principes, parité de faits, tout eſt indiviſible et inſéparable tant vis a vis l'Empire, qu'entre les parties intéreſſées; et les villes avec la préfecture ſont auſſi peu a aſſimiller a tout ce qui exiſte en france, que les etats, Il y a donc pour elles neceſſité indiſpenſable d'éxception comme pour les etats.

C'eſt

*) Voyés le décret du 28. Octobre dernier ſur le rapport de M. Merlin.

C'eſt a l'ombre de cette union indiſſoluble, créé pour l'Empire par la conſtitution originaire, conſervée et conſolidée pour la france par les traités de paix, que M. le Prince de Montbarey ſe préſente comme porteur *d'un grand fief d'Alſace, comme ſucceſſeur des archiducs d'autriche.* Sa Majeſté a expreſſement reconnu le fief en queſtion *pour grand fief d'allemagne en Alſace*, et M. le prince Montbarey *comme ſucceſſeur des archiducs d'autriche* dans ſon Brevet d'exſpectative du 24 Mai 1777, et dans ſes lettres patentes du Mois de Mars 1781. en ces termes:

„A l'effet de quoi accordons, donnons et octroyons irrévocablement dés „a préſent a titre d'exſpectative, la charge inféodée d'oberlandvogt, ou grand „baillif de la préfecture provinciale d'Haguenau, appartenances et dépendances „a notre dit couſin le Prince de St. Mauris — Montbarey et a ſes enfans et deſcendans mêles, nés et a naître en légitime mariage, même en tant que de beſoin eſt ou ſeroit, nous avons de nouveau érigé et nous érigeons la dite charge, appartenances et dépendances en „fief maſculin, et de la dite charge inféodée nous inveſtiſſons notre dit couſin le Prince de St. Mauris — Montbarey „et ſes enfans et descendans mâles, pour, et

„au cas ci-deſſus exprimé, avoir et poſ-
„ſéder la dite charge, la tenir en fief de
„nous et des Rois nos ſucceſſeurs, et
„en jouir et uſer aux honneurs, pouvoirs,
„autorités, prééminences, franchiſes, li-
„bertés, gages. droits, fruits, profits,
„revenus et émolumens généralement
„quelconques, en quoi ils puiſſent confi-
„ſter, qui y appartiennent, *des quels ont*
„*joui ou du jouir tant les oberlandvogts, ou*
„*grand baillifs de la préfecture provinciale*
„*d'Haguenau qui ont été etablis en cette charge*
„*par les Empereurs, ſoit que les dits grands*
„*baillifs aient été de la maiſon d'autriche ou*
„*autrement*, que les Ducs de chatillon, et
„dont enfin jouit aujourdhui ou doit
„jouir notre dit couſin de duc de choiſeul
„poſſeſſeur actuel de la dite charge inféo-
„dée, *et ce ſuivant les uſages, droits et Con-*
„*tûmes des fiefs d'allemagne et de ceux de no-*
„*tre province d'alſace*, a condition toutes
„fois d'acquitter les charges dont le dit
„grand baillage eſt tenu, de nous ren-
„dre, ainſi qu'a nos ſucceſſeurs, les hom-
„mages dûs pour le dit fief dans le cas
„ou ils ſeront néceſſaires, de fournir les
„aveux et dénombrements des droits et
„revenus du même fief, et *de remplir gé-*
„*néralement les devoirs féodaux dont ils ſe-*
„*ront et pourront être tenus par les Lois et*
„*Coutûmes d'allemagne et celles d'alsace*“.

Il

Il n'eſt pas poſſible de déclarer plus poſitivement et plus clairement la préfe-„ture, *grand fief d'allemagne en alſace.*

C'eſt en vertu du droit que le Roi a acquis de l'Empereur et de l'Empire par la paix de Weſtphalie, qu'il déclare la préfecture ce qu'elle étoit toujours ſous cette puiſſance et telle qu'elle lui a été cédée, — c'eſt en vertu du droit qu'il a acquis de la maiſon d'autriche par le même traité, qu'il déclare ſon repréſentant égal pour la préfecture aux archiducs, repréſentans des Empereurs. — C'eſt en vertu du droit inhérent a ſa couronne qu'il récompenſe, avec une diſtinction digne de ſa munificence, les ſervices des ancêtres dans les deſcendans, héritiers de leurs ſentimens. Le grand préfet d'alſace oſeroit il ſans crime ſuppoſer qu'on voulut conteſter au Monarque ce triple droit?

Pour être plus qualifié a poſſéder un fief ſi éminent, M. le prince de Montbarey avoit deja reçu de ſa Majeſté imperiale la haute dignité de Prince du St. Empire, avec toute l'illuſtration qui environne cette élevation. Il ne ſ'en glorifié que pour prouver; que par aucun endroit il eſt indigne de ſ'unir, comme poſſeſſeur de grand fief d'allemagne en alſace, aux princes et Etats d'Empire poſ-

ſeſſion-

ſeſſionnés dans la province. Il oſe ſe flatter qu'ils voudront bien aggréer ſes vœux par unité de droits et d'intérêts, et qu'il le regarderont d'autant plus digne de leur puiſſant appui, qu'il montre plus de zele pour défendre ſon fief, comme ſon ſort eſt inſéparable de celui de tous les fiefs d'Empire en alſace, il ne peut, dans la balance des vues et des motifs, que préférer, avec les etats, la garantie fédérative du corps germanique pour la conſervation, a la garantie directe de la couronne pour l'indemniſation *).

Cette indemnité ne pourroit conſtamment avoir lieu, qu'aprés qu'il auroit été légalement décidé par le concours et le conſentement mutuel de toutes les parties interéſſées, que la grande préfecture d'alſace eſt extinguible; et cette déciſion ne pourroit conſtamment intervenir, qu'aprés qu'il auroit été par le même concert décidé, que la conſtitution fédérative germanique des villes imperiales d'alſace peut être anéantie.

Or

*) Voyés l'écrit intitulé, *l'impoſſibilité de l'execution du décret de l'aſſ. nat. du 28. Octobre dernier avec le ſupplément ſur le rapport de M. Merlin.*

Or comment un pareil consentement est il a espérer de l'Empereur et de l'Empire, si les villes sont encor immédiates envers le corps germanique? comment même attendre un pareil consentement de cette puissance, si les villes n'ont été cédées en souveraineté a la france, qu'avec la condition résolutive de la conservation invariable de tous leurs droits et priviléges, parconséquent de toute leur constitution?

Mais comment présumer un tel consentement, dans l'une et l'autre suppositions des traités, de la part de la couronne de france, si dans l'un et l'autre cas elle se priveroit elle même, sans contrainte ni nécessité, d'un important apanage, réel, utile et inaliénable? et de quelle valeur seroit ce consentement contre les droits inviolables des successeurs au trône?

Comment même adopter pour valide, et justifier le consentement des villes, s'il est démontré a l'evidence, que leur constitution fédérative — germanique, dans l'une et l'autre suppositions protégée et assurée par les traités, fait leur salut et leur prospérité, et que la destruction quelconque de cette constitution sera leur perte irréparable?

Com-

Comment enfin s'attendre a un conſentement du grand préfet, dont le ſerment vaſſalitique et protectorial lui impoſe l'obligation indiſſoluble, de défendre de toutes ſes forces cette heureuſe conſtitution envers et contre tous, ſi, après les convictions qu'il vient de détailler, il ne peut pas s'écarter de cette obligation ſans ſe rendre coupable envers ſon ſeigneur direct et ſon Roi, envers l'Empereur et l'Empire, envers les villes, envers ſon fief?

C'eſt donc par les devoirs les plus ſacrés, que M. le Prince de Montbarey ſupplie très humblement et principalement ſa Majeſté comme ſon ſouverain et ſeigneur direct, de vouloir bien prendre en conſidération dans ſa ſageſſe royale l'inéxtinguibilité de la conſtitution en queſtion et de la préfecture tutelaire dans toutes les ſuppoſitions des traités et des évenemens; en conſequence de la conſerver et maintenir par la fidélité aux engagemens et aux droits de ſa couronne dont elle a donné tant de preuves, et par ſon amour paternel pour des villes et des peuples, ſujets ou Vaſſaux, plongés dans l'égarement.

C'eſt par l'effet des mêmes devoirs que M. le Prince de Montbarey ſupplie très humblement et ſubſidiairement ſa

Majeſté imperiale et tout le ſaint Empire Romain comme garans de la paix de Weſtphalie, de vouloir bien appuyer par les bons offices de leur puiſſante interceſſion prés le Roi ſon ſouverain et ſeigneur direct ſes juſtes ſupplications, & le comprendre dans toute la protection dont ils honnoreront les Princes & etats d'Empire en Alſace.

II.

## Conſultation de la Faculté de droit en l'Univerſité Electorale Palatine de Heidelberg ſur la Nature de la Grand Préfecture des dix villes imperiales confédérées de la Province d'Alſace.

Rechtliches Gutachten*) der Juriſten-Facultät auf der Churpfälziſchen hohen Schule zu Heidelberg über folgende von Seiner Hochfürſtlichen Gnaden des H. Röm. Reichsfürſten ꝛc.ꝛc. Prinzen von St. Mauris-Montbarey die von Sr. Allerchriſtlichſten Majeſtät Ihm zu Lehen gegebene Landvogtey über die 10. Verein-Städte im Elſaß betreffende, zur unpartheyiſchen rechtlichen Beantwortung Ihr vorgelegten drey Fragen.

Fragen.

*) Dieſes rechtliche Gutachten iſt in zweyen neben einander ſtehenden Kolumnen in teutſcher und franzöſiſcher Sprache abgedruckt, wovon ich aber die franzöſiſche Ueberſetzung hier h inweggloſſe.

## Fragen.

I. Ob die französische Nationalversammlung nach dem Münsterer, Nimweger, Ryßwicker und Badenschen Frieden berechtiget sey, die bisher bestandene Verfassung der 10 Elsässischen R. Städte mit ihren hergebrachten Rechten und Privilegien und die Landvogtey über diese Städte zu zernichten? Wenn

II. Die Nationalversammlung kein Recht dazu habe, ob in diesem Falle der Prinz von Montbarey die Wiederherstellung und Handhabung der alten politischen Verfassung dieser R. Städte, und der ihm über dieselbe verliehenen Landvogtey bey seinem Könige als obersten Lehensherrn zurückzufordern gehalten sey, und

III. Ob im Falle, wo von Seiten seines obersten Lehensherrn, aus welcher Ursache, oder durch welche Hindernisse es geschehe, keine wirksame Abhülfe seiner Beschwerden erfolge, Er in subsidium die Vermittelung und den Schutz des deutschen Reiches als Garant des Westphälischen Friedens anrufen könne und müsse?

Nachdem uns Decano, Seniori und übrigen Doctoribus, auch Professoribus der Juristen-Facultät auf der Churpfälzischen hohen Schule zu Heidelberg im Namen Sr. Hochfürstlichen Gnaden des H. R. Reichsfürsten ꝛc. ꝛc.

Prinzen von St. Mauris-Montbarey verſchiedene Urkunden über die von Sr. Allerchriſtlichſten Majeſtät Ihm zu Lehen ertheilte Landvogtey der 10 vereinigten R. Städte im Elſaß zu dem Ende mitgetheilet worden ſind, damit wir über verſchiedene darüber uns vorgelegte Fragen unſere unpartheyiſche rechtliche Meynung abfaſſen möchten, ſo haben wir dieſe Urkunden, und die darüber aufgeſtellten Fragen in beſondere ſowohl als Collegialiſche reifliche Erwägung gezogen, und folgende der Sachen Lage daraus entnommen.

## Geſchichte.

Der Herr Prinz von St. Mauris-Montbarey Fürſt des Heiligen Römiſchen Reichs ꝛc. ꝛc. hat von Seiner Allerchriſtlichſten Majeſtät am 24. May 1777. die Anwartſchaft auf die Landvogtey über die 10 R. Städte im Elſaß erhalten, und im Monat März 1781. ſind ihm darüber Königliche Briefe ertheilet worden, in welchen dieſelbe als ein Mannlehen nach Rechten, Gebräuchen und Gewohnheiten ſowohl der deutſchen Lehen überhaupt, als der beſonderen der Provinz Elſaß ihm verliehen wird. In dieſen Briefen heißt es ausdrücklich:

„Suivant les uſages, droits, coutûmes „et Loix des fiefs d'Allemagne et de „ceux de la province d'Alſace.„

Und auf dieſe Art ſind dieſelben am 13ten des nämlichen Monats bey dem oberſten Gerichte der Provinz Elſaß einregiſtrirt worden.

Nach

Nach dem Absterben des letzten Besitzers dieses Lehens des Herrn Marschall von Stainville-Choiseul hat der Herr Prinz von Montbarey gemäß seiner vorderen Anwartschaft die Wirklichkeit desselben erhalten; Er legte im Julii 1789. dem Groß-Siegelbewahrer von Frankreich Namens des Königes den gewöhnlichen Lehenseid ab, und am 24. Oktobr. des nämlichen Jahres wurde der Königliche Lehenbrief für ihn ausgefertiget, welcher durch einen Schluß vom 10. November dieses Jahres bey dem Obersten Gerichtshofe von Elsaß registriret worden ist.

Durch die bekannten Schlüsse der französischen Nationalversammlung ist aber seitdem die bisherige Verfassung der 10 R. Städte im Elsaß verändert, ihr alter Verein getrennet, und ihre alten Rechte und Privilegien sind gänzlich zernichtet worden; und da bey ihren Beschliessungen über die Lehensverbindungen überhaupt in Ansehung der Reichslehen keine Ausnahme gemacht worden ist, so kann man als richtig annehmen, daß die bemerkte Landvogtey auch werde darunter begriffen seyn. Der Herr Prinz von Montbarey als Besitzer dieses Lehens verlangt demnach, daß wir die in der Aufschrift bemerkten 3 Fragen in Collegialischer Berathschlagung nach Grundsätzen des Staats- und Völkerrechtes genau und unpartheyisch untersuchen, und ihm unsere rechtliche Meynung darüber mittheilen möchten.

## Ite Frage.

Ob die französische Nationalversammlung nach dem Münsterer, Nimweger, Ryßwicker und Badenschen Frieden berechtiget sey, die bisher bestandene Verfassung der 10 Elsäßischen R. Städte mit ihren hergebrachten Rechten und Privilegien, und die Landvogtey über jene Städte zu zernichten?

Um diese erste und Hauptfrage, von welcher die Entscheidung der zwo übrigen vorzüglich abhängt, richtig zu erörtern, so ist allerdings nothwendig auf das Verhältniß der 10 R. Städte im Elsaß und der Landvogtey über dieselben zurückzugehen, und zu untersuchen, wie dasselbe nach dem Münsterer, Nimweger, Ryßwicker und Badenschen Frieden gegen Frankreich sich verhalte.

### §. 1.

Elsaß hatte lange vor dem dreyßigjährigen Kriege aufgehöret ein geschlossenes Land zu seyn, es war wie die meisten Reichsländer unter mehrere unmittelbare, nämlich Bischöffe, Fürsten, Aebte, Grafen, Städte, Kommenthureien und Ritter vertheilet, die theils wie andere Reichs-Stände Sitz und Stimmrecht auf den deutschen R. Tagen und die Landeshoheit, oder wenn von unmittelbaren Reichs-Rittern die Rede ist, wenigstens Landesherrliche Rechte in Ihren Gebiethen besaßen.

SCHOEPFL. Alsat. illustrat.

Con-

Conſiderations ſur les droits particuliers et le veritable intérêt de la province d'Alſace dans la préſente ſituation politique de la France pour ſervir d'éclairciſſement a l'aſſemblée nationale et a toutes ſes parties intereſſées au ſort de cette province 1. Vol. 8 Strasbourg 1789. p. 2. ſeq.

§. 2.

Aus der ältern Verfaſſung waren noch ei- e Rechte übrig, die das Haus Oeſterreich ch und nach an ſich gebracht hatte, nämlich Landgrafſchaft Elſaß, und die Reichs-Land- ztey über die 10. vereinten Städte.

Wir dürfen, um nicht zu weitläufig zu rden, aus der Geſchichte und dem deutſchen taatsrecht des Mittelalters als bekannt an- ehmen, worinn dieſe Aemter und die daraus ſtandenen Rechte urſprünglich beſtanden haben. Dan. Heider im gründlich hiſtoriſchen Bericht von den alten Reichs-Vogteyen.

WEHNER Voce Vogtey.

Chriſtian Jacob von Zwirlein Nebenſtunden I Theil XII. Abh. p. 225.

In der Folge der Zeit ſind dieſelben von en Beſitzern zum Theil in eine förmliche erherrſchaft verwandelt worden, zum Theil ben ſie ſich nur noch in Ueberbleibſeln einiger nigen Rechte und Vorzüge erhalten, wo in- iſchen die zu ihrem Bezirke gehörigen ſich

ſelbſt zu Landesherren wie Sie empor gehoben haben.

MAGER de advocatia armata.
de ZWIRLEIN l. c. p. 230. n. 7. 8. 9.

§. 3.

Auf dieſe Art erwarb ſich das Haus Oeſterreich den Beſitz und die Landeshoheit des beträchtlichſten Theiles von Oberelſaß, und dabey die Landgrafſchaft über dieſe Provinz, und die Landvogtey über die 10. vereinigten R. Städte in derſelben, ohne daß aber deßwegen die unter ihrer Landgrafſchaft begriffenen beſonderen Herrſchaften, geiſtliche oder weltliche Gebiethe, ſo wie auch die unter der Landvogtey geſtandenen Städte aufgehöret hätten, ihre Unmittelbarkeit, R. Standſchaft, und Selbſtſtändigkeit als eigene Territorien zu verlieren.

De Landgraviatu Alſatiæ in dem Archive d'Alſace. 8. 1790. p. 180.

Information touchant les dix villes imperiales en Alſace et cela au regard de la préfecture provinciale d'Haguenau in den Actes & Mémoires de la paix de Ryſwick T. II. S. 502. 518.

Obrecht prodromus rerum Alſatiae. Arg. 1681. c. 12.

§. 4.

Wer nicht mit dem beſonderen Gange bekannt iſt, welchen unſere deutſche Staatsver-

verfassung in ihrer Ausbildung genommen hat, der wird kaum begreifen können, und es mag ihm selbst widersprechend vorkommen, daß gewisse Hoheitsrechte, welche nach den allgemeinen Grundregeln einer bürgerlichen Gesellschaft nur bey den wahren Regenten gesuchet werden sollten, von drittern in Gebiethen ausgeübet werden, die übrigens ausser diesen Rechten von ihnen gänzlich unabhängig sind. In so weit kömmt freylich unsere Verfassung mit dem wissenschaftlichen Staats-Ideal der neueren französischen politischen Philosophen nicht überein, und deßwegen müssen diese auch manche daher entstehende rechtliche Verhältnisse aus einem unrichtigen Gesichtspunkte betrachten, und nach falschen Grundsätzen beurtheilen, wie wir weiter unten näher zu zeigen Gelegenheit finden werden.

§. 5.

In diesem politischen Zustande befand sich Elsaß. Die 10. R. Städte waren in einem unbezweifelten Besitze ihrer Unmittelbarkeit gegen das deutsche Reich, genossen die Reichs-Standschaft, und die Landeshoheit in ihrem Gebiete gleich andern Reichsstädten, so wie hernach im Westphälischen Frieden diese Rechte allen Reichsständen in art. 8. §. 1. 2. und insbesondere den R. Städten art. 8. §. 4. bestättiget worden sind.

Nur stunden sie noch von den Befehdungszeiten des Mittelalters her, ihrer Vertheidigung wegen

wegen gegen unterdrückende mächtigere Nachbarn in einer besondern Confédération unter sich, und unter dem Schutze eines ursprünglich vom Kaiser ihnen gegebenen Landvogts, welches Amt das Haus Oesterreich erblich an sich gebracht hatte, und durch Untervögte ausüben ließ.

§. 6.

Gleichwie aber überhaupt in Deutschland durch den Schutz keine eigentliche Obrigkeit übertragen worden ist, daher das deutsche Sprüchwort, Schuz und Schirm keine Obrigkeit, so wurden auch jene Städte niemals der Landeshoheit von Oesterreich unterworfen.

PFEFFINGER ad Vitr. Tom. IV. Lib. III. tit. 19. §. 150. not. b. pag. 102.

§. 7.

In diesem ihrem ursprünglichen Zustande der Unmittelbarkeit gegen das deutsche Reich, und ihren Vorzügen der R. Standschaft sowohl, als Landeshoheit ist keine rechtsgültige Veränderung geschehen, als sie durch die im Münsterer Frieden an Frankreich überlassene Landvogtey in ein näheres Verhältnis gegen diese Krone gesetzet worden sind. Man wird sich leicht davon überzeugen können, wenn man nur a) die vor jener Cession geschehenen Verhandlungen unter den darüber paciscirenden Mächten, b) die Art der Cession, wie sie durch den Frieden

Frieden ſelbſt beſtättiget worden iſt, und endlich c) die darauf erfolgten, und den Sinn dieſes Friedens erläuterenden Aeuſſerungen und Facta der intereſſirten Theile einſehen will.

§. 8.

Als die franzöſiſchen Bevollmächtigten bey den Münſteriſchen Friedensverhandlungen ihre wahren Abſichten, die ſie künſtlich zu verſtecken geſuchet hatten, endlich entdecken mußten, und im Jahre 1646. verlangten, daß man ihnen unter andern das obere und untere Elſaß, den Sundgau, Breiſach, den Breißgau, und die Waldſtädte, wie ſie das Hauß Oeſterreich vor dem 30jährigen Kriege beſeſſen hatte, abtretten möge, ſo fanden ſie gleich von Seiten der Kaiſerlichen Geſandten einen heftigen Widerſpruch, dieſe ſuchten vielmehr zu beweiſen, daß der Krone Frankreich gar keine Entſchädigung gebühre. In den weitern Unterhandlungen, die wir wegen ihrer Weitläufigkeit hier nicht anführen können, ließ freylich Frankreich ſeine Abſichten auf die Oberherrſchaft über das ganze Elſaß merken, wie aber die Kaiſerlichen ſowohl, als auch hernach die R. Stände einſtimmig allen weiteren Ceſſionen von Elſaß auſſer dem, was das Hauß Oeſterreich an Ländern oder Rechten darinn beſitze, ſich ſtandhaft widerſetzten.

1) ADAMI relatio hiſtorica de pacificatione Osnabrugo Monaſterienſi, p. 306. 312. 319. 327. 357. 361. ſeq.

2) Que-

2) Queſtions d'etat deciſives reſultantes pour la province d'Alſace. Queſt. IV. p. 180. 193 ſeq.

ſo mußte man von Seiten Frankreichs in ſeinen Forderungen herabſtimmen. Die Kaiſerlichen Botſchafter hatten ſchon in ihren Propoſitionen die ausdrückliche Bedingnis geſetzet:

„ante omnia omnes ſtatus et ordines, „quicunque per ſuperiorem et inferio„rem Alſatiam ante hoc bellum im„mediate imperio ſubiecti erant, ſive „eccleſiaſtici, ſive ſaeculares ſint, cu„iuscunque ordinis vel dignitatis in „priſtinum reſtituantur ſtatum, ſuae„que libertati, atque immedietati erga „romanum imperium relinquantur.„

De MEIERN acta pacis. t. 3. p. 6.

§. 9.

Die Stände widerſetzten ſich aus allen Kräften der vorläufigen Verabredung der Kaiſerlichen und Franzöſiſchen Botſchafter, als ſie Nachricht davon erhielten, und die 10. vereinigten R. Städte erließen den 14ten Julii 1647. eine dringende Vorſtellung an das Reich, in welcher ſie ihre große Beſorgniß wegen der Erhaltung ihrer Immedietät, und R. Standſchaft, und überhaupt ihrer ganzen Verfaſſung äuſſeren, wenn die Landvogtey über ſie, wie in dem bemerkten Projekt enthalten ſey, an Frankreich abgetreten werden ſollte. Sie zeigen die nachthei-

ligen Folgen, welche eine Uebergebung der vogtey an Frankreich hervorbringen müßte, ſie ſchienen ihr Schickſal ſchon damals tig vorhergeſehen zu haben.

Dieſes merkwürdige Acten-Stück findet man in dem Archive d'Alſ. p. 158. 175.

Aus demſelben ergiebt ſich offenbar, daß n 1) von Seiten dieſer Städte, ſo wie herh auch von Seiten des ganzen Reiches nicht laubet hat, daß ſo lange ſie, nämlich die ände nicht einwilligen würden, auch ihre räuſſerung an Frankreich nicht geſchehen me; 2) die Städte deßwegen überzeugt wa, daß über ſie ſelbſt, ihre Unmittelbarkeit n Reiche, und ihr R. Standſchaft nicht ſollte poniret werden, denn ſie ſagen in ihrer einführten Vorſtellung N. 3.

„und ſollen doch die Städte Reichsſtädte „bleiben cum ſeſſionibus & votis.

Ihre Beſchwerden waren nur gegen die bertragung der Landvogtey gerichtet, weil es hnen widerſprechend zu ſeyn ſchiene, daß der n dem deutſchen Reiche ganz unabhängige önig von Frankreich Landvogteyliche Gerechtme über deutſche R. Städte auszuüben befugt n ſollte, und weil ſie fürchteten, es möchte r neue Landvogt ſeine Vogteyrechte zu weit sdehnen, und ſie nach und nach gar zu anzöſiſchen Provinzial-Städten machen wol.

§. 19.

§. 10.

Als hierauf das ganze Friedens-Projekt den R. Ständen communiciret wurde, und daſſelbe Anſtände von obiger Art fand, ſo hatte die franzöſiſche Geſandtſchaft zur Beruhigung der R. Stände vorgeſchlagen, das Elſaß, ſo wie es das Hauß Oeſterreich beſeſſen hatte, vom deutſchen Reiche zu Lehen zu nehmen.

MEIERN Acta pacis. T.VI. p.335.

Dieſes Auskunftsmittel fand zwar verſchiedene Schwierigkeiten, wurde jedoch nicht ganz verworfen. Nur in der Folge iſt man wieder davon abgeſtanden. Wäre dieſes Anerbieten der Krone Frankreich angenommen worden, ſo würde gewiß nicht der mindeſte Zweifel über die politiſche Lage des Elſaßes entſtanden ſeyn. Die öſterreichiſchen Beſitzungen im Elſaß, ſo wie die Landvogtey würden in dem nämlichen Verhältniſſe zu dem deutſchen Reiche geblieben ſeyn, die Namen der Beſitzer wären nur verwechſelt worden, übrigens aber würde alles in ſeinem alten Zuſtande erhalten worden ſeyn.

Wenn ſchon dieſes Projekt nicht zur Wirklichkeit gekommen iſt, ſo kann doch daraus um ſo weniger eine nachtheilige Folge für die unmittelbaren Beſitzer im Elſaß gezogen werden, als die R. Stände ausdrücklich erkläret haben,

„daß das Elſaß und Sundgau auf ein „mehreres nicht, als was das Haus Oe„ſterreich wirklich im Beſitz gehabt, und

vor

„vor diesmal der Krone Frankreich cedi„ret, verstanden, und kein Fürst oder Stand „des Reichs und andere immediati, oder „dero Herrschaften, und Güter in gemeld„tem Elsaß gesessen oder gelegen, darun„ter gezogen.

Die kaiserlichen Gesandten hatten ebenfalls öfters geäussert, daß sie nichts zum Nachtheil der Stände verfügen könnten, und es stehet ausdrücklich in ihrem Friedens-Projekt, wie schon oben angeführet worden ist, daß, so oft davon die Rede seyn werde, nur die Besitzungen des Hauses Oesterreichs darunter verstanden seyen, die R. Stände aber bey ihren Rechten verbleiben sollten. Von dieser Erklärung liessen sie drey Exemplarien fertigen, wovon der Schwedische Gesandte dem Grafen Servien eines einhändigen sollte; als aber dieser dessen Annahme aus vorgeschütztem Abgang der Vollmacht verweigerte, so wurde von den R. Ständischen Gesandten deßhalben an den König von Frankreich selbst geschrieben, und bey diesem jene Erklärung wiederholet.

Die Verhandlungen hierüber sind der Reihe nach, wie sie aufeinander folgen, in den Archives d'Alsace §. 19. 21. 23. p. 193 — 203. eingerücket.

## §. 11.

Aus diesen Verhandlungen ergiebt sich nun ganz offenbar der wahre Sinn der Pacisten-

ten über das, was von Elsaß abgetreten worden ist.

Diese Abtretung wurde mit den kaiserlichen Gesandten anfänglich allein behandelt; es war und konnte dabey nur blos die Rede von solchen Gegenständen seyn, die das Haus Oesterreich im Elsaß besessen hat, und in ihrem Projekt haben sie auch ausdrücklich verlangt, daß die übrigen unmittelbaren im Elsaß in ihren bisherigen Verhältnissen zum Reiche unverrücket belassen werden sollten, wie schon oben bemerkt worden ist.

Die Kaiserlichen haben eigentlich den §. 87. P. M. worauf hier alles ankömmt, entworfen; und wie hätten auch der Kaiser und das Haus Oesterreich über die Rechte und Besitzungen ihrer Mitstände ohne dieser ihre Einwilligung disponiren können?

Die Kaiserlichen haben diese Bemerkung dem französischen Bevollmächtigten mehrmalen gemacht; es sind deswegen auch blos allein über die Abtretung der österreichischen Besitzungen und eine verhältnißmäsige Entschädigung dafür an dieses Haus, unter Ihnen Unterhandlungen gepflogen worden; denn es war hier nicht die Frage von einer Eroberung; Frankreich war nicht im Kriege mit dem Erzherzoge Ferdinand Karl von Innspruck, der damals die österreichischen Besitzungen im Elsaß hatte, noch viel weniger war der König von Frankreich in einem

nem Kriege mit den übrigen Elsäßischen Reichsständen, Er gab sich vielmehr als ihren Beschützer aus, und hatte sich in seinem mit den Ständen geschlossenen Allianztraktat anheischig gemacht, alles wieder herauszugeben, was er allenfalls während des Krieges in Besitz nehmen würde.

Die Abtretungen mußten also aus andern Titeln geschehen.

Mit dem Hause Oesterreich geschahen sie in der Gestalt eines Verkaufes und Tausches, die übrigen Reichsstände hatten sich in gar keine Unterhandlungen über ihre Besitzungen eingelassen, wie wir oben gesehen haben, sondern sich vielmehr jede Veränderung ihrer bisherigen Verhältnisse zum Reiche standhaft widersetzet. Es ist auch deswegen niemals eine Frage über eine Ihnen zu leistende Entschädigung entstanden, welches nach dem allgemeinen Plan des Westphälischen Friedens, und dem billigen Verfahren gegen andere Reichsstände, die durch die geleisteten Satisfaktionen gelitten hatten, doch gewiß auch hier geschehen wäre, wenn man von Abtretungen ihrer Besitzungen gehandelt hätte.

Dieses alles liefert den unwidersprechlichen Beweis, daß nach der durch öffentliche Urkunden erklärten Meynung des Kaisers und Reichs niemals die Herrschaft über das ganze Elsaß, sondern nur dasjenige, was das Haus Oester-

reich darinn beſitzet, an Frankreich ſollte abgetreten werden.

§. 12.

Da endlich Frankreich ſelbſt nichts mehr eingewendet hatte, ſo wurde auch nach dieſem Sinne der Frieden geſchloſſen.

Die §§. 73. 74. 78. 79. 80. Art. XI. enthalten eigentlich, was an Frankreich abgetreten worden iſt, und die Verſicherungen darüber. In allen dieſen Stellen wird aber nur von beſtimmten Gebieten und Rechten gehandelt, welche das Haus Oeſterreich bishero im Elſaß beſeſſen hat. Der §phus 73. ſagt es mit deutlichen Worten:

„quae hactenus ſibi, imperio et Fami-
„liae auſtriacae competebant.

Frankreich erhielt dadurch Länder und gewiſſe Rechte, unter dieſen letzten waren die Landgrafſchaft von Ober- und Unter-Elſaß, und die Landvogtey über die 10 Elſaßiſchen R. Städte mit ihren Zugehörungen, dieſe Rechte wurden aber an Frankreich in der Art und nur in dem Umfange abgetreten, wie Sie damals von dem Hauſe Oeſterreich beſeſſen worden ſind, unbeſchadet mithin der Unmittelbarkeit, Reichsſtandſchaft und Landeshoheit derjenigen, über welche ſie ausgeübet worden ſind. Zur größeren Sicherheit dieſer Reichsſtände wurde deswegen in art XII. der §. 87. abgefaßt, welcher die Verbindlichkeit von Frankreich

ch gegen dieſe Reichsſtände enthält, und die n Frankreich erhaltenen Rechte genauer be- mmt.

„Teneatur Rex Chriſtianiſſimus &c. „non ſolum Epiſcopos Argentinenſem „et Baſileenſem, cum civitate Argen- „tinenſi, ſed etiam reliquos per u- „tramque Alſatiam Romano imperio „immediate ſubjectos ordines — item „praedictas decem Civitates imperiales, „quae Praefecturam Hagenoenſem ag- „noſcunt, in ea libertate et poſſeſſio- „ne immedietatis erga imperium Ro- „manum, qua hactenus gaviſae ſunt, „relinquere, ita ut nullam ulterius in „eas Regiam Superioritatem praetende- „re poſſit, ſed iis juribus contentus „maneat, quaecunque ad *Domum Au- „ſtriacam* ſpectabant, et per hunc Pa- „cificationis Tractatum Coronae Gal- „liae ceduntur.“

§. 13.

Wenn man nun die Geſchichte der Friedens- andlungen mit dem Innhalt des Friedens-In- ments ſelbſt zuſammenhält, ſo ergiebt ſich r natürliche Schluß, daß die Krone Frank- ich durch den Weſtphäliſchen Frieden nicht ehr Rechte und Beſitzungen im Elſaß erlangt t, als dem Hauſe Oeſterreich vor denſelben rinn zugeſtanden haben.

Die ehemaligen österreichischen Gerechtsame müssen daher der einzige richtige Maasstab zur Beurtheilung der nachherigen Französischen werden.

Wenn man darnach die verschiedenen Syhen des Friedens, welche Frankreich betreffen, miteinander vergleichet, so wird man bis zur Evidenz überzeuget, daß die Oberherrschaft über das ganze Elsaß niemals übertragen worden.

Der §. 70. zum B. S. spricht deutlich, wo man die völlige Hoheit über die Bißthümer und Städte Metz, Tul und Verdun, und ihre Distrikte an Frankreich übergeben hat, und eben so klar ist der 87. der sagt: daß die Stände im Elsaß bei ihrer Unmittelbarkeit und übrigen Rechten erhalten werden sollen.

Die Syhen 81. 82. bestätigen; daß Frankreich die Souverainetät über Elsaß nicht erworben hat, sonst hätte es nicht nöthig gehabt, sich besonders zu stipuliren, daß Festungswerker im Elsaß sollten geschleifet werden, daß eine Elsäßische Stadt sollte neutral bleiben, und seinen Truppen einen ungehinderten Durchmarsch verstatten.

Eine vortrefliche Zergliederung und Darstellung der hieher gehörigen Verhandlungen und entscheidenden Stellen des Friedens liefert der gründliche, und beredte Herr Verfasser der Questions d'Etat decisives. Quest. IV. p. 180. 206.

Daß

Daß die franzöſiſchen Botſchafter für ſich heimlich ein mehreres zu erwerben gewünſchet, zeiget das Betragen des Herrn von Servien, welcher ehe das Reich noch den Frieden ratificiret hatte, ſich alle Mühe gab, den für die Stände ſo heilſamen, für ſeine Abſichten aber ſo gehäſſigen §phum 87. wieder hinweg zu bringen, wie er aber nichts ausrichten konnte, ſondern ſimpliciter auf die vorigen Verhandlungen und Beſchließungen verwieſen wurde, ſo ſtunde er wieder davon ab, das Reich mußte ſein Stillſchweigen auf ihre Widerſprüche als eine einwilligende Beſtätigung der vorigen Beſchließungen anſehen, und ertheilte darnach im Jänner 1649. ohne weitern Anſtand die von ihm verlangte particular Garantie.

Archive d'Alſace p. 216.

§. 14.

Die 10 vereinigten Reichsſtädte waren nun alſo mit den übrigen Reichsſtänden im Elſaß in ihrer Unmittelbarkeit zum deutſchen Reiche erhalten, und wurden auch von demſelben gleich andern Reichsſtädten behandelt. Sie erhielten ihr Sitz- und Stimmrecht auf den deutſchen Reichstagen, in den Reichstagsverhandlungen werden ſie des heiligen Reichsſtädte genannt.

Sie wurden als Glieder des Oberrheiniſchen Kraiſes angeſehen, lieferten ihre Beyträge zu den öffentlichen Reichsanlagen, wie man aus

der Repartition erſetzen kann, die wegen der an Schweden zu zahlenden 5 Millionen Reichsthaler, unter den Reichs-Kraiſen gemacht worden iſt.

Archive d'Alſace. p. 220.

In ihren Rechtshändeln appellirten Sie ungehindert an die höchſten Reichs-Gerichte. Der franzöſiſche Hof erkannte im Anfange noch ſelbſt dieſes Verhältniß der Reichs-Städte zu Deutſchland. Louis XIV. vergab die aus dem Münſterer Frieden erworbene Landvogtey an den Herzog von Harrecourt und dieſer verſprach ganz nach dem Sinne des §. 87. des Münſterer-Friedens dieſe Städte bey ihren alten Rechten, Privilegien, und bey ihrer Unmittelbarkeit gegen Deutſchland zu erhalten, und die Städte verſprachen ihm in allem gehorſam zu ſeyn, zu was ſie die Münſteriſchen Friedens-Artikel verbinden, und bey andern Landvögten gewöhnlich und von altem Herkommen ſey.

§. 15.

Allein es dauerte nicht lange, ſo trachtete Frankreich durch allerley Wege ſeine Gerechtſame im Elſaß über den Innhalt des Friedensſchluſſes auszudehnen, man ſuchte ſich hinter Worte zu verſtecken, durch falſche einſeitige Auslegungen neue Anſprüche aufzuſtellen, und dieſe gegen alle öffentliche Treue und Glauben mit Gewalt der Waffen durchzuſetzen. Die

Reſ-

Reihe traf zuerſt die 10 Reichsſtädte. Schon bey dem Executions-Convent hatten ſie deswegen um ein Atteſtat angeſtanden.

Regi Galliae nil ceſſum eſſe niſi, quod ibi ſpectaverit ad domum Auſtriacam.

De Meiern Acta pacis. T. 2. p. 756. ſeq.

Bey dem Nachfolger des erſten Landvogtes dem Herzoge von Mazarin wurden ſie ſchon mit einem verfänglichen Revers bedrohet, und 1661. ſchrieb man Ihnen eine auf die gänzliche Unterwerfung abzielende Eidesformel vor.

Queſtions d'Etat. Queſt. IV. p. 210.

## §. 16.

Die hierüber entſtandenen Weiterungen kamen an den Reichstag. Der dortige franzöſiſche Geſandte von Gravel hat in ſeinem Bericht an ſeinen Hof vom 28ten Auguſt 1661, und an den Herzog von Mazarin vom 8 April 1664 den Weſtphäliſchen Frieden zu Gunſten der R. Städte ſelbſt ganz richtig erkläret, und ihre Reichs-Unmittelbarkeit für ungezweifelt gehalten.

In einer Stelle ſagt er:

„Le Roy ayant ſeulement le droit de préfecture ſur les dites villes dans la manière, que l'exerçoit la maiſon d'Inſpruck.

Und da Er die für dieſen Fall entſcheidenden Syhen des Münſterer Friedens unterſuchet, und mit andern vergleichet, ſo geſteht er freymüthig

„il y auroit autrement une abſurdité „et une Contradiction manifeſte *ſi l'on „voulôit entendre, que le Roi eut une „Souveraineté abſolue ſur les villes impe-„riales.*“

Actes et mémoires des négociations de la paix de Ryſswick. T. II. p. 428.

Archives d'Alſace. p. 348.

§. 17.

Es wurde hierauf eine Deputation bevollmächtiget, die mit dem franzöſiſchen Miniſtre von Gravel in Unterhandlungen treten ſollte, dieſer macht ihr gleich die tröſtliche und redliche Eröfnung, daß die ſtreitige Eidesformel nur auf die Landvogtey unbeſchadet der Unmittelbarkeit der Städte Bezug haben ſollte.

Man vereinigte ſich auf gewiſſe Schiedsrichter, und zwar lauter deutſche Reichsſtände. Herr von Gravel legte ihnen 2 Fragen über das politiſche Verhältniß dieſer Reichsſtädte gegen Frankreich vor, in der Beantwortung der zweyten Frage, worin eigentlich das Subjektum des an Frankreich abgetretenen ſupremi dominii über die Landvogtey ſey, beſtimmen Sie daſſelbe in der Landvogtey ſelbſt und den dazu gehörigen Rechten, ſetzen aber vorſichtig die Einſchränkung hinzu:

„welches jedoch, ſo viel die Städte be-„trifft, ihrer im §. teneatur 87. inſtru-

„men-

„menti pacis reservirten Immediatät und „Libertät zuwiderlaufende Superiorität nichts „inferire.

Archives d'Alsace. p. 28.

Da man sich aber französischer Seits von dem Ausspruche der Schiedsrichter nicht viel Gutes versprechen konnte, so stund man davon ab.

§. 18.

Bey dem darauf erfolgten Friedens-Congreß zu Nimwegen, hatten zwar die kaiserlichen Bevollmächtigten darauf angetragen, daß das erwähnte Compromiß erneueret, und vollendet werden mögte; allein die französischen Gesandten wollten sich aus Abgang hinreichender Vollmacht nicht darauf einlassen, sondern man kam überein: daß der Westphälische Frieden im allgemeinen bestätiget, erneuert, und alles darnach restituiret werden sollte.

Instrumentum pac. Neomag. §. 2. „Cum „Pax Monasterii Westphalorum 24 „Octobr. 1649. concluſa solidissimum „hujus mutuae amicitiae tranquillita„tisque publicae fundamentum sit, „*restituetur illa in omnibus et singulis* „suo pristino vigori manebitque im„posterum sarta tecta, tanquam si hic „ejusdem pacis instrumentum de „Verbo ad *Verbum insertum legeretur*, „nisi quatenus eidem hoc tractatu ex„presse derogatum est.“

Da

Damit aber dem deutſchen Reiche daraus, daß der kaiſerlicher Seits wegen des Compromiſſes vorgeſchlagene Artickel nicht angenommen worden, kein Nachtheil zuwachſen möge, ſo proteſtirte die kaiſerliche Geſandſchaft noch vor der Unterzeichnung des Friedens gleich mündlich bey der franzöſiſchen Botſchaft, und wiederholte hernach ihre Proteſtation zum gemeinſchaftlichen Mediations-Protokoll ſchriftlich gegen alles Präjudiß, das aus der Weglaſſung dieſes Artickels etwa gefolgert werden könnte.

Actes de la paix de Nimègue. Tom. III. p. 459.

Archive d'Alſace, actes publics des négociations de la paix de Nimègue, p. 231 - 243.

In eodem Diſcours préliminaire, p. 328. ſeq.

Das deutſche Reich hat hierauf dieſen Frieden nicht anders als mit Beybehaltung der bemerkten Verwahrung genehmiget.

Pachner Sammlung der Reichsſchlüſſe. T. II. n. 205.

## §. 19.

Frankreich ſtörte ſich inzwiſchen nicht an den eben geſchloſſenen Frieden, man ſchien ſich einmal vorgenommen zu haben, die völlige Hoheit über Elſaß ohne Rückſicht auf Rechte oder Verträge durchzuſetzen. Der franzöſiſche Mini-

Miniſtre de Servien hatte dem von Gravel die Grundſätze des franzöſiſchen Staats-Rechtes bekannt gemacht, nach welchen man zu handeln ſich vorgenommen hatte.

„Nous aurions toujours aſſés de droit „ſur les dites Villes, pour les faire „valoir avec l'épée, lorsque quelque „occaſion favorable ſ'en préſentera.“

Raiſonnement de Mr. de Gravel touchant les droits appartenants au Roi ſur les dix villes imperiales d'Alſace.

§. 20.

Man ſtellte nun auf einmal die ganz unerwartete Behauptung auf, daß die kaiſerliche Geſandſchaft bey den Unterhandlungen zu Nimwegen von ihren Forderungen abgeſtanden, und dadurch die Souverainetät über das ganze Elſaß an die Krone Frankreich abgetreten worden wäre. Es dauerten daher nicht nur die alten Friedens-Verletzungen fort, ſondern ſie wurden täglich vermehret. Der König errichtete die ſogenannten Reunions-Kammern zu Breyſach, Mez und Biſanz. Die Reichsſtädte wurden zur förmlichen Huldigung genöthiget, und nach Errichtung eines neuen Appellations-Gerichts zu Breyſach alle Verbindung mit dem Reichs-Kammergericht zu Speyer unterſaget, und Sie wurden nun als franzöſiſche Provinzialſtädte förmlich behandelt. Ganze Reihen von Beſchwerden kamen ſeit dieſer Zeit von den

den gekränkten Ständen und der Ritterſchaft im Elſaß an das Reich.

Reichsgutachten wegen der wider die Krone Frankreich der Friedens-Contraventionen halber vorkommenden Gravaminum. PACHNER l. c. T. II.

§. 21.

Der Kaiſer ſchickte einen eigenen Geſandten nach Paris, und die Reichsverſammlung ließ ſich mit dem Allerchriſtlichſten Könige ſelbſt deshalb in Correſpondenz ein, und führte in einem Schreiben unter andern ſehr gründlich aus, daß im Münſteriſchen Frieden nicht das ganze Elſaß an Frankreich abgetreten worden, und die Reichsſtädte mit ihrem Gebiethe nicht darunter begriffen ſeyen.

PACHNER l. c. n. 187. 192. 195. 198. 200. 204.

§. 22.

Da man ſich franzöſiſcher Seits zur Behauptung ſeiner Anſprüche auf die Verhandlungen bey dem Nimweger-Frieden bezog, ſo ließ man ſich von der kaiſerlichen Geſandſchaft, welche den Nimweger Frieden geſchloſſen hatte, Bericht abſtatten; in dieſem wird bis zur vollkommenen Ueberzeugung bewieſen, daß an eine Abtretung von Elſaß an Frankreich gar nicht gedacht worden, es wurde ein Protokollar-Auszug vom 30ſten December 1678. vorgeleget, und

und daraus gezeiget; daß Frankreich ſelbſt gar keine neue Rechte bey dem damaligen Frieden verlangt habe.

§. 23.

Das Reich verfaßte darnach eine gründliche und ernſthafte Wiederantwort an den König von Frankreich.

Dieſe merkwürdigen Aktenſtücke ſtehen bey PACHNER T. 2. p. 259. 271. 292. 298. wo p. 302. auch die weiteren Reichstags-Akten wegen Verſuch gütlicher Uebereinkunft zu finden ſind.

Aus dieſen ſind ſie zuſammengetragen im Archive d'Alſace actes publics des négociations de la paix de Nimègue. p. 231-328.

Dieſer ließ ſich nun über die Ihm vorgelegten Beſchwerden in Unterhandlungen ein; es wurde ein Congreß zu Frankfurt gehalten, und die Reichsdeputation machte wegen der Reichsrechte auf Ober- und Unter-Elſaß 1682 eine eigene Deduktion bekannt.

Fabers Staatskanzley. T. II. S. 439.

Von Seiten der Reichsſtände im Elſaß erſchienen

„Raiſons des princes et Etats ſitués „en Alſace contre les réunions, qui „ont été faites par la Chambre de „Briſac et ont été fondées ſur une „Ceſſion prétendue de toute l'Alſace.“

Und

Und der nachmalige Prätor zu Strasburg Obrecht unterstüzte in seinem Prodromo rerum Alsaticarum (Strasbourg 1681.) cap. 78. die Rechte dieser Stände nach dem Münsterischen Frieden gegen die französischen Auslegungen so bündig, daß sein Buch auf königlichen Befehl hernach unterdrücket worden ist.

Dieser Congreß war aber aus bekannten Ursachen fruchtlos.

GERSTLACHERS Corpus juris publici et privati. 3 Band. Cap. 2. S. 68.

§. 24.

Die angefangenen gütlichen Handlungen wurden auf dem Reichstage zu Regenspurg fortgesetzet, und am 15 August 1684 kam zwar ein Waffenstillstand mit Frankreich, dem Kaiser und Reiche zu Stande, nach welchem die Krone Frankreich, Strasburg und Kehl nebst allen bis auf den 1sten August 1681 nach dem Ausspruche der Gerichtshöfe zu Breysach, Metz und Bisanz eingenommenen Orten mit völliger Souverainetät behielt.

Neueste Sammlung der Reichsabschiede. Theil 4. S. 147.

Dumont Corps Diplom. T. VII. p. 81. seq.

Die Reichstags Handlungen bey PACHNER l. c. p. 466 - 544.

§. 25.

§. 25.

Alle deutsche Patrioten waren über diesen Stillstand unzufrieden, man hatte in öffentlichen Schriften diejenigen als Verräther des Vaterlandes erkläret, die denselben haben betreiben helfen. Er war aber von keiner langen Dauer, ungeachtet das deutsche Reich seinem Versprechen treu geblieben, und denselben nicht gebrochen hatte.

Schon im nächstfolgenden Jahre wurden an dem Reichstage eine Menge Klagen über neue französische Attentaten und Friedensbrüche gebracht, welches bis 1688 fortgieng.

PACHNER l. c. n. 376. 410. 424. 435. seq.

Wo dem Kaiser von Seiten Frankreichs der Krieg erkläret worden ist. Das Reich wurde wegen der gehäuften Kränkungen der deutschen Reichsstände genöthiget an diesem Kriege Antheil zu nehmen, welcher durch den zu Ryßwick im Jahre 1697 geschlossenen Frieden wieder geendiget worden ist.

§. 26.

Da der oben erwähnte Stillstand durch den Krieg aufhörete, so muß dieser Frieden nur als die einzige Entscheidungsquelle angesehen werden.

Der Hauptzweck desselben war, daß Frankreich dasjenige wieder restituiren sollte, was es durch seine Reunionen dem deutschen Reiche

entzogen hatte; dahin giengen die von dem kaiſerlichen Geſandten dem Friedensvermittler übergebenen Propoſitionen.

Actes et mémoires des négociations de la paix Ryſwick in Archive d'Alſace actes publics des négociations de la paix de Ryſswick. p. 331. ſeq.

„Qu'on reſtituera tout ce, qui a été „pris après la paix de Munſter et l'exé„cution de Nurenberg ſoit parforce, ſoit „parforme de droit, ou en aucune autre „manière, et poſſedé ci-devant par „l'Empire.“

Darunter waren überhaupt und zum Theil namentlich die 10 Reichsſtädte im Elſaß begriffen.

## §. 27.

Bey den Friedensunterhandlungen ſind von dem franzöſiſchen und kaiſerlichen Geſandten Reſtitutions-Liſten übergeben worden, aber keine waren vollſtändig und hinreichend, weßwegen auch dieſelben bey Schließung des Friedens nicht zum Grunde geleget worden ſind, ſondern man vereinigte ſich überhaupt in §pho 3. des Friedensinſtruments, daß der Weſtphäliſche und Nimweger Frieden zum Grund geleget, und alles darnach wieder hergeſtellet werden ſollte, in ſo weit durch den gegenwärtigen darin nichts abgeändert worden wäre.

Art. 3. Pac. Ryſswic.

„Pa-

„Pacis hujus baſis et fundamentum ſit „Pax Weſtphalica et Neomagenſis-eae„que ſtatim commutatis Ratificationum „formulis in ſacris et profanis plenae „executioni mandentur, et poſtea ſarta „tecta conſerventur niſi quatenus nunc „aliter expreſſe conventum fuerit. “

dem 4ten Artickel werden darnach alle dage- gemachten Reunionen kaſſiret nnd annulliret: Art. IV. Pacis Ryſw.

„Caſſatis, quæ ea de cauſa a Cameris „Metenſi & Veſontina, ut & Conſilio „Briſacenſi edita ſunt, Decretis, Arre„ſtis, & Declarationibus, omniaque in „eum ſtatum reponentur, quo ante „illas occupationes, uniones, ſeu reu„niones fuerunt &c.

## §. 28.

Darnach ſollten nun die occupirten Länder den Stand zurückgeſetzet werden, in welchem ſich vor den Reunionen befunden haben, in n angeführten Artickel 3. iſt die Norme an- eiget, nach welcher alle dieſe Reſtitutionen chehen ſollten, nämlich der Münſterer und mweger Frieden; da nun nach dieſen, wie n angezeiget worden iſt, die 10 Reichsſtädte Elſaß durch den §. 87. von der franzöſiſchen heit ausgenommen waren, und nur durch e ſpätere falſche Auslegung dieſer Frieden, rauf die Reunionen gegründet worden, unter

diese blos durch Gewalt gezogen worden sind, diese Reunionen nun aber cassiret, und nichtig erkläret werden, so ergiebt sich der natürliche Schluß, daß auch jene 10 Reichsstädte wiederum in ihre alten Verhältnisse gegen Deutschland hätten zurückgesetzet werden müssen, obwohlen sie nicht ausdrücklich genannt waren, wie andere Stände, die noch ausser der Landgrafschaft gelegene Besitzungen hatten, welche ebenfalls von Frankreich occupiret waren; dadurch wurden aber die allgemeinen Regeln, nach welchen alle Restitutionen zu machen waren, nicht aufgehoben, wie ausdrücklich

§. V. Pac. Ryſswic.

gesagt wird:

„et quamvis ex generalibus hisce re-
„gulis facile dijudicari queant, qui &
„quatenus restituendi sint, nihilomi-
„nus ad aliquorum instantiam, *acceden-*
„*tibus peculiaribus de quibusdam causis*
„specialem mentionem fieri placuit, *ita*
„*tamen ut expresse non nominati*, pro
„omissis non habeantur, sed pauci om-
„nino cum nominatis loco sint, & eo-
„dem jure fruantur.

§. 29.

Man wird in dieser natürlichen Auslegung des Friedens noch mehr bestätiget, wenn man den §phum VI. und XV. XVI. ej. Pacis damit vergleichet. In dem VIten wird

sich

ſich ganz auf den §. IV. als die Regel bezogen, welche hier nur in ſpecie auf den Churfürſten von Trier und den Fürſtbiſchof von Speyer ſolle angewendet werden:

„omnia quoque de occupationibus, „unionibus & reunionibus jam *præce-* „*denti Art. IV.* ſtatuta, in commo- „dum Eccleſiarum Trevirenſis & Spi- „renſis ſpeciatim repetita cenſeri de- „bent.

In dem §. 15. werden offenbar ſolche Reichsſtände reſtituiret, welche in dem §pho 87 des Münſtner Friedens enthalten ſind. Man ſieht daraus, daß dieſer zur Norme genommen worden iſt, und von andern Ständen, die auch nicht genannt ſind, ſich aber in gleichem Rechte befinden, ſich darauf gegründet werden kann, beſonders da bey den Partikular-Reſtitutionen ſo oft auf den allgemeinen Art. IV. hingewieſen wird, wie auch noch hier geſchiehet:

„omnesque cæteri P. Rom. imperii ſta- „tus qui per artieulum quartum hu- „jus Tractatus aliosve reſtituendi ve- „niunt.

§. 30.

Die bey dieſem Frieden paciscirenden Theilen haben überall deutlich erkläret, daß der Münſterer Frieden, (aber nicht nach der oben bemerkten falſchen Auslegung, als wenn durch

„ben die Souverainität über ganz Elſaß cediret worden wäre,) hier bey allen Reſtitutionen zum Grund geleget werden ſollte; dahero hat man, als die Stadt Strasburg in §. 16. an Frankreich abgetreten worden iſt, recht merkbar gemacht, daß hier eine Ausnahme von jener Regel geſchehe, ja dieſe Abtretung ſollte nicht einmal als die Folge einer kriegeriſchen Occupation, ſondern eines gemeinſchaftlichen Tauſches angeſehen werden.

„Cum vero pacis melius ſtabiliendae „ergo placuerit loca quædam hinc inde „permutari, ſacra cæſarea Majeſtas et „imperium cedunt ſacrae regiae Maje„ſtati Chriſtianiſſimæ ejusque in regno „ſucceſſoribus urbem Argentinenſem „&c. “

Offenbar in Hinſicht auf den §. 87. des Münſterer Friedens und des Art. IV. des gegenwärtigen Friedens. Die Stadt Straßburg liegt, wie bekannt, mitten im Elſaß, hätte nun Frankreich die Souveränität über ganz Elſaß gehabt, ſo hätte es nun nicht mehr nöthig gehabt, ſich dieſe Stadt noch beſonders abtreten zu laſſen; und hätte man nicht alle Reunionen nach dem Art. IV. und den vorhergegangenen Verhandlungen für caſſirt gehalten, ſo würde man nicht ſo wichtige Plätze dafür hingegeben, und ſich einen neuen Titel über den Beſitz von Straßburg erkaufet haben.

Acten

Actes et mémoires de la paix de Ryſswick. T. II. p. 223.

Dans l'Archive d'Alſace actes des négociations de la paix de Ryswick p. 362. und in dem Diſcours préliminaire p. 37. ſeq.

Ferner Queſtions d'etat. Queſt. IV. p. 218.

§. 31.

Mit welchem Rechte konnte nun Frankreich nach dieſem geſchloſſenen Frieden noch im Beſitze der 10. Elſaßiſchen R. Städte bleiben, und fortfahren, dieſelben als Provinzialſtädte zu behandeln, ja ſeine Hoheit über Elſaß noch immer weiter auszudehnen? Das deutſche Reich ſah, empfand dieſe Ungerechtigkeit; und dieſe war eine vorzügliche Urſache, warum es ſich abermal in einen Krieg gegen Frankreich einließ, und an dem Spaniſchen Succeßions-Kriege Antheil nahm.

S. das Concl. der 3. R. Colleg. d. d. 30ten Sept. 1702.

Lünig part. gen. 1. Theil. pag. 730. cont. 2. p. 723.

in demſelben heißt es unter andern:

„die gegen ſo oft wiederhohlte und feyer-
„lich geſchloſſene Friedensſchlüſſe unter-
„nommene infractiones, contraventiones,
„occupationes und *Detentiones* für un-
„ſtreitige pacifragia zu achten ꝛc. und
„daran alle Stände des Reichs verbunden

den gekränkten Ständen und der Ritterſchaft im Elſaß an das Reich.

Reichsgutachten wegen der wider die Krone Frankreich der Friedens-Contraventionen halber vorkommenden Gravaminum. PACHNER l. c. T. II.

§. 21.

Der Kaiſer ſchickte einen eigenen Geſandten nach Paris, und die Reichsverſammlung ließ ſich mit dem Allerchriſtlichſten Könige ſelbſt deshalb in Correſpondenz ein, und führte in einem Schreiben unter andern ſehr gründlich aus, daß im Münſteriſchen Frieden nicht das ganze Elſaß an Frankreich abgetreten worden, und die Reichsſtädte mit ihrem Gebiethe nicht darunter begriffen ſeyen.

PACHNER l. c. n. 187. 192. 195, 198. 200. 204.

§. 22.

Da man ſich franzöſiſcher Seits zur Behauptung ſeiner Anſprüche auf die Verhandlungen bey dem Nimweger-Frieden bezog, ſo ließ man ſich von der kaiſerlichen Geſandſchaft, welche den Nimweger Frieden geſchloſſen hatte, Bericht abſtatten; in dieſem wird bis zur vollkommenen Ueberzeugung bewieſen, daß an eine Abtretung von Elſaß an Frankreich gar nicht gedacht worden, es wurde ein Protokollar-Auszug vom 30ſten December 1678. vorgeleget, und

§. 32.

Die damals vereinigten Kraise besonders der Oberrheinische, haben sich an. 1709. ein angelegentliches Geschäft daraus gemacht, die von Deutschland abgerissene Verbindung des Elsasses in Gemäßheit der vorderen Friedensschlüsse wieder herzustellen. Man hatte die Absicht, daß im zukünftigen Frieden selbst darüber genaue Bestimmungen gemacht werden sollten, und in den im Haag den 28ten May 1709. abgeschlossenen Präliminar-Friedens-Artikeln Art. X. war man übereingekommen:

„So viel das Elsaß anbelangt, so wird „dessen Possess Ihro Allerchristlichsten Ma„jestät nicht anders zugestanden, als „nach dem buchstäblichen Innhalt des „Westphälischen Friedens.

Fabers Staatskanzlei T. XV. S. 626. 663.

§. 33.

Frankreich hat aber alle Zeit in dem Bewußtsein seiner unrechtmäßigen Anmaßungen einer klaren und ganz unzweydeutigen Bestimmung über dieselben auszuweichen gesuchet, und so kam auch diesmal in dem 1714. geschlossenen Baader Frieden nur eine allgemeine Bestättigung der Westphälischen, Nimweger und Ryßwicker Friedensschlüsse.

„Pacis hujus basis & fundamentum sit „pax Westphalica, Neomagensis &

„Ryswicenſis haeque ſtatim a com-
„mutatis Ratificationum formulis in
„ſacris & profanis plene executioni
„mandentur, & inviolabiliter impoſte-
„rum ſerventur, niſi quatenus nunc
„aliter conventum eſt. Hunc in finem
„omnia tam quoad mutationes, quæ
„durante ultimo bello, vel ante illud
„factæ, quam quæ executioni vel plane
„non, vel imperfecte data, vel poſt
„factam executionem rurſus immutata
„fuere, ſiquid reipſa tale reperiatur,
„eum in ſtatum in ſacro romano im-
„perio ejusque appertinentiis repona-
„tur, qui per ſupra dictum tractatum
„Ryſswicenſem præſcriptus fuit.
Art. III. pac. Badenſis.
SCHMAUS Corpus jur. publ. p. 1237.

In der Hauptſache hatten unterdeſſen und konnten die paciscirenden Theile keine andere Meynung haben, als die Sie bey allen Verhandlungen bishero und ſelbſt in dem Art. X. der Friedens-Präliminarien zu Haag geäuſſert hatten, nämlich, daß

„die Allerchriſtlichſte Majeſtät das Elſaß
„nur nach dem buchſtäblichen Inhalt des
„Weſtphäliſchen Friedens haben, folglich
„nichts fordern ſolle, als die Landvogtey
„über die in derſelbigen gelegenen zehn
„R. Städte, dergeſtalten, daß dieſe bey
„ihren Rechten, wie andere R. Städte
„verbleiben.

§. 34.

§. 34.

Die Bestimmungen des Badenschen sind mithin in der Hauptsache die nämlichen, wie jene des Münsterer Friedens, und müssen auch die nämlichen Wirkungen haben, man hat nur der Krone Frankreich die Demüthigung einer feyerlichen Anerkennung ihres bisherigen Unrechts nachlassen wollen. Die §phi XII. und XIV. des Badenschen Friedens selbst müssen als Bestättigungen angesehen werden, daß man auch dießmal nichts weiters an Frankreich habe abtreten wollen, als was schon in den vorigen Frieden enthalten war. Denn im §pho XII. heißt es ganz deutlich:

Sacra regia Majestas Christianissima promittit, non minus sacræ majestati & imperio se restituturam omnibus imperii membris, clientibus & Vasallis, ecclesiasticis & secularibus &c. &c. & generaliter omnibus pace Ryswicensi comprehensis, licet hic speciatim expressi non fuerint, quæcunque territoria, civitates, loca & bona, quæ proxime præterito bello, aut ejus occasione, sive armis, sive confiscatione, aut alio quocunque modo paci Ryswicensi contrario, occupaverint, quamvis hoc tractatu nominata non sint, uti & plenarie & accurate executuram omnes conditiones & clausulas pacis Ryswicensis, quibus per præsentem tracta-

tractatum expreſſe derogatum non eſt, ſi quæ poſt concluſam pacem Ryſswicenſem executione caruerint, vel poſtea mutatæ fuerint, viſiſſim ſacra majeſtas & imperium promittunt, omnes conditiones & clauſulas pacis Ryſswicenſis, quæ ad iſtas reſtitutiones ex eadem pace faciendas &c. ſpectant, impletum iri.

Dieſer Sphe iſt ganz mit den oben angeführten Stellen des Ryßwicker Friedens zuſammenhängend; in dem Sphe 14 iſt zwar eine Ausnahme wegen Landau, aber gerade dieſe Ausnahme beſtätiget die bishero aufgeſtellte Regel: denn hätte Frankreich durch die vorigen Frieden ein allgemeines Recht auf die Elſaßiſchen Reichsſtädte erworben gehabt, ſo wäre es gewiß nicht nöthig geweſen, wegen der Abtretung von Landau eine beſondere Verfügung hier beyzuſetzen, obwohlen daraus nicht einmal die vollſtändige Abtretung der Stadt Landau gefolgert werden kann.

S. Diſcours préliminaire de l'Archive d'Alſace p. 49. ſeq.

§. 35.

In allen nachfolgenden ſpäteren Friedensſchlüſſen, an welchen Frankreich Antheil gehabt, ſind die bishero angeführten Frieden, immer eingeſchloſſen und beſtätigt worden.

S. Wiener, Dreßdner, Teſchner Frieden.

Das

Das deutſche Reich hat darnach die gegen dieſe Friedensſchlüſſe von Frankreich ausgeübte Oberbotmäſigkeit über die Elſaßiſchen Reichsſtädte niemals anerkannt, ſondern es iſt vielmehr bis auf Kaiſer Karl VII. ein eigener Artikel in in der kaiſerlichen Wahlkapitulation geſtanden, aus welchem erhellet, daß das deutſche Reich dieſe Reichsſtädte, wie die übrigen im Elſaß gelegenen Gebiete, welche nicht durch die oben angeführten Frieden ausdrücklich an Frankreich abgetreten worden ſind, als ihm einverleibt gebliebenen unmittelbaren Gebiete angeſehen hat.

Das Reichsſtädtiſche Kollegium hat Anno 1653, da die Vereinſtädte im Elſaß wegen ihrer Reichsfreyheit in einige Beſorgniß kamen, dieſe Stelle in der Wahlkapitulation veranlaſſet, worauf in Art. VI. der kaiſerlichen Wahlkapitulation verfüget wurde; daß jene Städte, kraft inſtrumenti pacis unter dem heil. Röm. Reiche, gleichwie andere Immediatſtände beſtändig einverleibet bleiben ſollten.

Wahl-Kapitulation Ferdinandi IV. art. 6. §phus 8.

Dieſe Verfügung wurde in den folgenden Wahlkapitulationen wiederholet. In jener des Kaiſers Leopold heißt es

Art. VIII, §. 4.

„Sodann die 10 vereinigte Reichsſtädte im „Elſaß auſſer des juris præfecturæ provincialis kraft inſtrumenti pacis dem heiligen

„ligen Römiſchen Reich gleichwie andere „immediat Stände einverleibet bleiben.

In Karl des VI. Wahlkapitulation art. XXVII. §. 11. wurde geſetzt:

„So dann die zehn vereinigten R. Städte „im Elſaß dem heiligen römiſchen Reich „anwiederum reſtituiret, und demſelben „gleichwie andere Immediat-Stände mit „Vorbehalt, jedoch daß dem Erzhauſe Oe„ſterreich auch vor dem Münſteriſchen „Friedensſchluß zugeſtandene juris præ„fecturæ provincialis einverleibet werden „ſolle.

In der Wahlkapitulation Karls VII. wurde dieſe Stelle aus bekannten Urſachen jedoch *ſalvis ſalvandis* ausgelaſſen.

Moſers Karl VII. Wahlkapitulation mit Beilagen und Anmerkungen im Anhang XI. p. 746.

Und iſt auch ſeit dem in die folgenden Wahlkapitulationen nicht wieder aufgenommen worden.

§. 36.

Indeſſen hat doch das deutſche Reich ſeine Geſinnungen wegen Elſaß und dieſer Reichs-Städte nicht geändert, und die angemaßte Souverainität von Frankreich darüber niemals anerkannt, dieſe gehören mithin unter die Länder, welche der Kaiſer nach der neuſten Wahlkapitulation Art. X. §. 3.

„Vielmehr aber uns aufs höchſte bearbei-
„ten und allen möglichen Fleiß und Ernſt
„fürwenden, dasjenige, ſo davon gekom-
„men, Herrſchaften und Länder, die zum
„Theile in anderen fremden Nationen
„Hände ungebührlicher weiſe erwachſen,
„zum förderlichſten wieder dazu zu brin-
„gen und zuzueignen.

ſprechen muß, wiederum in Verbindung
t Deutſchland zu bringen, und nach dem
t. XII. dadurch die R. Kreiſe zu ergänzen,
ju zielet ebenmäßig das an ſeine jetzige Kai-
ſche Majeſtät vi Concluſi d. d. 1. Sept.
90. über obigen §phum 3. Art. X. ſeiner
ahlkapitulation erlaſſene Churfürſtliche Colle-
lſchreiben.

## §. 37.

Aus dieſer bisher vorgetragenen Geſchichte
4 Friedensſchlüſſe, und der darüber gepflo-
ien Verhandlungen, durch welche Elſaß und
darinn gelegenen zehn R. Städte in Ver-
ibung mit Frankreich geſetzt worden ſind,
ß unſere rechtliche Meynung auf die uns
rgelegte erſte Frage als eine natürliche Folge
hin entſtehen,

„daß die franzöſiſche Nationalverſamm-
„lung die gemeinſchaftliche Verfaſſung je-
„ner 10. vereinigten Städte, mit ihren
„Rechten und Privilegien und die darauf
„ſich beziehende Landvogtey nicht zernichten
könne,

„könne, ohne zugleich die 4 bemerkten „Friedensſchlüſſe umzuſtoſſen, denn

## Entſcheidungs-Gründe.

1) Es iſt auf eine unwiderſprechliche Art dargethan worden, daß die Krone Frankreich durch den Münſteret, Nimweger, Ryßwicker und Badenſchen Frieden über dieſe zehn R. Städte nichts weiters als die Landvogtey, und zwar nur in der Art erhalten habe, wie dieſelbe vorher von dem Hauſe Oeſterreich ausgeübt worden war, im übrigen aber §. 87. des Münſterer Friedens verſprechen mußte, dieſe Städte bey ihrer Unmittelbarkeit und übrigen Rechten zu belaſſen. Nach dieſem Münſterer Frieden ſollte alſo

2) in der alten Verfaſſung dieſer Städte keine Veränderung geſchehen, dieſe wurde vielmehr beſtättiget, nur wurde ein anderes Subject eingerücket, welches die Landvogtey über ſie ausübte, aber auch dabey geſchah die Vorſehung, daß ſie durch dieſe Veränderungen nichts verlieren ſollten; denn dieſer neue Landvogt ſollte ganz in die nämlichen Rechte und Verbindlichkeiten eintreten, welche ihre bisherigen Landvögte gehabt hätten, ſie ſollten mithin den alten Schutz derſelben genießen, ohne daß der neue Landvogt mehrere Rechte über Sie verlangen dürfte. Es traten darnach zwiſchen dieſen R. Städten und ihrem Landvogte wechſelſeitige

ſeitige Rechte und Verbindlichkeiten ein, welche in dem Münſterer Frieden vorbehalten worden ſind, und ohne Einbruch in dieſen weder geſchmälert, noch verändert werden dürfen.

3) Die franzöſiſche Nationalverſammlung kann Namens der Nation keine andere Rechte im Elſaß und über jene R. Städte haben, als welche ihre Könige Namens der Krone Frankreich darüber erworben haben. Sie tritt alſo in die nämlichen Rechte, und mithin auch in die nämlichen Verbindlichkeiten ein. Hat nun der König nach dem Weſtphäliſchen Frieden, welcher hier als das entſcheidende Hauptgeſetz angeſehen werden muß, und den darauf erfolgten 3 übrigen Friedensſchlüſſen die Verfaſſung dieſer Städte nicht verändern, und ihre unmittelbaren Verhältniſſe zum deutſchen Reiche verrücken dürfen, war er vielmehr ſchuldig, gemäß der auf Ihn übertragenen Landvogtey Sie dabey zu ſchützen;

S. I. Copie de la lettre du Roi tr. chr. au magiſtrat et ſenat de la ville imperiale de N. 2. Juramentum D. Præfecti 3. Exemplar Reverſalium in dem Archive d'Alſace p. 310-322.

In dieſem heißt es wiederholet:

„Nous avons preſté ſerment corporel „de maintenir, comme nous promet„tons par la préſente, de proteger et „defendre au mieux qu'il nous ſera poſ„ſible; par nous même comme grand-

„baillif, les appartenants a la p
„cture provinciale de Haguenau cc
„toute injuſtice, violence, et i
„ction de leurs droits, avec pror
„de ne les point *troubler dans*
„*immédiateté envers l'Empire, fra*
„*ſes, anciennes coutûmes, lettres de gr*
*priviléges généralement quelconques.*“

So kann und darf auch nunmehro Nationalverſammlung jene Verfaſſung nicht ſtoſſen, und die auf das genaueſte damit bundene Landvoatey aufheben, wenn ſie zugleich den Weſtphäliſchen Frieden und übrigen mit Frankreich bishero geſchloſſ Verträge brechen will; Ihre eigenen Vort ſcheinen aber das Gegentheil zu fordern; welche Nation würde ſich nach ſolchen kührlichen Thathandlungen bey den mit Fr reich geſchloſſenen Frieden noch ſicher glau welche wird nicht, ſo bald ſie kann, und h nicht alle Europäiſche Mächte, welche nur mer mit Frankreich contrahiret haben, hier nerley Intereſſe? nach ſeinen alten Rec zurückgreifen, welche ſie durch jene Verti abgetreten hat, und wäre nicht vorzüg Deutſchland berechtiget, alle an die K Frankreich jemals abgetretenen Länder Rechte wieder an ſich zu ziehen: und ſollte wohl den vereinigten deutſchen Reichsſtän und ihrem mächtigen Oberhaupte an hinreich den Kräften fehlen, ihre ſo offenbaren Re

gegen die unerlaubteſten willkührlichen Verletzungen des natürlichen und Völkerrechts zu ſchützen, und ihre daraus entſtehenden gerechten Anſprüche geltend zu machen?

4) Die Nationalverſammlung hat die Folgen, welche aus einem ſolchen willkührlichen Verfahren gegen ihre eigene Sicherheit entſtehen können, ſelbſt eingeſehen, und deswegen die Verbindlichkeit des Weſtphäliſchen und der übrigen Friedensſchlüſſe geradezu anzugreifen ſich nicht getrauet, wie man aus ihren verſchiedenen Beſchlieſſungen über die hieher gehörigen Gegenſtände erſehen kann.

Queſtions d'etat deciſives reſultantes pour la province d'Alſace. Queſtion. II p. 86.

Aber man ſuchet jenen Frieden nach der unrichtigen Meynung einiger franzöſiſchen Geſchichtſchreiber und Staatsſchriftſteller einen verkehrten Sinn anzudichten, und durch dazwiſchen geſchobene philoſophiſche Grundſätze, worauf das neue franzöſiſche Staatsgebäude errichtet werden ſoll, ihre Wirkung zu ſchwächen, und ihre Anwendbarkeit zum Theile zu läugnen; das Verhältniß der 10 R. Städte ſcheinet man vorzüglich aus dieſem verſchobenen Geſichtspunkte zu betrachten, und darnach die Landvogtey über dieſelben zu beurtheilen, aber eine genauere Beleuchtung jener Meynung, und eine unpartheyiſche Prüfung dieſer Grundſätze wird zeigen, wie wenig jene gegründet, und wie unrichtig dieſe auf den uns vorgelegten Fall angewendet werden.

der Nationalverſammlung,

a) hiſt. de la P. de W.

b) hiſt. d'Alſace.

c) Limes franciæ.

d) Expoſé analytique des faits, actes publics qui établiſſent la nation abſolue du Roi ſur l'u lité des terres, & habitans de te & baſſe Alſace Strasbourg 17

e) Rapport au nom du Comité de lité ſur les droits ſeigneuriaux d ces d'Allemagne en Alſace.

Stellen allgemein den Satz auf, d ſchon durch den Münſterer Frieden ni ein Theil von Elſaß, ſondern die So tät über ganz Elſaß an Frankreich a worden ſey, und darauf hat die fra Nationalverſammlung nach dem Vortr

Wir wollen die Beweise für ihre Behauptung, damit sie nichts von ihrer Stärke verlieren, in dem nämlichen Gesichtspunkte darstellen, aus welchem Sie dieselben vorgetragen haben.

§. 39.

Herr Merlin allein auf seiner stolzen Tribune in der Nationalversammlung, wo man gewöhnt ist, Regenten und Völker, wie Schulknaben herumzuhudeln, wo man alle Gesetze und Verträge eben so despotisch verwirft, die nicht in ihre bessere Welt, in ihr neues Jerusalem, welches sie erschaffen wollen, zu taugen scheinen, war im Anfange seines Rapports noch im Zweifel, ob er nicht zur Erleichterung seiner Arbeit durch einen Machtspruch alle die Verträge auf einmal umwerfen wolle, welche die vorigen irre geführten Könige und ihre verschmitzte Ministers eingegangen haben.

„Vous sentés deja que cette question „pourroit être resolue d'un *seul mot* si „mettant, à l'écart tous ces traités, „toutes les conventions, fruits des „erreurs des rois, ou des ruses de „leurs ministres.

Er besann sich inzwischen eines bessern, und lenkte doch wieder selbst auf diese Verträge ein; sein Raisonnement darüber können wir übrigens unberührt lassen, da er mit der alten französischen Leichtigkeit (denn die Grundsätze

der neuen Conſtitution ſcheinen ſelbſt bey den Geſetzgebern noch nicht in Sitten übergegangen zu ſeyn) die Hauptgründe der übrigen franzöſiſchen Staatsſchriftſteller kaum berühret, wir werden uns alſo hauptſächlich an dieſe halten.

§. 40.

Pater Bougeant und Herr Pfeffel ſuchen vorzüglich aus den Weſtphäliſchen Friedensverhandlungen die für dieſen Fall entſcheidenden Stellen des Münſterer Friedens nach den Abſichten ihrer Meynung zu erklären. Sie ſagen: Frankreich habe bey allen Unterhandlungen ſowohl mit den Kaiſerlichen als auch hernach mit den Reichsſtänden ſelbſt, über die Abtretung von Elſaß auf die Souverainität über ganz Elſaß ſowohl des obern als des untern beſtanden; die Kaiſerlichen hätten auch in dieſem Sinne eingewilliget, die intereßirten Stände hätten zwar widerſprochen; aber dieſes Widerſpruches ungeachtet ſey hernach die Ceſſionsformel in den Münſterer Frieden mit den nämlichen Worten ohne allen Zuſaß oder weitere Modification eingerücket worden, wie ſie zuvor mit den Kaiſerlichen, den Friedensmittlern, und den franzöſiſchen Bevollmächtigten verabredet geweſen wäre.

Alle weitere Erinnerungen der Stände, verlangte Abänderungen ſeyen von den franzöſiſchen Geſandten verworfen worden, und auch der König ſelbſt, an den Sie ſich deshalben gewendet, habe ihre Vorſtellungen uneröfnet zurückgegeben.

Pfef-

Pfeffel in ſeiner Abhandlung Limes franciae. p. 98 - 112.

Daraus bilden nun jene Schriftſteller folgende Beweiſe für ihren Satz.

1) Die Stände des untern Elſaßes hätten ſich gegen die Ceſſionsformel, ſo wie dieſelbe von den kaiſerlichen und franzöſiſchen Geſandten abgefaßt geweſen, beſchweret, weil dieſelbe ihrer Unmittelbarkeit nachtheilig ſey, die Stände müßten alſo den wahren Sinn dieſer Formel eingeſehen haben, daß nämlich die Abtretung an Frankreich nicht blos auf Ober-Elſaß, und was das Haus Oeſterreich beſeſſen; ſondern auf ganz Elſaß gerichtet geweſen ſey, und deſſen ungeachtet hätten ſie hernach den Frieden unterſchrieben, ohne daß eine andere Ceſſionsformel in denſelben eingerückt worden wäre.

2) Wenn man darnach die Syhen des Münſterer Friedens genau einſehe, ſo zeigten dieſe offenbar, daß die Souveränität über ganz Elſaß abgetreten worden; denn in Syhen 73. 74. cedire der Kaiſer für ſich und das ganze Haus Oeſterreich und das Reich, jedes die Rechte, die es habe, das Haus Oeſterreich über ſeine Beſitzungen *cum omnimoda jurisdictione & ſuperioritate* und das Reich *cum Dominio ſupremo*. Die Ceſſion ſey immer auf Ober- und Unter-Elſaß gerichtet, ſo wie Frankreich in den Unterhandlungen verlangt

habe; denn *Landgraviatus inferioris Alſa* wolle hier ſo viel ſagen, als *provincia A tiæ inferioris*, indem bekannt ſey, daß Oe reich damals auſſer der bloßen Würde Landgrafſchaft über Unter-Elſaß keine n breite Beſitzungen im untern Elſaß gehabt be; nun ware es ja lächerlich geweſen, an Fr reich etwas zu cediren, was an ſich nichts weſen ſey, dieſe Ceſſio habe ſich alſo blos auf Oeſterreichiſche, ſondern auch au Reichsrechte über Unter-Elſaß, welche *in premo Dominio*, der Ober-Botmäſigkeit, Souveränität, beſtanden, erſtrecken mü wie Frankreich bey den Unterhandlungen be dig verlangt habe, und dem die Stände l ihre fruchtloſen Widerſprüche zu entgehen ſucht hätten. Der §. 87. teneatur &c. damit in gar keinem Widerſpruche, ſondern ſtätige vielmehr die obige Auslegung, man ihn nur mit den übrigen Syhen gel vergleiche. In §. 74. würden überhaupt L *graviatus utriusque Alſatiæ & Sundgoviæ omnimoda jurisdictione & ſuperioritate, prémoque Dominio* übertragen.

In den folgenden Syhen würde das häl tniß der verſchiedenen abgetretenen L gegen Frankreich genauer beſtimmt. §. würden die Beſitzungen des Hauſes Oeſter *in plenam ſuperioritatem* (Landeshoheit) *prietatem & poſſeſſionem* übergeben. In

art. XII. §. 87. werde hierauf von den unmittelbaren Reichsständen gehandelt, welche nämlich Oesterreich in beyden Elsaßen niemals unterwürfig gewesen seyen, worüber Oesterreich mithin niemals eine Superioritatem, d. h. Landeshoheit gehabt habe; über diese sollte nun auch Frankreich keine Landeshoheit, superioritatem regalem ausüben, und in so weit sollten Sie bey ihrer Unmittelbarkeit, ihren landesherrlichen Rechten und Vorzügen bleiben, jedoch unbeschadet der Oberherrschaft, *salvo tamen jure supremi dominii*, welche §. 74. über beyde Elsaße, ihren Vasallen ꝛc. seyen abgetreten gewesen. Frankreich sey gegen diese Stände in das nämliche Verhältniß gesetzet worden, in welchem vor der Cession das deutsche Reich gegen dieselben sich befunden habe, daher müßte man auch erklären, daß Frankreich von einzelnen Ständen manche Rechte sich stipuliret habe, die sonst einem Souverain in seinem Lande zustehen, als z. B. die Niederreissung verschiedener Vestungen, den beständigen Durchmarsch seiner Truppen; denn dieses seyen Rechte, die der Kaiser von Reichsständen ohne ihre Bewilligung in ihren Ländern auch nicht verlangen dürfte.

Herr Pfeffel suchet dieser Auslegung durch einige Regeln der Hermenevtik, die er aus Vatels Völkerrecht entlehnet, noch eine stärkere juridische Kraft zu geben. Wir wollen einige davon zur Probe hieher bemerken:

Er ſagt z. B.

1) Pactionem obſcuram eis nocere, qui re adhuc integra conditiones apertius ſcribere potuiſſent.

2) Il faut principalement faire attention aux paroles de celui qui promet.

3) Toute interprétation, qui mene à l'abſurde, doit être rejettée.

4) L'interpretation, qui rendroit un acte nul et ſans effet, ne ſauroit être admiſe: il faut l'interpréter de manière, qu'il ne ſe trouve pas vain et illuſoire.

5) Ce qui va a rendre un acte nul et ſans effet, ſoit dans ſa totalité ſoit en partie, et par conſéquent tout ce qui a portè un changement aux choſes deja arrêtées, eſt odieux.)

und bemühet ſich von dieſen Regeln eine Anwendung gegen die Deutſchen zum Vortheile ſeiner Meynung heraus zu zwingen, es wird uns aber ein leichtes ſeyn, dieſe nämlichen Regeln gegen ihn zu brauchen.

§. 41.

Wir haben in unſerer vorausgeſchickten Geſchichte der Verbindung der Provinz Elſaß mit Frankreich hinreichend gezeiget, auf welche Art die Unterhandlungen über die Abtretung derſelben an Frankreich gepflogen worden ſind, worauf wir uns zur Entſcheidung der Quæſtionis

nis facti hier beziehen. Nach denſelben muß man nothwendig die 3 Gegenſtände ſorgfältig von einander abſondern, welche an Frankreich abgetreten worden ſind.

1) Die Stadt Breyſach mit ihren Zugehören und die Länder, welche das Haus Oeſterreich im Oberelſaß beſeſſen hat.

2) Die Landgrafſchaft über Ober- und Unter-Elſaß.

3) Die Landvogtey über die 10 Reichsſtädte im Elſaß und ihren Zugehören. Dieſe ind nicht mehr ſind an Frankreich abgetreten vorden.

Bey Vergleichen kömmt es nicht darauf n, was ein oder der andere Theil verlangt, ondern worüber ſich beyde Theile vereinigen. Die Kaiſerlichen konnten und wollten an Frankeich nicht mehr überlaſſen, als was das Haus Oeſterreich im Elſaß beſeſſen hatte, denn Ferdinand konnte weder als Haupt des Hauſes Oeſterreichs noch als Kaiſer über Beſitzungen der Reichsſtände ohne Einwilligung des Reichs und der intereſſirten Theile gültige Verfügungen treffen, und wenn es geſchehen wäre, ſo hätten ie nach dem deutſchen Staatsrecht keine gültige Wirkung haben können; nun haben aber ſogar die Kaiſerlichen ſelbſt öfters erkläret, daß Sie über die Beſitzungen ihrer Mitſtände nicht isponiren könnten, und die Reichsſtände haben ich jeder Diſpoſition zum Nachtheil ihrer Unmit-

mittelbarkeit und ihrer bisherigen Verhältniſſe widerſetzet. Sie konnten dahero ſicher ſeyn, daß von ihren Hoheitsrechten und Beſitzungen nichts würde abgetreten werden; allein weil Sie doch fürchteten, und die 10 Reichsſtädte dieſe Beſorgniß beſonders rege gemacht hatten, daß Frankreich als der mächtigere Theil dereinſt durch eine ungleiche Auslegung des Friedensprojekts die die ihm übergebenen Rechte zu ihrem Nachtheil ausdehnen mögte, ſo wünſchten Sie dagegen ſicher zu ſeyn, um aller gewaltſamen Anſprüche für immer überhoben zu werden; aus dieſer Urſache, und nicht weil Sie glaubten, daß Sie durch das Friedens-Projekt der Botmäßigkeit von Frankreich wirklich unterworfen worden ſeyen, wie Herr Pfeffel irrig annimmt, haben ſie eine überflüſſige Erklärung von den franzöſiſchen Botſchaftern auszuwirken geſuchet, welche dem Friedensinſtrument noch beſonders beygerücket werden ſollte. Wenn dieſe gleichwohl nicht erfolget, und der Friede von den Reichsſtänden ohne dieſelbe unterzeichnet worden iſt, ſo kann man doch daraus nicht folgern, wie Herr Pfeffel gethan hat, daß das deutſche Reich in die Abtretung des ganzen Elſaßes ſtillſchweigend eingewilliget habe, wo a) bey den Friedensunterhandlungen dieſem Anſinnen von Frankreich offenbar und wiederholt widerſprochen worden. b) In dem Frieden ſelbſt die Erklärung geſchehen iſt; daß Frankreich mit den Rechten des Hauſes Oeſterreich ſich begnügen wolle;

„ſed

„ſed iis juribus contentus maneat (Rex „Chriſtianiſſimus) quæcunque ad Domum „auſtriacam ſpectabant & per hunc paci„ficationis Tractatum Coronæ Galliæ ce„duntur. §. 87. P. W.

Und c) in dem §. 87. den Reichsſtänden und Reichsſtädten ihre Unmittelbarkeit und Reichsſtandſchaft ſo deutlich vorbehalten worden iſt.

Die von Herrn Pfeffel und den übrigen franzöſiſchen Staatsſchriftſtellern erfundene Auslegung der Syhen 73. 74. 78. und 87, iſt 1) gegen den Sinn der Paciſcenten, welchen die angeführten Unterhandlungen ſo klar gezeiget haben. 2) gegen die klaren Worte des Textes: und enthält 3) einen in die Augen fallenden Widerſpruch:

Denn in den Syhen 73. 74. werden der Krone Frankreich im Namen des Hauſes Oeſterreiches, des Kaiſers, und des Reiches abgetreten, was das Haus Oeſterreich im Elſaß beſeſſen hatte, nämlich, wie oben ſchon angezeiget worden iſt I. die wirklichen Territorial-Beſitzungen des Erzhauſes an Land, Leuten, Dörfern, Gerichtsbarkeit und Regalien. II. Die demſelben als Landgrafen und Landvogten zuſtändigen Gerechtſame über die Landgrafſchaft und Landvogtey, keineswegs aber die unter der Landgrafſchaft oder der Landvogtey begriffenen Unmittelbare! Es ſind in dieſen Syhen immer dop-

doppelte Beziehungen. 1) Auf die österreichischen Besitzungen, diese bekam Frankreich in Eigenthum mit allen Rechten, Regalien, Landeshoheit, so wie Sie bey dem Hause Oesterreich waren, dahin gieng die Cession des Kaisers Namens des Hauses Oesterreiches.

„Imperator pro se totaque Serenissima „Domo Austriaca.

2) Die Landgrafschaft und Landvogtey, welche zum Theil bloße Würde vorstellten, zum Theil in gewissen auch nutzbaren Gerechtsamen über Unmittelbare im Elsaß bestunden, ohne daß diese weiters der österreichischen Hoheit unterwürfig gewesen wären, diese wurden nun ebenfalls so übergeben, wie Sie das Haus Oesterreich gehabt hat.

„ita ut iis juribus contentus maneat, „quæcunque ad Domum Austriacam spe„ctabant.“

3) Die bisherige Oberherrschaft, welche das deutsche Reich über alle diese Besitzungen gehabt hat, die an Frankreich abgegeben worden sind, sollte auch an diese Krone übergehen, was mithin Frankreich erwarb, sollte von aller Verbindung und Abhängigkeit vom Reiche befreyet seyn, deswegen heißt es §. 74.

„*supremo*que *Dominio*.“

und dieses ist, was Kaiser und Reich durch den Verzicht auf ihre Rechte bewilliget haben.

„*itemque imperium cedunt*.“

was

was hingegen Oesterreich nicht besessen hatte, sollte auch nicht cediret werden, in seinen alten Verbindungen mithin gegen Deutschland bleiben, und darunter waren nach dem §. 87. alle unmittelbare Reichsstände und die Reichsstädte verstanden. Die Ausdrücke *Vassalli Landsassi* gehen nur auf die österreichischen Landsassen und Unterthanen; denn wäre die Oberherrschaft über die Unmittelbaren auch an Frankreich übertragen worden, und hätte der §. 87. ihnen nur ihre landesherrlichen Rechte versichern wollen, wie Herr Pfeffel glaubt, so hätte darin unmöglich gesagt werden können.

„in ea libertate & possessione *immedietatis*
„erga imperium Romanum, qua hactenus
„gavisæ sunt, relinquere, ita ut nullam
„ulterius in eos regiam superioritatem præ-
„tendere possit, sed iis juribus conten-
„tus &c.

Indem bis zur Zeit, wo man sich über diese Stelle verglichen hatte, Sie unmittelbare Reichsunterthanen waren, sollten Sie solche bleiben, wie der Syhe sagt, so konnten Sie unmöglich zugleich unter französischer Botmäßigkeit stehen. Sie konnten nicht zugleich unmittelbare Reichsstände und französische Landsassen seyn. Die Clausul:

„ita tamen, ut præsenti hac declaratio-
„ne nihil detractum intelligatur de eo
„omni supremi dominii jure.“

bezieht

bezieht ſich auf die Syhen 73 & 74. wo von den an Frankreich abgegebenen öſterreichiſchen Territorial-Beſitzungen und der Landgrafſchaft als einer Würde, wie auch den Rechten der Landvogtey die Rede war, denn es heißt:

„ſupremi dominii jure, quod *ſupra* con„ceſſum eſt.

Alle Verträge müſſen ja ſo erkläret werden, daß Sie keine Widerſprüche enthalten, und kein Abſurdum daraus folge, wie Herr Pfeffel die Regel ſelbſt angezeiget hat.

VATEL droit des Gens Liv. II. Chap. XVII. §. 282.

Wie kann man nun aber ohne Widerſpruch unmittelbare deutſche Reichsſtände ſich denken, die zugleich der franzöſiſchen Oberherrſchaft unterworfen, alſo franzöſiſche Unterthanen ſind?

Wir dürfen nur auf die Syhen 12. 13. hinweiſen, in welchen der wahre Sinn der Contrahenten beſtimmt worden iſt, wo die R. Stände ſo ſtandhaft aller weiteren Abtretung an Frankreich widerſprochen, und alle weitere Ausdehnung zum Nachtheil ihrer Unmittelbarkeit abgewieſen haben, und deswegen dem franzöſiſchen Miniſtre Servien ſich nachdrucksam widerſetzet haben, als Er verlangte: daß der §. 87. aus dem Friedensprojekt hinweggeſtrichen werden mögte. Sie haben dadurch gewiß ihren Willen deutlich genug erkläret, und da dieſer

Syhe

Hyhe hernach in dem Frieden unverändert stehen geblieben ist, und man französischer Seits nichts mehr dagegen eingewendet hat. (§. 13.) So kann er auch nicht anders als im Sinne der deutschen Reichsstände erkläret werden, und man muß hier anwenden, was VATEL l. cit. §. 270. 272. 286. gründlich bemerkt:

„L'interprétation doit se faire de manière, „que toutes les parties en soient consonnantes. Quand on voit manifestement, „quel est le sens, qui convient à l'intention des contractants, il n'est pas permis „de detourner leur paroles à un sens contraire. Dès qu'on y remontre quelque „obscurité, il faut chercher, qu'elle a été „vraisemblablement la pensée de ceux, „qui l'ont dressée et interpréter en conséquence.

Bey der Lage der Sache, wie sie sich nach den Unterhandlungen gefunden hat, hätten gewiß die französischen Botschafter deutlicher reden müssen, und da sie es nicht gethan haben, sondern auf die klaren bestimmten Erklärungen der Reichsstände geschwiegen haben, so muß man nach einem richtigen juridischen Schlusse ihr Stillschweigen als eine Einwilligung ansehen. Die Regel, welche Herr Pfeffel gegen die R. Stände brauchen will,

pactionem obscuram iis nocere, in quorum fuit potestate legem apertius conscribere.

ſtreitet gegen ihn, und die Anſprüche der Franzoſen, welche Er daraus vertheidigen will, und wenn es richtig iſt, was Herr Pfeffel wiederum aus Vatel als Regel bemerket,

„il faut principalement faire attention „aux paroles de celui, qui promet.

ſo hätte er daraus ebenfalls wiederum für und nicht gegen die Deutſchen entſcheiden müſſen, denn die deutſchen Reichsſtände waren diejenigen, welche Verſprechen acceptiren mußten, was ihnen von den Kaiſerlichen und Franzoſen in ihrem Friedensprojekt vorgeleget war. (§. 12. 13.) Nun haben aber dieſe ausdrücklich und wiederholt alle Abtretung auſſer dem, was das Haus Oeſterreich im Elſaß beſeſſen hat, verworfen, und darnach auf dem §. 87. beſtanden; dieſer muß mithin auch nach dieſer Erklärung ausgeleget werden.

Man kann deswegen nicht ſagen, daß Frankreich im Unter-Elſaß nichts erworben habe, der Frieden alſo in ſo weit ohne Wirkung wäre, welches man bey keinem Vertrage annehmen könne, nach der Regel:

il faut interpréter un acte de manière, qu'il puiſſe avoir ſon effet, qu'il ne ſoit pas vain.

VATEL l. c. §. 283.

Frankreich hat die Landgrafſchaft, freylich eine damals im Unter-Elſaß unfruchtbare Würde, nebſt dieſer aber auch die Landvog-

tey

tey über die 10 Reichsſtädte erworben, dazu gehörten Beſitzungen und anſehnliche Rechte. Endlich muß man das, was Frankreich erhalten hat, nicht ſtückweiſe, ſondern im Ganzen, und aus ſeinem wahren Geſichtspunkte betrachten.

Die Krone Frankreich konnte und wollte als ein treuer Alliirter der Reichsſtände über ſie im Elſaß keine Eroberungen machen, wie oben dargethan worden iſt, ſondern mit dem Hauſe Oeſterreich nach ſeiner Convenienz zum Theil einen Tauſch und zum Theil einen Kauf über ſeine Beſitzungen im Elſaß treffen, es konnte mithin, und wollte keine größere Erwerbungen machen, als was dieſem Hauſe zugehöret hat, es mußte alſo auch damit zufrieden ſeyn, und man konnte in der Abtretungsformel die Würden, welche das Haus Oeſterreich über beyde Elſaß beſaß, nicht übergehen, aber man wollte ihm auch keine neue Rechte beylegen, die Sie nicht bey ſeinem vorigen Beſitzer gehabt hat; es heißt deswegen in dem §pho. 87.

„ſed iis juribus contentus maneat, quæ„cunque ad Domum Auſtriacam ſpe„ctabant.

Vatel l. c. erläutert ſelbſt die angeführte Regel zum Vortheile dieſer natürlichen Auslegung:

„il ſ'agit de donner aux paroles le ſens, „que l'on doit préſumer être le plus

„conforme à l'intention de ceux, qui „lent. — a l'intention, qui a dicté „cte. Les circonſtances particulieres.

Herr Merlin führt uns endlich, w noch einiger Zweifel übrig bleiben ſollte, ſ zur ſicherſten Auslegungsregel, da er in ſei cit. Rapport ſagt:

en fait des traités publics comme fait de Contracts privés, le mode exécution qui eſt agrée de part et autre, forme toujours le comment le plus ſûr de la Volonté des c tractants.

Nun iſt (§phus. 14.) gezeiget word daß Frankreich den Münſterer Frieden m dem Vorbehalt des §. 87. in Vollzug geſet und die Reichsſtände, Städte und Ritterſc in ihrem alten Verhältniß der Unmittelba zu dem deutſchen Reiche und Verbindung demſelben ungeſtöhret belaſſen habe.

Archive d'Alſace im Diſcours prélimir re. p. 4. 27.

*ibidem.* Supplement ſur le Rapport M. Merlin publié pendant l'impr ſion de ces feuilles p. 54 - 64.

## §. 42.

II. Was dieſe Schriftſteller aus d Münſterer Frieden für ihre Behauptung n erzwingen können, dieſes hoffen ſie aus der

folg

folgenden dem Nimweger, Ryßwicker und Badenſchen zu erhalten.

a) In dem erſten, nämlich dem Nimweger, ſoll das ganze Elſaß ſtillſchweigend an Frankreich übergeben worden ſeyn; denn Frankreich ſagt Herr Pfeffel, habe ſich bey allen Anſtänden, die man ihm wegen Unter-Elſaß gemacht habe, allezeit auf den Münſterer Frieden berufen, durch welchen ganz Elſaß an Ihn abgetreten worden ſey, und deswegen auch alle Propoſitionen der Kaiſerlichen wegen Fortſetzung des Compromiſſes, den vorgeſchlagenen Austauſch von Schlettſtadt und Kolmar gegen Freyburg, und ihre übergebenen Reſtitutionslisten verworfen. Die Kaiſerlichen hätten hierauf mit Frankreich den Frieden geſchloſſen, ohne nach ſolchen Widerſprüchen, wo man 20 Jahre hindurch über den Sinn des Münſterer Friedens geſtritten habe, die mindeſte Erwähnung im Frieden ſelbſt von dem Gegenſtand dieſes Streites zu thun, um die angeblichen ſtreitigen Rechte der Reichsſtände im Unter-Elſaß zu erhalten. Jeder Vernünftige müße aus ſolchem Stillſchweigen eine Einwilligung vermuthen, die Kaiſerlichen Geſandten mögten hernach die Sache vorgeſtellet haben, wie Sie wollten, die franzöſiſchen hätten widerſprochen; bey ſolchen Widerſprüchen könne niemand mehr entſcheiden, aber die Sache ſelbſt rede gegen die Kaiſerlichen, und darnach müßte der Sinn des Friedens beſtimmt werden.

PFEFFEL l. c. p. 123 - 128.

§. 43.

Wenn man die Verhandlungen über diesen Frieden unpartheyisch im Zusammenhange betrachtet, und was (§. 18.) darüber vorgekommen ist, so kann man unmöglich wie Herr Pfeffel schliessen.

Die Franzosen haben in ihren vom 9ten April datirten und am 15ten 1678 bekannt gemachten Friedens-Bedingungen erkläret: daß Sie, soviel das deutsche Reich betreffe, weiter nichts verlangten, als die Wiederherstellung der Westphälischen Friedensschlüsse, dadurch wollten Sie der Zudringlichkeit der Kaiserlichen wegen Fortsetzung des ihnen gehässigen Compromisses ausweichen; die Kaiserlichen, welche bey den Franzosen keine böse Absichten vermuthen durften, hatten daraus schliessen können, daß diese von den Ansprüchen nun abstehen würden, welche das Compromiss veranlaßt hatte; zur größern Sicherheit hatten sie jedoch NB. noch vor der Unterzeichnung des Friedens bey der französischen Botschaft sich gegen allen Präjudiz verwahret, welcher gegen die Reichsstädte und übrigen Reichsstände in Elsaß dadurch entstehen könnte, daß im Frieden keine ausdrückliche Erwähnung von ihnen geschehen sey; diese Protestation haben sie zum Mediations-Protokoll wiederholet. Sie mußten glauben, daß die Reichsstände durch die Erklärung der französi-

schen

schen Gesandten in ihren Friedensbedingnissen, dadurch hinreichend gesichert seyen, daß mithin alles nach dem Münsterer Frieden wieder hergestellt werden sollte, und unter der nämlichen Verwahrung hat das Reich den Frieden auch nur genehmigt.

Reichs-Gutachten vom $\frac{23}{13}$. Merz 1679.

PACHNER l. c. 2. Th. n. 155.

„Und weil schließlich — sowohl wegen „der 10 vereinigten R. Städten als „auch übrigen in dem Elsaß gelegenen „verschiedenen R. Ständen ꝛc. reserviren „lassen, als wird solches genehm gehalten ꝛc. sonderlich den §. juxta *pacem* „*Monasterienſem* ein völliges Vergnügen „geschehen möge.

Man kann nicht sagen, daß jene Protestation als eine *res inter alios acta* anzusehen sey, welche Frankreich nichts angehe; denn wo anders hätten wohl die Kaiserlichen dieselben einlegen können, als bey dem französischen Gesandten und den Friedens-Vermittlern, diese sind keine *tertii* sondern die Contrahenten selbst? und konnte das deutsche Reich durch jenen Frieden anders verbunden werden, als durch seine Genehmigung; es ist ja jedem bekannt, wer nur die ersten Grundsätze des deutschen Staatsrechts kennet, daß nach dem Art. VIII. §. 2. P. W. kein für Deutschland verbindlicher Frieden vom Kaiser allein, sondern nur mit

Einwilligung des deutſchen Reichs geſchloſſen werden könne. Nun hat es aber ſeine Genehmigung nur unter dem bemerkten Vorbehalt gegeben. Man ſchien von Seiten des deutſchen Reiches den Nimweger Frieden nur als Vorbereitung zu einem allgemeinen uud vollſtändigen Frieden anzuſehen, wo noch alle übrigen Differenzien gehoben werden ſollten.

S. das citirte R. Gutachten.

Die Kaiſerlichen befanden ſich bey Schlieſſung dieſes Friedens in einem auſſerordentlichen Gedränge, die Franzoſen hatten Sie in Anſehung der Zeit, wo über den Frieden gehandelt worden iſt, ſehr eingeſchränkt, dabey hatten ſie Urſache auf die ungariſchen Unruhen, und die Türken, von denen ſie leicht einen Bruch erwarten konnten, wenn ſie länger im Kriege verwickelt blieben, Rückſicht zu nehmen, die R. Stände waren auch des Krieges müde, und der Kaiſer mußte beſorgen, daß Er von Ihnen bald verlaſſen würde; Hieraus läßt ſich begreiffen, warum dieſer Frieden nur im allgemeinen abgefaßt worden iſt, ohne daß man ſich in die einzelnen Differenzien eingelaſſen hat.

Kaiſerlich Commiſſions-Decret vom $\frac{3.\text{Märt}}{21.\text{Febr}}$ 1679. bey GERSTLACHER corpus juris publici, III. B. 1. Kap. p. 38.

§. 44.

§. 44.

b) In dem Ryßwicker Frieden glauben die franzöſiſchen Schriftſteller eine deutlichere Beſtättigung von dem zu finden, was in dem Nimweger nur ſtillſchweigend zugeſtanden worden wäre. Sie berufen ſich vorzüglich auf den vierten Artikel dieſes Friedens, in welchem es heißt:

reſtituentur inprimis ſacræ Cæſareæ Majeſtati & imperio ejusque ſtatibus & membris a ſacra regia Majeſtate Chriſtianiſſima, quaevis tam durante bello & via facti, quam unionum, ſive reunionum nomine occupata loca & jura, quæ *extra Alſatiam ſita aut indice reunionum a legatione gallica exhibito, expreſſa ſunt*, caſſatis, quae ea de cauſa a cameris Metenſi & Veſontina, ut et conſilio Briſacenſi edita ſunt, decretis, arreſtis &c. &c.

Aus den Worten *extra Alſatiam ſita aut indice reunionum* &c. &c. wollen ſie ſchlieſſen, daß, weil Frankreich hier nur verſprochen habe, die occupirten Orte und Rechte, a) welche auſſerhalb Elſaß gelegen, oder b) in dem von der franzöſiſchen Geſandtſchaft übergebenen Verzeichniſſe der Reunionen begriffen ſind, zurück zu geben, ſo habe es ſich alle die übrigen Oerter vorbehalten, welche im Elſaß gelegen, und im franzöſiſchen Verzeichniſſe der Reunionen nicht

begriffen; dieſem Beweiſe will man noch mehr Krafft dadurch geben, weil überall in dieſem Frieden z. B. im 16. 18. 20. 44ſten Artikel der Rhein als die Gränze angenommen ſey, und die franzöſiſche Geſandtſchaft gleich nach dem Frieden 1698. deutlich erklärt habe,

nous accordons tous les fiefs reunis par les arrêts de reunions a la réſerve de ceux, qui ſont de la province d'Alſace que nous avons déclare être de la Souverainete du Roi.

PFEFFEL l. c. §. 45. 46.

§. 45.

Zur Erläuterung dieſes Articuli IV. wiederholen wir I.) was über die Verhandlungen und den wahren Sinn dieſes Friedens ſchon oben im allgemeinen angeführet worden iſt, aus demſelben wird man ſich erinnern, daß durch den 3ten Articul der Weſtphäliſche und Nimweger Frieden wieder hergeſtellet, und ſo weit nicht ausdrücklich anders bedungen worden, ſogleich wieder in Ausübung gebracht werden ſollen; Nun iſt aber auſſer der Abtrettung von Straßburg in Rückſicht des Elſaßes nichts ausdrücklich geändert worden, und die Franzoſen haben auch während der langwierigen Friedens-Unterhandlungen nichts neues geſuchet, noch gefordert, alſo kann man mit Recht ſchlieſſen, daß gewiß nicht das ganze Elſaß hat ſollen abgetreten werden, man würde ja

ſonſt

ſonſt den Münſterer Frieden ganz umgeſtoſſen haben, wo er doch durch dieſen Ryßwicker ſollte befeſtiget werden.

2) Der 4te Artikel enthält nicht ausſchließlich alle Reſtitutionen, wie man theils aus den Friedens-Unterhandlungen, theils aus dem Texte ſelbſt dieſes Artikels ſich überzeugen kann. Als man bey den Friedens-Unterhandlungen die einzelnen Reunionen, welche in Gemäsheit des 7ten Präliminar-Artikels wieder abgetretten werden ſollten, vornehmen wollte, ſo übergab die franzöſiſche Geſandtſchaft eine Reſtitutions-Liſte, welche man aber nicht hinreichend fand, weßwegen die Kaiſerlichen einen ungleich gröſſern Nachtrag verfertigten. Auf dieſen Nachtrag, ohne jedoch eine oder die andere Liſte als den einzigen Maasſtab der Reſtitutionen anzuſehen, verbanden ſich die Franzoſen vorerſt vorzüglich (*inprimis*) alles das zurück zu geben, was in ihrer Liſte enthalten war, oder auſſer dem Elſaß liege, dadurch ſchloſſen ſie aber die Reſtitution der Oerter im Elſaß nicht aus, dieſe waren unter den allgemeinen Reſtitutionen begriffen, die geſchehen mußten, ſo bald der Münſterer Friede wieder hergeſtellt werden ſollte. Dazu kömmt,

3) Daß Elſaß, wie wir gleich im Anfange bemerkt haben, kein geſchloſſenes Land vorſtellte, von der geographiſchen Lage auf ihr politiſches Verhältniß alſo ohnehin nicht geſchloſſen werden konnte;

konnte; die Worte *extra Alſatiam ſita* können bloß von dem Oeſterreichiſchen Elſaß verſtanden werden, welches an Frankreich abgetreten war, und deſſen Beſitz der Krone Frankreich von neuem hier beſtättiget worden iſt. Auf eine weitere ſtillſchweigende Abtretung kann man 4) um ſo weniger ſchlieſſen, als in art. 3. deutlich geſagt iſt; daß der weſtphäliſche Frieden auch hier die Norme ſeyn ſolle, in ſo weit dieſer nicht ausdrücklich abgeändert wäre:

Promemoria Namens Sr. Hochfürſtlichen Durchlaucht des Herrn Landgrafen zu Heſſen-Darmſtadt ꝛc. in Bezug auf die Schlüſſe der franzöſiſchen Nationalverſammlung. Darmſtadt 1790. p. 11. 12. lit. Q.

Die übrigen angeführten Artikel, in welchen der Rhein als Gränze geſetzt worden iſt, enthalten lauter Particular-Beſtimmungen, aus welchen keine allgemeine Regel gezogen werden kann.

§. 46.

Man könnte vielleicht noch zum Nachtheil der 10. R. Städte anführen, daß der Kaiſer und das Reich in ihrem ultimato vom $\frac{20}{10}$ Auguſt 1697. über die Friedensbedingniſſe ungeachtet N. I dieſelben die Weſtphäliſchen und Nimweger Frieden zum Grunde geleget, und N. III. alle inzwiſchen dagegen ergangene Erkenntniſſe der Reunions-Kammer als caſſirt ange-

angesehen worden, den Streit über die 10 R. Städte noch auf den Ausspruch von Schiedsrichtern ausgesetzet haben wollen, also selbst erkennen, daß dieser ihr Verhältniß durch den Frieden nicht entschieden, und Sie unter den allgemeinen Restitutionen nicht begriffen seyen. Allein. 1.) es heißt in dem angeführten N. IV. man sey zufrieden!, daß der Anstand über die 10 R. Städte durch einen Ausspruch von Schiedsrichtern *selon le droit de gens* entschieden werden sollte, was will dieses anders sagen; als man wollte von Seiten des deutschen Reiches das alte oben angeführte Compromiss einmal ausgeführet wissen, nämlich unpartheyische Schiedsrichter sollten die ganze Sache *selon le droit des gens*, das heißt nach den Frieden und öffentlichen Verträgen entscheiden, dabey hatte man nie etwas zu verlieren, man war seines Rechtes gewiß, und bediente sich nur dieser Auskunft, um den Friedensschluß nicht zu verzögern, da Frankreich einen Terminum zur Erklärung gesetzet hatte.

2) Ist ausdrücklich bedungen worden, daß inzwischen alles in den Stand von 1673. zurückgesetzet werden sollte, also des Nimweger Friedens und des dabey zum Grund gelegten Westphälischen Friedens, nach welchem die Unmittelbarkeit der 10 R. Städte nicht zu bezweifsen war. Endlich

3) In dem Frieden selbst ist hernach von dem Compromiss keine weitere Erwähnung gesche-

geschehen, die Restitutionen wurden nach der Norme des Münsterer und Nimweger Friedens [illegible] angeordnet, ausgenommen wo man es ausdrücklich anders vereinbaret habe, eine solche Ausnahme findet sich aber nirgendswo in Ansehung der 10. Reichsstädte, also müssen sie unter den allgemeinen Restitutionen mitbegriffen [illegible].

§. 47.

e) In dem darauf erfolgten Badenschen Frieden glaubt man zwar eine Stelle zu finden, welche den vorigen Einwand zu bekräftigen scheinet, nämlich: in dem Art. XIV. desselben wird Landau an Frankreich abgetreten, und zwar heißt es darinn: *Vigore pacis Ryſswicenſis.* Da nun im Ryßwicker Frieden kein Wort von Landau vorkömmt, so schliesset man wieder auf die obige stillschweigende Cession, welche Landau in sich begriffen habe. Der Ungrund dieses Schlusses zeigt sich aus dem, was 1) oben über diese stillschweigende Cession überhaupt bemerket worden ist. 2) Wenn Landau schon 1697 abgetreten gewesen wäre, so hätte man nicht nöthig gehabt, es jetzt erst 1714 noch ausdrücklich zu cediren. Es ist vielmehr bekannt, daß an. 1680. Landau mit Weissenburg nach dem Nimweger Frieden geräumet worden war, und nach dem Ryßwicker wieder feindlich eingenommen worden ist, worüber die Stadt Landau bey dem Reichstage sich beschweret hat.

Der

Der Concipient des Friedens ſcheinet hier einen Gedächtnißfehler begangen zu haben, da er *Vigore pacis Ryſswicenſis* geſetzet hat, wo doch nirgendswo von Landau darinn etwas zu leſen iſt. 3) Eigentlich iſt nicht einmal die Stadt Landau, ſondern nur die Feſtung an Frankreich abgegeben worden. 4) Dieſe beſondere Abtretung beſtättiget die Regel, daß die übrigen Städte und Unmittelbare im Elſaß der franzöſiſchen Hoheit noch nicht müſſen unterworfen geweſen ſeyn.

Archive d'Alſace dans le Diſcours préliminaire p. 52. ſeq.

§. 48.

III. Herr Pfeffel giebt ſich alle Mühe, darzuthun, daß Deutſchland ſelbſt die bisher angeführten Frieden in dem Sinne der Franzoſen, anerkannt habe, ſeine Beweiſe ſind, daß man a) ſeit Carl des VII. Zeiten von den 10 R. Städten im Elſaß in der Wahlkapitulation keine Erwähnung mehr gethan, die Hoheit von Frankreich darüber alſo anerkannt. b) Die oben angeführte Stelle in die Wahlkapitulation Karls VI. während des Krieges eingerücket habe, wo man aufgehöret, die Verbindlichkeit der älteren Verträge zu erkennen, und deßwegen die alten Rechte des Reiches über die 10 R. Städte wieder hervorgeſuchet habe, ſo bald aber der Frieden hergeſtellet geweſen ſey, ſo habe man bey den nächſten Wahlen jene

Stellen

PFEFFEL l. c. p. 123 - 128.

§. 43.

Wenn man die Verhandlungen über diesen Frieden unpartheyisch im Zusammenhange betrachtet, und was (§. 18.) darüber vorgekommen ist, so kann man unmöglich wie Herr Pfeffel schliessen.

Die Franzosen haben in ihren vom 9ten April datirten und am 15ten 1678 bekannt gemachten Friedens-Bedingungen erkläret: daß Sie, soviel das deutsche Reich betreffe, weiter nichts verlangten, als die Wiederherstellung der Westphälischen Friedensschlüsse, dadurch wollten Sie der Zudringlichkeit der Kaiserlichen wegen Fortsetzung des ihnen gehässigen Compromisses ausweichen; die Kaiserlichen, welche bey den Franzosen keine böse Absichten vermuthen durften, hatten daraus schliessen können, daß diese von den Ansprüchen nun abstehen würden, welche das Compromiss veranlaßt hatte; zur größern Sicherheit hatten sie jedoch NB. noch vor der Unterzeichnung des Friedens bey der französischen Botschaft sich gegen allen Präjudiz verwahret, welcher gegen die Reichsstädte und übrigen Reichsstände in Elsaß dadurch entstehen könnte, daß im Frieden keine ausdrückliche Erwähnung von ihnen geschehen sey; diese Protestation haben sie zum Mediations-Protokoll wiederholet. Sie mußten glauben, daß die Reichsstände durch die Erklärung der französischen

ſchen Geſandten in ihren Friedensbedingniſſen dadurch hinreichend geſichert ſeyen, daß mithin alles nach dem Münſterer Frieden wieder hergeſtellt werden ſollte, und unter der nämlichen Verwahrung hat das Reich den Frieden auch nur genehmigt.

Reichs-Gutachten vom $\frac{23}{13}$. Merz 1679.

PACHNER l. c. 2. Th. n. 155.

„Und weil ſchließlich — ſowohl wegen „der 10 vereinigten R. Städten als „auch übrigen in dem Elſaß gelegenen „verſchiedenen R. Ständen ꝛc. reſerviren „laſſen, als wird ſolches genehm gehalten ꝛc. ſonderlich den §. juxta *pacem „Monaſterienſem* ein völliges Vergnügen „geſchehen möge.

Man kann nicht ſagen, daß jene Proteſtation als eine *res inter alios acta* anzuſehen ſey, welche Frankreich nichts angehe; denn wo anders hätten wohl die Kaiſerlichen dieſelben einlegen können, als bey dem franzöſiſchen Geſandten und den Friedens-Vermittlern, dieſe ſind keine *3tii* ſondern die Contrahenten ſelbſt? und konnte das deutſche Reich durch jenen Frieden anders verbunden werden, als durch ſeine Genehmigung; es iſt ja jedem bekannt, wer nur die erſten Grundſätze des deutſchen Staatsrechts kennet, daß nach dem Art. VIII. §. 2. P. W. kein für Deutſchland verbindlicher Frieden vom Kaiſer allein, ſondern nur mit

Einwilligung des deutſchen Reichs geſchloſſe werden könne. Nun hat es aber ſeine Genet migung nur unter dem bemerkten Vorbeha gegeben. Man ſchien von Seiten des deu ſchen Reiches den Nimweger Frieden nur al Vorbereitung zu einem allgemeinen uud vol ſtändigen Frieden anzuſehen, wo noch alle übri gen Differentien gehoben werden ſollten.

S. das citirte R. Gutachten.

Die Kaiſerlichen befanden ſich bey Schlie ſung dieſes Friedens in einem auſſerordentliche Gedränge, die Franzoſen hatten Sie in Ar ſehung der Zeit, wo über den Frieden gehar delt worden iſt, ſehr eingeſchränkt, dabey hatte ſie Urſache auf die ungariſchen Unruhen, un die Türken, von denen ſie leicht einen Bruc erwarten konnten, wenn ſie länger im Krieg verwickelt blieben, Rückſicht zu nehmen, d R. Stände waren auch des Krieges müd und der Kaiſer mußte beſorgen, daß Er vo Ihnen bald verlaſſen würde; Hieraus läßt ſi begreiffen, warum dieſer Frieden nur im allg meinen abgefaßt worden iſt, ohne daß man ſi in die einzelnen Differenzien eingelaſſen hat.

Kaiſerlich Commiſſions-Decret vom $\frac{3.\text{Mä}}{21.\text{Fe}}$ 1679. bey GERSTLACHER corpus juri publici, III. B. 1. Kap. p. 38.

§. 4

§. 44.

b) In dem Ryßwicker Frieden glauben die franzöſiſchen Schriftſteller eine deutlichere Beſtättigung von dem zu finden, was in dem Nimweger nur ſtillſchweigend zugeſtanden worden wäre. Sie berufen ſich vorzüglich auf den vierten Artikel dieſes Friedens, in welchem es heißt:

reſtituentur inprimis ſacræ Cæſareæ Majeſtati & imperio ejusque ſtatibus & membris a ſacra regia Majeſtate Chriſtianiſſima, quaevis tam durante bello & via facti, quam unionum, ſive reunionum nomine occupata loca & jura, quæ *extra Alſatiam ſita aut indice reunionum a legatione gallica exhibito, expreſſa ſunt*, caſſatis, quae ea de cauſa a cameris Metenſi & Veſontina, ut et conſilio Briſacenſi edita ſunt, decretis, arreſtis &c. &c.

Aus den Worten *extra Alſatiam ſita aut indice reunionum* &c. &c. wollen ſie ſchlieſſen, daß, weil Frankreich hier nur verſprochen habe, die occupirten Orte und Rechte, a) welche auſſerhalb Elſaß gelegen, oder b) in dem von der franzöſiſchen Geſandtſchaft übergebenen Verzeichniſſe der Reunionen begriffen ſind, zurück zu geben, ſo habe es ſich alle die übrigen Oerter vorbehalten, welche im Elſaß gelegen, und im franzöſiſchen Verzeichniſſe der Reunionen nicht

begriffen; dieſem Beweiſe will man noch mehr Krafft dadurch geben, weil überall in dieſem Frieden z. B. im 16. 18. 20. 44ſten Artikel der Rhein als die Gränze angenommen ſey, und die franzöſiſche Geſandtſchaft gleich nach dem Frieden 1698. deutlich erklärt habe,

nous accordons tous les fiefs reunis par les arrêts de reunions a la réſerve de ceux, qui ſont de la province d'Alſace que nous avons déclare être de la Souverainete du Roi.

PFEFFEL l. c. §. 45. 46.

§. 45.

Zur Erläuterung dieſes Articuli IV. wiederholen wir I.) was über die Verhandlungen und den wahren Sinn dieſes Friedens ſchon oben im allgemeinen angeführet worden iſt, aus demſelben wird man ſich erinnern, daß durch den 3ten Articul der Weſtphäliſche und Nimweger Frieden wieder hergeſtellet, und ſo weit nicht ausdrücklich anders bedungen worden, ſogleich wieder in Ausübung gebracht werden ſollen; Nun iſt aber auſſer der Abtrettung von Straßburg in Rückſicht des Elſaſſes nichts ausdrücklich geändert worden, und die Franzoſen haben auch während der langwierigen Friedens-Unterhandlungen nichts neues geſuchet, noch gefordert, alſo kann man mit Recht ſchlieſſen, daß gewiß nicht das ganze Elſaß hat ſollen abgetreten werden, man würde ja

ſonſt

ſonſt den Münſterer Frieden ganz umgeſtoſſen haben, wo er doch durch dieſen Ryßwicker ſollte befeſtiget werden.

2) Der 4te Artikel enthält nicht ausſchließlich alle Reſtitutionen, wie man theils aus den Friedens-Unterhandlungen, theils aus dem Texte ſelbſt dieſes Artikels ſich überzeugen kann. Als man bey den Friedens-Unterhandlungen die einzelnen Reunionen, welche in Gemäsheit des 7ten Präliminar-Artikels wieder abgetretten werden ſollten, vornehmen wollte, ſo übergab die franzöſiſche Geſandtſchaft eine Reſtitutions-Liſte, welche man aber nicht hinreichend fand, weßwegen die Kaiſerlichen einen ungleich gröſſern Nachtrag verfertigten. Auf dieſen Nachtrag, ohne jedoch eine oder die andere Liſte als den einzigen Maasſtab der Reſtitutionen anzuſehen, verbanden ſich die Franzoſen vorerſt vorzüglich (*inprimis*) alles das zurück zu geben, was in ihrer Liſte enthalten war, oder auſſer dem Elſaß liege, dadurch ſchloſſen ſie aber die Reſtitution der Oerter im Elſaß nicht aus, dieſe waren unter den allgemeinen Reſtitutionen begriffen, die geſchehen mußten, ſo bald der Münſterer Friede wieder hergeſtellt werden ſollte. Dazu kömmt,

3) Daß Elſaß, wie wir gleich im Anfange bemerkt haben, kein geſchloſſenes Land vorſtellte, von der geographiſchen Lage auf ihr politiſches Verhältniß alſo ohnehin nicht geſchloſſen werden konnte;

konnte; die Worte *extra Alſatiam ſita* können bloß von dem Oeſterreichiſchen Elſaß verſtanden werden, welches an Frankreich abgetreten war, und deſſen Beſitz der Krone Frankreich von neuem hier beſtättiget worden iſt. Auf eine weitere ſtillſchweigende Abtretung kann man 4) um ſo weniger ſchlieſſen, als in art. 3. deutlich geſagt iſt; daß der weſtphäliſche Frieden auch hier die Norme ſeyn ſolle, in ſo weit dieſer nicht ausdrücklich abgeändert wäre:

Promemoria Namens Sr. Hochfürſtlichen Durchlaucht des Herrn Landgrafen zu Heſſen-Darmſtadt ꝛc. in Bezug auf die Schlüſſe der franzöſiſchen Nationalverſammlung. Darmſtadt 1790. p. 11. 12. lit. Q.

Die übrigen angeführten Artikel, in welchen der Rhein als Gränze geſetzt worden iſt, enthalten lauter Particular-Beſtimmungen, aus welchen keine allgemeine Regel gezogen werden kann.

§. 46.

Man könnte vielleicht noch zum Nachtheil der 10. R. Städte anführen, daß der Kaiſer und das Reich in ihrem ultimato vom $\frac{20}{10}$ Auguſt 1697. über die Friedensbedingniſſe ungeachtet N. I dieſelben die Weſtphäliſchen und Nimweger Frieden zum Grunde geleget, und N. III. alle inzwiſchen dagegen ergangene Erkenntniſſe der Reunions-Kammer als caſſirt ange-

ngeſehen worden, den Streit über die 10 R. Städte noch auf den Ausſpruch von Schiedsichtern ausgeſetzet haben wollen, alſo ſelbſt erennen, daß dieſer ihr Verhältniß durch den rieden nicht entſchieden, und Sie unter den llgemeinen Reſtitutionen nicht begriffen ſeyen. llein 1.) es heißt in dem angeführten N. IV. an ſey zufrieden, daß der Anſtand über die 0 R. Städte durch einen Ausſpruch von Schiedsrichtern *ſelon le droit de gens* entſchieen werden ſollte, was will dieſes anders ſagen; ls man wollte von Seiten des deutſchen Reiyes das alte oben angeführte Compromiſs einal ausgeführet wiſſen, nämlich unpartheyiſche Schiedsrichter ſollten die ganze Sache *ſelon le roit des gens*, das heißt nach den Frieden und ffentlichen Verträgen entſcheiden, dabey hatte an nie etwas zu verlieren, man war ſeines echtes gewiß, und bediente ſich nur dieſer uskunft, um den Friedensſchluß nicht zu verögern, da Frankreich einen Terminum zur rklärung geſetzet hatte.

2) Iſt ausdrücklich bedungen worden, daß zwiſchen alles in den Stand von 1673. zurückeſetzet werden ſollte, alſo des Nimweger Friems und des dabey zum Grund gelegten Weſthäliſchen Friedens, nach welchem die Unmittelarkeit der 10 R. Städte nicht zu bezweifſen ar. Endlich

3) In dem Frieden ſelbſt iſt hernach von m Compromiſs keine weitere Erwähnung geſche-

geſchehen, die Reſtitutionen wurden nach der Norme des Münſterer und Nimweger Friedens allgemein angeordnet, ausgenommen wo man ſich ausdrücklich anders vereinbaret habe, eine ſolche Ausnahme findet ſich aber nirgendswo in Anſehung der 10. Reichsſtädte, alſo müſſen ſie unter den allgemeinen Reſtitutionen mitbegriffen ſeyn.

§. 47.

e) In dem darauf erfolgten Badenſchen Frieden glaubt man zwar eine Stelle zu finden, welche den vorigen Einwand zu bekräftigen ſcheinet, nämlich: in dem Art. XIV. deſſelben wird Landau an Frankreich abgetreten, und zwar heißt es darinn: *Vigore pacis Ryſswicenſis.* Da nun im Ryßwicker Frieden kein Wort von Landau vorkömmt, ſo ſchlieſſet man wieder auf die obige ſtillſchweigende Ceſſion, welche Landau in ſich begriffen habe. Der Ungrund dieſes Schluſſes zeigt ſich aus dem, was 1) oben über dieſe ſtillſchweigende Ceſſion überhaupt bemerket worden iſt. 2) Wenn Landau ſchon 1697 abgetreten geweſen wäre, ſo hätte man nicht nöthig gehabt, es jetzt erſt 1714 noch ausdrücklich zu cediren. Es iſt vielmehr bekannt, daß an. 1680. Landau mit Weiſſenburg nach dem Nimweger Frieden geräumet worden war, und nach dem Ryßwicker wieder feindlich eingenommen worden iſt, worüber die Stadt Landau bey dem Reichstage ſich beſchweret hat.

Der

Der Concipient des Friedens ſcheinet hier einen Gedächtnißfehler begangen zu haben, da er *Vigore pacis Ryſwicenſis* geſetzet hat, wo doch nirgendswo von Landau darinn etwas zu leſen iſt. 3) Eigentlich iſt nicht einmal die Stadt Landau, ſondern nur die Feſtung an Frankreich abgegeben worden. 4) Dieſe beſondere Abtretung beſtättiget die Regel, daß die übrigen Städte und Unmittelbare im Elſaß der franzöſiſchen Hoheit noch nicht müſſen unterworfen geweſen ſeyn.

Archive d'Alſace dans le Diſcours préliminaire p. 52. ſeq.

§. 48.

III. Herr Pfeffel giebt ſich alle Mühe, darzuthun, daß Deutſchland ſelbſt die bisher angeführten Frieden in dem Sinne der Franzoſen, anerkannt habe, ſeine Beweiſe ſind, daß man a) ſeit Carl des VII. Zeiten von den 10 R. Städten im Elſaß in der Wahlkapitulation keine Erwähnung mehr gethan, die Hoheit von Frankreich darüber alſo anerkannt. b) Die oben angeführte Stelle in die Wahlkapitulation Karls VI. während des Krieges eingerücket habe, wo man aufgehöret, die Verbindlichkeit der älteren Verträge zu erkennen, und deßwegen die alten Rechte des Reiches über die 10 R. Städte wieder hervorgeſuchet habe, ſo bald aber der Frieden hergeſtellet geweſen ſey, ſo habe man bey den nächſten Wahlen jene

Stellen

Stellen ausgelaſſen. c) An. 1727. ſey in
R. Gutachten wegen Moderirung des Hochſ
Straßburg Reichs-Matrikular-Anſchlags
ſagt worden,

„daß dem — als Biſchoffen zu Straßb
„wegen den zwey R. Aemter Oberkir
„und Ettenheim zum R. Matricular-
„ſchlag 150. fl. anzuſetzen.

Das Reich erkenne mithin, daß die übri
in dem Elſaß gelegenen Hochſtift Straßbu
ſchen Aemter nicht mehr zum Reiche geh
ſeyen.

Dahin gehöret d) auch noch der Einwa
daß faſt alle R. Stände, die im Elſaß lieg
der franzöſiſchen Hoheit ohne weiteren Wi
ſpruch ſich ſelbſt unterworfen haben, ohne
das Reich dagegen Einwendungen gemacht,
durch ſey mithin der Sinn der Frieden, w
auch einige Zweifel urſprünglich darüber
ſtanden, zum Vortheile der Krone Frankr
gänzlich beſtimmet, man könne ſich mithin
dieſelbe beſonders in Anſehung der 10 Ver
ſtädte nicht mehr beziehen, da dieſe die fra
ſiſche Hoheit gar nicht bezweifelten und ſ
ſo lange auſſer Verbindung mit Deutſchl
ſich befinden.

§. 49.

So ſcheinbar dieſe Beweiſe im erſten
blicke ſeyn können, ſo verlieren ſie doch gar
ihre Kraft, wenn dieſelben näher beleuchtet wer

Elſaß gelegenen Hochſtift Straßburgiſchen Aemter anzuerkennen. Das Erachten war nach dem Geſuche eingerichtet, ohne daß hier eine Frage über das Verhältniß der übrigen Hochſtift Straßburgiſchen Beſitzungen im Elſaß entſtanden war.

§. 50.

Der Einwurf d) wird dadurch gehoben, wenn man aus der deutſchen Staatsverfaſſung weiß, daß es keinem R. Stande erlaubt iſt, ſich willkührlich der Hoheit des deutſchen Reiches zu entziehen, und einer fremden Macht ſich zu unterwerfen. Wenn man freylich Deutſchland in ſeinen beſondern Staaten betrachtet, wovon ein jeder ſeine eigene von jener eines andern deutſchen Staates ganz unabhängige Verfaſſung, und eine im Ganzen mit allen Hoheitsrechten begabte Regierung hat, ja ſogar gegen auswärtige Mächte ſolche Rechte, die ſonſt nur unabhängige Mächte gegen einander in Uebung haben, beſitzet und ausübet, ſo kann ein der deutſchen Verfaſſung völlig unkundiger Franzoſe, wie Herr Merlin in ſeinem Rapport, gar leicht auf die falſchen Sätze verfallen, daß dieſe verſchiedenen Staaten nicht in einem Staate vereinigt ſeyen, ſondern nur eine freye Confédération ausmachen, welche keinen hindern, daß er den andern ſogar mit Kriege überziehen könne, und daß jeder gleichſam ein ganz abgeſondertes Volk vorſtelle, wenn deswegen ein ſolches die Hoheit

Wir wundern uns, daß Herr Mira
der doch das deutſche Staatsrecht ſtudir
ben will, ſeinen Herrn Collegen nicht
gewieſen habe, aber wir erinnern uns,
es unter ſeine unnützen Studien, die er
trieben habe, gerechnet hat, alſo auch
ſcheinlich wieder vergeſſen haben wird,
wäre unterdeſſen doch der Fall geweſen
Herr Mirabeau von dieſem Studio zur
des ganzen geſetzgebenden Corps und vor
des Ausſchuſſes der auswärtigen Angelege
hätte Gebrauch machen können; denn
doch kaum zu verzeihen, über Conſtitu
raiſonniren, daraus Gründe gegen eine
hernehmen wollen, und davon nicht einm
erſten Begriffe haben, aus jedem Han
über das deutſche Staatsrecht, wovon
mehrere in franzöſiſcher Sprache geſchriebe
und wenn das Leſen Ihnen zu mühſam g
märe, ſo hätten ſie durch ihren Mub

noch so sehr von einander abgehet, dennoch alle ohne Ausnahme noch als Theile eines einzigen Ganzen in gleichmäßiger Verbindung unter dem deutschen Reiche stehen, und zwar nicht in einer solchen Verbindung, wie die sieben Niederländischen Provinzen, oder die 13 Schweitzer Cantons, ohne weiter eine gemeinsame höhere Gewalt über sich zu erkennen — sondern unter einem gemeinsamen höchsten Oberhaupte in einer Real-Verbindung, worauf die Einheit eines jeden andern Staates beruhet, als ein Reich, unter einerley Grundgesetzen, und unter einerley höchsten Oberstrichterlichen Gewalt.

Pütter Beyträge zum deutschen Staats- und Fürstenrecht, 1. Th. N. I. von der Regierungsform des d. R. p. 34. seq.

b) Die deutschen R. Stände gegen dieses gemeinsame Band, welches Sie alle umfasset, nie handeln dürfen, kein R. Stand ist berechtiget, sein Recht Bündnisse einzugehen, oder das Recht des Krieges gegen Kaiser und Reich, oder dem Landfrieden zuwider gegen andere Mitstände auszuüben, wie Herr Merlin irrig glaubet.

Instr. Pac. art. 8. §. 2.

Wahlkapitulation art. 6. § 4. Landfrieden.

Die Landeshoheit eines deutschen Reichs-Standes ist nur eine subordinirte Gewalt unter Kaiser und Reich, und hierinn scheidet sie sich von der höchsten Gewalt einer unabhängigen Macht.

Pütter l. c. N. XVII. N. XVIII.

c) Da Deutſchland noch immer ein Ganzes ausmachet, und niemals aufgehöret hat, einen einigen Staat vorzuſtellen, wovon die einzelnen Staaten nur Theile ſind, die durch doppelte Bande der Unterwerfung und des Lehens-Nexus an das Ganze geknüpfet ſind; dieſe einzelnen Theile mithin ſo wenig von ihrem ganzen Körper, als einer Provinz eines jeden andern Staates ſich loßreißen dürfen.

Die deutſchen R. Geſetze verbieten deswegen ausdrücklich jede Verrückung der R. Gränzen, jede Veräuſſerung der R. Lande, welche nicht von Kaiſer und Reiche bewilliget iſt.

Kaiſ. Wahlkapitulation art. X. §. I. II. III. V. art. XII. §. I..

Verträge über R. Länder mit auswärtigen erhalten nur erſt ihre geſetzmäßige Verbindlichkeit, wenn ſie von Kaiſer und Reiche genehmiget ſind.

Gerſtlachers Handbuch der deutſchen R. Geſetze. 2. Th. Kap. 3. p. totum.

Wie mag Herr Merlin in einem ſo ſchändlichen Widerſpruche mit den Verträgen, die er doch ſelbſt bey einer Behauptung zum Grunde legt, die Nothwendigkeit der Einwilligung des deutſchen Reiches zur Unterwerfung des Elſaſſes der franzöſiſchen Oberherrſchaft verwerfen? da in allen Frieden, die mit Frankreich geſchloſſen, und in welchen deutſche Länder an dieſe Krone abgetreten worden ſind, der ausdrückliche Vorbehalt geſchiehet, daß die Kaiſerliche Wahlkapitulation

lation und übrige R. Gesetze, durch welche Veräusserungen der R. Länder verboten werden, gegen die Verbindlichkeit dieser Frieden nicht angeführet werden sollen, und dieselben in soweit derogiret seyn solle.

Art. XI. P. M. §. 79. §. 80. P. Ryswic. §. XVI.

Alle Verträge, welche mithin zeithero die R. Stände mit Frankreich eingegangen, und wodurch Sie der französischen Hoheit sich unterworfen haben, alle Facta, die von Seiten Frankreichs gesetzt worden sind, um diese Oberherrschaft über die Unmittelbaren in Elsaß zu erzwingen, müssen als Verletzungen der bishero angeführten Frieden, und als acta inter alios angesehen werden, welche das deutsche Reich nicht verbinden können, da dieses niemals eingewilliget, sondern vielmehr ausdrücklich widersprochen hat. Es hat bey dem Ryßwicker Frieden den Franzosen seine Grundsätze hierüber deutlich erkläret: daß nämlich alles nach dem Westphälischen Frieden zu restituiren. In der Folge ewig unter der Kaiserlichen Majestät und des Reiches Herrschaft und Schuz ruhig gelassen werden, auch alle dagegen etwa öffentlich oder heimlich geschlossenen, bekannte und unbekannte Verträge oder Vergleiche, sollten Sie auch gleich eidlich bekräftiget seyn, vergangene, gegenwärtige oder zukünftige, ungültig und aufgehoben seyn.

Man hatte damals verſchiedener Verträge, welch Unmittelbare mit Frankreich haben ſchlieſſe wollen, beſonders des Ergebebriefes der unmi telbaren R. Ritterſchaft im untern Elſaß, aus drückliche Erwähnung gethan, und ſich wege der Gültigkeit derſelben auf obige Erklärun bezogen.

S. PACHNER Sammlung der R. Schlüſſ T. II. S. 775. 776. wo geſagt wird:

„quid vero de iis *omnibus*.

das heißt: von allen bisherigen Ergebunge unter die Oberherrſchaft von Frankreich

„ex pace Monaſterienſi et Neomagens „ſtatuendum ſit, et impoſterum obtiner „debeat, ex præcedenti articulo patet

und dort werden Sie als nichtig erkläret.

Siehe das angeführte Promemoria des Herr Landgrafen zu Heſſendarmſtadt §. XVII.

Eine ähnliche Antwort erhielt der Herr Kar dinal v. Hutten vom Kaiſerlichen Hofe auf ſe nen Antrag lettres patentes von Frankrei annehmen zu wollen.

S. das oben cit. Speieriſche Promemoria.

§. 51.

Wenn alſo gleichwohl die Reichs-Städ durch ihre Lage gezwungen (denn daß ſie ſi lange widerſetzet haben, beweiſen die angeführte Staats-Akten) der franzöſiſchen Oberherrſcha ſich unterworfen haben, ſo konnte dieſe Hand lung den Rechten des deutſchen Reiches über ſi nich

nicht präjudiciren, auf eine Verjährung kann sich Frankreich eben so wenig begründen, da 1) unter Völkern keine Verjährung Platz hat, am allerwenigsten 2) wo der eine Theil so deutlich und so oft erkläret hat, daß er auf seine Ansprüche keinen Verzicht thun wolle.

VATEL l. c. Liv. II. Chap. XI. §. 145.

Die Verjährung, wovon Herr Merlin spricht, durch welche Landeshoheit erworben werden, und auch wieder erlöschen könne, betrift R. Stände unter sich, die an die Vorschriften positiver Gesetze und Bestimmungen gebunden sind; davon kann aber keine Anwendung auf Frankreich gemacht werden, welches gegen Deutschland nicht nach positiven Gesetzen, sondern nach dem Völkerrecht beurtheilet werden muß.

Wir wollen aber auch einsweilen annehmen, die R. Städte hätten sich der französischen Hoheit gültig unterwerfen können, so komme doch alles darauf an, wie diese Unterwerfung geschehen ist, ob sie unbedingt oder bedingt geschah, die lettres patentes sind die Normen bey den R. Ständen, und der R. Ritterschaft, und bey den R. Städten ihre durch den Münsterer Frieden erhaltene und nach demselben in den Reversen der jedesmaligen Landvögten Namens des Königs als oberen Landvogts bestättigte Freyheiten und Verfassung, diese kann und darf also nach den eigenen Grundsätzen der franzö-

Man hatte damals verſchiedener Verträge, welche Unmittelbare mit Frankreich haben ſchlieſſen wollen, beſonders des Ergebebrieſes der unmittelbaren R. Ritterſchaft im untern Elſaß, ausdrückliche Erwähnung gethan, und ſich wegen der Gültigkeit derſelben auf obige Erklärung bezogen.

S. PACHNER Sammlung der R. Schlüſſe T. II. S. 775. 776. wo geſagt wird:

„quid vero de iis *omnibus*.

das heißt: von allen bisherigen Ergebungen unter die Oberherrſchaft von Frankreich

„ex pace Monaſterienſi et Neomagenſi „ſtatuendum ſit, et impoſterum obtinere „debeat, ex præcedenti articulo patet.

und dort werden Sie als nichtig erkläret.

Siehe das angeführte Promemoria des Herrn Landgrafen zu Heſſendarmſtadt §. XVII.

Eine ähnliche Antwort erhielt der Herr Kardinal v. Hutten vom Kaiſerlichen Hofe auf ſeinen Antrag lettres patentes von Frankreich annehmen zu wollen.

S. das oben cit. Speieriſche Promemoria.

## §. 51.

Wenn alſo gleichwohl die Reichs-Städte durch ihre Lage gezwungen (denn daß ſie ſich lange widerſetzet haben, beweiſen die angeführten Staats-Akten) der franzöſiſchen Oberherrſchaft ſich unterworfen haben, ſo konnte dieſe Handlung den Rechten des deutſchen Reiches über ſie nicht

nicht präjudiciren, auf eine Verjährung kann sich Frankreich eben so wenig begründen, da 1) unter Völkern keine Verjährung Platz hat, am allerwenigsten 2) wo der eine Theil so deutlich und so oft erkläret hat, daß er auf seine Ansprüche keinen Verzicht thun wolle.

VATEL l. c. Liv. II. Chap. XI. §. 145.

Die Verjährung, wovon Herr Merlin spricht, durch welche Landeshoheit erworben werden, und auch wieder erlöschen könne, betrift R. Stände unter sich, die an die Vorschriften positiver Gesetze und Bestimmungen gebunden sind; davon kann aber keine Anwendung auf Frankreich gemacht werden, welches gegen Deutschland nicht nach positiven Gesetzen, sondern nach dem Völkerrecht beurtheilet werden muß.

Wir wollen aber auch einsweilen annehmen, die R. Städte hätten sich der französischen Hoheit gültig unterwerfen können, so kommt doch alles darauf an, wie diese Unterwerfung geschehen ist, ob sie unbedingt oder bedingt geschah, die lettres patentes sind die Normen bey den R. Ständen, und der R. Ritterschaft, und bey den R. Städten ihre durch den Münsterer Frieden erhaltene und nach demselben in den Reversen der jedesmaligen Landvögten Namens des Königs als oberen Landvogts bestättigte Freyheiten und Verfassung, diese kann und darf also nach den eigenen Grundsätzen der franzö-

ſiſchen Nationalverſammlung nicht verletzet werden, da der Unterwerfungs Vertrag der einzige Grund einer jeden oberſten Gewalt iſt, und dieſer allein der Maasſtab der Rechte jener ſeyn muß. Wir werden mithin auch hier wieder auf den Münſterer Frieden, und zwar den §. 87. deſſelben zurückgeführet, in welchem die Verfaſſung der 10. R. Städte gegründet iſt, und ohne deſſen Verletzung dieſe nicht abgeändert werden kann.

Queſtions d'etat q. IV. p. 229. 236.

§. 52.

IV) Herr Merlin mag die Stärke dieſes Grundes gefühlet haben, der Münſterer Frieden ſteht den Abſichten der Franzöſiſchen Staats-Reformation überall entgegen, ſie trauen ſich nicht, denſelben geradezu zu verwerfen, deswegen ſuchet ihr Rapporteur durch einige Grundſätze aus ihrer politiſchen Metaphyſik denſelben zu entwiſchen. Er ſagt:

„qu'avons nous donc a examiner en „derniere analyſe? un ſeul point in„finiment ſimple. Celui de ſavoir, ſi „c'eſt à des parchemins diplomatiques „que le peuple Alſacien doit l'avantage „d'ètre françois?

An einem andern Ort äuſſert er ſich:

Les fiefs — en Alſace ſont des proprietés ſoumiſes a la volonte génerale peut les ſupprimer ſi l'interêt public l'exige.

Giebt

Giebt nicht der unkluge Herr Merlin durch dieſe Grundſätze allen Europäiſchen Nationen die Loſung zu einem allgemeinen Kriege, ſind nicht dadurch alle Nationen ihrer Verbindlichkeiten feyerlich entlaſſen, die ſie gegen Frankreich durch die mit dieſer Krone eingegangenen öffentlichen Verträge bishero gehabt hat; was kann nun die Deutſche aufhalten bey der jetzigen Unmacht des franzöſiſchen Staates, ſeiner Anarchie ꝛc. ꝛc. nach Lothringen, nach Elſaß zurückzugreifen, und die alten Gränzen von 843. 870. 880. 923. 935. 978. wieder herzuſtellen?

Wir wiſſen wohl, daß ein Volk, wie ein Menſch im Naturrecht nach ſeiner möglichſten Vollkommenheit ſtreben darf, aber es tritt auch hier die Einſchränkung ein, ohne die Vollkommenheiten anderer zu minderen. Ein Volk kann alſo Territorial-Eigenthum erwerben; aber doch nicht das, was andere Menſchen zu dem ihrigen rechnen. So lange Oberherrn das Volk repräſentiren, ſo können ſie Verträge im Namen des Volkes ſchlieſſen, und für das Volk ſowohl dadurch etwas erwerben, als demſelben Verbindlichkeiten auflegen, ſo lang nun das Volk Vortheile aus dieſen Verträgen genießen will, ſo lange muß es auch die Verbindlichkeiten derſelben erfüllen. Die Anwendungen von dieſen Grundſätzen machen ſich von ſich ſelbſt auf den gegenwärtigen Fall. Will die dermalige franzöſiſche Nation den Beſitz von Elſaß

und Lothringen als Territorial-Eigenthum behalten, ſo muß es denſelben auf die Verträge gründen, welche die Könige von Frankreich mit Deutſchland darüber eingegangen haben; will ſie mithin die Vortheile davon von einer Seite genießen, haben ihre geſetzmäßige Oberherrn für ſie erwerben können, ſo müſſen ſie auch die in den nämlichen Verträgen eingegangenen Verbindlichkeiten erfüllen.

Elſaß iſt auf keine andere Art als durch ſolche Verträge mit Frankreich verbunden worden, für ſich allein hatte es ſich von dem deutſchen Staate nicht losreiſſen können, und die Geſchichte zeigt, daß die Verbindung mit Frankreich ſelbſt gegen ſeinen Willen geſchehen iſt, und nur das Werk des ſtärkeren war. Wenn ſchon ein Theil der Elſaßer die neuere franzöſiſche Conſtitution unbedingt angenommen hat, ſo haben doch auf der andern Seite 1, viele und gerade diejenigen, welche bisher das Volk im ſtaatsrechtlichen Sinne ausgemachet haben, widerſprochen und ſich auf obige Verträge bezogen, wie kann man das, was meiſtens von irregeführtem Pöbel in einem blinden Enthuſiasmus und nicht von den wahren Landeigenthümern geſchieht, Volkswillen nennen? 2. Galt es hiebey nicht zugleich um Rechte, welche in öffentlichen Verträgen mit einer auswärtigen Macht gegründet ſind, und haben dieſe ohne deſſen Miteinwilligung umgeſtoſſen werden können? Dagegen ſtreiten obige Grundſätze,

sätze, wenn ein Vertrag abgeändert oder aufgehoben werden solle, müssen nicht alle interessirten Theile einwilligen, und wer sind hier die interessirten Theile? 1) das deutsche Reich als Paciscent bey den Frieden, durch welche Frankreich Elsaß auf die bestimmte Art erworben hat, es liegt ihm daran, daß diese erhalten bleibe. 2) Die verschiedenen Reichs-Stände, übrigen Unmittelbare und die 10. R. Städte, diese hätten alle und zwar auf eine gesetzmäßige Art nach ihrer hergebrachten Verfassung einwilligen müssen. 3) Da es hier um die Abänderung der Constitution einer ganzen Provinz gilt, so entscheidet nicht der Wille einzelner, sondern es wird die Einstimmung des Ganzen erfordert, welche gewiß nicht bewiesen werden kann.

Was mithin Herr Merlin allgemeinen Willen nennet, ist nichts als tumultuarische Thathandlungen eines verführten Theiles des Elsaßes über Rechte, über welche sie und also auch durch sie die Nationalversammlung nicht disponiren kann. Betrachtet man die in Frage stehenden Reichs-Städte insbesondere, so stehen diese eigentlich noch unter der Hoheit des deutschen Reiches, wie oben bewiesen worden ist, ohne dessen Einwilligung dürfen sie also über ihre Constitution nichts verfügen, und Frankreich darf nach den Verträgen, welche es mit Deutschland eingegangen hat, zu solchen Veränderungen ihrer alten Verfassung und Verhält-

hältniſſe nicht wirken, ohne jene Verträge zu brechen: unterſuchet man dabey die Art und von wem die Verzichte dieſer Städte auf ihre alten Rechte, Privilegien und Verfaſſung geſchehen ſind, ſo kann man dieſelben weder als freye Renunciationen, noch als ſolche gelten laſſen, welche von Perſonen geſchehen ſind, die das Recht dazu hätten; da nebſtdem alle 10 Städte in einem Vereine ſind, da dieſer ſich auf die ganze Verfaſſung von Elſaß beziehet, da der Landvogt gemäß ſeines Amtes, Rechte und Pflichten auf die Verfaſſung dieſer Städte hat, da die Rechte und Verhältniſſe der Unmittelbaren im Elſaß in einem gemeinſchaftlichen Frieden garantirt ſind, ſo hätten bey einer Abänderung, wenn ſie von einem Rechtsbeſtande hätte werden ſollen, alle dieſe Intereſſenten müſſen zuſammen gerufen, gehöret werden, und nur durch dieſer aller ihre gemeinſchaftliche Einwilligung hätte das ganze Werk zu Stande gebracht werden können; was mithin das Volk bey ſeinen tumultuariſchen Zuſammenkünften in einzelnen Städten, wo jede Stimme nach Menſchenrecht, und nicht nach Bürgerrecht galt, die Beyſaſſen durch ihr Geſchrey wahrſcheinlich mehr als Bürger vermochten, beſchloſſen hat, muß nach Vernunft und Geſetzen als ungültig verworfen werden.

Queſtions d'etat. Queſt. I. p. 34. ſeq. p. 4. ſeq.
Queſtion III. p. 98. ſeq.

§. 53.

§. 53.

V) Es könnte noch der Zweifel entſtehen, als wenn wenigſtens die Landvogtey ohne Verletzung der angeführten Friedensſchlüſſe aufgehoben werden könnte, da dieſelbe ſelbſt nach dem Münſterer Frieden *cum ſupremo Dominio* alſo in voller Unabhängigkeit vom deutſchen Reiche an Frankreich übertragen worden ſey, darnach mithin als ein Recht angeſehen werden müßte, worüber der Krone Frankreich, und an deren Stelle der Nationalverſammlung eine freye Diſpoſition zuſtehe.

Wenn die Landvogtey als ein beſonderes Recht der Krone Frankreich überlaſſen worden wäre, ſo würde dieſer Zweifels-Grund von Gewicht ſeyn, da aber die Landvogtey eine ſolche Würde iſt, welche, wie oben gezeigt worden, Rechte und Verbindlichkeiten enthält, die auf das engſte mit der Verfaſſung der 10 R. Städte, und mittelbar mit jener des ganzen Elſaſſes verbunden iſt, welche nach dem Münſterer Frieden §. 87. erhalten werden ſoll, ſo kann dieſe Landvogtey ohne Einbruch in dieſen Frieden, und ohne Verletzung der übrigen, bey welchen jener immer zum Grunde lieget, um ſo weniger aufgehoben werden, da Frankreich dieſelbe nicht anders als mit ihren alten Verbindlichkeiten, ſo wie dieſe Würde zuvor bey dem Hauſe Oeſterreich war, erworben, und zeithero durch die von

ſeinen

ſeinen beſtellten Unterlandvögten ausgeſtellten Reverſe ſelbſt anerkannt hat.

Nach genauer Erwegung aller dieſer Gründe und Gegengründe ſind wir demnach in Anſehung der 1ten Frage der ſchon oben geäuſſerten Rechtlichen Meynung, daß

die franzöſiſche Nationalverſammlung nach dem Münſterer, Nimweger, Ryßwicker und Badenſchen Frieden nicht berechtiget ſey, die bishero beſtandene Verfaſſung der 10 Elſaßiſchen R. Städte mit ihren hergebrachten Rechten und Privilegien, und die Landvogtey über jene Städte zu zernichten.

## IIte Frage.

Ob der Prinz von Montbarrey die Wiederherſtellung und Handhabung der alten politiſchen Verfaſſung dieſer Reichsſtädte und der ihm über dieſelben verliehene Landvogtey bey ſeinem Könige als oberſten Lehensherrn zurückzufordern gehalten ſey?

## Zweifelsgründe.

Es könnte zwar ſcheinen, daß der Prinz von Montbarrey für ſeine Perſon ſich nicht in dem Falle befinde, bey ſeinem Könige die Wiederherſtellung der alten Verfaſſung der 10 R. Städte, und die Erhaltung der Landvogtey fordern zu können, oder zu müſſen, indem

1) die

1) die Landvogtey mit allen Rechten, welche das Haus Oesterreich ehehin dadurch besessen hatte, ohne alle Einschränkung und in voller Unabhängigkeit an Frankreich übertragen, und dadurch ein Domainenstück dieser Krone geworden sey, welches von keinem König veräussert, oder zu Lehen gegeben werden könne, und

2) jeder König, noch vielmehr aber die Nation, wenigstens berechtiget bleibe, dergleichen Lehen wieder einzuziehen, sobald sie dem Staate lästig würden, da derjenige, welcher ein solches Lehen erhalten habe, nicht mehrere Rechte erwerben könne, als sein Lehenherr auf ihn übertragen wolle und dürfe.

3) Alles Recht, was der Prinz von Montbarey besitze, blos von dem Könige komme, und von ihm als eine persönliche Gnade desselben angesehen werden müsse; dieser mithin kein Recht ex pacto & providentia Majorum habe, welches nur dem Könige zustehe, dessen Vorfahrer diese Landvogtey von dem Hause Oesterreich erworben hätten, der König allein oder eigentlich die Krone Frankreich in Ansehung dieser Würde an die Stelle und in die Stelle des Hauses Oesterreichs eingetreten sey, das Verhältniß des Prinzen von Montbarey und sein Recht also blos aus den königlichen Belehnungsbriefen, die er erhalten habe, beurtheilet werden müssen, darin allein seyen sie gegründet,

er ſich mithin keineswegs auf die Rechte der Erzherzoge von Oeſterreich als ehmaligen Landvögten, und auf den Weſtphäliſchen und übrigen Frieden beziehen könne, dieſe ſeyen nur Titel für die Krone Frankreich, nicht aber für ihn!

4) Die Erhaltung der Verfaſſung der R. Städte nicht weiter in ſeiner Verbindlichkeit liege, als er darüber von der Krone einen Auftrag erhalte, da nun der König und die Nation für gut gefunden hätten, eine zur neuen franzöſiſchen Conſtitution paſſendere Verfaſſung in jenen Städten mit ihrer Einwilligung einzuführen, ſo höre ſeine Verbindlichkeit deshalben auf. Eben ſo

5) ſein Lehen als erloſchen angeſehen werden müßte, da der Gegenſtand davon aufhöre.

6) Er in jedem Falle als franzöſiſcher Unterthan erſcheine, und ſich in dieſer Eigenſchaft den vom Könige ſanctionirten Beſchlieſſungen der Nation zu unterwerfen gehalten ſey; wenn er

7) wegen dieſer Lehen Forderungen zu machen habe, ſo müße er dieſelben bey dem Könige, und allenfalls bey der Nationalverſammlung nachſuchen, welche dieſelben nach den ſchon bereits erlaſſenen Dekreten von ihren Feudal- und Dominial-Ausſchüſſen werde unterſuchen und entſcheiden laſſen.

## Entscheidungs-Gründe nebst Erörterung der angebrachten Einwürfe.

### §. 55.

Wenn wir aber das rechtliche Verhältniß des Prinzen von Montbarey als Besitzers der Landvogtey über die 10 Reichsstädte aus ihrem wahren Gesichtspunkte mit Hinsicht auf die zur Entscheidung der ersten Frage und Beseitigung der dortigen Zweifel angebrachten Gründe betrachten, so wird sich zur Entscheidung dieser wirklich kritischen Frage folgendes darstellen.

A) et ad 1. 2. Ehe die Landvogtey mit der Krone Frankreich vereiniget gewesen, so ist diese Würde von den deutschen Kaisern an verschiedene Reichsstände verliehen worden, und durch eine solche Verleihung kam dieselbe auch an das Haus Oesterreich; wenn einige Kaiser sie eingezogen, und an sich genommen hatten, so geschah es nur auf eine kurze Zeit, und sie wurde bald wieder an Reichsstände zu Lehen gegeben. Diese Landvogtey wurde also von ihrem Ursprunge an als eine res infeudari solita angesehen, und die deutschen Kaiser nahmen um so weniger Anstand dieselbe an andere zu vergeben, als 1) nach der deutschen Staats-Verfassung dergleichen Aemter nach ihrer Natur von jeher von Kaisern zu Lehen gereichet worden sind; 2) mit denselben wirkliche Verrichtungen verbunden waren, die theils mit der Würde des Oberhauptes des Reichs sich nicht

wohl vereinbarten, theils auch weit beſſer durch einen im Lande oder in der Nachbarſchaft angeſeſſenen Reichsfürſten verſehen werden konnten.

Als in der Folge durch den Münſterer Frieden die Könige von Frankreich dieſe Landvogtey *cum ſupremo dominio*, alſo mit der vollen Oberherrſchaft eben ſo erworben haben, wie dieſelbe das Haus Oeſterreich beſeſſen hatte, und zugleich in die Rechte und Verhältniſſe der deutſchen Kaiſer in Anſehung dieſer Würde vollſtändig eingetreten waren, ſo hatten ſie dieſelbe nicht ihrer Krone einverleibet, ſondern nach dem Beyſpiele der deutſchen Kaiſer um ſo ehender ebenfalls zu Lehen gegeben, als die Natur der Stiftung und Beſtimmung dieſer Stelle einen wirklichen Landvogt erfordert, und Frankreich dieſes Amt mit allen Verbindlichkeiten und in dem Zuſtande erhalten hatte, in welchem es bey dem Hauſe Oeſterreich ſich befunden hat.

§. 56.

Darnach übertrug Louis XIV. Heinrich Herzogen von Lothringen Grafen von Harrecourt dieſe Stelle, eben ſo, wie die Erzherzoge von Oeſterreich dieſelbe zuvor bekleidet hatte. In dem königlichen Briefe an die Städte heißt es:

„& de lui rendre les mêmes honneurs, „& déférences, que vous faiſiés a l'Archi-

„chiduc d'Autriche, lorsqu'il commendoit „en Alſace ſous l'authorité de l'Empereur

und in dem Revers des Grafen von 1653. ſteht.

„& ſa Majeſté nous ayent octroye pro„viſion pour adminiſtrer la d. Land„vogtey, ainſi, qu'elle l'a été ci de„vant par les autres Landvogts particu„lierement par les Comtes Palatins du „Rhin, & *les Archiducs d'Autriche.*

Auf die nämliche Art wurden Mazarin, Chatillon und Choiſeul unter den folgenden Königen ſucceſſive damit beleihnet. Hieraus folget: daß die Landvogtey auch bey der Krone Frankreich, wie ehehin bey den deutſchen Kaiſern als *res infeudari ſolita* angeſehen worden iſt.

Cap. 2. X. de feud. c. 2. BRAUN de re infeudari ſolita.

Und die Könige ſich nicht nur berechtiget, ſondern nach der Natur dieſes Amtes ſich ſogar verbunden geglaubt haben, daſſelbe bittweren zu Lehen aufzutragen.

§. 57.

In dieſer Eigenſchaft und in den nämlichen Verhältniſſen iſt es nun auch dem Prinzen von Montbarey und ſeiner männlichen Nachkommenſchaft von ſeiner jetzigen Allerchriſtlichſten Majeſtät zu Lehen gegeben worden.

In der Exſpectanz, welche ihm anfänglich 1777. darauf ertheilet worden, wird ſich ganz klar auf die vorderen ähnlichen Anordnungen über dieſe Stelle, ſowohl bey den deutſchen Kaiſern, als auch den Vorfahrern Sr. Königlichen Majeſtät ſelbſt bezogen.

„des Conſidérations, qui jusqu'a préſent „ont determiné la diſpoſition, qu'en ont „fait ſoit *les Empereurs*, lorsque l'Alſace „appartenoit au Corps Germanique ſoit „*les Rois prédeceſſeurs* de ſa Majeſté depuis „la réunion de cette province a la „France. "

Es iſt darin deutlich ausgedrücket, daß der Prinz, ſo wie ehehin Mazarin, unter Louis XIV. dieſe Landvogtey auf die nemliche Art erhalten ſolle, und wie die Erzherzoge von Oeſterreich dieſelbe unter den deutſchen Kaiſern beſeſſen hatten.

„cette charge, qui dans l'origine étoit „une ſorte de Vicariat de l'Empire ſur „les dix Villes imperiales et qu'un Prince „de la Maiſon d'Autriche poſſedoit a l'E„poque des traités de Weſtphalie, fut „déferée d'abord par Louis XIV au Car„dinal de Mazarin &c.

Siehe die Beylagen.

§. 58.

Dieſes Amt hat alſo vom Könige zu Lehen

hen gegeben werden können, und es iſt hiebey keine unerlaubte Veräuſſerung eines Domanial-Gutes geſchehen, zur Verminderung der Rechte der Krone, ſondern dadurch haben vielmehr die Könige ein der Krone zugefallenes Amt in Ausübung zu ſetzen geſuchet, es iſt ein leeres feudum advocatiae, welches, ſo wie es als officium infeudari ſolitum an die Krone kam, von dieſer auch wiederum zum Beſten der Krone vergeben worden iſt.

PÜTTMANN Elem. Jur. feudal. §. 64, §. 140.

Da alſo die Infeudation gültig war, ſo hat der Herr Prinz von Montbarey für ſich und ſeine Männliche Deſcendenz ein Recht darauf in der Art erworben, wie es ihm übertragen worden iſt, nämlich ſo wie es das Haus Oeſterreich beſeſſen hatte, und zwar nach deutſchen Rechten und Gewohnheiten. Es muß mithin auch ganz darnach beurtheilet werden.

Nun iſt es aber nach der Natur eines jeden gültigen Lehen-Contrakts, und nach allen Lehenrechten ein entſchiedener Satz: daß kein Lehensherr das rechtmäßig übertragene Lehen ſeinem Vaſallen ohne hinreichende geſetzliche Urſache entziehen darf, und es iſt eben ſo richtig, daß jede rechtmäßige Handlung des Regenten, die im Namen des Staates ausgeübt wird, den Staat ſelbſt verbinde, und auch von dieſem nicht wiederrufen werden könne.

VATEL droit des gens Liv. II, Chap. IX. § 214. 215. v. ZWIERLEIN Nebenſtunden 1. Th. 3te Abh. §. 4. 5.

Man hat deswegen in Deutſchland alle infeudationes der Kaiſer, wenn ſie nach den Geſetzen geſchehen ſind, eben ſo angeſehen, als wenn ſie vom Reiche ſelbſt ertheilet worden wären.

ITTERUS de feudis imperii Cap. IV. §. 5. 6.

§. 59.

Die Anwendung von dieſen Grundſätzen wird ſich auf den vorliegenden Fall leicht machen laſſen, da die Könige von Frankreich dabey in den nämlichen Verhältniſſen, wie die deutſchen Kaiſer erſcheinen, und ihre Belehnungen eben ſo beurtheilet werden müſſen; denn ſie haben wie ehehin die Kaiſer ein für die Krone erworbenes Amt, auch Namens der Krone wiederum verliehen, ſie haben dadurch kein für die Krone erworbenes Domanialgut veräuſſert, ſondern in eine der Natur und Beſtimmung deſſelben angemeſſene Verwaltung gegeben, dazu waren Sie

B. et ad 3. 4. 5. ſelbſt nach den urſprünglichen Titeln, durch welche dieſe Landvogtey auf ſie und die Krone gekommen iſt, verbunden; denn nach dem Münſterer Frieden, welcher doch gewiß der einzige Titel dieſes

Rechts

Rechts für Frankreich iſt, erhielten ſie dieſe Landvogtey eben ſo, wie dieſelbe bey den deutſchen Kaiſern und dem Hauſe Oeſterreich war, und mußten ſich verbindlich machen, ſie auf die nemlich Art auszuüben. Sie erwarben ſich dadurch gewiſſe Rechte, aber auch gewiſſe Verbindlichkeiten, von welchen ſie ſich ohne Verletzung jenes Friedens nicht losſagen konnten; dieſe Verbindlichkeiten beziehen ſich hauptſächlich auf die 10 Reichsſtädte im Elſaß, welche ſie beſchützen, bey ihren Freyheiten und Verfaſſung erhalten ſollten. Dieſe Verbindlichkeiten ſind relativiſch auf dieſe Städte, ſo lange dieſe Städte ein Recht auf ihre alten Privilegien und Verfaſſung behalten, und wenn dieſe nicht abgeändert werden darf, wie in der 1ſten Frage dargethan worden iſt, ſo dauern auch jene Verbindlichkeiten fort, und das Amt, durch welches ſie erfüllet werden ſollen, muß ebenfalls fortdauern, und darf eben ſo wenig als die Verfaſſung jener Städte, mit welchen es in der engſten Verbindung iſt, zernichtet werden.

§. 60.

Die Könige von Frankreich haben alſo dieſe Landvogtey nicht nur rechtmäßig verleihen können, ſondern ſie waren ſogar nach öffentlichen im Namen der Nation geſchloſſenen Verträgen dazu verpflichtet, und müßen nach den nämlichen Verträgen dieſes Amt ſo wie die

Verfaſſung jener Städte auch ferner aufrecht erhalten; und da ſie dabey im Namen ihrer Nation ſowohl bey Erwerbung der mit dieſer Würde verbundenen Rechte als auch der auf derſelben haftenden Verbindlichkeiten gehandelt haben, und die Nation dieſe öffentlichen Verträge auch noch anjezo für ſich verbindlich erkennet, und erkennen muß, ſo darf die Nation, oder wer immer in ihrem Namen auftritt, und ſie vorſtellet, eben ſo wenig als der König ſelbſt hierin einige Veränderung vornehmen.

Wir fahren demnach in ununterbrochenen Folgerungen fort: Hat dieſe Stelle rechtmäſſig zu Lehen gegeben werden können, oder müſſen, darf ſie nach gültigen, nach fort verbindlichen Frieden, nicht aufgehoben werden, und hat der Herr Prinz von Montbarey dieſelbe nach der hergebrachten Form für ſich und ſeine männliche Nachkommenſchaft als ein Mannlehen erworben, ſo muß er auch ganz in der Art dabey geſchützet werden, wie ſie ihm übertragen worden iſt, und da man ihm durch dieſe Stelle zugleich die Verbindlichkeiten der alten Landvögte aufgeleget hat, welche darin beſtehen, die 10 Reichsſtädte im Elſaß bey ihren alten Rechten, Freyheiten und Verfaſſung zu ſchützen,

S. die angeführten Reverſe.

und welche von der Art ſind, daß ſie weder der

König

König noch die Nation nach verbindlichen Friedensschlüssen abändern dürfen, so hat er nicht nur auf der einen Seite das Recht von seinem obersten Lehensherrn zu verlangen, daß man nichts gegen seine Lehen vornehmen möge, sondern er ist auf der andern Seite nach den durch sein Amt übernommenen Verbindlichkeiten sogar gehalten, des obersten Lehensherrn seinen Schutz aufzufordern, damit auch der Gegenstand seines Lehens nicht zernichtet werde, und er dabey seine Amtspflichten in Zukunft ungestöhrt ausüben könne.

ll. f. 6. ll. f. 47.

Philipp Knipschild informatio de obligatione Domini Vasalli, oder kurzer Bericht, was ein Lehenherr seinem Lehenmann zu thun schuldig. P. I. q. 1. 2.

§. 61.

C. et ad 6. 7. Wenn also schon der Prinz von Montbarey sein Lehen nur durch die Investitur des Königs von Frankreich erhalten, dieser mithin allein sein Oberster Lehensherr ist, wenn er schon in einem andern Betrachte als Unterthan der Krone Frankreich erscheinet, und in soweit den Gesetzen dieses Staates unterworfen ist, wenn schon eigentlich die Landvogtey nur von dem König ex pacto et providentia majorum erlangt worden ist, so hat doch der Prinz aus der ihm ertheilten Belehnung ebenfalls ein Recht erworben, welches ihm eben so wenig entzogen werden kann, als

Kai-

Kaiſer- und Reich dem erſten Erwerber des Hauſes Oeſterreiches nach der einmal ihm ertheilten Belehnung dieſe Landvogtey hätte entziehen dürfen. Er ſteht alſo in Anſehung ſeines Dominii utilis gegen die Krone Frankreich in den nämlichen Verhältniſſen, in welchen die Erzherzoge von Oeſterreich gegen Kaiſer und Reich ſich befunden haben, und in welchem die Krone Frankreich in Anſehung ihres Dominii directi iſt; Er hat die nämlichen Verbindlichkeiten, und die über dieſe Landvogtey geſchloſſenen Frieden ſind auch Titul auf einer Seite, und Normen auf der andern, wornach er handeln muß. Da hier nicht ſowohl die Frage iſt von ſeinen perſönlichen Verhältniſſen gegen Frankreich, oder ſeinen vaſallitiſchen Verbindlichkeiten gegen den König, als vielmehr von Rechten und Verbindlichkeiten, welche auf dem ihm ertheilten Lehen nach den durch Friedensſchlüſſe geſchehenen Beſtimmungen über daſſelbe haften, in wie weit nämlich darin gültige Abänderungen geſchehen dürfen, ſo kann die Entſcheidung darüber nicht ſowohl an den Feudalausſchuß, als vielmehr an jenen der auswärtigen Angelegenheiten (comité diplomatique) hingewieſen werden, und der Prinz von Montbarey findet ſich in dem nämlichen Falle, in welchem die auswärtigen deutſchen Fürſten gegen Frankreich ſind, ſeine Eigenſchaft als innländiſcher Vaſall und Unterthan ändert nichts in dieſen Verhältniſſen, welche blos

nach

nach Friedensschlüssen mit auswärtigen beurtheilet werden müssen.

Wir sind demnach in Ansehung der 2ten Frage der rechtlichen Meynung, daß

der Herr Prinz von Montbarey die Wiederherstellung der alten Verfassung der 10 R. Städte im Elsaß, und die Handhabung der über dieselben ihm verliehenen Landvogtey bey seinem Könige als Obersten Lehensherrn zu verlangen berechtiget und sogar verbunden sey.

## IIIte Frage.

Ob der Prinz von Montbarey im Falle, wo von Seiten seines Obersten Lehensherrn, aus welcher Ursache oder durch welche Hindernisse es geschehe, keine wirksame Abhülfe seiner Beschwerden erfolge, in subsidium die Vermittelung und den Schutz des deutschen Reiches als Garant des westphälischen Friedens anrufen könne und müsse?

§. 62.

Diese Frage kann nicht anders als eine natürliche Folge aus der vorhergehenden bejahend beantwortet werden, denn

## Entscheidungs-Gründe.

1) Es ist in der ersten Frage bewiesen worden, daß a) die 10 Reichsstädte im Elsaß nach dem Westphälischen und den folgenden Frie-

Frieden noch heute als deutſche unmittelbare R. Städte betrachtet werden müſſen. b) In jedem Falle ihre alte Verfaſſung ohne Verletzung dieſer Frieden nicht abgeändert werden dürfe c) die Landvogtey über dieſelben und ihre Beziehung auf dieſelben ebenfalls in dieſen Frieden beſtimmt worden ſey, und d) in ſolcher genaueren Verbindung mit der alten Verfaſſung jener Städte ſtehe, daß ohne Umſturz dieſer auch jene nicht aufgehoben werden könne, ihre Erhaltung mithin ebenfalls in jenem Frieden gegründet ſey. In der 2ten Frage haben wir dargethan, daß 1) dieſe Landvogtey dem Herrn Prinzen von Montbarey mit den nämlichen Rechten und Verbindlichkeiten übertragen worden, mit welchen dieſe Stelle bey dem Hauſe Oeſterreich geweſen, daß 2) dieſer Prinz dieſelbe in den nämlichen Verhältniſſen zu der Krone Frankreich beſitze, in welchen das Haus Oeſterreich gegen Kaiſer und Reich in Anſehung derſelben geſtanden iſt, daß 3) ſeine Rechte und Verbindlichkeiten auf eben die Art von ihm ausgeübet werden müſſen, wie die Erzherzoge von Oeſterreich dieſelben ausgeübet haben und 4) da Frankreich dieſe Stelle durch den Münſterer Frieden erhalten habe, und nur darnach auf ihn habe übertragen werden können und wollen, ſo ſey der Münſterer Frieden als der urſprüngliche Titel dieſer Stelle bey jedem Beſitzer mithin auch bey ihm anzuſehen, und dieſer müſſe als die eigentliche Entſcheidungs-

quelle

quelle aller Rechte und Verbindlichkeiten, welche dieſe Stelle betreffen, angeſehen werden. Jeder Beſitzer könne und müſſe alſo dieſelben darin begründen. Da der Prinz dieſes Amt von dem Könige von Frankreich zu Lehen trägt, ſo weiſet ihn zwar ſein unmittelbares Verhältniß gegen ſeinen Lehensherrn, an den König von Frankreich, um von dieſem zuerſt die Aufrechterhaltung ſeines Lehens zu fordern; wenn er aber von dieſem keine wirkſame Hülfe erhält, oder erlangen kann, ſo kommen ihm alle zur Vertheidigung ſeines Lehens erlaubte Rechtsmittel zu, die nicht gegen die Rechte des Lehens-Herrn ſind.

Ad tuendum & perſequendum Dominium feudi utile Vaſallo competunt remedia juris tam judicialia quam extrajudicialia, modo iisdem *bona fide* utatur, nec contra jus Domini ſucceſſorumque feudalium.

BOEHMER princip. Juris feudal. §. 256.

Da nun, wie quæſtion. I. et II. gezeigt worden iſt, daß die Verfaſſung der 10 Reichsſtädte in dem weſtphäliſchen Frieden gegründet ſey, und die Landvogtey damit in einer unzertrennlichen Verbindung ſtehe, und ſowohl das urſprüngliche Recht ſeines Lehens als auch die darauf haftenden Verbindlichkeiten daraus ihre Beſtimmung erhalten haben, ſo kann er ohne allen Anſtand bey Vertheidigung ſeines Lehens

auf

auf dieſen Frieden ſich berufen, und diejenigen, welche die Garantie deſſelben übernommen haben, auffordern, damit durch ihren kräftigen Schutz und Beyſtand die Erhaltung ſeines Lehens, und die fernere ungeſtöhrte Ausübung ſeiner Verbindlichkeiten bewirket, und auf dieſe Art der Friede ſelbſt aufrecht erhalten werde. Dadurch unternimmt er nichts gegen die Rechte ſeines Lehenherrns, ſondern er vertheidiget dieſelben vielmehr, und ſuchet ſie zu erhalten. Da nun das deutſche Reich der vorzüglichſte Contrahent und Garant des weſtphäliſchen Friedens iſt,

Art. XVI. P. M. Art. XVII. § 5. P. O. und daſſelbe ausdrücklich in §. 87. P. M. ſtipuliret hat, daß die Verfaſſung der 10 Reichsſtädte im Elſaß, mit welchen die Landvogtey verbunden iſt, erhalten werden ſolle, dabey die ganze friedensmäßige Conſtitution des Elſaßes auf gewiſſe Art davon abhängt, ſo kann der Prinz von Montbarey ohne allen Anſtand nach dem Beyſpiel der übrigen im Elſaß begüterten Reichsſtände ſowohl als der dortigen Ritterſchaft in Subſidium den Beyſtand und Schutz des deutſchen Reiches anrufen, und er kann allerdings hoffen, daß er ihm um ſo weniger von dieſem werde verſaget werden, jemehr dem deutſchen Reichsſtaate und allen ſeinen Gliedern an der gemeinen und vollſtändigen Befolgung dieſes wichtigen Reichs-Grundgeſetzes gelegen ſeyn muß, und je offenbarer und auffallender die will-

willkührlichen Verletzungen dieses so oft bestätigten Friedens sind, welche die bekannten Schlüsse der allgewaltigen Französischen Nationalversammlung veranlasset haben.

§. 63.

Ja wir glauben sogar: daß der Prinz von Montbarey in dem Falle schuldig sey, dieses Mittel zu ergreifen, wo die übrigen ohne Wirkung bleiben sollten. Denn von der Erhaltung seines Lehens hängen zugleich Rechte dritterer ab, nämlich der Clientischen Reichsstädte, gegen welche er durch sein Lehen, wie wir in der vorigen Frage dargethan haben, bestimmte Verbindlichkeiten übernommen hat. Er muß mithin seiner Seits alle Mittel anwenden, um diesen ihm aufgelegten Pflichten ein Genügen zu thun; es hängt also in dieser Rücksicht nicht von ihm ab, ob er von seiner Befugniß Gebrauch machen wolle, sondern er ist verbunden, dieselbe für diejenigen wirksam zu machen, die durch das Lehen seinem Schutze übergeben worden sind; es gilt hier nicht blos um sein Privatinteresse, sondern zugleich um jenes eines ansehnlichen Theiles der Provinz Elsaß, derer bestimmte Verfassung ihm zur Vertheidigung und Handhabung auf eine solche Art übergeben worden ist, daß darüber, wie man oben bewiesen hat, keine gültige Abänderungen als mit Bewilligung des deutschen Reiches als Mitpaciscenten geschehen könne.

Wenn demnach der Herr Prinz von Montbarey irgend ein geſetzmäßiges Mittel verſäumte, wodurch er ſein Lehen erhalten könnte, ſo müßte dieſes als eine wahre Lehensdeterioration angeſehen werden, und alle diejenigen, welche bey dieſem Lehen intereſſiret ſind, würden dadurch ein Recht erhalten, gegen den Herrn Prinzen von Montbarey Klage zu erheben.

GOTTFR. LUD. MENCKEN de obligatione Vaſalli res in feudum ſibi datas deteriores haud reddendi &c. ad 11. feud. 8. et 11. feud. 27. in Zepernick analect. jur. feudal. Tom. I. Obſ. 38.

Dieſe intereſſirten Theile ſind hier nicht nur der Lehnsherr ſelbſt, ſondern vorzüglich die 10 vereinigten Reichsſtädte, im gewiſſen Betrachte die ganze Provinz Elſaß, welcher an der Erhaltung ihrer ganzen Verfaſſung gelegen iſt, und das deutſche Reich, welches dieſe Verfaſſung garantiret, und nur unter der Bedingniß der Erhaltung und Handhabung derſelben die Landvogtey an die Krone Frankreich abgetreten hat, in deren Verbindlichkeit der Herr Prinz von Montbarey eingetreten iſt.

S. die 1te und 2te Frage.

Will ſich mithin der Herr Prinz gegen dieſe intereſſirten Theile keiner ſträflichen Verantwortung ausſetzen, ſo muß er denſelben die gewalt-

ſamen

ſamen Veränderungen ſeines Lehens anzeigen, ihre Hülfe auffordern, und ſich dadurch wenigſtens für jeden Fall von aller Verantwortung frey machen. Denn es iſt bekannt, wie verſchieden die Lehensdeteriorationen nach Verſchiedenheit der Lehen ſeyn, und wie mancherley Klagen dadurch gegen den Lehensmann entſtehen können.

S. Friedrich Auguſt Huch von Lehens-Deteriorationen und deren rechtlichen Wirkungen in Zepernicks Miſcellaneen zum Lehenrecht VI. pag. 136. §. VI. §. VIII. ſeq.

Sind nicht alle Nachfolger des gegenwärtigen Königs von Frankreich berechtiget, von ihrem dermaligen Lehensbeſitzer in Zukunft zu fordern, daß er das ihm übertragene Lehen nicht zu Grund gehen laſſe, iſt er dieſen nicht eben ſo ſchuldig, über ſein Lehen Rechenſchaft zu geben, als dem gegenwärtigen Könige, da es ein ex pacto & providentia Majorum erworbenes Recht iſt. Der Herr Prinz von Montbarey verhält ſich gegen die Krone Frankreich, wie ein deutſcher Reichs-Vaſall gegen Kaiſer und Reich, der von ſeinem Lehen nichts darf entkommen laſſen, ohne ſich der ſtrengſten Verantwortung deshalben auszuſetzen.

S. citat. Huch §. XI. §. XIII.

Moſer von der deutſchen Lehensverfaſſung. 1. Buch 12tes Kap. §. 16. p. 131.

Wäre nicht das teutſche Reich berechtiget, an den Herrn Prinzen von Montbarey, als den Beſitzer der durch den weſtphäliſchen Frieden an Frankreich übertragenen Landvogtey, wegen der friedenswidrigen Veränderungen derſelben ſich zu halten, und wie kann er ſich anders gegen alle Beſchuldigungen und Anſprüche, die gegen ihn von den verſchiedenen intereſſirten Theilen geſchehen können, ſicher ſtellen, als wenn er alle geſetzmäßige Mittel zur Rettung ſeines Lehens, und zur Erfüllung der ihm obliegenden Verbindlichkeiten einſchläget, und ſich dadurch auſſer Schuld ſetzet, die bey Vernachläßigung derſelben ihm aufgebürdet werden könnte.

## Zweifelsgründe und Beantwortung derſelben.

Man ſage nicht, der König ſein eigentlicher Lehensherr habe ihn ſeiner Pflichten entlaſſen: die Lehensverordnung II. f. 27. §. 7.

quicunque advocatiam ſuam vel aliquod beneficium inornate tractaverit & a Domino ſuo admonitus non reſipuerit & in ſua perduraus inſolentia ordine judiciario tam advocatia quam beneficio exutus fuerit. Si poſtmodum auſu temerario advocatiam vel beneficium invaſerit, pro violatore habeatur.

verliere alſo hier ihre Anwendung, die intereſſirten Städte hätten ebenfalls auf ihren Sch.. Verzicht gethan; es gelte mithin blos um d.. P..

ivatintereſſe des Herrn Prinzen, welches
r allezeit dem öffentlichen untergeordnet ſeyn
ſſe.

Allein 1) wer kann dasjenige, was die
itional-Verſammlung beſchlieſſet, für den
yen Willen des Königs gelten laſſen? 2)
t die Landvogtey nicht ein erworbenes Recht
das ganze königl. Haus ex pacto & pro-
lentia Majorum, haben deſſelben ſämmtli-
Mitglieder eingewilliget, und können die
malen lebenden zum Nachtheil ihrer Nach-
mmenſchaft darauf Verzicht thun? 3) Wi-
ſpricht nicht ein anſehnlicher Theil der fran-
iſchen Nation den bisherigen Beſchlieſſungen
Nationalverſammlung, und läugnet ihr un-
ſchränktes Repräſentations-Recht? 4) Iſt
yt durch die Beantwortung der 1ten Frage
gethan worden, daß weder der König noch die
itionalverſammlung nach gültigen noch jezt be-
yenden Frieden weder die Landvogtey noch die
rfaſſung der 10 R. Städte zerſtöhren dürfen?

Was den Verzicht der Reichsſtädte be-
t, ſo iſt derſelbe ebenfalls bey der 1ten
ige als ungültig, Friedens- und Conſtitu-
iswidrig bewieſen worden.

Die übrigen Einwendungen, welche gegen
Bejahung dieſer Frage noch vorgebracht
den könnten, ſind ebenfalls von der Art,
i ſie theils ſchon durch die Entſcheidungs-
nde, theils durch quæſt. II. beſeitiget wor-

den ſind; denn wollte man allenfalls noch ſagen: daß der Prinz von Montbarey ſein Recht nicht aus dem Weſtphäliſchen Frieden, ſondern nur aus der königlichen Inveſtitur habe, und Er deswegen die Garantie dieſes Friedens nicht auffordern könne, ſo iſt in quæſt. II. ſchon weitläufig darauf geantwortet worden. Eben ſo wenig kann man behaupten, daß das deutſche Reich kein Recht und kein Intereſſe habe, ſich in ſtreitige Verhältniſſe eines franzöſiſchen Vaſallen gegen ſeinen ſouveränen Lehensherrn einzumiſchen, beſonders da Frankreich die volle Oberherrſchaft, *ſuprematum Dominium* über den Gegenſtand des ſtreitigen Lehens erhalten habe; indem, wie in quæſt. II. ausgeführet worden iſt, der Gegenſtand dieſes Lehens, nämlich die Landvogtey zwar unabhängig vom deutſchen Reiche an Frankreich, aber doch in der Art übergeben worden iſt, daß dieſe Krone ſie in dem nämlichen Zuſtande, und nach den nämlichen Verhältniſſen beſitzen ſolle, wie das Haus Oeſterreich dieſelbe zuvor ausgeübt hat; in ſoweit bleibt dieſe Landvogtey allezeit ein Gegenſtand, welcher im weſtphäliſchen Frieden Beſtimmungen erhalten hat, auf deren Beobachtung jeder Theilhaber des Friedens zu dringen berechtiget iſt, und das deutſche Reich hat dadurch noch ein beſonderes Intereſſe dabey, da die Zernichtung dieſer Stelle als eine Folge der Vertragswidrigen Veränderung der politiſchen Conſtitution der Elſaßiſchen Reichsſtädte

städte angesehen werden muß, welche nach dem Münsterer und den übrigen Frieden de jure nie aufgehöret haben, wahre unmittelbare Bestandtheile des deutschen Staatskörpers zu seyn.

Wir sind deshalben auch in Ansehung dieser 3ten Frage der rechtlichen Meynung: daß der Herr Prinz von Montbarey, falls von Seiten seines Obersten Lehensherrn, aus welcher Ursache, oder wegen welchen Hindernissen es geschehe, keine wirksame Abhülfe seiner Beschwerden erfolge, in subsidium die Vermittelung und den Schutz des deutschen Reichs nicht nur anrufen könne, sondern sogar dazu gehalten sey.

L.S.

Decanus Senior ceteriqve Doctores et Professores Facultatis Juridicæ in alma & antiquissima Universitate Electorali palatina Heidelbergensi.

## Piéces Justificatives.

### Num. I.

Revers von Ottone Herzogen zu Oesterreich, ꝛc. Als des Heil. Reichs Ober-Landvogten ꝛc. unter Kaisern Ludovico Bavaro anno 1331.

Wir Ott, von Gottes Gnaden, Herzog zu Oesterreich, und zu Steyer, ꝛc. verjähen,

und thun kund offentlich mit dieſem Brief, allen denen, die ihn anſehen, oder hören leſen, daß Wir durch ſondere Gnad, die Wir haben zu der Stadt zu Collmar, die Uns geſchworen hat, gelobt und verheiſſen haben, den Weißen, beſcheidenen Leuthen, dem Schultheißen, dem Rath, und den Burgern gemeiniglich daſelbſt, daß Wir ihnen ſtät haben wollen, und behalten, alle die Freiheit, Rechte, Genad und alle ihre Brief und gute Gewohnheit, die Sie von Kayſern und Königen hergebracht haben, und ſonderlich alle die Genad, die Ihn unſer lieber Herr Kayſer Ludwig von Rom, in Königlichen oder in Kayſerlichen Gewalt gegeben hat, und ſollen Ihn die mit nichten übertretten, und ſollen Sie getreulich verſprechen, und fürdern an aller ſtatt, als ein getreuer Pfleger des Heil. Röm. Reichs, und ſollen auch das thun, wann unſer Vicariat-Ammt angeht; Und das zu einem Urkunde, geben Wir Ihn dieſen Brief, verſiegelt mit unſerm Inſiegel. Der ward geben zu Nürnberg, Dienſtag nach unſers Herrn Leichnambs Tag, da man zählt von Chriſtus Geburt, dreizehen hundert, darnach in dem ein und dreiſigſten Jahr.

## Num. II.

### Revers Caroli IV. Römiſchen Königs ꝛc. die Städte der Land-Vogtey Hagenau nicht zu verpfänden noch zu verſetzen ꝛc.

1347.

Wir

Wir Carl, von Gottes Gnaden, Römischer König, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs und König zu Böhmen ꝛc. Thun kund allen, die diesen Brief sehen, und hören lesen, unserer Königlichen Klarheit geziemet, die Bitte gnädiglich zu erhören, und sie zu fürdern, die mit ganzem lauterm Willen, des Heil. Reichs Diener, und Anhaften sind, und durch des Reichs Nutz und Ehre, ihr Leib und ihr Guth unerschrockentlich, gebührend wagen davon, so haben Wir gnädiglich angesehen, die willig und dienstbare Werk, die Uns, und dem Reich, die Bürger, und die Gemeinde, Unserer Städte zu Collmar, Schlettstadt, Enheim, Roßheim, Mühlhaußen, Keyßersperg, Türkheim und Münster, Unser Liebe Getrewe, haben erzeugt und gethan, und noch thun sollen, und haben Ihn gelobt, und geloben Ihn mit Urkund diß Briefs, daß wir Sie, noch derselben Städte an kein, niemand von dem Reich söndern, hingeben, versetzen noch verpfänden wollen, damit Sie von dem Reich entfremdet, getheilt, oder gesöndert werden mögen, in keine Weiß ohne alle Gefährde. Dessen zu einer Urkund haben Wir unser Königlich-Insiegel gehangt an diesen Brief. Der zu Hagenau war gegeben, im Jahr, da man zählt von Gottes Geburt, Dreizehen Hundert und vierzig Jahr, an dem nächsten Mittwoch nach St. Niclaus Tag.

## Num. III.

### Revers Kayser Carl des IV.
### Daß widerwärtige Freyheiten und Brief, so Er einem oder anderm geben würde, und der Städte Freiheiten nicht gleich ꝛc. ohne Kraft sein sollen ꝛc.
### 1348.

Wir Carl, von Gottes Gnaden, Röm. König, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, und König zu Böheim ꝛc. Entbieten Unseren Lieben Getrewen, den Bürgermeistern, den Räthen, den Burgern gemeiniglichen der Städten, Hagenaw, Collmar, Schlettstadt, ꝛc. und allen Unsern, und des Reichs Städten im Elsaß, Unser Huld, und alles Gut. Wann Wir durch Unmuß und manche große Sachen, die Wir zu verrichten haben, nicht allweg gedenken mögen, der Rechten, die Wir eüch bestättigt haben, und Gnaden, die Wir Euch gethan haben, in der Gemein und auch etlichen besonder, und geben unterweilen von Vergessenheit, und durch Bittwillen der Leuthe, etliche Brief, die eüch leicht mißfallen. Darumb wollen Wir das ernstlich von ganzem willen, was Brief Eüch kommen sind in vergangner Zeit, oder ausbracht wurden von Uns in künftigen Zeiten, die wider mehr Recht, Gewohnheiten, Gnaden und Gelübde, die Wir Eüch gethan haben, in der Gemein, und etlichen besonder in keinen Stucken wehrent, daß Ihr Euch daran nicht kehren, und

und ihren auch nichts achten, wann Wir meynen zu aller Stund, daß ſolch Unſere Brief niemand ſchaden ſollen, an ſeinen Rechten, und Unſer ganzer Will iſt, daß Wir Euch Recht, Genad, und alle Gelübd, die Wir Euch gethan haben, ganz ſtäth, und unzerbrochen halten wollen, ohn alle Hinderniß. Mit Urkund dis Briefs, verſiegelt mit unſerm Königlichen Inſiegel, der geben iſt zu Nürnberg, nach Chriſtus Geburt, Dreyzehn hundert Jahr, und in dem Acht und vierzigſten, an dem nächſten Zinſtag vor St. Weltins Tag.

## Num. IV.

### Bewilligung und Geheiß Kaiſer Caroli IV. daß die Verein-Städte im Elſaß ſich mit einander verbinden ſollen und mögen. Anno 1354.

Wir Karl, von Gottes Gnaden, Römiſcher König, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, und König zu Böhm ꝛc. Bekennen, und thun kund allen Leüthen, die dieſen Brief hören, ſehen oder leſen. Wann Wir kundlich angeſehen haben, ſolche gebreſten, Mishelle und Auflauffe, die bis auf dieſe Zeit in dem Lande, in den Städten, und unter den Leüthen, die Uns, und dem Heyl. Reich zugehören, in Elſaß geweſen ſind; So haben Wir von unſeren Königlichen Gnaden, durch Nothdurft, und offenbaren Nutzen oder ehgenannten Unſer, und des Reichs

Städ-

Städte, Land und Leute, geboten und geheiſſen, heiſſen und gebieten mit dieſem Brief, bei Unſeren und des Reichs Hulden, Unſeren Schultheiſſen, Bürgermeiſter, Räthen, Burger und Gemeinde der Städten Hagenau, Collmar, Schlettſtadt, Weiſſenburg, Enſheim, Roßheim, Mühlhaußen, Kayſersperg, Münſter und Dürkheim, daß ſie ſich zuſammen verbinden mögen gegen Männiglichen, doch ausgenommen Uns, das Reich, Unſere Landvögt, und andere Unſere Ampt-Leuthe, die Wir haben, zu Zeiten einander getreulich zu rathen und zu helffen ꝛc. Mit Urkund diß Briefs verſiegelt mit Unſerm Königlichen Inſiegel. Geben zu Regenſpurg nach Chriſti Geburt, dreizehen Hundert, und darnach in dem Vier und Fünfzigſten Jahre, des nächſten Donnstag nach St. Bartholomäi des Heyl. zwölf Boten, in dem Neündten Jahr Unſerer Reiche.

## Num. V.

### Revers Pfalz-Graf Ruprechts ꝛc. Ober-Land-Vogten, unter Kayſer Carlen dem IV. Anno 1354.

Wir Ruprecht, von Gottes Gnaden, Pfalzgraf bey Rhein, des Röm. Reichs Obriſter-Truchſäs, Herzog zu Bayern, Vicari in Teütſchen Landen, und Land-Vogt im Elſaß, Bekennen und offenbahren mit dieſem Brief, daß Wir den Erbaren, Weißen Leuthen, dem Rath, den

den Burgern gemeiniglichen, und der Stadt zu Collmar alle Freiheit, Recht, und gute Gewohnheit und alle ihre Brieff, die sie hant von Kayßern und von Königen, und besonderlichen die Brieffe, und die Gnade, die Sie hant von Unserm gnädigen Herrn dem Römischen König Carln, und König zu Böhm, wollen stät halten, und nicht überfahren, ohn alle Argliste, dieweil Wir Unsers ehegenanndten, des Römischen König Carls vicarii sind, und wärs, daß sie jemand darvon bringen wollt, darfür sollen Wir Sie getreülich schirmen, ohn Gefährde, außgenommen Unsern obgenandten Herrn König Carl. Mit Urkunde diß Briefs, versiegelt mit Unserm hangenden Insiegel, der geben ist zu Schlettstadt am Mittwoch nach St. Nicolaus Tag, da man zahlt von Christus Geburt Dreyzehn Hundert Jahr, und darnach in dem Vier und Fünfzigsten.

## Num. VI.

### Kayßers Caroli Privilegium, Krafft welches die Stadt Collmar und dero Burgerschaft, sammt und sonderlich mit ihrem Leib und Guth, von dem Land-Gericht und allen andern Unter-Gerichten in anno 1370. eximirt und befreyt, so von allen folgenden Kayßern bis hieher confirmiret worden.

Wir Carl von Gottes Gnaden Römischer Kayßer zu allen Zeiten Mehrer des Reichs

und

und König zu Böheimb. Bekennen und thun kund offentlich mit diesem Briefe, allen den, die ihn sehend oder hörend lesen, wann Wir zu andern Zeiten den Burgermeistern, dem Rathe und den Burgern, gemeiniglich Unser, und des Reichs Stadt zu Collmar und lieben Getreuen die Gnad gethan han, daß Niemand ihr Laib und Guth laden solle, oder heischen auf kein Land-Gerichte, sondern wer zu ihn icht zu sprechen hat, daß der Recht solle von Ihn nehmen, vor Ihrem Schultheißen, als in unsern Briefen, die Sie darüber haben, vollkommentlicher ist begriffen. Doch ist Uns fürkommen, daß der Land-Richter in Obern-Elsaßen, und die an demselben Land-Gerichte sitzen, dieselben Unsern und des Reichs Burgern für sich heischen, laden und Recht über sie sprechen. Wann wir nun wollen, daß Unsere Gnad und Freyheit, die Wir Ihn gethan haben, gänzlichen gehalten werden, davon gebiethen Wir ernstlich und vestiglich, bei unsern und des Reichs Hulden, dem Land-Richter, und denn die an dem obgenandten Land-Gericht gesaſſen seyn, sitzen, oder in Zeiten sitzen werden, daß Sie für das mehr keinen unsern Burgern von Collmar, wo die sitzen, nicht für sich heischen oder laden süllen, und nehmen und thun auch abe, mit rechter Wissen und Kayserlicher Machte, alle sulche Ladung und Urtheil, die über die vorgenandt Unser Burger von dem Land-Richter in Obern-Elsaßen und den die an

dem

dem Land-Gericht ſitzen, bisher geſchehen oder geſprochen ſeyn, oder fürbaß geſprochen werden, und wer dawider thäte, der ſoll in Unſer und des Reichs ſchwere Ungnade verfallen ſeyn, und einer Poene zehen Pfund Goldes, die halb in Unſer und des Reichs Cammer, und das ander halbe Theil den von Collmar wie offte und dicke, ſie überfahren werden ſüllen, gefallen, mit Urkund diß Briefs verſiegelt mit Unſer Kayßerlichen Maieſtaet Inſiegel, der geben iſt zu Carls Baden nach Chriſtus Geburth Dreyzehen Hundert Jahr, darnach in dem Siebenzigſten Jahre am St. Gallen Tag, unſer Reiche in dem Fünf und Zwanzigſten, und des Kayſerthumbs in dem Sechzehenden Jahre.

Per Dn: Cancellar.
Dom: de Syſenheimb.

## Num. VII.

### Kayſers Caroli Exemptions Privilegium de anno 1376. in ſubſtantialibus gleiches Innhalts, wie das vorſtehende.

Wir Carl von Gottes Gnaden Römiſcher Kayßer, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, und König zu Böheimb, bekennen und thun kund offentlich mit dieſem Briefe allen denen, die ihn ſehen oder hören leſen. Wann Wir zu andern Zeiten den Burgermeiſter, Rathe und Burgern gemeiniglichen Unſer, und des Reichs Stadt zu Collmar, Unſern lieben Getreüen,

treuen, die Gnade gethan haben, daß niemand Ihr Leib, Ihr Guth laden ſoll oder heiſchen, auf kein Land Gericht, ſondern wer zu Ihn icht zu ſprechen hat, daß der Recht von Ihn ſolle nehmen, vor ihrem Schultheißen, als in Unſern Briefen, die ſie darüber haben, vollkommentlicher iſt begriffen, doch iſt Uns fürkommen, daß der Land-Richter in Obern-Elſaſſen, und die an demſelben Land-Gerichte ſitzen, dieſelben Unſere und des Reichs Burger und Soldner für ſich heiſchen, laden und Recht über ſie ſprechen. Wann Wir nun wollen, daß unſere Gnade und Freyheit, die Wir Ihn gethan haben, gänzlich erhalten werde, davon gebieten Wir ernſtlichen und feſtiglichen, bey Unſern und des Reichs Hulden, dem Land-Richter, und den, die an dem obgenandten Land-Gerichte, oder an andern Land-Gerichten oder Gerichten, wo ſie ſeyn gelegen, ſitzen, oder in Zeiten ſitzen werden, daß Sie fürbaß mehr keinen unſern Burger oder Soldner von Collmar, wo die ſitzen, nicht vor ſich heiſchen oder laden ſollen, und nehmen und thun auch abe mit rechter Wiſſen und Kayſerlicher Machte alle ſolche Ladungen und Urtheil, die über die vorgenandte unſere Burger und Soldner von dem Land-Richter in Ober-Elſaſſen von dem die an dem Land-Gerichte ſitzen, und von andern Land Richtern und Richtern, wo die ſeyn bisher geſchehen, oder geſprochen ſeyn, oder fürbaß geſprochen werden; Wäre aber Sache, daß in Zeiten ein

Land-

Land-Richter oder anderer Richter, wer er auch wäre, gegen Unser gegenwärtig Kayserliche Gnade, die vorgenannte unsere und des Reichs Burgere und Soldner zu Collmar, freventlich vortheilte, triebe, vorlüde, oder über Sie Recht oder Urtheil spreche, nach der Zeit daß er kundlichen unterrichtet, und unterweiset würde, mit diesem Brieff, der Gnade, die darinn begriffen seyn, und dem von solcher Beschwernusse, als darvor stehet, innewenig acht Tagen, nach solcher Unterweissung gänzlichen nicht liesse, der soll über das, daß solche Vorladung Recht und Urtheil, weder Kraft noch Macht haben sollen in keine Weis, in Unser und des Reichs Achte sein, die Wir auch in Unser und des Reichs Achte, mit rechtem Wissen und Kraft dieses Briefs thun, gleicher Weis ob Er mit urtheilen darzu urtheilt war, und soll auch zwanzig Pfund Golds verfallen seyn,, die halbe in Unser und des Reichs Cammer gefallen sollen, und das andere halbe Theil den vorgenandten Unsern Burgern und Soldnern zu Collmar, die wider diese unsre Gnade überfahren werden. Mit Urkund dies Briefs versiegelt mit Unsern Kayserlichen Majestaet Insiegel, der geben ist zu Frankfurth uff dem Mayne, nach Christus Geburth Dreizehen Hundert Jahr, darnach in dem 76. Jahr, des nächsten Donnerstags, nach St. Johannes Tage des Taüffers, Unser Reiche in dem Dreyssigsten, und des

Kayſerthumbs in dem Zwey und Zwanzigſten Jahre.

Per Dom. de Coldizt.
Theodor. Dameron.

## Num. VIII.

### Kayſers Wenceslai Reſcriptum de anno 1382.

Kraft welches Er dem Oeſterreichiſchen Land-Vogt im Elſaß auferlegt, die Ampt-Leuthe und Land-Richter, von Citir- und Berufung der Stadt Collmar vor das Land-Gericht abzuhalten.

Wir Wenzlaw von Gottes Gnaden Römiſcher König, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs und König zu Böhem, entbieten dem Edlen Martin Malderer, Unſers lieben Oheim Herzog Leüpols von Oeſterreich Land-Vogt, in Obern Elſaſſen Unſerm lieben Getreüen, Unſer Genad, und alles Gut. Lieber Getreuer, Uns iſt fürgelegt von wegen des Burgermeiſters, Raths und Burger Unſerer und des Reichs Stadt zum Collmar und lieben Getreüen, wie daß Sie oft an das Land-Gericht in Obern Elſaſſen geheiſcht und geladen werden, und auch daſelbſt bekumert wider ſolche Freiheit, Brief und Gnade, die Sie von Uns und dem Reiche unſern Vorfahren an dem Reche, Römiſchen Kayſern und Kunigen, und ſonderlich von dem Allerdurchlauchtigſten Fürſten und Herrn, Herrn Carlen

etwan

etwan Römischen Kayser, Unserm lieben Herrn und Vattern Hant, das doch nicht sein sollte, und auch mit denselben Brieffen, wann sie daselbst kommen, so wollen sich der Land-Richter und die Ritter nicht lassen unterweisen, und daß sie auch zu andern Zeiten einen offenbahren Schreiber, den Sie mit Jhn daselbst an das Land-Gericht brachten, Sie zu unterweisen und die Brieffe zu verhoren gefangen haben, daß uns doch von Dir unbillig dünket. Davon so gebieten Wir dir ernstlich und bestättigen, bei unsern und des Reichs Hulden, daß du mit demselben Land-Richter, und den Rittern, die da Recht sprechend, in denselben Land-Gerichten bestellest, daß Sie dieselben unsern und des Reichs Burger, bey den vorgenant Jhren Brieffen, Freyheiten Rechten und Gnaden bleiben lassen, und daß Sie auch von Jhn und Jhren Soldnern nicht mehr richte. Wann geschehe das nicht, so wollten Wir dazu gedenken, wie daß die vorgenannt unsere Burger bei solchen ihren Rechten, Gnaden und Freyheit bleiben. Geben zu Frankfurt uff den Mayne an Sant Margarethen Tage der Heiligen Jungfrauen. Unser Reiche des Böhemischen in den Zwanzigsten und des Römischen in dem Siebenden Jahre.

## Num. IX.

Kaysers Wenceslai Privilegium Exemptionis de anno 1397. hauptsächlich

gleiches Innhalts mit beyden vorſtehenden.

Wir Wenzlaw von Gottes Gnaden Römiſcher Kunig, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs und Kunig zu Böheim, bekennen und thun kund offentlichen mit dieſem Brieffe, allen den, die ihn ſehen, oder hören leſen, daß Wir durch ſolcher getreuer und nutzlicher Dienſte und Ehren willen, die Uns und dem Reich, der Schultheiſſe, Burgermeiſter, Räthe, und die Burgeren gemeinlichen der Stadt zu Colmar, Unſere lieben Getreuen ofte nutzlichen und unverdroſſentlich gethan haben, und auch thun ſollen und mögen in künftigen Zeiten, darumb ſo haben Wir Sie mit wohlbedachtem Muthe, Rathe, Unſerer und des Reichs Fürſten und lieben Getreuen dieſe beſondere Gnade gethan, und thun ihn die auch mit Kraft diß Brieffs; Als daß ſie Niemande fürbaß mehr ewiglich, wer der ſey, und in welchen Ehren und Würden Er auch ſey, die ehgenannt Burgere miteinander, oder kein beſonder, er ſei Mann oder Weib und ihr Hinterſaſſen, fürtreiben, fordern, anſprechen, beklagen, bekümmern, urtheilen oder richten ſülle oder möge, für Unſer Königlich Hof-Gericht, oder am andern Land-Gerichte der Gerichten, wo die liegen, gelegen, und wie die genandt ſind, beſonder wer den ehgenant Burgern allen, Ihr einen oder mehr, Er ſey Mann Weib, oder ihren Hinterſaſſen

zu

zu sprechen, zu klagen oder Forderung hat, oder gewinnet, der soll das thun vor dem Schultheissen und den Richtern daselbst zu Collmar, und Recht do for ihn nehmen, und sich des lassen begnügen, und nyendert anderswo, es wäre dann, daß dem Kläger oder Klägerinn kundlich und offentlich recht widersagt würde, von dem egnant Schultheissen und Richtern zu Collmar, ausgenommen alleine, ob Wir selber zu ihn nichts zu sprechen hatten, doch meinen und wolle Wir, ob das wäre, daß iemands wer der wäre, die egnante Burger, gemeinigelichen oder ihr kein besonder, noch iär Hindersassen uff keine andere Gericht usserhalb ihr Stadt zu Collmar Ende bekümmerte oder achte, daß den dieselbe Ladung, Forderung Urtheil und auch die Rechte gänzlich todte und ab seyn solle, und in allen, nach ihr keinen besunder kein Schade seyn solle, in kein Wege. Mit Urkund diß Briefs versigelt mit Unser Königlichen Mayestaet Insiegel. Geben zu Nürnberg nach Christus Geburt Dreyzehen Hundert Jahr, und darnach in dem Sieben und Neünzigsten Jahren, an St. Lucas Tage, Unser Reiche des Böhemischen in den Fünf und Dreyssigsten und des Römischen in den Zwey und Zwanzigsten Jahren.

L.S.

Num. I.

Revers Kayser Sigismundi.

Die Berent-Städte der Land-Vogtey Hagenau zu ewigen Zeiten, nicht zu trennen, zu versetzen oder zu verpfänden, noch das Amt der Land-Vogtey in Elsaß, noch die Jährliche Stadt-Steuren hinzugeben, oder zu entfremden ꝛc. 1414.

Wir Sigmund, von Gottes Gnaden, Römischer König, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, und zu Ungarn, Dalmatien und Croatien ꝛc. König. Bekennen und thun kund offenbar mit diesem Brief, allen den ihn sehn, und hören laßen, wann uns fürbracht ist, daß Unser, und des Reichs liebe Getreüen, Burgermeister, Rath und Burger gemeiniglichen, der Städte, Hagenau, Collmar, Schlettstadt, Weissenburg, Ober-Enheim, Kayserspberg, Mühlhausen, Münster in St. Gregorien Thal, Türkheim, Rosheim, und Selße, von Unsern Vorfahren an dem Reich Römischen Kayßer und Königen, vormals gefreyet und begnadet sind, daß man sie sammethaft, noch sonderlich, von dem Reich nicht entfrembden, entschieden oder versetzen solle, und Wann Wir ihn solcher Kayßer und Könige Brieff, und alle ihre Freiheit, gnädiglich verneüert und bestättiget haben, alsdenn daß die Brieffe darüber geben klärlich ausweißen, daß Wir durch sonderlicher und vester Treue willen, so Sie zu uns und

dem

dem heilgen Reich hant, mit wohlbedachtem Muthe, gutem Rath, und rechtem Wissen, bei unsren Koniglichen Worten gesprochen habend, und sprechend mit diesem Brieff, für Uns, und alle Unsre Nachkommende an dem Reich, Römische Kayßer und Könige, daß Wir die vorgenandte Städte sammethaft, noch ihr keine besonder, noch ihre jährliche Steur, noch das Amt der Land-Vogtei in Elsaß, mit ihren Zugehörungen, bei dem heilgen Reich fürbaß mehr unversetzt bleiben lassen wollend, als sie herkomen sind, und Wir sie funden hant, ohn alle Gefährde. Und gebieten darumb allen Fürsten, Geistlichen und Weltlichen, Graffen, Freyen, Rittern, Knechten, Land-Vögten, Ampt-Leüthen, und allen andern Unseren und des Reichs Unterthanen, und Getrewen ernstlich und vestiglich mit diesem Brief, daß Sie die vorgenandte Städte, in den genandten ihren Gnaden und Freiheiten, nicht hindern, oder darwider beschwären, in keine Weiß, sondern Sie dabei getreülich handhaben, schirmen, und geruhiglich bleiben lassen, als lieb ihn sey, Unser, und des Reichs schwere Ungenad, zu vermeiden. Mit Urkund diß Briefs versiegelt mit Unser Königlicher Majestaet Insiegel. Geben zu Coblenz nach Christi Geburt Vierzehn Hundert, und darnach in den Vierzehenden Jahren an St. Bartholomäi Abend.

## Num. XI.

### Befelch-Brief Kayſers Sigismundi &c. An die Stadt Hagenaw, die Dorfſchaften wider die Land-Vögte und Ampt-Leuthe zu ſchützen ꝛc. Anno 1422.

Wir Sigmund, von Gottes Gnaden, Römiſcher König ꝛc. zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, zu Hungarn, zu Böhm ꝛc. König, Entbieten den Ehrſamen, Burgermeiſter, den Räthen, und der Gemeinde, gemeiniglichen der Stadt zu Hagenaw, die jetzund ſind, oder in Zeiten werden, unſer Genade und alles Gut. Lieben Getreuen. Als Unſere Vorfahren Römiſche Kayßer und Könige, und auch Wir, Unſere und des heiligen Reichs Dörfer, ſo in Unſer Pfleg- und Land-Vogtei Hagenaw gehören, mit unſern Briefen verſchrieben, und Euch der Stadt Hagenaw gegeben haben, bei uns, und dem Reiche, und bei der Stadt ewiglich zu bleibende, und darvon nicht zu kommen, alſo iſt Uns fürkommen, wie dieſelbe unſer, und des Reichs arme Leüthe in den Dörffern vorgenandter Pflegde, ſchwerlichen bedrängt und überladen werden, mit ungewöhnlichen Ueberſteüren, und Mit führung an ungewöhnliche Ende, auſſer dem Reiche, daß doch niemahl geſchehen ſeyn, und viel anders, dann ſie vor Zeiten von Land-Vögten und Ampt-Leüthen, gehalten ſind worden, und um ſolch Bedräng-

ängnuß, müssen die arme Leüthe von Uns
d dem Heiligen Reich weichen, und werden
ns, dem Reich und auch des Reichs
tadt Hagenaw, entfremdet, das Wir
ch leyden wollen; Da heissen und befehlen
Wir, und gebieten Euch ernstlichen, und vestig-
chen, von Römischer und Königlicher Macht,
nd des Heiligen Reichs, mit Kraft dies Briefs,
nd wollen auch, daß ihr die vorgenandte arme
üt bleiben laßt, in unseren und des Reichs
örfern, und daß der Land-Vogt, und die
mpt-Leüthe, die jetzund sind, oder künftiger
eiten werden, dieselben bey ihren alten ge-
öhnlichen Steweren, Diensten, Führungen
nd Engeren, als sie bey unseren Vorfahren
römischen Kayßern und Königen, und beson-
er bei unser lieben Herrn und Vater Kayßer
arln, und bei unserm lieben Bruder König
Benzlaw, seeliger Gedächtnuß gehalten worden
nd, bleiben sollen, und sie bey Uns, und
em Reich, und der Stadt Hagenaw behabend,
ach Innhalt solcher unser und Unserer Vor-
ahren Römischer Kayser, und Königlicher Ma-
estaet Brieffe, so ihr besonder darüber habend.
Da lassen eüch hierinnen Ernst seyn, als lieb
uch sey unser schwere Ungnad zu vermeiden ꝛc.
Mit Urkund diß Briefs, versiegelt mit unserem
Königlichen anhangendem Insiegel, der geben
ist zu Nürnberg, Donnstag nach unser lieben
Frauen tag Nativitatis, nach Christi Geburt,
Vierzehen Hundert und Zwey und Zwanzig,

unſerer Reiche des Ungariſchen in dem Sechs und Dreyſſigſten, des Römiſchen in dem Zwölften, und des Böheimiſchen in dem dritten Jahre.

## Num. XII.

Kayſers Sigismundi Privilegium Exemptionis de anno 1422 mit den vorſtehenden conform.

Wir Sigismund von Gottes Gnaden Römiſcher König, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, und zu Hungarn, zu Böheimb, Dalmatien, Croatien, ꝛc. Kunig, bekennen und thun kund und offenbar mit dieſem Brief allen den, die ihn ſehen oder hören leßen. Wann die Burgermeiſter, Räthe und Burgere gemeiniglich der Stadt zu Collmar, Unſer und des Reichs Lieben und Getreüen, von unſern Vorfahren am Reiche, Römiſchen Kayßern und Kunigen, und ſonderlich von unſerm lieben Herrn und Vattern Kayſer Carlen ſeeliger Gedächtniſſe alſo gefreyet und begnadet ſind, daß Niemand Ihre Leiber noch Güter für dem Gerichte es ſeynd Land-Gericht oder andere Gericht laden noch fürheiſchen ſolle, dann wer ichten zu ihn zu ſprechen hat, daß der vor ihn nehmen ſolle, von ihrem Schultheiſen zu Collmar bei Verließung Zwanzig Pfund Goldes, daß die halb in unſer Königlich Cammer, und die anderhalb den vorgenannten unſern Burgern fallen ſollend, alsdann

dann des vorgenant unsers Herrn und Vatters Majestaet Brief klärlichen inne hältet. Nu haben uns die egenant von Colmar durch ihre treffliche Bottschaft fürbracht, wie daß sie an denselben ihren Freyheiten von Amt-Leüten und Richtern in Städten und in Dörffern schwerlich gehindert werden, daß man ihre Leib und Guth beheften, verbütet und davon richtet, daß ihn schwerlich anliegend sey; Wann aber Wir von Ordnung des Römischen Reichs darzu pflichtig, und sonderlich von unserm eigen Gemüthe geneigt seynd, wie Wir unser und des Reichs Lieben Getreüen des Reichs Städte bei ihren Freyheiten Herkommen und guten Gewohnheiten behalten und beschirmen mögen. Darumb mit wohlbedachtem Muthe, gutem Rechte, rechter Wissen, und von Römischer Macht Vollkommenheit, so setzen und gebieten Wir allen und jeglichen, besonder in welchem Wesen die sind, Ampt-Leüten, Land-Richtern und Richtern, wo und an welchen Enden die sind, oder seyen, es sey in Städten oder auf dem Lande, ernstlich und vestiglich, bei unserm und des Reichs Hulden, daß sie fürbaß mehr über die ehgenannten unsere Burger und Soldner zu Collmar Leibe noch Guth nicht richten noch Urtheil sprechen, sy umb keinerley Zuspruch nichts ausgenommen, für sich laden, fürheischen oder bekümmern in kein Weiß, sunder Sy bey ihren Freyheiten, Gnaden und Herkommen, nach Innhalt ihr Freyheit-Brieff

ohn

ohn allen Eintrag bleiben laſſen ſollend, als lieb Euch ſey unſer ſchwere Ungnade zu vermeiden, und bei Verlieſung der obgent Poene, mit Urkund diß Brieffs, verſiegelt mit unſer Königlichen Majeſtaet Siegel. Geben zu Niculsburg nach Chriſti Geburt Vierzehn Hundert Jahre, and darnach in dem Zwey und Zweinzigſten, Jahre an unſer lieben Frauen Abend Annunciationis, Unſer Reiche des Ungariſchen in dem Fünff und Dreyſigſten, des Römiſchen im Zwölfften, und des Böheimiſchen im andern Jahren.

Per D. C. de Weinſperg Camerarius.

(L. S.) Michæl. Eptus, Bolef.

## Num. XIII.

Reſcriptum Kayſers Sigismundi, Darinnen die Reichs-Städte befreyet, daß der Land-Vogt auf den Fall, ſolcher an ein- oder die andere Stadt etwas zu ſprechen, vor den geſambten Verein-Städten außträglichen ſich beklagen ſolle ꝛc.

1425.

Wir Sigmund, von Gottes Genaden, Römiſcher König, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, zu Hungarn, zu Böheim, Dalmatien, Croatien ꝛc. König. Bekennen, und thun kund offenbar mit dieſem Brieff allen die ihn ſehen, oder hören leſen. Zu uns haben

ben ihre Bottſchaft gethan unſer und des H. Reichs Liebe Getreüe, die Burger in unſern Städten im Elſaß gelegen, und haben uns zu verſtehen gegeben, ob ein Land-Vogt, oder ſein Verweßer zu einzlichen Städten unter ihnen zu ſprechen hätte, daß er ſich dann darumb Rechtens für den andern Städten, die zu ihnen gehören, erbaren und mächtigen Botten benügen laſſen ſolle. Und ob er an gemeine Städte zu ſprechen hätte, daß er ſich darumb Rechtens für Uns, und unſeren Nachkommen, Römiſchen Kayßern und Königen benügen laſſen ſolle, uud haben Uns demüthiglichen bitten laſſen, Ihnen die Gnad zu thun, daß ſie Vorbaß bey den vorgenandten Stucken mögten bleiben, und die auch von neüen Ihnen zu geben und zu beſtätigen. Wann Wir nun die Sachen wohl betracht, und eigentlich gemacht haben, daß diß an ihm ſelbſt redlich iſt, und daß Ihr Bitt umb rechter Redlichkeit darkompt, und auch durch des Dienſt und Treü willen, als Wir an denſelben Städten erkennt und erfunden haben. Darumb mit wohlbedachtem Muth, gutem Rath und rechtem Wiſſen, haben wir die vorgenandte Städte in Elſaß gefreyet, und Ihr Herkommen gnädiglich beſtätigt, vernewert, von neüem gegeben, beſtätigen, freyen, und geben ihnen die von neüem wiſſentlich in Kraft dis Brieffs, von Röm. Königl. Macht, als ob ein Land-Vogt oder ſein Verweßer im Elſaß wer nun iſt, oder in Zeiten

ten seyn würde, zu einzlicher Stadt unter ihnen im Elsaß gelegen, ichzit zu sprechen hätte, daß er sich darumb Rechtens vor den andern Städten, die zu ihnen gehören, erbarn und mächtigen Botten solle begnügen lassen, als das von Alter Herkommen ist, hätte er aber an gemeine Städte zu sprechen, daß Er sich darumb Rechtens für Uns, oder unsern Nachkommen, Römischen Kayßern und Königen soll begnügen lassen, und Sie anderswo an kein Stadt nicht heischen noch fürbringen, in kein Weiß. Und gebieten darumb Unserem Land-Vogt im Elsaß, und seinem Verweser daselbst der nun ist, oder zu Zeiten seyn wird, ernstlich und vestiglich mit diesem Brief, daß sie die ehgenandte Städte gemeiniglich, noch sonderlich, an solchen Unsern Gnaden nicht hindern, noch irren, oder darwider thun, als lieb ihnen sey, Unser und des Reichs schwere Ungnad zu vermeiden. Mit Urkund diß Briefs, versiegelt mit Unserm Königlichen Majestaet Insigel. Geben zu Tetter, in Ungarn, nach Christus Geburth Vierzehen Hundert, und darnach in dem Fünff und Zwanzigsten Jahr, am Samstag nach des heiligen Creützes Tag, Exaltationis, Unserer Reiche des Ungarischen im 39. des Römischen im 15. und des Böhmischen im Sechsten ꝛc.

Num. XIV.

## Num. XIV.

### Revers Pfalz-Graf Ludwigen ꝛc. Unter Kaiser Sigismundo. 1437.

Wir Ludwig, von Gottes Gnaden, Pfalz-Graff bey Rhein, des Hyl. Römischen Reichs Erz-Truchseß, Herzog in Bayern und Land-Vogt in Elsaß. Thun kund allermänniglichen mit diesem Brief, als der Durchläuchtigste Fürst und Herr Herr Sigmund, Römischer Kayßer, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, und zu Ungarn, zu Böhm, Dalmatien, Croatien ꝛc. König, Unser gnädigster lieber Herr, Uns von seinen Gnaden, die ehgenannte Landvogtey im Elsaß empfohlen, und ganz Macht geben hat, des Reichs Städte im Elsaß einzunehmende und zu empfahende. Und wann uns die Ehrsamen, Weißen, Schultheiß, Burgermeister, Räthe und Zunftmeistere zu Collmar gehuldet und geschwohren haben, als andern Land-Vögten, und nach dem daß ihr Gewohnheit und Herkommen ist; so haben Wir gelobt und verheissen, geloben und verheissen mit Kraft diß Briefs, bey unserm geschwohrnen Eyde, den Wir der Stadt von Collmar gethan hant, sie zu schirmende, und zu habende, getreülich, als fern Wir mogent, und sie lassen bleiben bey allen ihren Rechten, Freiheiten, Gnaden und guten

Ge-

Gewohnheiten, als Wir Sie funden hant, bey allen ihren Handveſten und Beſiege Brieffen, die ſie hant von Römiſchen K ßern und Königen, ſeel. Gedächtnuß, ſonderlich die ſie hant von unſerem obgen ten gnädigem Herrn dem Römiſchen Kayſ alleweil Wir die Land-Vogtey inhant, alle Gefährde. Wir verjähen auch, und kennen uns mit diem Brieff, daß uns Meiſter, der Rath, und die Zunfme zu Collmar, von unſers vorgenandten gn gen Herrn des Kayſers wegen, nicht in Pfa weis gehuldet und geſchworen hant, und ben uns newent geſchworen in alle die W als ſie andern Land-Vögten unſern Vorfa gehuldet und geſchworen hant. Auch h Wir gelobt und geſchwohren, daß Wir kei unſerm Diener, noch anderen, umb Di noch von ander Sachen wegen, Brieff Schuld geben ſollend, darumb ſie die S Collmar, oder die Leüte ſo darzu gehöre anſprechen mögend, oder vdt darumb ar beſonder, oder mit andern Städten, in meinſchaft vdt zu fordernde, in keine A außgenommen alle Gefährde. Mit Urkund Brieffs verſiegelt, mit unſerm anhangen Inſiegel der geben iſt zu Collmar auf St. chels Tag des Heiligen Erz-Engels, nach Geburt Chriſti, Vierzehen Hundert Sieben Dreyſſig Jahr.

Num.

## Num. XV.

### Revers Pfalz-Graffs Friedrichs, der Stadt Steuer, und Quittung halben ꝛc. unter Kayſer Friderico &c. 1464.

Wir Fridrich, von Gottes Gnaden, Pfalz-Graff bey Rhein, Herzog in Bayern, des Heyligen Römiſchen Reichs, Erz-Truchſes, und Churfürſt. Kundent allermänniglich mit dieſem Brieff, als Uns die Ehrſamen Unſere lieben Getreüen, Meiſter, und Rath der Stadt Collmar gute Zeit her, im Nahmen des Heil. Reichs, doch auff unſers allergnädigſten Herrn des Römiſchen Kayßers Quittungen, unter Dero Majeſtaet Inſiegel, die Wir ihnen Jährlichen darumb antworten laſſen, ihre Stadt Steüer geben und ausgericht, und Wir ihnen aber jezt ein Schrifft und Quittanz von dem gemeldten unſerm Herrn dem Kayſer, mit dem Majeſtaet Inſiegel verſiegelt, und alle Jahr, Uns, und unſern Erben Müh und Koſten zu erſparen, erholen, und überantworten laſſen habent, darinnen ihnen der gemelte Unſer gnädiger Herr, der Kayßer gebeüt, Uns und unſern Erben fürther Jahrs auf unſer Quittunge ſolch ihr Stadt-Steüer zu richten ꝛc. Und als ſich aber die gemeldten Meiſter und Rath, des etlichermaſſen gewidert, und gemeint damit nit benügen zu haben, beſonder deßhalben, daß die gemeldten Quittanzen oder Schrifft, von unſerm Herrn dem Kayßer außgangen, unter anderm Inn-

halte, daß ſie uns, und Unſern Erben die Stadt-Steüer, auf unſer quittiren, uns auff ein Wiederlößung, nach laut unſer Pfand-Brief, Jährlich geben ſolten, in Meinung, daß ihne dem nachzukommen nicht gebührt, nachdem ſie darwider löblich befreyet wären, daß weder ihr Stadt, noch ihre Stadt-Steüer zu ewigen Tagen vom Heil. Reich nicht verſetzt verkaufft noch niemals in Pfands-Weis verſchrieben werden; noch ſeyn ſollten ꝛc. Da bekennen Wir offentlich mit dieſem Brief, daß Wir darauff ehegemeldter Quittungen, und der von Collmar Inrede nach, mit denſelben von Collmar ihrer Stadt-Steüer halb, alſo in Eynung kommen ſind, daß ſie die Pfand-Brieffe oder Loſungen, in der Quittanz von unſerm Herrn dem Kayßer ußgangen, beſtimmt, in keynerley Weeg ganz nicht binden, auch ihnen an allen ihren Gnaden und Freiheiten unvorgreiflich ſeyn, ſondern daß Sie Uns, Unſeren Erben, oder Nachkommen, ſolch Ihre Stadt-Steuer alleine im Nahmen des H. Reichs, Jährlich auf unſere Quittirunge, richten und bezahlen ſollend, doch alſo und mit ſolchem Unterſchied, ob ihme ſolches nun, oder in künftigen Zeiten von dem obgedachtem unſerm gnädigen Herrn dem Römiſchen Kayßer ꝛc. oder ſeinen Nachkommen, Römiſchen Kayßern oder Königen, am Reich verbotten, oder in einige Weeg widerruft, daß dann obgenannte Quittanzen und Schrift, von Stunden an abe und dieſelben von Collmar derhalb, Uns, Unſeren

seren Erben und Nachkommen, noch niemanden anders, auf keine unsere Quittanz Ihre Steüer zu geben, pflichtig seyn sollend, man bringe ihnen dann demnach aber Quittanz und Brieff unter dern Majestaet Insiegel, wie dann von alter Herkommen ist, und Sie gefreyt sind, ohn alles Gefährde. Und Wir geredn auch bei unsern Fürstlichen Trewen und Ehren, für uns, Alle unsere Erben und Nachkommen, die gemelten von Collmar, noch ihre Nachkommen, ehgemeldter ihrer Stadt-Steüer halb, nun noch zu künftigen Zeiten, weiter nicht zu ersuchen, noch zu trengen, in keine Weg, alle Gefährd ganz hierrinnen außgeschieden. Und deß zu Urkund haben Wir unser Insiegel thun hänken an diesen Brieff. Datum Hagenaw, auf Dienstag nach aller Heiligen Tag, anno Domini Millesimo quadringentesimo Sexagesimo quarto.

## Num. XVI.

### Verbündnuß Maximiliani I. des Röm. Königs ꝛc. mit etlichen Bischöffen und Reichs-Städten, unterm Römischen Kayßern Friderico &c. an. 1493.

Wir Maximilian, von Gottes Genaden, Römischer König, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, zu Hungarn, Dalmatien, Croatien König, Erz-Hertzog zu Oesterreich, Herzog zu Burgund, zu Brithad, zu Braband, zu

Geldern, Graf zu Flandern, zu Tyrol ꝛc. Wir Albrecht, Biſchoff zu Straßburg, Pfalz-Graff bey Rhein, ꝛc. Land-Graff zu Elſaß. Wir Caſpar, Biſchoff zu Baſel, und Wir die Burgermeiſter, Meiſter und Räthe, der Städten Straßburg, Baſel, Collmar und Schlettſtadt bekennen und thun kund allermäniglichen, daß Wir dem Allmächtigen Gott zu Lob, und Unſerm lieben Herrn Vatter und allergnädigſten Herrn, dem Römiſchen Kayßer ꝛc. zu Ehren und beſonders, als Glieder des Heyl. Reichs, durch Unſere und alle unſere Unterthanen, aller unſerer Zugewandten, und aller anderer des Heyligen Römiſchen Reichs Glieder Teutſcher Nation, gemeines Frieden, Nutz und Notdurft willen, Uns alle einhelliglich, mit gutem Rath vorberäthlich, und Wir beſonders der obgenandt Maximilian, Römiſcher König ꝛc. im Namen und als Regierender Fürſt derſelben unſerer Lande, mit Namen Elſaß, Suntgaw, Breißgaw, der Grafſchaft Pfürth, ſammt dem Schwartzwald, zuſammen vereint haben, und vereinen Uns auch in Kraft des Briefs, in rechtem guten Gunſt, Trewen und Liebe, dieſe nachgeſchriebene Dinge getreülich zu halten, zu Widerſtand den Widerwertigen, ungetreüen Laüffen, aller Ehrbarkeit zu Fürdernuß, und Guth, des Erſten obſtahe, da jemand wäre, der einen oder mehr in dieſer Einung, und ſonders in dieſem nachbeſtimbten Zirkel, und begriffen, mit einem fremdhen oder heimiſchen

ſchen Volk, überziehe, oder ſonſt unterſtehen würde, wider Recht, und mit eigenem Gewalt; vom Heil. Reich, von ſeinen Freiheiten, Verſchreibungen, alten Herkommen, oder dem ſeinen zu trennen, oder zu beſchädigen ꝛc. und aller vorgeſchriebenen Dingen zu wahrem Urkund, ſo haben Wir Maximilian, Römiſcher König ꝛc. Erz-Herzog zu Oeſterreich Unſer Königl. Majeſt. Inſiegel; Und Wir Albrecht, Biſchoff zu Straßburg; Und Wir Caſpar, Biſchoff zu Baſel, unſer Siegel, und Wir die Meiſter, Bürgermeiſter und Räthe, der Städte Straßburg, Baſel, Colmar, Schlettſtadt, unſer Stadt mehrer Inſiegel offentlich thun henken an dieſen Brieff, deren unſer jeglicher Theile einen hat, und geben ſind auff Montag nächſt vor unſer lieben Frauen Tag aſſumptionis, nach der Geburt Chriſti unſers Herren, Vierzehen Hundert Neünzig und Drey Jahre.

## Num. XVII.

### Revers der Röm. Kayſerl. Majeſt. Maximiliani I. als Ober-Land-Vogts ꝛc. als Sie die Reichs-Land-Vogtei zu Seyn, und des H. R. Reichs Handen genommen ꝛc. anno 1504.

Wir Maximilian, von Gottes Gnaden, Röm. König, ꝛc. zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, zu Ungarn, Dalmatien, Croatien König, Erz-Herzog zu Oeſterreich, Herzog zu Burgund,

zu Braband und Pfalz-Graff ꝛc. Bekennen offentlich und thun kund allermänniglich mit diesem Brieff, als Wir dann jezt die Landvogtey in unteren Elsaß, so Pfaltz-Graff Philipp bey Rhein, bißher von Uns und dem Heiligen Reich, als ein Ober-Landvogt ingehabt, aus merklichen Ursachen, wiederum zu unseren und des Heiligen Reichs Handen, Gewaltsame und Regierung gezogen und genommen, daß Wir demnach bey unsern Königlichen Würden zugesagt und versprochen haben, und thun das wissentlich in Krafft diß Brieffs, daß Wir Uns und des Reichs Lieben Getreuen Schultheiß, Burgermeister, Rath und Zunftmeister der Stadt Collmar, so in gemelte Land-Vogtey gehörig, wollen schützen, schirmen und befrieden, vor allem Unrechten und Gewalt, als fern Wir können und mögen; Auch haben Wir zugesagt, daß Wir sie wollen lassen bleiben bey allen ihren Rechten, Freiheiten, Gnaden, guten Gewohnheiten, und bey allen ihren Handvesten, und Besiegelten Brieffen, die Sie haben, von uns und unsern Vorfahren am Reich, Römischen Kayßern und Königen Seeliger Gedächtnuß, und Wir verheißen auch, daß Wir keinem unseren Diener noch andern, einige Brieffe oder Schuld geben sollen, weder umb sein Dienst, noch von anderer Sachen wegen, darumb sie die Stadt Collmar oder die Leüt, so dazu gehören, ansprechen mögen oder yeht darumb an sie besonder, oder mit

andern

andern Städten in Gemeinſchaft nicht zu fordern, in kein Weiß, außgenommen alle Gefährde. Mit Urkunde diß Brieffs beſiegelt mit unſerm Königlichen anhangendem Inſiegell. Geben am zwanzigſten Tag des Monaths Auguſti nach Chriſti Geburt Fünfzehen Hundert und im Vierten, Unſerer Reiche des Römiſchen, im Neunzehenden, und des Ungariſchen, im Fünfzehenden Jahre.

## Num. XVIII.

## Revers Ferdinandi I. Röm. Kayſers ꝛc. Als er die Reichs-Land-Vogtey wieder zu ſeinen und des Heil. Reichs Handen genommen ꝛc. 1558.

Wir Ferdinand von Gottes Gnaden, Erwählter Römiſcher Kayßer, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, zu Germanien, zu Hungarn, Böheim, Dalmatien, Croatien und Schlavonien, ꝛc. König, Infant in Hiſpanien, Erz-Herzog zu Oeſterreich, Herzog zu Burgund, zu Steyer, Kärndten, Crayn und Würtemberg, ꝛc. Graf zu Tyrol, ꝛc. Bekennen, als Wir unſer, und des Reichs Land-Vogtey Hagenau im Untern-Elſaß, von dem Hochgebohrnen Ott-Heinrichen, Pfaltz-Graffen bey Rhein, Herzog in Ober- und Nieder-Bayern, Unſerem lieben Oheim und Churfürſten, anjezo allermaſen, wie Weyland Kayßer Maximilian unſer Anherr ꝛc. die von der Pfalz an ſich, und das Heil. Reich gezogen,

Er, und unſer Bruder und Herr, Carl der geweßt Römiſcher Kayßer und Wir dieſelbig zuvor, und ehe ſie dem Pfaltz-Graffen Churfürſten zugeſtellt, und eingeraumbt worden iſt, innegehabt, wiederumb an uns gebracht. Daß Wir demnach bey unſern Kayßerlichen Würden zugeſagt, und verſprochen haben, und thun das wiſſentlich in Kraft diß Briefs, daß wir die Ehrſamen unſer, und des Reichs liebe Getreüen, Schultheiß, Burgermeiſter, Rath und Zunftmeiſter der Stadt Collmar, ſo in gemelte Land-Vogtey Hagenau gehörig, wollen ſchützen, ſchürmen und befrieden, vor allem Unrechten und Gewalt, als fern Wir könnten und vermögen: Auch haben Wir zugeſagt, daß Wir ſie wollen laſſen bleiben, bey allen ihren Rechten, Freyheiten, Gnaden, guten Gewohnheiten, und bei allen ihren Handveſten, und beſiegelten Brieffen, die ſie haben, von uns, unſeren Vorfahren am Reich, Römiſchen Kayßern und Königen ſeeliger Gedächtnuſſen, und Wir verheiſſen auch, daß Wir keinem unſerm Diener, noch anderm, einige Brieff, oder Schuld geben ſollen, weder umb ſeinen Dienſt noch von anderer Sache wegen, darumb ſie die Stadt Collmar, oder die Leüthe ſo darzu gehören, anſprechen mögen, oder yeht darumben ſie beſonder, oder mit andern Städten in Gemeinſchaft zu fordern, in kein Weiß, außgenommen alle Gefährde. Mit Urkund dieß Briefs beſiegelt mit unſerem

Kay-

Kayſerlichen anhangenden Inſiegel, der geben iſt den Sechſten Tag des Monaths Septembris, nach Chriſti unſers lieben Herrn und Seeligmachers Gebuhrt, im Fünfzehen Hundert und im Acht und Fünfzigſten, unſerer Reiche des Römiſchen im Acht und Zwanzigſten, und der anderen im Zwey und Dreyßigſten Jahren.

Ferdinand.

## Num. XIX.

### Revers Ferdinandi Erzherzogen zu Oeſterreich ꝛc. Ober-Land-Vogts in Elſaß, unter Kayſer Maximilian dem andern ꝛc. 1566.

Wir Ferdinand, von Gottes Gnaden, Erz-Hertzog zu Oeſterreich, Herzog zu Burgund, zu Braband, zu Steyr, zu Kärndten, zu Crain, zu Lützenburg, zu Würtenberg, Fürſt zu Schwaben, Margraff des Heiligen Römiſchen Reichs, zu Burgau, Gefürſteter Graff zu Habſpurg, zu Tyrol, zu Pfürth, zu Kyburg, und zu Görz, ꝛc. Landgraff in Elſaß, Herr auf der Windiſchen Mark, zu Portenau, und zu Salins. Bekennen, als Uns der Allerdurchlauchtigſt, Großmächtigſt, Fürſt und Herr, Maximilian der Ander, Römiſcher Kayßer, unſer Allergnädigſter, Freündlicher Herr und Bruder, aus merklichen Urſachen,

Ihr Kayßerliche Majeſtaet, darzu bewegend, befohlen, Ihrer Kayſerl. Majeſt. ꝛc. und des Heiligen Reichs Land-Vogtey Hagenau im Untern-Elſaß, in Maſſen, und Weiß vorige Ober-Land-Vögt dieſelben innen gehabt, nun fürbaß von ihrer kayßerlichen Majeſt. und des Heil. Reichs wegen, auch als Ihrer Majeſtaet, und des Heil. Reichs Ober-Land-Vogt innen zu haben, zu gebrauchen, zu ſchützen und zu ſchirmen: daß Wir demnach ein geſtäbten Eyd mit aufgehobener Hand, leiblich zu Gott, und den Heiligen geſchworen haben, und thun das wiſſentlich in Kraft diß Brieffs, daß Wir die Ehrſame, Schultheiß, Burgermeiſter, Rath und Zunftmeiſter der Stadt Collmar, ſo in gemelte Land-Vogtey Hagenau gehörig, wollen ſchützen ſchirmen und befrieden, vor allem Unrechten, und Gewalt, als ferr Wir künnten und mogen: Auch haben Wir zugeſagt, daß Wir ſie wollen laſſen bleiben, bey allen ihren Rechten, Freyheiten, Gnaden, guten Gewohnheiten, und bey allen ihren Handveſten und beſiegelten Brieffen, die ſie haben, von Weyland den Römiſchen Kayßern, und Königen, ſeeligſter Gedächtnuſſen; Und Wir verheiſſen auch, daß Wir keinem Unſerem Diener, noch anderem einige Frey-Brieffe, oder Schuld geben ſollen, weder umb ſeinen Dienſt, noch von anderer Sachenwegen, darumben ſie die Stadt Collmar, oder die Leüt, ſo darzu gehörig, anſprechen mögen, oder yeht

darumben an sie besonder, oder mit anderen Städten in Gemeinschaft, zu erforderen, in keine Weiße, außgenommen alle Gefährde. Wir verjähen auch, und bekennen Uns mit diesem Brieff, daß uns vorgemelte, Schultheiß, Burgermeister, Rath und Zunftmeister der Stadt Collmar, von Hochgedachter Ihrer Kayßerlichen Majestaet wegen, nicht in Pfands: sondern nur in aller Weiße, als sie andern Ober-Land-Vögten, unsern Vorfahren gethan, gehuldet und geschwohren haben: Mit Urkund diß Briefs, besiegelt mit unserm anhangenden Insiegel. Geben auf dem Königlichen Schloß Prag, den Siebenden Tag des Monaths Januarii, nach der Geburt Christi im Fünfzehen Hundert und Sechs und Sechtzigsten Jahr.

Ferdinand.

## Num. XX.

Revers Ertz-Hertzog Maximiliani zu Oesterreich ꝛc.

Unter Kayßer Rudolpho dem andern ꝛc.

1605.

Wir Maximilian von Gottes Gnaden, Ertz-Hertzog zu Oesterreich, Hertzog zu Burgund, Steyr, Kärndten, Crain, und Würtemberg, ꝛc. Administrator des Hochmeisterthums in Preüssen, Meister Teütschen Ordens

in

in Teütſch- und Welſchen Landen, Graff zu Habſpurg und Tyrol, ꝛc. Bekennen, als Uns der Allerdurchlauchtigſt Fürſt und Herr, Herr Rudolph der Ander, Römiſcher Kayßer, Unſer gnädigſter, freundlicher geliebter Herr und Bruder, aus merklichen Urſachen Ihr Kayſerlich Majeſtaet darzu bewegend, befohlen, Ihrer Kayſerlichen Majeſtaet und des heiligen Reichs Land-Vogtey Hagenau in Unteren Elſaß, in Maßen und Weiß, vorige Ober-Land-Vögt dieſelben innen gehabt, nun fürhaß von Ihro Kayſerlichen Majeſtaet und des heiligen Reichswegen, auch als Ihrer Majeſtaet und des Heil. Reichs Ober-Land-Vogt innen zu haben, zu gebrauchen, zu ſchützen und zu ſchirmen. Daß Wir demnach ein geſtäbten Eyd, mit aufgehobener Hand, Leiblich zu Gott, und den Heiligen geſchworen haben, und thun das wiſſentlich in Krafft diß Briefs, daß Wir die Ehrſame, Schultheiß, Burgermeiſter, Rath und Zunftmeiſter, der Stadt Collmar, ſo in gemeldte Land-Vogtey Hagenau gehörig, wollen ſchützen, ſchirmen, und befrieden, vor allem Unrechten und Gewalt, als fern Wir können und mögen. Auch haben Wir zugeſagt, daß Wir ſie wollen laſſen bleiben, bey allen ihren Rechten, Freyheiten, Gnaden, guten Gewohnheiten, und bey allen ihren Handveſten und beſiegelten Brieffen, die ſie haben von weyland den Römiſchen Kayßern und Königen, ſeeligſter Gedächtnuß, und Wir verhelf-

heissen auch, daß Wir keinem unserm Diener noch andern, einigen Frey-Brieff; oder Schuld geben sollen, weder um seinen Dienst, noch von andrer Sachen wegen. Darum sie die Stadt Collmar, oder die Leüthe, so dazu gehörig, ansprechen mögen, oder ycht darumb an sie besonder, oder mit andern Städten, in Gemeinschaft zu forderen, in kein Weiß ausgenommen alle Gefährde. Wir verjähen auch, und bekennen uns mit diesem Brieff, daß uns vorgemeldte Schultheiß, Burgermeister, Rath und Zunftmeister der Stadt Collmar, von Hochgedachter Ihrer Kayßerlichen Majestaet wegen, nicht in Pfands: sondern nur in aller Weiß, als sie andern Obern-Land-Vögten unsern Vorfahren gethan, gehuldet und geschwohren haben. Mit Urkund dieß Brieffs besiegelt mit unserm anhangenden Insiegel. Geben zu Insbruck, den Achtzehenden Tag Monats Novembr. anno. Sechzehen Hundert Fünff. Maximilian.

## Num. XXI.

### Revers Erz-Hertzogs Leopoldi zu Oesterreich ꝛc.

### Ober-Land-Vogten, unter Kayßer Ferdinando dem Andern ꝛc. anno 1620.

Wir Leopold, von Gottes Gnaden, Erz-Hertzog zu Oesterreich, Hertzog zu Burgund, Steyer, Kärndten, Crain und Würtenberg, Bi-

Biſchoff zu Straßburg und Paſſau, Adminiſtrator beyder Fürſtlicher Stiffter Mürbach und Luders, Landgraff in Elſaß, Graff zu Tyrol und Görz, ꝛc. Bekennen, nachdem uns der Allerdurchlauchtigſt Fürſt und Herr, Herr Ferdinand, Römiſcher Kayßer, unſer gnädigſter, freündlicher geliebter Herr Bruder, aus merklichen Urſachen Ihr Kayßerliche Majeſtaet darzu bewegend, befohlen, Ihrer Majeſtäet und des Heiligen Reichs Land-Vogtey Hagenau im Elſaß, in Maſſen und Weiſſe vorige Ober-Land-Vögte, dieſelbe innen gehabt, nun fürbaß von Ihrer Majeſtaet und des Heiligen Reichs wegen, auch als Ihrer Majeſtaet und des Heil. Reichs Ober-Land Vogt, innen zu haben, zu gebrauchen, zu ſchützen und zu ſchirmen. Daß Wir demnach ein geſtäbten Eyd, mit aufgehabener Hand, leiblich zu Gott, und den Heiligen geſchwohren haben, und thun das wiſſentlich in Kraft diß Brieffs. Daß Wir die Ehrſame, Schultheiß, Burgermeiſter, Rath und Zunftmeiſter der Stadt Collmar, ſo in gemeldte Land-Vogtey Hagenau gehörig, wollen ſchützen, ſchirmen und befrieden, vor allem Unrechten und Gewalt, als ferr Wir können und mögen. Auch haben Wir zugeſagt, daß Wir ſie wollen laſſen bleiben, bey allen ihren Rechten, Freyheiten, Gnaden, guten Gewohnheiten, und bey allen ihren Handveſten und beſiegelten Brieffen, die ſie haben von wyland den Römiſchen Kayßern und Königen,

gen, ſeeligſter Gedächtnuſſen, und Wir verheiſſen auch, daß Wir keinem unſerm Diener, noch anderm; einige Frey-Brieff, oder Schuld geben ſollen, weder umb ſeinen Dienſt, noch von andern Sachen wegen, darumben ſie die Stadt Colmar, oder die dazu gehörig, anſprechen mögen, oder ycht darumben an ſie beſonder, oder mit andern Städten, in Gemeinſchaft zu fordern, in keine Weiße außgenommen alle Gefährde. Wir verjähen auch, und bekennen Uns mit dieſem Brieff, daß Uns vorgemelte Schultheiß, Burgermeiſter, Rath und Zunftmeiſter, der Stadt Collmar von hochgedachter Ihrer Kayßerlichen Majeſtaet wegen nicht in Pfands: ſondern nur in aller der Weiße, als ſie andern Ober-Land-Vögten, unſern Vorfahren, gethan gehuldet und geſchwohren haben. Mit Urkund diß Brieffs, beſiegelt mit unſerm anhangenden Inſiegel. Geben zu Insbruck, den 6. Aprilis, anno 1620.

Leopold.

## Num. XXII.

Revers Erz-Hertzog Leopoldi zu Oeſterreich ꝛc. wegen des perſönlichen Umbreitens, und Eids-Leiſtung, ꝛc. anno 1620.

Wir Leopold, von Gottes Gnaden, Erz-Hertzog zu Oeſterreich, ꝛc. Herzog zu Burgund,

gund, Steyer, Kärndten, Crayn und Würtenberg, Biſchoff zu Straßburg und Paſſau, Adminiſtrator beeder Fürſtlicher Stiffter Mürbach und Luders, Landgraff in Elſas, Graff zu Tyrol und Görz ꝛc. Bekennen, nachdem Uns der Allerdurchlauchtigſt Fürſt und Herr Ferdinand, Römiſcher Kayßer, unſer gnädigſter, freündlicher geliebter Herr und Bruder, aus merklichen Urſachen, Ihr Kayßerl. Majeſt. darzu bewegend, befohlen, Ihrer Majeſtaet ꝛc. und des heiligen Reichs Land-Vogtey Hagenau, im Elſaß, in maſſen und Weiß vorige Ober-Land-Vögte, dieſelbig innegehabt, nun fürſaß von ihrer kayſerlichen Majeſtaet und des heiligen Reichs wegen, auch als Ihrer Kayßerlichen Majeſtät und des heiligen Reichs Ober-Land-Vogt, innen zu haben, zu gebrauchen, zu ſchützen und zu ſchirmen. Wiewohl uns nun, wie von Alters herkommen, gebührt, ihnen den Städten, ſambtlich, das Leiblich Perſönlich jurament zu erſtatten, und von einer zu der andern Stadt umbzureiten, ſo haben uns doch dieſelben Städte in der Land-Vogtey Hagenau, auf höchſtermeldter Kayſerlicher Majeſtaet und unſer Begehren, des leiblichen Perſönlichen jurament und Umbreittens dergeſtalt erlaſſen, daß wir ſolch jurament durch unſeren verordneten Gewalthaber erſtatten, und ſie hergegen mit Reverſen und Erkänntnuſſen, den alten Formen gemäß, auch nothdürftigen Schadloß-Brieffen verſehen ſollen,

ten. Darauf Wir der Römiſchen Kayſerlichen zu Hungarn und Böheim Königlichen Majeſtät auch unſeren und der übrigen mitintereſſirten Erz-Herzogen zu Oeſterreich, Rath, Obriſten Hauptmann und Land-Vogt in Elſaß, den Wohlgebohrnen und lieben Getreüen, Frobeinen, Graffen zu Hellffenſtein, Freyherrn zu Gundelfingen, zu unſerem Gewalthaber verordnet, der ſich gegen Hagenau, dahin ſie die Städt, ihre Ehrbare Send-Botten, mit ganzer Macht, auch gefertiget, begeben, von unſertwegen, und in unſerm Nahmen Pflicht gethan, und wiederum aufgenommen hat, daß Wir demnach, den genandten Städten, in der Land-Vogtey Hagenau, ſammentlich zugeſagt haben, und thun das alles wiſſentlich in Krafft diß Briefſs, daß ihnen ſolches an ihren alten Herkommen, keine Irrung oder Unſtatten bringen ſoll, in keinerlei Weiß noch Weg, getreülich und ohne Gefährde. Mit Urkund diß Briefſs, beſiegelt mit unſerm anhangenden Inſiegel, Geben zu Insbruck, den ſechſten Aprilis anno 1620.

Leopold.

## Num. XXIII.

### Formula des Eyds, ſo der Gewalthaber in eines Herrn Ober-Land-Vogts-Nahmen, und Seel ſchwehret ꝛc.

Wie einer jeden Stadt Revers-Brieffe, eigentlich außweiſt, uns vorgeleſen, und

von Alters Herkommen iſt; Alſo ſchwehren Wir in des Hochwürdigſten, Durchlauchtigſten, Hochgebohrnen Fürſten und Herrn, Herrn N.N. unſers gnädigſten Fürſten und Herrn ſelbſt eigene Seel; daß Ihro Hochfürſtliche Durchlaucht als des Heiligen Reichs Landvogt alles das veſt halten wollen, als wahr Ihre Hochfürſtliche Durchlaucht helffe Gott der Allmächtige, und alle Heiligen ꝛc. 1620.

## Num. XXIV.

### Revers Erz-Hertzog Leopoldi gegen dem Gotts-Haus, und des Heiligen Reichs Stadt Münſter, in St. Gregorien Thal ꝛc. anno 1620.

Wir Leopold, von Gottes Gnaden, Erz-Hertzog zu Oeſterreich ꝛc. Herzog zu Burgund, Steyer, Kärnbten, Crain und Würtenberg ꝛc. Biſchoff zu Straßburg und Paſſau, adminiſtrator beeder Fürſtlicher Stifter Mürbach und Luders, Land-Graff in Elſaß, Graff zu Tyroll und Görtz ꝛc. Bekennen, nachdem uns der Allerdurchlauchtigſte Fürſt und Herr, Herr Ferdinand, Römiſcher Kayßer, Unſer gnädigſter, freündlicher geliebter Herr Bruder, aus merklichen Urſachen, Ihr Kayſerlich Majeſtät darzu bewegend, befohlen, Ihrer Kayßerl. Majeſtät und des Heil. Reichs Land-Vogtey Hagenau, im Elſaß, im Maſſen und Weiß, vorige Ober-Land-Vögt, dieſelbige innen gehabt, nun fürbas

von

von ihrer Majeſtaet und des Heil. Reichs wegen, auch als Ihrer Majeſt. und des Heil. Reichs Ober-Land-Vogt innen zu haben, zu gebrauchen, zu ſchützen und zu ſchirmen, daß Wir demnach, ein geſtäbten Eid, mit aufgehabner Hand, Leiblich zu Gott, und den Heiligen geſchwohren haben, und thun das wiſſentlich in Kraft diß Briefs, daß wir den Ehrſamen Geiſtlichen, unſern lieben Andächtigen, Heinrichen, Abt des Gotts-Hauß Münſter, in St. Gregorienthal, auch Burgermeiſter, Rath und ganze Gemeind der Stadt, und des Thals Münſter jetzgenannten, als Ober-Land-Vogt wöllen ſchützen, ſchirmen und befrieden, vor allem Unrechten und Gewalt, als ferr Wir können und vermögen, auch haben Wir geſchwohren, daß Wir ſie wöllen laſſen bleiben, bey allen ihren Rechten, Freiheiten, Gnaden und guten Gewohnheiten, und bey allen ihren Handveſten, und beſiegelten Brieffen, die ſie haben, von Römiſchen Kayßern und Königen, von alten und neüen Zeiten hero, und fürbaß gewinnen oder überkommen. Wir verheiſſen auch, daß Wir keinen Unſern Diener noch andern, einigen Brieff oder Schuld geben ſollen, weder umb ſein Dienſt, noch um kein andere Sach oder Schuld zu erwarten, oder zu erfordern auf dem gemeldten Gotts-Hauß zu Münſter noch auf der Stadt, oder Thal zu Münſter keines Wegs. Mit Urkund diß Briefs beſiegelt mit unſerem Fürſtlichen an-

hangenden Insiegel. Geben zu Insbruck, den Sechsten Aprilis, anno Sechzenhundert und Zwanzig

Leopold.

## Num. XXV.

### Revers Herrn Dominici Vigilii, Graffen und Freyherrn zu Spauer = Unter-Land-Vogts, unter Kayßer Ferdinando II. anno 1629.

Wir Dominicus Vigilius, Graff und Freyherr zu Spauer, Pflaum und Valor, der Fürstlichen Grafschaft Tyrol Erb-Mundschenk, Obrister Römischer Kaißerlicher Majestät, und Fürstlicher Durchlaucht Ertz Hertzog Leopoldi zu Oesterreich Rath und Unter-Land-Vogt in Elsaß, thun kund Allermänniglichen mit diesem Brieffe, als der Durchlauchtigst, Großmächtig Fürst und Herr, Herr Leopold, Hertzog zu Oesterreich, Hertzog zu Burgund, Steyer, Kärndten, Crayn und Würtenberg, Land-Graff in Elsaß, Graff zu Tyrol und Görtz ꝛc. Unser gnädigster Herr, Uns die Land-Vogtey in Elsaß befohlen, und zu Unter-Land-Vogt angenommen und gesetzt hat. Wann uns nun die Ehrsamen, Weißen, Schultheiß, Meister und Rath, auch die Zunftmeister zu Collmar gehuldiget und geschwohren haben, als andern Unter-Land-Vögten, und nachdem daß ihr Gewohnheit und Herkommen ist; Da haben Wir gelobt und verheissen,

geloben

geloben und verheiſſen mit Urkund diß Brieffs bey unſerem geſchwohrnen Eyd, den Wir jetzo der Stadt Collmar gethan und geſchwohren haben, ſie zu ſchirmende und zu Handhabende getreülich, als ferr Wir vermögen, und ſie laſſen bleiben, bey allen ihren Rechten, Freyheiten, Gnaden und guten Gewohnheiten, als Wir ſie funden, und bey allen ihren Handveſten, und beſiegelten Brieffen, die ſie haben von Römiſchen Kayßern und Königen am Reich; beſonder Weyland Hochmildſeeligſter Gedächtnuß, Maximiliano dem Andern, Rudolpho, auch dem andern, und Matthia in Gott verſtorbenen, und anietzo Ferdinando dem andern, allen Römiſchen Kayßern, unſern allergnädigſten Herrn, alldieweil Wir die Unter-Land-Vogtey innhaben, ohne alle Gefährde. Wir verjähen, und bekennen Uns auch mit dieſem Brief, daß Uns der Schultheiß, der Meiſter, und der Rath, und die Zunftmeiſter zu Colmar von höchſtgedachts unſers Gnädigſten Herrn, des Ertz-Herzog von Oeſterreich wegen, nicht in Pfands Weiß gehüldiget und geſchwohren, ſondern uns newent geſchwohren in alle die Weiß, als ſie andern Unter-Land-Vögten, unſern Vorfahren, gehuldiget und geſchwohren, auch haben Wir gelobt und geſchwohren, daß Wir keinem unſerm Diener, noch andern umb Dienſt, noch von andern Sachen wegen Brieffe noch Schuld geben ſollen, darumb ſie die Stadt Collmar, oder die Leüthe, ſo darzu ge-

hören, anſprechen mögen, oder itzit, darumben ſie beſonder, oder mit andern Städten in Gemeinſchaft, zu verändern, in kein Weiß, außgenommen alle Gefährde. Mit Urkunde diß Brieffes, ſo mit unſerm anhangenden Inſiegel beſiegelt und geben iſt, Sambſtags den eylfften Auguſti von der Geburt Chriſti unſers Heylands und Seeligmachers gezahlt, Ein Tauſend, Sechs Hundert, Zwanzig und Neun Jahr.

## Num. XXVI.

### Copia der von Kayßerlicher Mayeſtät Ferdinand dem Andern ꝛc. ertheilten Quittungen, wegen der Stadt Steuer ꝛc. Anno 1631.

Wir Ferdinand der Ander, von Gottes Gnaden, Erwählter Römiſcher Kayßer, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, in Germanien, zu Ungarn, Böheim, Dalmatien, Croatien und Sclavonien ꝛc. König, Ertz-Hertzog zu Oeſterreich, Hertzog zu Burgund, Steyer, Kärndten, Crayn und Würtenberg ꝛc. Graff zu Tyrol ꝛc. Bekennen offentlich mit dieſem Brieff, und thun kund Männiglich, daß Uns unſer, und des Reichs liebe Getreue, die Meiſter und Rath, der Stadt Collmar zu unſern Handen außgericht, und bezahlt haben, ihr gewöhnliche Stadt-Steuer, ſo ſie uns auf Martini nächſt abgeloffenen Sechzehn Hundert Dreyßigſten Jahrs zu bezahlen verfallen. Darauf ſagen Wir für

Uns,

Unß, und unſere Nachkommen am Reich die vorgenandten Meiſter, und Rath der Stadt Collmar, und ihre Nachkommen, der jetzt beſtimmten Stadt Steüren, hiemit ledig und loß, in Kraft diß Brieffs, der mit unſerem Kayßerlichen Inſiegel verfertigt, und geben iſt, in unſerer Stadt Wien, den Vierzehenden Tag des Monats Februarii, nach Chriſti unſers lieben Herrn und Seeligmachers Geburth im Sechzehen Hundert und Ein und Dreyſſigſten, Unſerer Reiche, des Römiſchen im Zwölfften, des Hungariſchen im Dreyzehenden, und des Böhmiſchen im Vierzehenden Jahre.

Ferdinand.

## Num. XXVII.

Tres-chers et bons amis. P. P. Nous avons bien voulu vous faire ſçavoir par cette lettre afin que vous ne faſſiez point de difficulté de le (Monſr. le Prince d'harrecourt) recognoiſtre en cette qualité, *et de Luy rendre le mémes honneurs et différences, que vous faiſiez à l'archiduc d'auſtriche*, lors qu'il commandoit en alſace, ſous l'authorité de l'Empereur, & Nous promettons, que vous entretiendrez bonne correſpondance avec notre dit couſin, *auquel Nous avons donné ordre de vous maintenir en vos anciens Priviléges et immunitez*, Nous prions Dieu qu'il vous ait tres chers et bons amis en ſa

ſainte garde. Eſcrit à Paris ce 27. Septembre 1651. Louys.

## Num. XXVIII.

Reverſales à Dno. Princ. de Harrecourt. d. 11. Julii 1653. civit. datae.

Nous Henry Duc de Lorraine &c. certifions par ces preſentes ſignées de noſtre main, qu'entre les pays, terres et places cédées à ſa d. Majeſté par le Traité de la paix, conclue a Münſter le 24 Octobre 1648 la Landvogtey de Haguenau avec tout ce, que de temps immémorial en a dependu, luy ayant auſſi eſté cédée, et ſa d. Majeſté nous ayant octroyé proviſion pour adminiſtrer la d. Landvogtey ainſi qu'elle l'a eſté cy devant par les autres Landvogts; particulierement par les Comtes Palatins du Rhin, et les archiducs d'auſtriche, et d'en jouyr et uſer *en meſme conformité, comme auſſi de laiſſer les d. Villes imperiales* ( qui en dependent avec leurs limites) *dans leurs franchiſes, poſſeſſions, libertez, et immédiatetez envers l'Empire comme elles ont eu de tout temps, mesme de les y conſerver et maintenir. Nous avons promis et promettons de protéger, defendre et conſerver de tout noſtre pouvoir la ville* de[illegible] qui eſt du nombre des dix villes imperiales, *contre les violences et injuſtices, qui luy pourroient eſtre faites, anciennes coûtumes, titres*

et

*et lettres, qu'elle a des Empereurs et Roys Romains*, et promettons de ne donner aucunes lettres à nos ſerviteurs, ny a qui, que ce ſoit, pour prendre récompenſe de ſes ſervices ny pour aucun autre ſuie ſur la d. ville de N. N. ny les bourgeois d'icelle, ny Conjoinctement avec aucune des d. autres dix villes. Ce que nous promettons obſerver de bonne foy et ſans aucune faute, &c.

## Num. XXIX.

### Städtl. Revers, ſo dem Monſr. de Harrecourt geben worden.

Wir N. N. bekennen hiemit, nachdeme in dem zu Münſter in Weſtphalen getroffenen Frieden-Schluß, neben andern Landen und Orten, auch die Land-Vogtey Hagenau in Elſaß, Ihrer Königlichen Majeſtaet in Frankreich und Navarra ꝛc. cedirt und überlaſſen worden, daß wir darauff gelobet und verſprochen, auch hiemit und in Kraft dieſes Brieffs, den Durchleuchtigen und Hochgebohrnen Fürſten und Herrn Heinrich Hertzogen von Lothringen Graffen von Harrecourt, ꝛc. für einen Land-Vogt zu haben, und Seiner Fürſtlichen Gnaden in allen denjenigen, guten zimblichen Dingen, gehorſamb zu ſeyn, zu welchen uns die Münſteriſche Friedens-Articuli anweißen und verbinden, auch hiebevor bey andern Land-Vög-

ten, ſowol vom Hochlöblichen Haus Oeſterreich, als Chur-Pfalz gewöhnlich und von altem Herkommens iſt, alldieweil er unſer Land-Vogt iſt.

## Num. XXX.

Quod ſua Chriſtianiſſima Majeſtas Regia, ſemper et adhuc paratiſſima ſit, ut diſſidiorum ſubortorum juſta et conveniens inter omnes compoſitio fiat. Ipſi tamen hæc duo adproponendum in Mandatis dediſſe. (1) Ut à Dominis arbitris nulla fiat relatio ad imperium, niſi prius inter ſe convenerint de rebus ipſis. (2) Quod ſua majeſtas libenter habebit, ut ratione juramenti fidelitatis jam præſtiti nulla moveretur quæſtio, neque in diſputationem adduceretur; Quod tamen ita explicari debeat, ut illud *non ad immedietatem civitatum, ſed Præfecturam* extendi debeat. Mit dieſer Clauſul: Ea tamen Dominis Legatis dijudicanda, utrum chriſtianiſſima Reg. Maj. bené fundata ſit, nec ne, una cum ſpecialibus remiſit.

## Num. XXXI.

### Extractus Declarationis ex parte Sacræ Chriſtianiſſimæ Regiæ Galliarum Majeſtatis.

Sacra Regia majeſtas nihilominus, relicta pro nunc circumſtantiarum omnium, in

in dicto ſæpius projecto contentarum diſcuſſione, pro meliore ſui explicatione, quoad certa dubia, quæ inibi obmoventur et formari videntur, ubi, quod ſe attinet vel minimum reſtare, vel deprehendi poſſe nunquam credidiſſet, de prudentia et æquitate Dominorum arbitrorum, ſibi tuto pollicetur. Eosdem ſuper duas has ſubſequentes quæſtiones, vel puncta, mentem haud gravaté explanaturos.

Primo an non, inter ipſos conveniant, quod omnimoda ſuperioritas, ſive ſupremum Dominii jus, in Præfecturam decem civitatum Alſatiæ, ſuæ Majeſtati ceſſum ſit, eidemque puré et abſoluté competat?

Secundo, quod nam proprié ſit verum dictæ hujus ſuperioritatis ac Dominii ſubjectum? Certo promittens ſe prævia hac informatione, quidque deſuper cenſeat, ultimam et finalem ſuam Reſolutionem paucis, brevi ſubmiſſuram, teſtaturamque per omnia mentem ſuam, Regiaque ſua deſideria ſemper fuiſſe, & adhuc, ad maturam juſtamque harum differentiarum compoſitionem, ſinceré procul dubio tendere. Dedit Ratisbonæ die 11. Novembr. Anno 1671.

Reverendiſſ. Excellentiſſ. & Honoratiſſimorum Dominorum

Ad omnia officia paratiſſimus:

Robertus de Gravel,

Reg. Chriſtianiſſ. Plenipotentiarius.

Num.

## Num. XXXII.

Extractus

Weitere Erklärung und Information, ſo nomine des Höchſtlöblichen Arbitrii, auf des Königlichen Franzöſiſchen Herrn Plenipotentiarii Excellenz den 11. Novembr. 1671. zu erläutern begehrte, zwo Fragen ertheilet worden, den 3. Februar. 24. Januar. 1672.

Nachdeme aber die Königl. Reſolution biß zu Erläuterung berührter beeder Queſtionen, annoch ausgeſetzt werden will, ſo hat man es zwar diſſeits dahin zu ſtellen, weiſt jedoch, demjenigen, was in mehrerwehnter lezteren Declaration enthalten, weiters nicht zuzuthun, ſondern hat allbereits nach dem Buchſtaben, des *inſtrumenti Pacis*, gegen einanderhaltung beeder von dieſer Materie daſelbſt befindlicher §. *Tertio imperator &c.* und §. *Teneatur &c.* und reiffer Erwegung des *Modi ceſſionis*, wie auch der Natur und Eigenſchaft, der Cron Frankreich daher zukommender *Juriũm*, und ſonſten ſeine Meynung auf die

Erſte Frag, dahin gründlich, und deütlich eröffnen laſſen, wie nemlich man darinn einig, daß ermeldte *Præfectura Provincialis Civitatum imperialium in alſatia ſitarum*,

*rum*, Ihrer Königlichen Majeſtät und der Crone Frankreich, *jure ſupremi Dominii*, Eigenthümlich, *independenter* und *abſolute* (auff welche Weiß ſie beym Ertz-Hertzoglichen Hauß Oeſterreich hiebevor nit geweſen) vom Kayßer und Reich überlaſſen worden, auch derſelben alſo nunmehr zugehöre; Und daher was die

Andere Frag betrifft, eben dieſe *Præfectura Provincialis* vor das eigentliche *Subjectum*, obgedachten *Juris ſupremi Dominii*, zu halten, dieſelbe aber Krafft *inſtrumenti Pacis*, theils in den von Alters darzu gehörigen Land-Vogtey-Dorffſchaften, theils in einigen, mit gewiſſer Maaß von der Präfectur dependirenden *Juribus præſtandis*, bey dieſen Reichs-Städten (wie dann die, hinc inde entworffene Juraments-Formul, in ſpecie nur auf ſolche jura eingerichtet) beſtehe, welches jedoch, ſo viel die Städte betrifft, eine Königliche Ihrer, in §. *Teneatur &c inſtrumenti Pacis*, reſervirten Immedietaet und Libertät, zuwiderlauffende Superiorität nicht inferire; Wie ſolches in oft angezogener declaration, welche alles ihres Inhalts anhero wiederhohlt wird, mit mehrerem angeführt iſt; Weswegen man auch nachmals der Zuverſicht geleben thut, es werden höchſternandte Ihre Königliche Majeſtaet nunmehr

mehr zu Abhandlung der Materialien obgedachter maſſen einen andern mehr zulänglichem Modum agendi & terminandi zu ergreiffen ſich belieben laſſen, zumahlen die bißherige Erfahrenheit genugſamb bezeügt, daß widrigen Falls, in dergleichen kein Ende, noch auch von dieſer arbitraliſchen Handlung, wider Königliches Verlangen und Erbiethen, einiger gedeyhlicher Effect zu hoffen.

## Num. XXXIII.

Nos Joſephus ſecundus divina favente Clementia electus Romanorum imperator ſemper Auguſtus ac germaniæ et hieroſolimarum Rex: Coregens et hæres regnorum Hungariæ, Bohemiæ, Dalmatiæ, Croatiæ, Sclavoniæ, Galiciæ, Lodomeriæ, Archidux Auſtriæ, Dux Burgundi, Lotharingiæ, Stiriæ, Carinthiæ et Carniolæ, Magnus Dux Hetruriæ; Magnus Princeps Tranſylvaniæ; Marchio Moraviæ, Dux Brabantiæ, Limburgi, Lucemburgi, Geldriæ, Wirtembergæ, ſuper. et infer. Sileſiæ, Mediolani, Mantua, Parmæ, Placentiæ, et Guaſtallæ, Osveciniæ et Zatoriæ, Calabriæ, Barri, Montisferrati, et Teſchinæ Princeps Sueviae et Carlopolis, Comes Habspurgi, Flandriæ, Tyrolis, Hannoniæ, Stiburgi, horitiæ et gratiscæ; Marchio ſacri Romani imperii Burgoviæ, ſuperioris et inferioris Luſatiæ, Muniponti et Nomenci,

menci, Comes Nonnarci, Proventiæ, Valdemontis, Albimontis, Zutphaniæ, Saarwerdæ. Salmæ & Falorenſtimii, Dominus Marchiæ Sclavonicæ & Mechliniæ &c. &c.

Ad Futuram Rei memoriam agnoſcimus et notum facimus tenore præſentium univerſis: tam peculiaris ſemper Divis noſtris in imperio Prædeceſſoribus virtutum, ac meritorum cura fuit, ut ad illa ſemper magis promovenda præcipua illis proemia decernere conſueverint, quo majoribus ornamentis illuſtrata ſemper ampliora capiant incrementa, ac in ſublimiori gradu collocata famam conſpicuam non tantum eminentiori ſplendore ſeram transmittant Poſteritatem, ſed etiam Potenti hoc ſtimulo aliorum animos ad præclara illuſtriaque pariter facta, et indefeſſum bene merendi ſtudium accendant.

Cum igitur nobis Alexander Maria Eleonora de ſaint Maurice Comte de Montbarey et de ſavigny, ſereniſſimi galliarum Regis Caſtrorum et exercituum Præfectus, expoſuerit, ſe iis ortum eſſe antenatis, qui non ſolummodo natalium ſplendore in Regno galliæ inſignes et Regum affinitate conſpicui, ſed etiam eximiis dotibus et præclaris tam in ſago quam toga geſtis illuſtres ſe reddiderunt, quorumque genus in antiqua origine a ſancto Mauri-

Mauritio dictum, de divis noſtris Prædeceſſoribus, Romanorum imperatoribus et de ſacro Romano imperio, ac auguſta domo noſtra tam optime meruerunt, ut jam ſub glorioſo imperatore Carolo quinto ad præcipuas dignitates evecti fuerint, et Joannem Baptistam de ſancto Mauritio virtute ſua bellica in expeditionibus Bohemicis annorum milleſimi ſexcenteſimi vigeſimi, et Milleſimi ſexcenteſimi vigeſimi primi, præcipue in Memorabili illo Prælio Pragenſi penes ſtellam memoroſam tantopere emicuiſſe, ut a Divo imperatore Ferdinando ſecundo die nona Julii prædicti anni milleſimi ſexcenteſimi vigeſimi primi antiquia et gentilitia proſapiæ ſuæ armorum inſignia in perrenne fortitudinis ſuae Documentum ſolemni Cæſareo Diplomate amplificata ac illuſtrata, ipſique bini Leones fulvi tam ab illo quam a fratribus ac nepotibus ſuis in infinitum geſtandi conceſſi fuerint, cumque ſupra fatus Alexander Maria Eleonora, nil unquam prius nihilque antiquius habuerit, quam derivatam in ipſum gloriæ laudem, cujus et Majores conjugis ſuæ ex conſpicuo genere de Mailly ortæ ſemper ſtudioſiſſimi fuerunt, data quavis occaſione comprobare, ac in deſcendentes ſuos transmittere, ſicque ardenti teneatur deſiderio, ut nos ad Majus ſemper tam proprium quam Poſteritatis

ſuæ

ſuæ incitamentum ipſi ejusque deſcendentibus ex legitimo Matrimonio naſcituris celſam ſacri Romani imperii Principum dignitatem conferre velimus, illudque impenſo ſemper Devotionis ac fidei ſtudio promeriturus ſit.

Idcirco ex certa noſtra ſcientia, animo bene deliberato, accedente ſano et maturo conſilio, de que ea, qua per Deï gratiam fungimur Cæſareæ authoritatis, poteſtatisque plenitudine, prædictum Alexandrum Maria Eleonora de ſaint Maurice, ejusque liberos et in Linea recta deſcendentes legitimos utriusque ſexus veros ſacri romani imperii Principes fecimus, creavimus et denominavimus, atque ad ſublimem titulum et excelſam dignitatem ſacri Romani imperii Principatus evehimus et exaltavimus, aliorumque noſtrorum et ſacri Romani imperii Principum numero, Cœtui et Conſortio adſcripſimus et aggregavimus, prout tenore præſentis hujus noſtri Cæſarei Diplomatis facimus, creamus et nominamus, evehimus et exaltamus, adſcribimus et aggregamus, ita ut non ſolum memoratus Alexander Maria Eleonora de ſaint Maurice, ſed etiam ejus Liberi ac in linea recta deſcendentes legitimi utriusque ſexus veri noſtri et ſacri Romani imperii Principes ſint, atque ab aliis nominentur, habeantur ac honoren-

tur, ſicque eundem Alexandrum Maria Eleonora ſacri Romani imperii Principem de ſaint Maurice ejusque liberos legitimos et in Linea recta deſcendentes utriusque ſexus naturalitatis et ſacri Romani imperii incolatus jure, quo noſtri Vaſalli cives et ſubditi mox dicti imperii gaudent et fruuntur, benigne frui et gaudere volumus.

Decernentes, ex Edicto hoc noſtro imperiali & firmiter mandantes ut dictus Alexander Maria Eleonora ſacri Romani imperii Princeps de ſaint Maurice ejusque liberi legitimi & in linea recta deſcendentes utriusque ſexus, tam in ſcriptis quam viva voce, quotiescunque eorum mentio facienda erit, ſacri romani imperii Principes nominentur, ſalutentur & nuncupentur, amictum reliquis ſacri Romani imperii Principibus in ſignum Præeminentiæ competentem liberi adhibeant, omnibusque & ſingulis juribus, honoribus, Prærogativis, Libertatibus, exemptionibus, Privilegiis & regalibus in judicio & extra, in omnibus rebus, ſtatibus, & cauſis tam eccleſiaſticis, quam profanis, omni tempore & loco libere utantur, fruantur & gaudeant, quibus alii noſtri ſacrique romani imperii Principes per romanum imperium & ubique locorum & terrarum utuntur, fruuntur & gaudent, aut de jure vel con-

conſuetudine, uti, frui, & gaudere poſſunt.

Ut autem de propenſi noſtri affectus benevolentia dicto Alexandro Maria Eleonora noſtro & ſacri Romani imperii Principi de ſaint Maurice, cumulentius conſtet, ipſi quoque ejusdemque legitimis liberis & deſcendentibus utriusque ſexus Prædicatum illuſtriſſimi, nec non Dilectionis & Conſanguinei chariſſimi benigné conceſſimus, & largiti ſumus, ſicut vigore Præſentium concedimus & largimur, volentes & hoc in perpetuum valitura lege decernentes, ut iisdem deinceps a noſtris noſtrorumque in ſacro romano imperio ſucceſſorum, Cancellariis dicti tituli: illuſtriſſimi, nec non dilectionis & conſanguinei chariſſimi, omni poſthac tempore tribuatur.

Porro geſtata hactenus a ſæpefato illuſtriſſimo noſtro & ſacri romani imperii Principe de ſaint Maurice, arma gentilia, ex eadem Benevolentiæ noſtræ Cæſareæ erga dilectionem ſuam plenitudine deque ea ſcientia & authoritate ut ſupra non ſolum laudamus, approbamus & confirmamus, verum etiam pro ſacri Romani imperii Principis ſtatu melioramus & exornamus in hunc qui ſequitur modum a Dilectione ſua ejusque liberis & deſcendentibus legitimis utriusque ſexus in poſterum

geſtanda ac ferenda: videlicet ſcutum militare erectum in duas æquales partes horizontaliter diviſum, in cujus ſuperiori rubea parte, aquila aurea expanſis alis, cruribusque ac ex fata lingua rubea, capite dextrorſum verſo cernitur Inferiori autem cærulea parte crux florida, ſive trifoliata argentea exhibetur. Scuto huic inſiſtit Corona aurea quinque floribus & gemmis ornata, Telamones ex utraque parte ſunt ſupra fata bini leones fulvi juba promiſſa, oculis ſcintillantibus & cauda dupplicata in altum retorta, quorum uterque anterioribus pedibus ſcutum ſuſtinet & denique ſcutum integrum redimitum eſt pallio pileoque ſeu Mytra ſacri Romani imperii Principibus propria, prout hæc omnia pictoris manu in præcedenti tabula hujus noſtri Cæſarei diplomatis vivis ſuis coloribus accuratius delineata atque expreſſa ante oculos ponuntur.

Volentes Edictoque hoc noſtro Cæſareo firmiter decernentes, ut idem illuſtriſſimus Alexander Maria Eleonora noſter, ſacrique imperii Princeps ac Conſanguineus chariſſimus, ejusque liberi & in Linea recta deſcendentes legitimi mox deſcriptis armis uti queant, ſicque illa in omnibus & ſingulis honeſtis & decentibus actibus atque expeditonibus tam ſerio

quam

quam joco in hoſtilibus ludis ſeu haſtatorum dimicationibus pedeſtribus & equeſtribus, in bellis & quibuscunque pugnis licitis eminus cominus in ſcutis Panneriis, Vexillis, Tentoriis, Cenotaphiis, Sepulchris, monumentis; Clenodiis, annulis, Monitibus, ſigillis, ædificiis, Lacunoribus, Tapetibus & ſuppellectilibus quibuscunque tam in rebus eccleſiaſticis quam profanis, in Locis denique omnibus pro rei neceſſitate & propriæ voluntatis arbitris libere & absque ullo impedimento aut contradictione habere, geſtare ac deferre, iisdemque quovis modo uti poſſint & valeant.

Apti quoque ſint & idonei pro excelſo ſuo ſacri romani imperii Principis gradu ad ineundum & recipiendum in ſacro romano imperio, omnes dignitates, grätias, libertates, Prærogativas, exemptiones & quæcunque Privilegia, ad utendum denique ſingulis juribus, quibus cæteri a nobis ac divis Prædeceſſoribus noſtris Romanorum Imperatoribus & Regibus, hujusmodi ſacri Romani Imperii Principum ornamentis inſigniti utuntur, fruuntur & gaudent, ex conſuetudine vel de jure.

Qua propter etiam omnibus & ſingulis noſtris & ſacri romani imperii ele-

ctoribus aliisque Principibus Ecclesiasticis & secularibus, archiepiscopis, Episcopis, Ducibus, Marchionibus, Comitibus, Baronibus, militibus, nobilibus, clientibus, Capitaneis, vice Dominis, Præfectis, Civium Magistris, judicibus, heroaldis & Caduceatoribus, Civibus, Communitatibus ac omnibus denique nostri & sacri Romani imperii subditis & fidelibus dilectis cujuscunque dignitatis, gradus, ordinis & conditionis existant, mandamus & præcipimus, ut sæpefatum illustrissimum Alexandrum Maria Eleonora sacri Romani Imperii Principem de saint Maurice Consanguineum nostrum charissimum ejusque liberos & in Linea recta descendentes legitimos utriusque sexus in sacri Romani Imperii Principum dignitate, Prædicato, Primogenitura & incolatu permanere, omnibusque & singulis Privilegils, juribus, Consuetudinibus, immunitatibus, Libertatibus, exemptionibus, honoribus & Prærogativis ipsi in hoc nostro imperiali Diplomate concessis liberé, quieté & absque ullo impedimento uti, frui. & gaudere sinant, adeoque eos in omnibus & singulis deffendant & tueantur, ac alios, ne quid in contrarium faciant vel moliantur, pro viribus impediant & prohibeant, sub pœna gravissimæ nostræ & sacri Romani imperii indignationis,

mulctæ-

mulctæque ducentarum Marcarum auri puri Fiſco, ſeu aerario noſtro cæſareo & Parti ſacræ ex æquo, totus ſine ſpe remiſſionis pendendæ, quoties temerario auſu aliquid contra hujus noſtri cæſarei Diplomatis tenorem actum vel attentatum fuerit.

Cæteros quoque Reges, Duces, Principes, eccleſiaſticos & ſeculares, ac cujuscunque ordinis homines nobis non ſubiectos pro ſtatus conditione fraterné, benevolé clementerque hortamur, & requirimus, ut declaratæ hic noſtræ voluntatis effectum quovis modo promoveant & tueantur, quo ipſo rem facient nobis pergratam, fraterno amoris affectu, Benevolentia & gratia noſtra cæſarea quavis occaſione rependendam. Harum teſtimonio litterarum manu noſtra ſubſcriptarum, & ſigilli noſtri Cæſarei appenſione munitarum, quæ dabantur Viennæ die nona menſis aprilis anno milleſimo ſeptingenteſimo ſeptuageſimo quarto Regni noſtri undecimo. Signatum in fine Joſephus, & inferius Princeps Colloredo, & Paulus Antonius Gundel & in poſteriori tabula. Collationé & regiſtré ſigné cl. de Manner.

## Num. XXXIV.

Lettres patentes qui confirment un Diplôme de l'Empereur portant conceſſion du titre et Dignité de Prince du St. Empire en faveur de Mr. le Prince de Montbarey.

Louis par la grace de Dieu Roi de france et de Navarre a tous préſens et avenir ſalut. Notre très cher et bien amé Alexander Marie Eleonore de St. Mauris prince de St. Mauris-Montbarey, Maréchal de Camp en nos armées, Capitaine Colonel des ſuiſſes de la garde de Notre très cher et très amè frere, Monſieur, et Directeur de la Guerre, nous a fait expoſer, que notre très cher et très amé frere et beaufrere, l'Empereur des Romains, actuellement regnant, par ſon Diplôme du neuvieme Avril mil ſept cent ſoixante et quatorze, l'a fait et crée prince du St. Empire Romain, enſemble ſes enfans deſcendans et poſtérité mâles et femelles en ligne directe, avec tous les honneurs, Rang, Diſtinction, armoiries, droits, prérogatives, attributs et avantages attachés a cette dignité. Un témoignage ſi précieux de l'eſtime du chef de l'Empire ne lui a pas fait perdre de vue les obligations que lui dictoient ſon état et ſa Naiſſance, et il n'a accepté le titre d'illuſtration, qui lui étoit déferé, qu'aprés en avoir obtenu L'agrément

ment du feu Roy notre très honnoré ſeigneur et ayeul. La connoiſſance, que nous avons du zéle et de l'attachement qui l'animent pour notre perſonne, nous invite a ne pas borner a cette ſeule permiſſion les effets de la ſatisfaction que nous avons de ſes ſervices, et de la Bienveillance particuliere dont nous l'honnorons, nous ſommes d'ailleurs inſtruits que ſa maiſon, connuë dés les premiers tems ſous le nom de St. Mauris, eſt d'autant plus diſtinguée, qu'elle a l'honneur de tenir a nous mèmes, aux princes de notre ſang, et a la plus part des ſouverains de l'Europe, par les alliances qu'elle a ſucceſſivement Contractées avec la Maiſon d' Albert qui a donné des Rois à la Navarre et de qui deſcend le Roy Henry quatre de glorieuſe mémoire, avec celle de Watteville qui deſcend elle mème de Chriſtierne premier du Nom Roi de Dannemarck par Louiſe Chriſtine de Naſſau Dillembourg, et enfin avec celle de Mailly L'une des plus anciennes du Royaume, de la quelle eſt iſſue l'épouſe du Prince de Montbarey. Ses Auteurs attachés à la maiſon d'autriche, ſous la Domination de qui le Comté de Bourgogne a été pendant pluſieures années, lui rendirent des ſervices ſignalés et meriterent d'etre appellés par les Princes de cette maiſon aux premieres places de l'Empire, ſoit dans leurs armées,

ſoit dans les Négociations. On remarque entre autres N. . . . de St. Mauris Maitre des Requêtes ordinaire de L'hôtel de Charles V. Empereur et Roy d'Eſpagne, et ſon Ambaſſadeur auprès du Roy françois premier. Jean Baptiſte de St Mauris ſervoit dans les armées de l'Empereur Ferdinand deux, durant les troubles qui agitoient la Bohême lors de ſon avenement a l'Empire. Par ſa valeur, ſecondée des Lumieres qu'il avoit acquiſes dans l'art militaire, il contribua au Gain de la bataille de Praque qui ſe donna en mil ſix cent vingt prés du lieu appellé l'Etoile au bois, et dont les Suittes opérerent la réduction de ce Royaume ſous l'obéiſſance de ſon ſouverain légitime. Ce Prince ne crut pouvoir mieux reconnoître un ſervice de cette importance que par un bienfait qui perpetue à jamais ſa gratitude, et qui répondit au dés-intéreſſement du ſujet qu'il avoit a récompenſer. C'eſt ainſi que par un Diplôme du neuf juillet mil ſix cent vingt un, il joignit aux piéces d'honneur qui décoroient l'ecû des armes de Jean Baptiſte de St. Mauris, deux lions d'or qui ſont les armes du Royaume de Bohême, et avec faculté de transmettre cette diſtinction a ſa poſtérité maſculine à l'infini. Depuis la réunion du Comté de Bourgogne à notre Couronne, cette poſtérité, héretiére des vertus comme du Nom de

ſes

ſes aucêtres, ne ſ'eſt propoſée d'autre but que de redoubler d'éfforts pour bien mériter de ſes nouveaux ſouverains; et les preuves redoublées, qu'elle n'a ceſſé de donner du plus entier dévouement, n'ont laiſſé rien a déſirer. En aſſurant a l'Expoſant dans notre Royaume les Effets d'un titre qu'il tient de l'Empereur, nous adopterons les motifs, qui le luy ont fait accorder, et nous remplirons ce que tant de Conſidérations réunies attendent de notre munificence. Sçavoir faiſons, que pour ces cauſes et autres a ce nous mouvants, de l'avis de notre Conſeil, et de notre graçe ſpéciale, pleine puiſſance et authorité Royale, nous avons approuvé et confirmé, et par les préſentes, ſignées de notre main, approuvons et confirmons en faveur de l'Expoſant, et de ſes enfants deſcendants et poſterité màles et fémelles, nés et a naitre en légitime mariage a perpétuité le titre et dignité de Prince du St. Empire Romain, à lui accordé par l'Empereur Joſeph II. notre trés cher et trés amé frere et beaufrere par ſon Diplôme du neuf Avril mil ſept cent ſoixante quatorze, cy attaché ſous le contre ſcel des préſentes: Voulons et nous plait que l'Expoſant, ſes enfants, poſterité et deſcendants jouiſſent dans toute l'étendue de Notre obéiſſance de l'effet du d. Diplôme; en conſéquence qu'ils puiſſent

ſent ſe dire, Nommer et qualifier, et qu'ils ſoient Nommés et qualifiés prince du St. Empire romain en tous actes et endroits, tant en jugement que hors jugement, et qu'ils jouiſſent des mèmes honneurs, armoiries, blazons, authorités, Rang, prérogatives et préeminences en fait de Guerre, aſſemblées de Nobleſſe où autrement, et géneralement de tous les avantages, priviléges et préeminences dont jùiſſent et ont droit de jouir dans notre Royaume les autres Princes du St. Empire Romain, Encor que le tout ne ſoit plus particulierement ſpecificé en les préſentes: Si donnons en Mandement a nos amés et féaux les gens tenants Notre Cour de parlement de franche Comté à Beſançon, et tous les autres nos officiers et juſticiers qu'il appartiendra, que les dites préſentes et le Diplôme ſusdit ils aient a faire régiſtrer, et de tout leur contenu jouir et uſer l'Expoſant, ſes enfants poſtérité et deſcendans mâles et fémelles en ligne directe, pleinement, paiſiblement et perpétuellement, ceſſant et faiſant ceſſer tous troubles et Empèchements, et non obſtant toutes choſes à ce contraires, car tel eſt notre plaiſir. Et afin que ce ſoit choſe ferme et ſtable à toujurs, nous avons fait mettre notre ſcel a ces dites préſentes.

Donné a Verſailles au mois d'aouſt L'an de grace mil ſept cent ſoixante ſeize et de

notre

notre Regne le troiſieme. Signé Louis et plus bas par le Roy le Comte de St. Germain avec grille et paraphe, vis hue de Miromeſuil et ſcellé du grand ſceau de cire verte ſur lac de Soye Rouge et verte.

## Num. XXXV.

Lettres patentes ſur Brevet qui aſſurent a titre d'exſpectative a Mr. Le Prince de Montbarey & aux ainés de ſes deſcendans Mâles la charge inféodée d'oberlandvogt ou grand Baillif de la préfecture provinciale d'Haguenau.

Louis par la Grace de Dieu Roi de France & de Navarre, a tous, préſens & avenir, ſalut. Notre trés cher & bien aimé Couſin, Alexandre Marie-Eleonor de St. Mauris, Prince de St. Mauris-Montbarey, chevalier de nos ordres, grand d'Eſpagne de la premiere claſſe, Lieutenant général en nos armées, Miniſtre d'Etat, nous a fait repréſenter que nous avons bien voulu lui accorder le vingt quatre Mai 1777. Le Brevet dont la teneur ſuit.

Aujourd'hui vingt quatriénce du Mois de Mai mil ſept cent ſoixante dix ſept, le Roi etant a Verſailles, ſa Majeſté s'eſt fait rendre compte de l'Etat actuel de la charge d'Oberlandvogt, ou grand Bailly de

de la préfecture provinciale d'Haguenau, de l'Eminence de ſes attributs & des Conſiderations qui jusqu'a préſent ont déterminé la Diſpoſition qu'en ont fait ſoit les Empereurs, lorsque l'Alſace appartenoit au corps germanique, ſoit les Rois Prédéceſſeurs de ſa Majeſté depuis la réunion de cette province a la france. Cette charge, qui dans l'origine étoit une ſorte de Vicariat de l'Empire ſur les dix villes impériales, et qu'un Prince de la Maiſon d'autriche poſſédoit a l'Epoque des traites de Weſtphalie, fut déféré d'abord par Louis XIV. au Cardinal de Mazarin ſon Principal Miniſtre, & lorsqu'il en inveſtit dans la ſuite, a titre de fief maſculin, le comte depuis Duc de chatillon, alors gendre du ſr. voiſin, chancelier-garde des ſceaux de france et Miniſtre de la guerre; la recommendation des ſervices d'un ordre ſuperieur rendus a l'Etat, réunis a celle d'une naiſſance illuſtre, fut le double motif de cette grace. Ce fut par les mêmes vues que le Duc de chatillon fils, etant décédé ſans laiſſer de Poſtérité Maſculine, le feu Roi transmit ce fief vacant au duc de choiſeul, pair de france, et ſubſidiairement au comte de Stainville ſon frere par ces lettres du Mois de juillet 1763. et ſa Majeſté conſidérant qu'indépendement de ce que l'un & l'autre n'ont point encor d'enfans mâles, il dépend toujours

jours de ſon bon plaiſir de prévenir le cas du retour du fief a ſa Diſpoſition, elle a jugé ne pouvoir faire un meilleur uſage de ce droit inherent a ſa Couronne qu'en appellant dés ce moment a titre d'exſpectative Le Sr. Alexandre-Marie-Eleonore de St. Mauris, Prince de St. Mauris-Montbarey, Maréſchal de Camp en ſes armées, ſecretaire d'Etat en ſurvivance au Département de la guerre, et ſes deſcendans mâles en ligne directe, a ſuccéder tant aux dit duc de Choiſeul et Comte de Stainville qu'a leur poſtérité maſculine dans la dite charge inféodée. Iſſu d'une maiſon également diſtinguée par l'ancienneté d'une Nobleſſe qui ſe perd dans les tems reculés, par des alliances donnant l'avantage le tenir a pluſieures Maiſons ſouveraines, notament a celle de france, et par une ſuite d'actions nées de l'élevation des ſentiments, il a mérité que l'Empereur le décorat de la qualité transmiſſible a ſes deſcendants, de Prince du St. Empire, et que ſa Majeſté, concurrant elle même a cette illuſtration, en aſſurat l'effet dans ſes etats, aſſocié depuis aux fonctions d'un Miniſtére important, les travaux qu'il remplit ſous les yeux de ſa Majeſté, juſtiffient pleinement ce qu'elle ſ'etoit promis de ſon zéle et de ſes talents, et le nouveau temoignage d'eſtime et de bienveillance qu'elle lui déſti-

ne

ne ſera d'autant plus dignement placé, que la mémoire du Baron de Montclar ſon biſayeul et du Maréchal-du Bourg ſon ayeul, tous deux Commandans généraux en Alſace, le réclame pour lui. Le premier eut la gloire de contribuer a l'affermiſſement des droits et du pouvoir de la Couronne ſur toutes les parties de la province. Il eut part a la capitulation de 1681. qui acquit Strasbourg a la france, et la charge même dont il s'agit, fut confiée a ſes ſoins. Le ſecond aprés avoir ſauvé l'Alſace par la victoire de Rumersheim en 1709. a rendu pendant nombre d'années des ſervices eſſentiels a l'Etat relativement a l'adminiſtration de cette frontiére. A ces cauſes et autres, ſa Majeſté de ſa certaine ſcience, grace ſpéciale, pleine puiſſante et autorité royale, a ſubſtitué et ſubrogé le dit Prince Alexander Marie Eleonor Prince de St. Mauris-Montbarey et ſes enfants et deſcendants mâles nés et a naitre en légitime Mariage aux dit Duc de Choiſeul et Comte de Stainville, quant à l'inveſtiture ſucceſſive qui leur a été accordée par les lettres patentes du feu Roi du Mois de juillet 1763. et ce dans le cas ou les dits duc de Choiſeul et Comte de Stainville, ou leurs deſcendants mâles viendroient a décéder ſans laiſſer de Poſtérité maſculine; a l'Effet de quoi ſa Majeſté accorde, donne et octroye irrevocablement, dés a préſent, a titre d'ex-

ſpecta-

ſpectative, la dite charge inféodée d'Oberlandvogt ou grand Bailly de la préfecture provinciale d'Haguenau, appartenances et dépendances au dit Sr. Prince de St Mauris-Montbarey et a ſes enfans et deſcendans mâles nés et a naitre en légitime mariage, même, en tant que de beſoin eſt ou ſeroit, ſa Majeſté a de nouveau créé et érigé, crée et érige la dite charge appartenances et dépendances en fief maſculin, et de la dite charge inféodé inveſtit le dit Sr. Prince de St. Mauris-Montbarey et ſes Enfans et deſcendans Mâles, pour au cas ci deſſus exprimé, avoir, tenir et poſſéder par eux la dite charge a titre de fief de ſa Majeſté et des Rois ſes ſucceſſeurs, en jouir et uſer aux honneurs, pouvoirs, autorités, prééminences, franchiſes, libertés, gages, droits, fruits, profits, revenus et Emoluments, généralement quelconques, en quoi qu'ils puiſſent conſiſter et qui appartiennent a la dite charge, tels et ſemblables qu'en ont jouis ou du jouir tant les Oberlandvogts ou grands Baillifs de la préfecture Provinciale d'Haguenau, qui ont été pourvus et établis en cette charge par les Empereurs, ſoit que les dits grands baillifs aient été de la maiſon d'autriche ou autrement, que les Ducs de Chatillon pere et fils derniers poſſeſſeurs de la dite charge inféodée en ont joui ſuivant les uſages, droits et coutûmes des fiefs d'allemagne et de ceux

de la Province d'Alſace; a condition d'acquiter et d'entretenir les charges dont le dit grand baillage eſt tenu, de rendre a ſa Majeſté les foi et hommage qui lui ſont dûs et aux Rois ſes ſucceſſeurs pour raiſon du dit fief dans les cas ou ils ſeront néceſſaires, de fournir les aveux et dénombrements des droits et revenus du même fief, de remplir gènéralement les devoirs féodaux dont ils ſeront et pourront être tenus par les lois et contûmes d'allemagne et Celles d'Alſace. Comme auſſi à la charge de payer conformément aux diſpoſitions des dites lettres patentes du Mois de juillet 1763. La Penſion de 20,000 ℔, qu'elles accordent a la Ducheſſe de grammont ſa vie durant ſur les revenus de la dite charge dans le cas ou les dits Sr. Duc de Choiſeul et Comte de Stainville et leurs deſcendans mâles viendroient a décéder avant elle. Vent au ſurplus ſa Majeſté que dans le cas d'ouverture a la préſente exſpectative la dite charge inféodée ne puiſſe être poſſédée après le dit Sr. Prince, de St. Mauris-Montbarey, que par les ainés de ſes enfans et deſcendans mâles par préference aux cadets, qui n'y pourront rien prétendre qu'au défaut des dits ainés et leurs deſcendans mâles, conſervant ſucceſſivement et perpetuellement entre eux le même droit d'aineſſe, le tout non obſtant tous Edits, ordonances, réglements,

ments, Constitutions, statuts, coutu-
usages ac ce contraires, aux quels ation
jesté déroge expressément, & pour assu incé
de ce qui est en tout ce que dessus d le
volonté, elle m'a commandé d'expe
toutes lettres patentes nécessaires, & cep
dant le présent brevet, qu'elle a signé
sa main et fait contresigner par moi so
Conseiller secretaire d'Etat et de ses com-
mandements et finances. Signé Louis et
plus bas saint Germain.

Et comme le dit Brevet n'a point encor été revétu des lettres patentes dont l'expédition a été ordonné, icelui notre dit cousin nous a supplié de les lui acorder, a quoi ayant égard et voulant favorablement traiter notre dit cousin, a ces causes et autres à ce nous mouvant, et de notre grace spéciale, pleine puissance et autorité royale, nous avons conformément au dit brevet, le quel est ci attaché sous le contre scel de notre chancellerie, substitué et subrogé et par ces présentes signées de notre Main, nous substituons et subrogeons notre dit cousin le Sr. Alexandre Marie Eleonor Prince de St. Mauris-Montbarey et ses enfans et descendans mâles, nés et a naître en légitime Mariage a notre cousin le Duc de Choiseul et aut dit Comte de Stainville, quant a l'investiture qui leur est accordée

du feu Roi du Mois
nte trois, et ce dans
dit Sr. Duc de Choi-
nville ou leurs deſcen-
oient point de poſterité
et de quoi accordons, don-
s irrévocablement des à pré-
d'exſpectative, la charge inféo-
landvogt, ou grand bailly de la
provinciale d'Haguenau, apparte-
et dépendances a notre dit Couſin le
de St. Mauris-Montbarey & a ſes
ns et déſcendans mâles nès et a naitre en
gitime Mariage, même en tant que de be-
oin eſt ou ſeroit, nous avons de nouveau
érigé et nous érigeons la dite charge ap-
partenances et dépendances en fief maſculin,
et de la dite charge inféodée nous inveſtiſ-
ſons notre dit couſin le Prince de St. Mau-
ris-Montbarey et ſes enfans et deſcendans
mâles, pour, au cas ci-deſſus exprimé,
avoir et poſſéder la dite charge, la tenir
en fief de nous et des Rois nos ſucceſſeurs,
et en jouir et uſer aux honneurs, pouvoirs,
autorités, Prééminences, franchiſes, liber-
tés, gages, droits, fruits, profits, revenus
et emolumens généralement quelconques
en quoi ils puiſſent conſiſter, qui y appar-
tiennent, des quels ont joui ou dûs jouir
tant les Oberlandvogts, ou grands baillifs
de la préfecture provinciale d'Haguenau,

qui

qui ont été établis en cette charge ſtation
Empereurs, ſoit que les dits grands
aient été de la maiſon d'autriche ou a princé
ment, que les Ducs de chatillon, et M. le
enfin jouit aujourdhui ou droit jouir no
dit couſin le Duc de Choiſeul poſſeſſeur
ctuel de la dite charge inféodée, et ce ſu
vant les uſages, droits et coutumes des fiefs
d'allemagne et de ceux de notre Province
d'Alſace, a condition toutes fois d'acquiter
les charges dont le dit grand baillage eſt te-
nu, de nous rendre ainſi qu'a nos ſucceſſeurs
les hommages dûs pour le dit fief dans les
cas où ils ſeront néceſſaires, de fournir les
aveux et dénombrements des droits et re-
venus du même fief, et de remplir généra-
lement les devoirs féodaux dont ils ſeront
et pourront être tenus par les lois et cou-
tumes d'allemagne et celles d'Alſace, com-
me auſſi a la charge de payer conformément
aux diſpoſitions des dites lettres patentes du
Mois de juillet Mil ſept cent ſoixante trois
la Penſion de vingt mille livres qu'elles ac-
cordent a la Ducheſſe de Grammont ſa vie
durant ſur les revenus de la dite charge
dans les cas ou notre dit couſin le Duc de
Choiſeul et le Comte de Stainville ainſi que
leurs deſcendans mâles viendroient a déce-
der avant elle, voulant au ſurplus que dans
le cas d'ouverture a la préſente expectative
la dite charge inféodée ne puiſſe être poſſé-

ouſin le Prince du St.
que par les ainés de
ans mâles par préféren-
n'y pourront rien pré-
ut desd. ainés et de leurs
conſervant ſucceſſivement
t entre eux le même droit
ut non obſtant tous Edits,
, réglements, conſtitutions, ſta-
mes et uſages a ce contraires aux
s dérogons expreſſément. Si don-
n Mandement a nos annés et féaux
ens tenants notre Conſeil ſouverain
lſace et a tous autres nos officiers et
ſticiers qu'il appartiendra, que ces preſen-
tes ils aient a faire régiſtrer et du contenu
en jcelles, ainſi qu'au dit brevet de vingt
quatre mai mil ſept cent ſoixante dix ſept,
faire jouir et uſer notre dit couſin le Prin-
ce de St. Mauris-Montbarey, enſemble ſes
enfans et deſcendans mâles, nés et naître
en légitime Mariage, pleinement, paiſible-
ment et perpetuellement, ceſſant et faiſant
ceſſer tous troubles et empechements con-
traires. Car tel eſt notre plaiſir, et afin
que ce ſoit choſe ferme et ſtable a toujours,
nous avons fait mettre notre ſcel a ce dites
préſentes. Donné a Verſailles au Mois de
mars l'an de grace mil ſept cent quatre vingt
un et de notre regne le ſeptiéme, ſignè
Louis, et plus bas par le Roi ſigné *ſegur*,

en

enſuite eſt écrit, régiſtré ez régiſtres
ſeil ſouverain d'Alſace en Conſéque[illegible]ation
l'arrêt rendu en jcelui le treize ma[illegible]Princé
ſept cent quatre vingt un ſigné V[illegible]M. le
viſa ſigné de Miromeny. [illegible]e

## Num. XXXVI.

### Foy & Hommage.

[illegible]u-
[illegible]t

Aujourd'hui cinquieme Jour du mois de Juillet mil ſept cent quatre vingt neuf ſ'eſt préſenté en perſonne pardevant nous Charles françois de Paule Barentin Chevalier garde des ſceaux de france Commandeur des ordres du Roi, Alexandre Marie Eléonore de St. Mauris, Prince de St. Mauris-Montbarey et de l'Empire, Marquis de Millias, Comte de Savigny en Revermont, Baron de Ruffey, Eſterbonne et Dufay et autres lieux, grand d'Eſpagne de la premiere claſſe, Chevalier des ordres de ſa Majeſté, Lieutenant général de ſes armées et Miniſtre d'Etat; ſubrogé et ſubſtitué, quant a l'inveſtiture ſucceſſive, par brevet du vingt quatre mai mil ſept cent ſoixante dix ſept, et lettres patentes du mois de Mars mil ſept cent quatre vingt un, aux Srs. Duc de Choiſeul et Comte de Stainville, en cas de décès, ſans poſterité maſculine, dans la Charge inféodée d'Oberlandvogt ou grand baillif de la préfectu-

de la d'Haguenau ; a l'effet
quiter auroit par les dit bre-
gran ntes accordé, donné et
jesté plement lad. charge aud.
et Mauris-Montbarey et a
dir eſcendans mâles, â titre
r qui vient de ſe réaliſer par
Maréchal de Stainville,
poſterité ; lequel Sr. Prince
ris Montbarey s'étant mis en
poſture de Vaſſal, a fait et ren-
mains les foy et hommage qu'il eſt
rendre au Roi, notre ſouverain
eur, pour raiſon de la d. préfecture
grand baillage d'Hagueneau, relevante
ſa Majeſté a cauſe de ſa province d'Al-
ſace, et a promis de s'acquitter envers le
dit Seigneur Roi de tous les droits et de-
voirs de Vaſſallité dont il eſt tenu à cauſe
de la dite préfecture et grand baillage,
dont nous avons octroyé aud. Sr. Prince
de St. Mauris-Montbarey le préſent acte,
ſur lequel toutes lettres néceſſaires ſeront
expédiées. Enfoy de quoi nous avons
ſigné les préſentes de notre main aicelles
fait appoſer le cachet de nos armes et
contre ſigner par notre premier ſécretaire.
A Verſailles les jour et an que deſſus.

Barentin

(L. S.) Par Monſeigneur
Coquebert.

Num.

## Num. XXXVII.

Lettres patentes ſur l'acte de preſtation de foi et hommage fait par M. Le Princé de Montbarey entre les mains de M. le garde des ſceaux pour la préfecture provinciale d'Haguenau.

Louis, par la grâce de Dieu Roi de France et de Navarre. A nos amés et féaux conſeillers les gens tenant notre conſeil ſouverain d'alſace ſéanta Colmar et a tous autres nos officiers et juſticiers qu'il appartiendra, ſalut. Notre très cher et bien aime couſin Alexandre Marie-Eléonore de S. Mauris, Prince de St. Mauris Montbarey, grand d'Eſpagne de la premiere claſſe, Chevalier de nos ordres, Lieutenant général et nos armées, Miniſtre d'Etat, qui, par la mort de notre couſin le mal de Stainville ſans poſtérité maſculine, eſt devenu poſſeſſeur de l'Oberlandvogtei ou grand baillage de la préfecture provinciale d'Haguenau dont nous lui avions aſſûré l'exſpectative par notre brevet du 24. mai 1777. et nos lettres patentes du mois de mars 1781. Nous ayant rendu en perſonne le 5. du mois Juillet dernier, ez mains de notre très cher et féal le Sr. Barentin, Chevalier, garde de ſceaux des france, les foi a hommage dont il étoit tenu envers nous pour rai-

raiſon de la d. préfecture du grand baillage d'Haguenau, nous l'avons, de notre grace ſpeciale, reçu et recevons aux d. foi et hommage, ſauf notre droit et autrui. Vous mandons et Enjoignons que, ſi faute des d. foi et hommage et de payement des droits aux quels ils peuvent donner lieu, la d. préfecture de grand Baillage, circonſtances et dépendances, avroit été ſaiſie, vous ayez incontinent a lui donner pleine et entiere main levée de la ſaiſie, comme nous la lui donnons également nous-mêmes, a la charge toute fois par notre d. couſin de ſatisfaire aux droits et devoirs, ſi aucuns ſont dus, et ſi fait n'a été, et de fournir ſes aveux et dénombrements dans le temsporte par la coutume. Car tel eſt notre plaiſir. Donné a Paris le vingt quatrieme jour du mois d'octobre l'an de grace mil ſept cent quatre vingt neuf et de notre regne le ſeizième.

Louys

(L. S.) Par le roi.

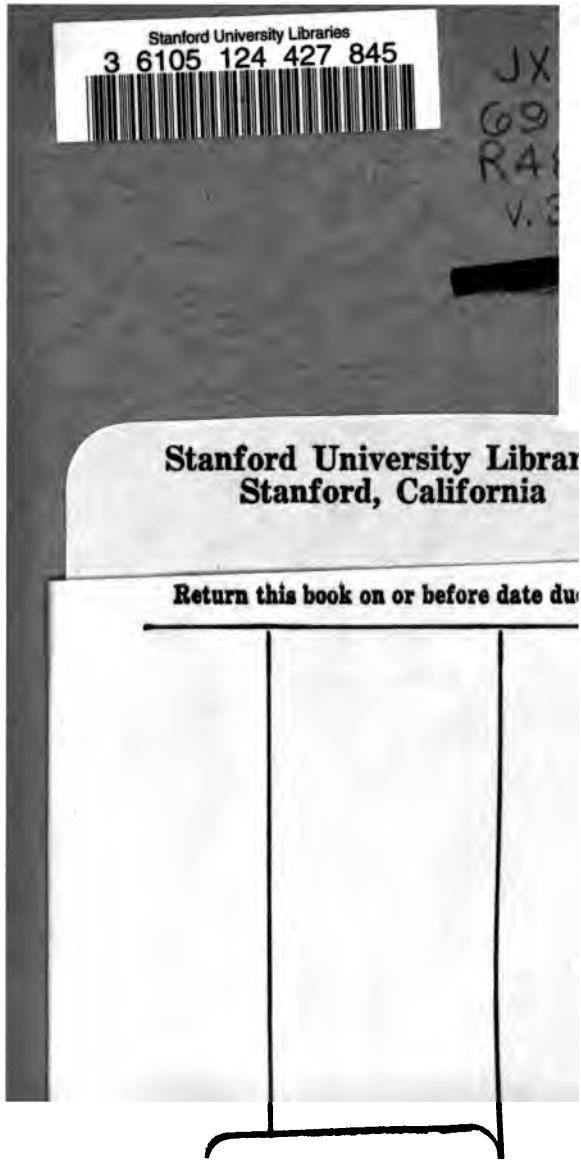
La Tour du Pin.

Régiſtré enſemble l'acte y annexé ez regiſtres du Conſeil ſouverain d'Alſace ſuivant arrêt du dix Novembre mil ſept cent quatre vingt neuf.

Villard

avec Paraphe.

Num.


Stanford University Libraries
3 6105 124 427 845
JX
69
R4
V.
Stanford University Librar
Stanford, California
Return this book on or before date du